M 3477 FX

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



Horn von Afrika

NACHRICHTEN UND BERICHTE ZU

Nr. 96 September 1981 DM 4,00

impressum blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16, (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Breisgau. Telefon: 0761 / 74003. Bürozeiten. Mo-Fr. 10 – 12 und 15 – 18 Uhr.

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand, 40 Anschläge und 30 Zeilen.

Zusammengestellt von: Julia Ballot, Roland Beckert, Birgitt Bender, Wolfgang Beyer, Gerhard Braun, Alexander Bruder, Florence Buchmann, Georg Cremer, Dagmar Engels, Gero Erdmann, Benedikt Fehr, André Guerrini, Walter Hättig, Stefan Helming, Uli Kieser, Christopher Knauth, Werner Kobe, Bettina Kocher, Volker Krempin, Elisabeth Lauck, Helga Lorenz, Mechthild Maurer, Bernhard Merk, Wolfram Mikuteit, Hein Möhlenkamp, Christian Neven-du-Mont, Mariele Pelster, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Raili Salmela, Peter Schmid, Dieter Seifried, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Wilfried Telkämper, Beate Thill, Barbara Unmüßig, Georg Wacker, Gottfried Wellmer, Hildegard Wenzler.

Redaktionsschluß der nächsten Ausgabe Nr.97 *20. Oktober 1981*

Druck: SOAK Hannover, Tel. 0511/1 76 18

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 35,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende, sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: 25,- DM).

Schweiz: SFR 35,- (bzw. 25,-).
Österreich: ÖS 260,- (bzw. 190,-)
Luftpostabonnements:
Europa: 44,60 DM (bzw. 34,60 DM)
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 52,60 DM (bzw. 42,60 DM)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 59,- DM (bzw. 49,- DM)
Australien, Südpazifik: 65,40 DM (bzw. 55,40 DM).

Einzelpreis: DM / SFR 4.- // ÖS 30,-.



Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

AUFRUF

Die 80er Jahre werden mehr und mehr zum gefährlichsten Jahrzehnt in der Geschichte der Menschheit. Ein 3. Weltkrieg wird aufgrund der weltweiten Aufrüstung immer wahrscheinlicher. Seit mehr als 30 Jahren haben die Militärblöcke der NATO und des Warschauer Paktes so viele Waffen angehäuft, daß jedes Leben auf der Erde mehrfach vernichtet werden kann. Wir in Europa sind durch die Stationierung neuer Atomwaffen in besonderer Weise bedroht.
Deshalb rufen Friedensorganisationen aus den Niederlanden, der Bundesrepublik Deutschland und anderen europäischen Ländern zu einer Demonstration und Kundgebung am 10. 10. 1981 in Bonn auf.

- **Wir wehren uns gegen neue Atomwaffen in Europa**
- **Wir fordern die Regierungen der Mitgliedsländer der NATO auf, ihre Zustimmung zum Beschluß über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zurückzuziehen. Damit soll der Weg für die Verringerung der Atomwaffen in West- und Osteuropa geöffnet werden mit dem Ziel, einen wechselseitigen umfassenden Abrüstungsprozeß in Gang zu setzen.**
- **Wir treten ein für ein atomwaffenfreies Europa, in dem Atomwaffen weder hergestellt, noch gelagert oder verwendet werden. Dies gilt auch für andere Massenvernichtungswaffen.**
- **Unsere Regierungen müssen eigene Initiativen für wirksame Abrüstungsverhandlungen und zur Fortsetzung der Entspannungspolitik ergreifen.**

Wir sind alle aufgerufen, uns mit Mut, Kraft, Phantasie und langem Atem gegen einen drohenden Atomkrieg zu wehren und Alternativen zur gegenwärtigen Militärpolitik zu entwickeln.
Der Plan und der Aufruf entstanden in Kooperation von niederländischen und deutschen Friedensorganisationen. Veranstalter auf deutscher Seite sind die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste und die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden.

Dieser Aufruf wurde bisher von mehr als 500 Organisationen unterzeichnet.

Alternativen europäischer Sicherheitspolitik

Am 23., 24. und 25. Oktober 1981 findet in Berlin der Kongreß »Alternativen europäischer Sicherheitspolitik« statt.

In 11 Arbeitsgruppen und einer Podiumsdiskussion werden verschiedene Aspekte der Friedens- und Rüstungsdebatte besprochen. Insbesondere gilt es, die Möglichkeiten zu erörtern, Europa weitgehend von nuklearen Waffen freizuhalten, um eine atomwaffenfreie Zone von Polen bis Portugal zu schaffen.

Bei einem Friedensfest, einem Markt der Möglichkeiten, Friedensgottesdiensten und einer Rock-Fete können Kontakte gefestigt und der Meinungsaustausch in angenehmer Atmosphäre vertieft werden.

Der Materialienband zum Kongreß

Jeder Kongreßteilnehmer erhält nach Überweisung der Kongreßgebühr von 20,– DM den etwa 300 Seiten umfassenden Materialienband »Alternativen europäischer Friedenspolitik« zugesandt.

☐ Ich bitte um kostenlose Zusendung weiteren Informationsmaterials über den Kongreß »Alternativen europäischer Sicherheitspolitik«.

Name/Anschrift ....

....

(Unterschrift)

Bitte einsenden an:
Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa, Friedrichshaller Straße 17, 1000 Berlin 33

NACHRICHTEN UND BERICHTE



Honduras

Insel der Ruhe in Mittelamerika?

In letzter Zeit hat es Gerüchte gegeben, wonach die USA von Honduras aus eine Invasion in Nicaragua planen. Diese Gerüchte haben hierzulande dazu geführt, daß man beginnt, sich für die Verhältnisse in Honduras zu interessieren, denn ein wichtiger Faktor für das Weiterbestehen der nicaraguensischen Revolution ist bisher die politische »Instabilität« in den Nachbarländern Nicaraguas gewesen, die sich größere Aktionen gegen Nicaragua nicht leisten können, ohne eine Ausweitung des Krieges auf ganz Mittelamerika fürchten zu müssen. Ausgerechnet in Honduras, der kleinsten (der Einwohnerzahl nach), ärmsten und am wenigsten aufgerüsteten Militärdiktatur Mittelamerikas sollte das anders sein?

Welches sind die Faktoren, die der Reagan-Regierung Honduras als Aufmarschgebiet gegen Nicaragua und die salvadorenische FDR geeignet erscheinen lassen?

Widersprüchlich erscheint zunächst einmal die US-Politik in Honduras selbst. Einerseits entsenden die USA ihre Militärberater und rüsten das honduranische Militär auf. Während Reagan aber gewöhnlich keine Gelegenheit ausläßt, zu betonen, er mische sich nicht in die inneren Verhältnisse der lateinamerikanischen Diktaturen ein, und z. B. seine UNO-Botschafterin Kirkpatrick vor kurzem nach Chile geschickt hat, um die von Carter erhobenen Demokratisierungsforderungen ausdrücklich zurückzunehmen, drängt er in Honduras auf die Abhaltung freier Wahlen noch im November. Die USA glauben offensichtlich, die Hoffnungen der Massen in Honduras durch diese Wahlen noch in reformistische Bahnen lenken zu können und durch eine parlamentarisch Kanalisierung der Volksbewegung den honduranischen Militärs die nötige Ruhe an der Heimatfront verschaffen zu können, die sie für militärische Aktionen in Nicaragua oder El Salvador brauchen.

Bisher schien in der Tat einiges für den Realismus eines solchen Kalküls zu sprechen: Die Oppositionsbewegung in Honduras hat sich bisher fast ausschließlich mit friedlichen Kampfformen begnügt, Streiks, Landbesetzungen, Massendemonstrationen usw. (Im Gegensatz zur Zersplitterung der Opposition, die bis vor kurzem in El Salvador herrschte, sind in Honduras alle Oppositionellen Strömungen, von der maoistischen PCML bis zu den Christdemokraten in der »Patriotischen Front« (FPH) vereinigt. Mitte 1980 veröffentlichte die FPH die folgenden kurzfristigen Ziele ihres politischen Kampfes:

- Verabschiedung einer fortschrittlichen Verfassung
- Volle Geltung und Erweiterung der demokratischen Freiheiten
- Uneingeschränkte Amnestie
- Aufstellung einer partizipativen, demokratischen und dem Willen des Volkes respektierenden Regierung
- Wahl des Präsidenten, des Parlaments und der Bürgermeister durch allgemeine Wahlen.

Auch der staatliche Terror hielt sich in Grenzen, wenn man ihn mit den Verhältnissen in El Salvador oder Guatemala vergleicht. Politische Morde waren bisher eher die Ausnahme als die Regel. Es gab bislang auch eine reformistische, am peruanischen Beispiel orientierte Fraktion im Militär, die, wenn sie kurzfristig an der Macht war, ihr Volk auch mit Reformen beglückte, die allerdings größtenteils auf dem Papier blieben. Obwohl bei den Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung 1980 bis auf eine bürgerliche Splitterpartei nur die beiden Oligarchieparteien Partido Liberal und Partido Nacional zugelassen waren, gingen 82,5% der Wahlberechtigten zur Wahl — ein Prozentsatz der selbst in Indurstieländern oft nicht erreicht wird — und wählten mehrheitlich die Liberale Partei als das kleinere Übel (Die Nationale Partei vertritt



Alberto Beltran: Intervention der United Fruit

noch offener die Interessen der Großgrundbesitzer)



Demonstration der „Frente Patriótico Hondureno“.(Februar 1980)

Zwei Linien in der herrschenden Klasse

Einer der Gründe für die relative Friedlichkeit der politischen Verhältnisse liegt in der Sozialstruktur des Landes, wo sich nur eine sehr schwache industrielle Bourgeoisie herausgebildet hat, die zur Durchsetzung ihrer Ziele gegenüber der Agraroligarchie auf Bündnispartner aus den städtischen Mittelschichten und der Landbevölkerung angewiesen ist. Dies verbietet auch eine allzu rücksichtslose Repression — im Gegensatz zu El Salvador oder Guatemala.

Traditionell schalteten und walteten die Bananenkonzerne (im wesentlichen Standard Fruit und United Fruit) völlig selbständig in den von ihnen beherrschten Enklaven an der Atlantikküste, sie hatten wie souveräne Staaten eigene Währung und Rechtsprechung, eigenen Eisenbahnen usw. Die Ausfuhrsteuer betrug 1 cent pro Bananenstaude. Sie beherrschten die Zentralregierung in Tegucigalpa, die von der traditionellen Grundbesitzeroligarchie gestellt wurde, aber von diesen Bananenenklaven gingen keinerlei Entwicklungsimpulse auf den Rest des Landes aus, wo auf großen haciendas extensive Viehhaltung betrieben wurde und die Masse des Volks Landarbeiter und abhängige kleine Bauern waren, die kaum über den Eigenbedarf hinaus produzierten.

Es entwickelte sich auch lange Zeit keine kapitalistische Exportlandwirtschaft, wie etwa der Kaffeeanbau in anderen mittelamerikanischen Ländern. Erst nach dem Ende des zweiten Weltkriegs entwickelte sich eine kleine agrarische und industrielle Bourgeoisie. Gleichzeitig begannen die Bananenkonzerne in gewissem Umfang in der Industrie zu investieren. Der Teil der einheimischen Bourgeoisie, der nicht mit der traditionellen Oligarchie verbunden war, sah sich so einerseits der Konkurrenz des imperialistischen Kapitals auf dem Industriesektor gegenüber und geriet andererseits in Gegensatz zur Agraroligarchie, weil er strukturelle Reformen brauchte, um eine kapitalistische Entwicklung überhaupt erst in Gang setzen zu können.

Das Ziel dieses Teils der Bourgeoisie (politisch repräsentiert durch einen Flügel der Liberalen und die christdemokratisch Partei) ist es, über eine Agrarreform, die zunächst einmal eine Veränderung der Besitzverhältnisse zugunsten der breiten Massen der Landlosen beinhalten soll, zur Herstellung eines inneren Marktes als Voraussetzung kapitalistisch-industrieller Entwicklung zu kommen, Zentrales Moment der Agrarreform sollte dabei die Einrichtung



LA HUELGA DE 50.000 TRABAJADORES
HONDUREÑOS EXPLOTADOS POR MAS DE 50 AÑOS POR EL MONOPOLIO DE LA
UNITED FRUIT CO. ES UNA CAUSA JUSTA.



NO SE LES PERMITE ORGANIZACION SINDICAL
NO TIENEN LEYES NI CODIGO DE TRABAJO.
Ayúdelos, no permita que una Empresa Extranjera se burle del hambre y la miseria de un pueblo.

Flugblatt 1954
Mehr Lohn. Der Streik von 50.000 honduranischen Arbeitern die seit mehr als 50 Jahren vom Monopol der Fruit Co. ausgebeutet werden ist eine gerechte Sache. Sie haben kein Recht auf gewerkschaftliche Organisierung, keine Gesetze, kein Arbeitsrecht. Unterstützt Sie! Laßt nicht zu, daß eine ausländische Firma sich über den Hunger und das Elend des Volkes lustig macht.

Abkürzungen für verwendete Quellen:

AfAs	:	Afrique - Asie (Paris)
Afr	:	Africa (London)
AK	:	Arbeiterkampf (Hamburg)
BdW	:	Blick durch die Wirtschaft (Frankfurt)
DWMD	:	Deutsche Welle - Monitordienst (Köln)
FAZ	:	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FEER	:	Far Eastern Economic Review (Hongkong)
FR	:	Frankfurter Rundschau)
Ft	:	Financial Times (London)
Guar	:	The Guardian (London)
HB	:	Handelsblatt (Düsseldorf)
JA	:	Jeune Afrique (Paris)
Lib	:	Libération (Paris)
LM	:	Le Monde (Paris)
NEUE	:	Die Neue (Berlin)
NfA	:	Nachrichten für Außenhandel (Köln)
NZZ	:	Neue Zürcher Zeitung - Fernausgabe (Zürich)
SZ	:	Süddeutsche Zeitung (München)
TAZ	:	Die Tageszeitung (Berlin)

von Kooperativen sein, um auch auch auf dem Agrarsektor zu einer effizienten, nach kapitalistischen Gesichtspunkten organisierten Produktion zu gelangen. Gleichzeitig ist es eine Strategie, die wachsenden Konflikte mit der Bauernbewegung zu lösen.

Die Bauern und das Militär

Die Bauernbewegung ist in Honduras sehr stark und militant. Allerdings hat sie im Gegensatz zu anderen Ländern noch keine Erfahrung im bewaffneten Kampf. Die Bauern und Landarbeiter haben einen wesentlich höheren Organisationsgrad ereicht, als in anderen mittelamerikanischen Ländern. Drei gewerkschaftsähnliche Bauernverbände haben zusammen mehr als 200 000 Mitglieder (es gibt in Honduras etwa 400 000 Bauern- und Landarbeiterfamilien), das Ergebnis einer langen Entwicklung, die in den 20er Jahren begann und besonders nach dem Generalstreik der Bananenarbeiter 1954 in Schwung kam. Im Anschluß an diesen Streik wurden die ersten Gewerkschaften der Bananenarbeiter gegründet, die schnell zu zentralen Kampforganisationen wurden und vorbildhaft für das ganze Land sind. Landbesetzungen sind in Honduras seit Jahren an der Tagesordnung.

Die Frage der Agrarreform wurde zum zentralen Punkt der Klassenauseinandersetzungen und spaltete sogar das Militär, wo sich zwanzig Jahre lang (1957 – 1977) zwei Fraktionen um die Macht stritten, eine größere, reaktionäre, die die Interessen der Oligarchie vertritt und die Bauernbewegung bekämpft und eine kleinere, die die Interessen der modernisierenden Bourgeoisie vertritt und die Agrarreform unterstützt.

Diese Fraktion unterstützte die reformistische Regierung von Villeda Morales, die 1963, als die Mobilisierung der Volksmassen zunahm, von der anderen Fraktion durch einen blutigen Putsch gestürzt wurde, der alle Reformversuche zunicht machte. Die darauffolgende reaktonäre »Regierung der Nationalen Einheit« wurde ihrerseits wieder durch einen »linken« Militärputsch gestürzt (1972), der ausgelöst wurde durch einen Hungermarsch von tausenden Bauern auf Tegucigalpa. Das reformistische Militärregime sah sich starkem Druck von Seiten der USA und des damals noch relativ stabilen Regimes in El Salvador und Nicaragua ausgesetzt; ein Druck, dem es



Bauern zeigen ihre Entschlossenheit zur Verteidigung des besetzten Landes. (Februar 1980)



umso leichter zum Opfer fiel, als es keinerlei Interesse an einer wirklichen Mobilisierung der Massen hatte, um nicht die Kontrolle über den Reformprozeß zu verlieren.

Nach dem Plan zur Agrarreform sollten 600 000 Hektar an 120 000 Familien verteilt werden, in Wirklichkeit wurden nur 200 000 Hektar an 33 000 Bauern verteilt, die in 1200 Kooperativen organisiert waren und auch dieses Land wurde größtenteils nicht den Großgrundbesitzern und den Bananenkonzernen weggenommen, sondern durch Kolonisierungsprogramme in unbesiedelten Gegenden gewonnen. Das staatliche Agrarreformprogramm organisierte außerdem die Koopertiven mit Vorliebe als Großplantagen mit exportorientierten Monokulturen — Bananen, Zitrusfrüchten, Ölpalmen, Sisal — die Bauern beklagten sich, daß sie in Lohnarbeiter verwandelt würden.

1975/76 herrschte eine Art Kompromiß zwischen beiden Fraktionen des Militärs, Es kam zu absurden Situationen, wo z.B. in einer Provinz des Landes die Armee gewaltsam gegen landbesetzende Landarbeiter und Bauern vorging, während in einer anderen Provinz des Landes die Landbesetzungen aktiv von Teilen der Armee unterstützt wurden.

Die daran ansschließende Entmachtung der reformistischen Offiziere seit 1977 scheint diesmal ziemlich entgültig zu sein. Zwar gibt es in letzter Zeit wieder Gerüchte über einen reformistischen Militärputsch, aber die USA ziehen offensichtlich eine parlamentarische Lösung vor und die soziale Basis der reformistischen Militärs, die industrielle Bourgeoisie ist in den letzten Jahren durch die Krise des Mittelamerikanischen Gemeinsamen Marktes selbst in die Krise geraten.

Die Politik der gegenwärtigen Militärregierung unter Policarpo Paz García ist gekennzeichnet durch eine fast totale Öffnung des Landes für das transnationale Kapital und eine wachsende Unterdrückung der Volksbewegung, die sich ihrerseits langsam radikalisiert. Ansatzpunkt der Volksbewegung sind neben der Landfrage die Preissteigerung, die sich in einem so armen Land katastrophal auswirken (Zeitungsschlagzeile: »alle 15 Minuten stirbt auf dem Land ein Kind«) und durch die Exportorientierung der Landwirtschaft und die steigende Nachfrage der Agroindustrie verstärkt werden (»Die Hühner fressen den Menschen den Mais weg«) und der Protest gegen polizeiliche und militärische Unterdrückung. Im Februar 1980 erreichte eine Demonstration von 20 000 Menschen

in Tegucigalpa die Rücknahme der Fahrpreiserhöhungen, in San Pedro Sula, der größten Industriestadt, wurde eine ähnliche Aktion durch die militärische Besetzung des Stadtzentrums verhindert.

Die gut organisierte Lehrer- und Studentenbewegung konnte einige Zugeständnisse erreichen: 6% des Staatshaushalts statt bisher knapp 3% für die Nationale Universität, höhere Lehrergehälter und bessere Arbeitsbedingungen nach einem landesweiten Lehrerstreik. Der jüngste Erfolg der Volksbewegung war die Freilassung der politischen Gefangenen in diesem Sommer.

Diese Erfolge sind jedoch eher einem hohen Organisationsgrad in Gewerkschaften, Stadtteilgruppen und dergleichen zu verdanken und haben noch keinen adäquaten politischen Ausdruck gefunden. Der »Patriotischen Front« gelingt es nur begrenzt, der weitverbreiteten Proteststimmung organisiert und konzentriert Ausdruck zu verleihen, was sich z.B. im Scheitern ihres Aufrufs zum Wahlboykott gezeigt hat.

Nach den Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung (April 1980) blieb alles beim Alten. Der bisherige Chef der Militärjunta, Paz Garcia, wurde von der Constituante zum »verfassungsmäßigen« Präsidenten gewählt und zeigte den Volksvertretern anschließend was er von ihnen hielt, indem er sich weigerte, sich vor ihnen vereidigen zu lassen.

Das Kalkül der USA: Vertrauen in den »Demokratischen Weg ist gut — Militärische Kontrolle ist besser«

Die Strategie des Imperialismus zur »Lösung der internen Probleme des Landes als Mittel zur Gewinnung einer sicheren Basis für die Konterrevolution in Zentralamerika, läßt sich nach den bisherigen Entwicklungen folgendermaßen charakterisieren:

Kombination von politischer Stabilisierung, gemäßigter politischer Öffnung und kompromißloser Repression gegen alle demokratisch-revolutionären Kräfte, insbesondere die Solidaritätsaktionen mit dem salvadorenischen und guatemaltekischen Volk. Sicher muß man dabei berücksichtigen, daß die Beherrschung des politischen Prozesses durch den Imperialismus nicht vollkommen ist, und den Gruppen der einheimischen herrschenden Klasse ein gewisser Spielraum zugestanden werden muß, um die Illusion der Souveränität und des parlamentarischen Kräftespiels aufrechtzuerhalten. Daraus können sich aber neue destabilisierende Faktoren entwickeln.

Nach wie vor kann man davon ausgehen, daß — unter der Voraussetzung absoluter militärischer Kontrolle — die Realisierung eines minimalen Reformprogramms im langfristigen Interesse der USA liegt. In diesem Sinn funktionieren die Programme der US-Agency for International Development insbesondere in den Armenvierteln der Städte und in den am schlimmsten von der Proletarisierung betroffenen ländlichen



Arturo Garcia Bustos: „Wer gibt mir Feuer für meine Chesterfield?“

Regionen. Realistischerweise muß man aber davon ausgehen, daß die tatsächliche Wirkung stabilisierender Reform- oder »Hilfsprogramme« schon von vorneherein durch die notorische Korruption und administrative Ineffizienz in Grenzen gehalten wird. Ein schlagendes Beispiel ist das als schlechte Karikatur der nicaraguensischen Alfabetisierungskampagne von den USA finanzierte Alfabetisierungsprogramm: schlecht vorbereitet, miserabel organisiert und — trotz aufwendiger Werbekampagenen — mit weniger als dem erhofften Widerhall in der Bevölkerung. Solche Aktionen haben unter Umständen eher destabilisierende Wirkung, da große Hoffnungen geweckt, aber nicht erfüllt werden.

Als einziger Bestandteil des US-Plans für Honduras läuft bisher nahezu reibungslos die weitere Aufrüstung und Verstärkung des Heeres, der Luftwaffe und neuerdings auch der Marine . . . (Lan 85)

Offensichtlich haben die honduranischen Militärs Anfang des Jahres 1981 mit der Unterstützung der USA für eine Invasion in Nicaragua gerechnet. Sie hätte zunächst einmal von Exil-Somozisten aus Ausbildungslagern in Mexiko und Florida durchgeführt und in der letzten Phase durch einen Blitzkrieg honduranischer Truppen und nordamerikanischer »rapid deployment forces« abgeschlossen werden sollen. Mitte Mai erschien der US-General Vernon Walters in Honduras und bereitete diesem Plan ein vorläufiges Ende:

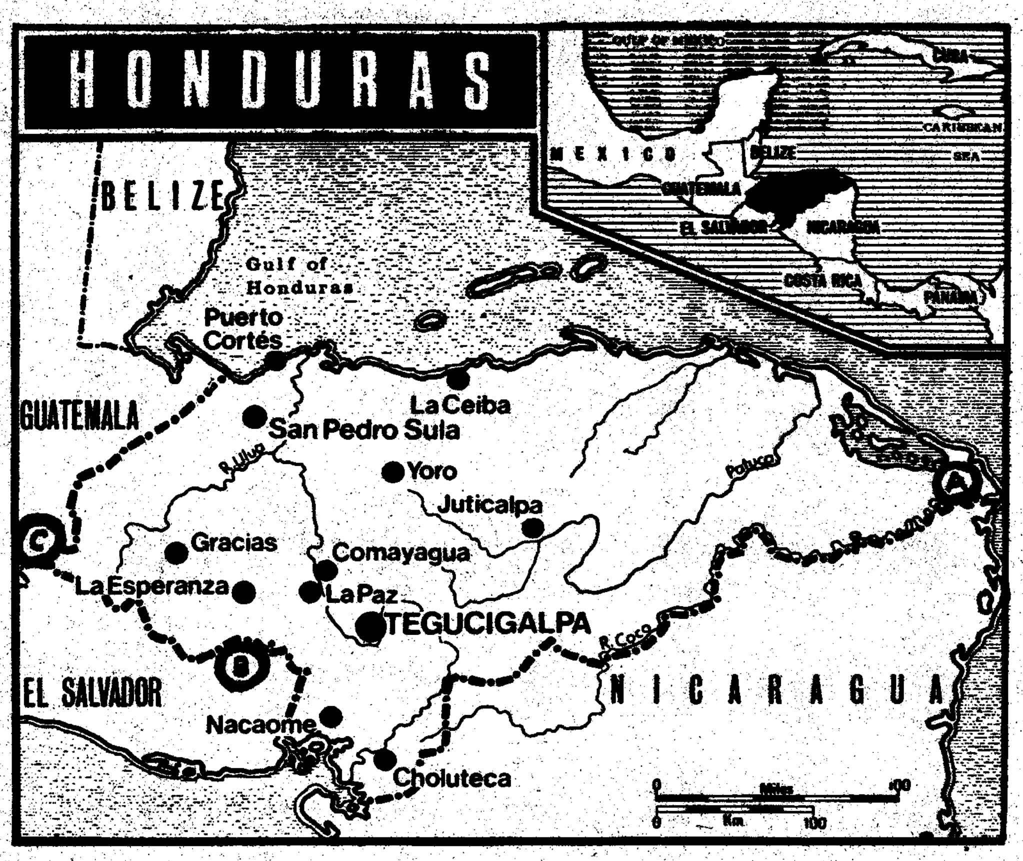
Statt das erwartete Startzeichen zur Invasion Nicaraguas zu geben, erzählte Walters in seinen Gesprächen, was sich unlängst bei einer Zusammenkunft zwischen hohen nordamerikanischen kirchlichen Würdenträgern einerseits und wichtigen katholischen Vertretern der Regierung Reagan (unter ihnen Alexander Haig und Jeane Kirkpatrick) andererseits abgespielt hatte:

Bei diesem Treffen hätten die Kirchenleute ihre entschiedene Opposition gegen die Interventionspolitik Haigs in Zentralamerika deutlich gemacht und betont, daß die US-offiziellen Darstellungen der Ereignisse in El Salvador nicht der Wahrheit entsprächen. Auch habe der nordamerikanische Klerus, so erzählte der General, bei den Sonntagsmessen einen starken Widerstand der öffentlichen Meinung gegen die Regierungspolitik mobilisiert. (TAZ, 5.6.81, NZZ, 18.6.81)

Zur Zeit zeichnen sich unmittelbar zwei Konfliktherde ab:
In der salvadorenischen Provinz Morazán griff Mitte August das honduranische Heer ein, um in einer Zangenoperation gemeinsam mit den Truppen El Salvadors die von der Guerilla besetzte Stadt Perquin zurückerobern. Guatemaltekische Truppen stehen ebenfalls an der Grenze zu El Salvador bereit.

Die nordamerikanischen Militärberater, die aus dem Trainingszentrum in Fort Gulik in der Kanalzone von Panama stammen, geben zu, die Koordination der verschiedenen honduranischen und salvadorenisen Militäreinheiten übernommen zu haben. Mit der gleichen Zielsetzung flogen etwa ein Dutzend hochspezialisierter US-Militärberater in die abgelegene Gegend des Kap Garcias a Dios, nahe der Grenze zu Nicaragua. In diesem von Miskito-Indianern bevölkerten Gebiet hatte das honduranische Heer seine militärischen Stützpunkte verstärkt. Außerdem sollen etwa 1500 nicaraguanische Ex-Nationalgardisten dort ein Trainingslager errichtet haben. Sie hoffen dabei auf die teilweise Unterstützung der aus Nicaragua flüchtigen Indios, die von Steadman Fagoth angeführt werden. Nach Aussagen der dorthin entsandten US-Militärberater sollen dort nun Kriegsmanöver stattfinden. Das Grenzgebiet an der Atlantikküste kann militärisch wie politisch als die Achillesferse Nicaraguas angesehen werden, zumal gerade am Grenzfluß Rio Coco die meisten Anhänger des Miskitoführers Fagoth ansässig sind. (TAZ, 25.8.81)

Ob darüber hinaus in nächster Zeit mit größeren Aktionen gegen Nicaragua zu rechnen ist, erscheint ungewiß. In Honduras regt sich heftiger Widerstand gegen die militärischen Aktionen in den Grenzgebieten »Andernfalls wird auch für uns der bewaffnete Kampf zum einzigen Ausweg werden« erklärte der Generalsekretär der christlichen Bauernorganisation UNC, Marcial Euceda (TAZ, 25.8.81)



Es ist auch nicht klar, ob sich die honduranischen Militärs dem Druck der USA auf Abhalten von Wahlen zum vorgesehenen Termin beugen. Für den Fall einer erneuten offenen Machtübernahme der Militärs hat auch die Guerillaorganisation Frente Morazanista de Liberacion Hondurena, FMLH, die allerdings bisher nur ein Schattendasein führte, den Beginn des bewaffneten Kampfes angekündigt. cn

Aufmarschgebiete der Konterrevolution:

A = Nationalgardisten im Grenzgebiet zu Nicaragua am Rio Coco
B = honduranische und salvadorenische Trupen in El Salvador / Provinz Morazán
C = guatemaltekische Truppen im Dreiländereck Guatemala / Honduras / El Salvador

Quellen:

Lateinamerika I, Olle & Wolter Verlag 1977
LAN 80, 85, 96 Latin American Perspectives 25/26 1980
TAZ 5.6.81 und 25.8.81
Nicaragua aktuell 9/81 u.a.

Arithmetik der Unterentwicklung

Bevölkerung: ca. 3,2 Mio (davon ⅔ Landbevölkerung)
Bevölkerungszuwachs: ca. 3,3% jährlich (Verdoppelung in 20 Jahren)
Fläche: 112 088 km² (etwa die Hälfte der BRD, ca. 20% landwirtschsftlich nutzbar)
Wichtigste Städte: Tegucigalpa (Hauptstadt): 380 000, San Pedro Sula: 260 000
Bruttosozialprodukt (1978): 3,4 Mrd Lempiras (1,7 Mrd US $)
Wachstumsrate (1978): 7,7%
Bruttosozialprodukt pro Kopf (1978): 1078 L im Jahr (zweitärmstes Land Lateinamerikas)
Anteil der Wirtschaftssektoren am Bsp. 1978: Landwirtschaft 32%, Bergbau, Industrie, Bausektor 24%, Dienstleistungssektor 44%
Hauptexportgüter: Kaffee, Bananen, Gefrierfleisch, Holz
Auslandsverschuldung: ca. 1 Mrd L
Inflationsrate (1979): ca. 20%
Mindestlohn: 3 L/Tag in der Landwirtschaft, 3,6 – 5 L/Tag in der Industrie
Analphabetenraten: ca. 60%, auf dem Lande ca. 80%
Einwohner pro Arzt (1972): 3464 (auf dem Lande 15 000)
Mangel- und Fehlernährung bei 75% der Kinder unter 5 Jahren
Wohnungsdefizit: ca. 450 000 Wohnungen
Einkommensverteilung (1968): 80% der Bevölkerung erhalten 33% des statistisch erfaßten Einkommens, 3% dagegen erfreuen sich eines Anteils von 27% des Einkommens
Landverteilung (1974): 64% der Betriebe verfügen über 9,1% der landwirtschaftlichen Fläche, 22% der Fläche ist in den Händen von 445 Großgrundbesitzern (= 0,2% der landwirtschaftlichen Betriebe)

(Quellen: Honduras en Cifras (1976 – 1980), Plan National de Desarrollo 1974 – 1978, Agrarzensus 1974)

Suche Informationen über das Gesundheitswesen in Mexiko:
– Ausbildung von Ärzten und Krankenschwestern (Pflegern)
– Tätigkeitsbereiche des medizinischen Personals (in der Stadt und auf dem Land)
– Literaturhinweise
Telefon: 0761 / 443317

Cancun — Ein Wendepunkt?

Da an der Konferenz von Cancun in Mexico wichtige Staatsmänner nicht teilnehmen, hat sie eines der gesteckten Ziele bereits von vorneherein verfehlt. Zudem besteht unter den Teilnehmern offenber wenig Einigung über den einzuschlagenden Kurs, um im festgefahrenen Nod-Süd-Dialog wieder zu Fortschritten zu kommen. So könnte das einzig produktive Ergebnis dieses Mammut-Spektakels darin liegen, daß der Weltöffentlichkeit die Unfähigkeit und Unwilligkeit der Mächtigen dieser Welt vor Augen geführt wird, konstruktiv an der Lösung der Probleme der Menscheit zu arbeiten. Ist vielleicht diese Erkenntnis Anstoß dafür, daß sich in den westlichen Industrieländern Massenbewegungen bilden und direkt in die Politik einschalten, um den Politikern zur Lösung der »schreienden Widersprüche zwischen Nord und Süd« (Brandt) auf die Sprünge zu helfen?

Noch bevor der lange vorbereitete »Nord-Süd-Gipfel« in Mexico überhaupt erst begonnen hat, hat er eines seiner wichtigsten Ziele bereits verfehlt. Leitgedanke dieses informellen Spitzentreffens von 22 Staatsmännern sollte nach den Vorstellungen des Initiators, der Nord-Süd-Kommission unter Leitung von Willy Brandt, das Gespräch über die »gemeinsamen Interessen« aller Beteiligten, also über die gemeinsame Zukunft der gesamten Menschheit sein.

Ein Konsens über die gemeinsamen Interessen hätte den Ausgangspunkt für das bilden sollen, was die Nord-Süd-Kommission als politisches Fernziel propagiert und anstrebt: eine Art »Weltinnenpolitik«. Ob dieses Konzept sinnvoll war und ist, muß angezweifelt werden[1]. Wesentlicher Bestandteil dieses Konzepts war es auf alle Fälle, Spitzenvertreter *aller* weltweit relevanten Interessengruppierungen einmal an einen Tisch zu bekommen, um so alle führenden Kräfte in die Verantwortung für die Lösung der weltweiten Probleme zu nehmen.

So hatte die Nord-Süd-Kommission, die bis 1980 eine Bestandsaufnahme der aktuellen Probleme und Konflikte erarbeitet[1a], sich insbesondere auch um die Teilnahme führender Politiker und Fachleute aus der östlichen Hemisphäre bemüht, seinerzeit aber von den Machthabern in den Ländern des real existierenden Sozialismus die kalte Schulter gezeigt bekommen. Auch für das anstehende Gipfeltreffen bemühte sich die Kommission, insbesondere Willy Brandt, um eine Teilnahme des sowjetischen Partei- und Regierungschhefs Breschnew. Alle Anzeichen sprechen jedoch dafür, daß Breschnew an dem Gipfeltreffen in Cancun am 22. und 23. Oktober nicht teilnehmen wird[2]. Die sowjetische Führung begründete ihr Fernbleiben mit dem Hinweis, sie habe an der kolonialen Ausbeutung der Dritten Welt nie teilgenommen und sei deshalb auch nicht wie die westlichen Industrieländer zur Wiedergutmachung verpflichtet. Außerdem klagt die sowjetische Führung über einen Mangel an Devisen für Produkte aus Entwicklungsländern und verweist auf ihre Hilfe für Angola, Mocambique und andere befreundete Staaten.[3]

Bedeutet das Fernbleiben eines Vertreters aus dem »Ostblock« (Jugoslawien und China nehmen teil) bereits einen herben Rückschlag für das ambitionierte Konzept der Brandt-Kommission, so scheint das ursprüngliche Vorhaben mit der Ausladung des kubanischen Staatschefs Fidel Castro *auf Druck der US-Regierung* nun völlig gescheitert. Dies gleich in doppelter Hinsicht:

1. Mit Fidel Castro fehlt auf der Konferenz eine der wichtigsten und mächtigsten Persönlichkeiten im Ost-West und Nord-Süd-Kräftespiel:
   - Castro ist der gewählte (wenn auch nicht unumstrittene) Führer der Bewegung der Blockfreien. In dieser Funktion ist er Repräsentant für ca. 39% der Weltbevölkerung (63% der Sitze in der UNO).
   - Ferner unterstützt die kubanische Regierung zahlreiche Befreiungsbewegungen ideell, materiell und teilweise auch personell. Insbesondere für Afrika und Lateinamerika muß Castro als wichtiger Verhandlungspartner bzw. Vermittler für die Beilegung zahlreicher zwischenstaatlicher bzw. innerstaatlicher gewalttätiger Auseinandersetzungen gelten.
   - Als enger Bündnispartner der Sowjetunion hätte Castro den »Ostblock« zumindest in begrenztem Umfang vertreten können.
   - Schließlich hatte Castro als Regierungschef des sich vergleichsweise erfolgreich entwickelnden Staates Kuba auf der Konferenz wichtige Anregungen einbringen können.

   Die Abwesenheit der »Schlüsselfigur« Castro läuft also der ursprünglichen Intention der Konferenz zuwider.
2. Die von der US-Regierung erzwungene Ausladung Castros torpediert den Grundgedanken des Treffens. Denn das Konzept zielte ja gerade auf Überwindung der Gegensätze durch persönliche, vertrauliche Gespräche unter Vertretern unterschiedlicher Interessen ab. US-Präsident Reagan weigert sich jedoch, sich mit Castro überhaupt nur an einen Tisch zu setzen. Damit wird bereits im Vorfeld der Konferenz deren ursprüngliches Ziel, nämlich die Auflockerung der weltweit verhärteten Fronten, verfehlt, ja geradezu ins Gegenteil verkehrt.

Reagan's Anspruch auf Führerschaft bleibt unwidersprochen

Die Erpressung der US-Regierung, die Konferenz bei Teilnahme Kubas zu boykottieren und damit platzen zu lassen[4], wirft auch ein Licht auf den Stand der Beziehungen innerhalb des westlichen Bündnisses. Erklärtes Ziel des gastgebenden kanadischen Ministerpräsidenten Trudeau auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Ottawa am 20. und 21. Juli dieses Jahres war es gewesen, das Thema Nord-Süd-Konflikt vorrangig zu besprechen. Auch andere Teilnehmer an diesem Gipfeltreffen hatten es sich zum Ziel gesetzt, Einfluß auf die entwicklungspolitische Konzeption der Reagan-Administration zu nehmen und dabei insbesondere die Übertragung des Ost-West-Konflikts auf den Nord-Süd-Konflikt zu verhindern[5]. Über den Nord-Süd-Konflikt verhandelt wurde in Ottawa schließlich nur zwei Stunden[6] und die Haltung, die die USA jetzt in der Kuba-Frage an den Tag gelegt haben, deutet daraufhin, daß sich die Gesprächspartner gegenüber Reagan nicht durchsetzen konnten.

Die verbliebenen Teilnehmer an der Rumpfkonferenz von Cancun bemühen sich nun, den Ausschluß Fidel Castros zu überspielen. Der französische Außenminister Cheysson äußerte sich nach Abschluß der Vorbereitungskonferenz der Außenminister in Cancun am 1. und 2. August des Jahres optimistisch hinsichtlich der Rolle, die die USA auf der Hauptkonferenz im Oktober spielen werden[7]. Bundesaußenminister Genscher war mit dem Ablauf und den Ergebnissen der Vorbereitungskonferenz »außerordentlich zufrieden«[8]. Gerüchte, die den Eindruck eines einhelligen harmonischen Verlaufs der Vorbereitungskonferenz hätten trüben und Anlaß für einen Rüffel der USA hätten abgeben können, wurden zerstreut: Das Auswärtige Amt dementierte Meldungen, denen zufolge Genscher kurzfristig in das nur eine halbe Flugstunde entfernte Kuba gereist sei, um dort Fidel Castro über den Stand der Dinge zu informieren[9].
Nachdem die Gesamtheit der Initiatoren und Teilnehmer der Konferenz dem amerikanischen Druck auf Ausschluß Kubas nicht standhalten konnten, steht nun zu befürchten, daß auch auf dem eigentlichen Kongreß nach der Pfeife der US-Regierung getanzt werden muß. Erste Lektionen, was mit der neuen Grundlinie der US-Politik, nämlich des Prinzips der »leadership« (Führungsrolle) der USA gemeint ist, hat die Weltöffentlichkeit bereits bekommen. Nach innen hat Reagan seinen Anspruch auf Führerschaft durch die Entlassung tausender streikender Fluglotsen demonstriert und seine Position durch den weitgehenden Zusammenbruch des Streiks vermutlich erheblich gestärkt. Nach außen setzt das irrwitzige Aufrüstungsprogramm, das selbst die engsten Nato-Verbündeten in innenpolitische Zerreißproben treibt, die Signale. Die Flottenmanöver knapp vor der lybischen Küste waren für Freund und Feind ein Wink mit dem Zaunpfahl, daß die US-Regierung willens ist, ihr militärisches Potential zur Durchsetzung ihrer Machtinteressen auch einzusetzen.

Das neue US-Konzept: Private Investoren statt staatlicher Entwicklungshilfe

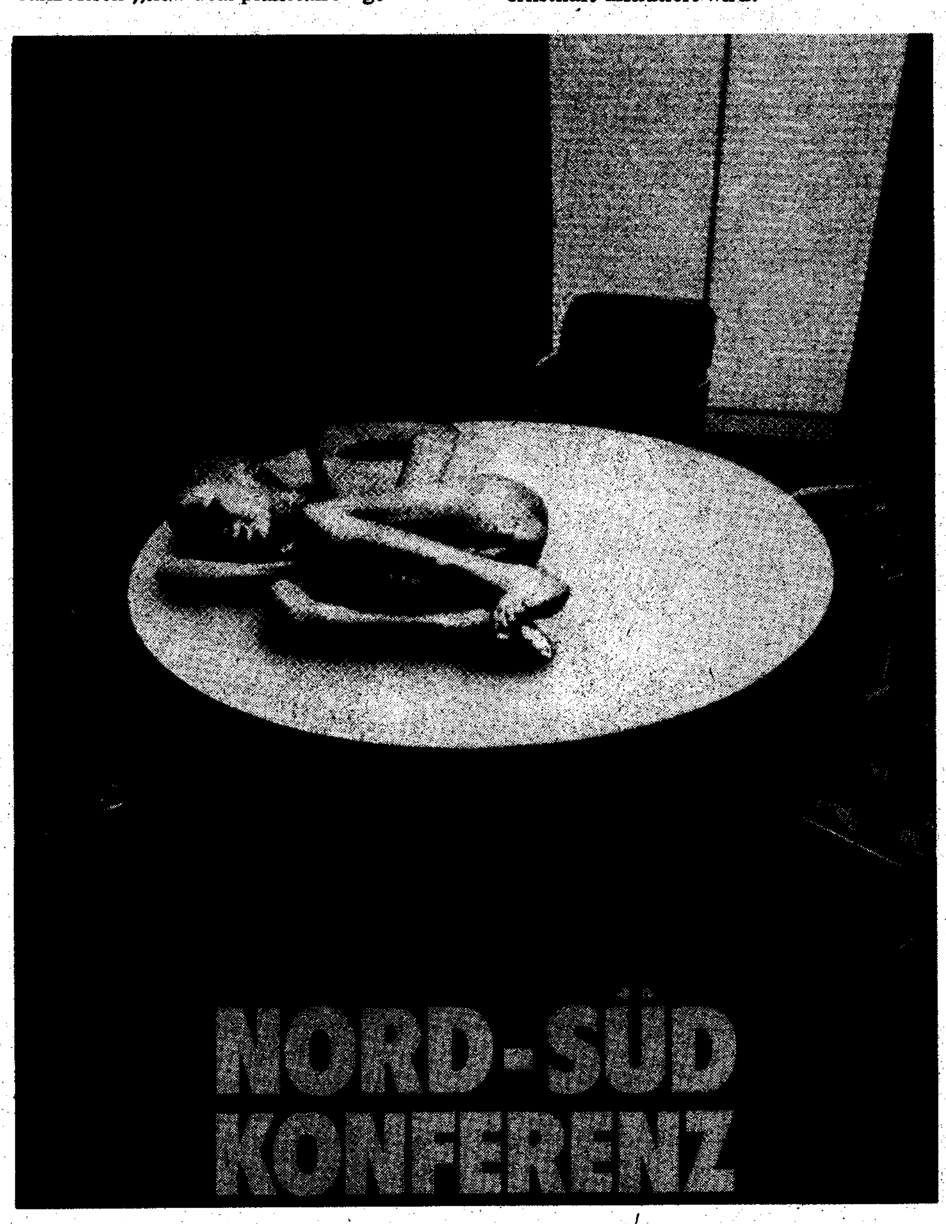
Bezüglich der Nord-Süd-Beziehungen hat die Reagan-Administration eine am Prinzip der „leadership" ausgerichtete Revision der bisherigen Politik angekündigt. Nach den bisher bekannt gewordenen Planungen sieht Reagan — der Ausschluß Kubas kann als Beispiel gelten — die Nord-Süd-Problematik ganz unter dem Aspekt des Ost-West-Konflikts. Demnach soll der Einsatz der Entwicklungspolitik vornehmlich in Form militiärischer Unterstützung für Verbündete in der Dritten Welt erfolgen. Entwicklungspolitik wird also als ein Mittel der Außenpolitik angesehen und nicht als eine eigenständige, von den tagespolitischen Ereignissen unabhängige Zielgröße. Die Verteilung der amerikanischen Hilfen soll, so US-Staatssekretär Homas, „eng mit unseren greifbaren wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen in den Entwicklungsländern korrespondieren".[10)]

Bei einem derartigen Konzept kann es eigentlich nicht überraschen, daß der US-Regierung die Beträge, die sie an Multilaterale Entwicklungsorganisationen wie Weltbank, FAO, WHO u. a. zu entrichten hat, ein Dorn im Auge sind. Denn die Zuteilung dieser Mittel an die jeweiligen Empfänger kann sie nicht ihrem eigenen Gutdünken unterwerfen. In der UN-Organisation FAO kam es bereits zu ernsthaften Schwierigkeiten, da die USA in der letzten Zeit eine Erhöhung der Beitragszahlungen kategorisch ablehnen. Der stellvertretende US-Staatssekretär für internatinale Organisationen Abrans drohte mit diplomatischer Verklausulierung bereits einen möglichen Austritt der USA aus der FAO an, als er feststellte, „die USA könnten sich gezwungen sehen, nach anderen Wegen zu suchen, um das Einfrieren des Budgets der FAO durchzusetzen".[11)]

Als Fernziel hinsichtlich finanzieller Leistungen schwebt der Reagan-Mannschaft, die ganz allgemein die Staatsausgaben drastisch senken will, eine starke Kürzung des ohnehin relativ bescheidenen Etats für Entwicklungspolitik[12)] vor — auch des Etats für bilaterale Unterstützung. Nach Ansicht Reagans ist die Überwindung der derzeitigen wirtschaftlichen Krisen im In- und Ausland bzw. der Weltwirtschaft nur durch die Stärkung des gewinnorientierten, privatwirtschaftlichen Sektors möglich. Dazu wurden in den USA die Sozialausgaben drastisch gekürzt und gleichzeitig ein Anreiz für private Initiative durch Senkung der Einkommenssteuer geschaffen. Das privatwirtschaftliche Gewinnstreben soll nach Ansicht von Reagan auch der Motor zur Überwindung der Unterentwicklung werden. So erklärte ein hoher Beamter im US-Wirtschaftsministerium: „Die Administration wird nach neuen Wegen suchen, die es für die US-Wirtschaft attraktiv erscheinen lassen, an der Entwicklung der armen Länder teilzunehmen." Als Modellfälle gelten den US-Politikern Süd-Korea und Taiwan.[13)] Die Probe aufs Exempel soll demnächst in der Karibik gemacht werden.[13a)]

Geringe Chancen für Frankreichs „new deal planétaire"

Ein, was das Verhältnis Staat-Privatsektor betrifft, fast gegensätzliches Konzept vertritt die neue sozialistische Regierung in Frankreich. Innenwirtschaftlich versucht sie durch eine immense Steigerung der Staatsausgaben die Krise der französischen Wirtschaft zu überwinden. Hinsichtlich der weltwirtschaftlichen Probleme plädierte der französische Außenminister Cheysson auf der Konferenz der OECD-Staaten am 16. Juni in Paris für eine „keynesianische Politik im Weltmaßstab", auf neufranzösisch „new deal planétaire" genannt.[14] Wesentlicher Antrieb einer derartigen Politik wäre die massive Steigerung der Staatsausgaben bzw. der Ausgaben internationaler Organisationen — also das krasse Gegenteil der amerikanischen Vorstellungen. Auf viel Gegenliebe dürfte Cheysson im Ausland auch nicht getroffen sein. Die konservative britische Premierministerin Thatcher verfolgt im eigenen Land gerade den entgegengesetzten Kurs — bisher allerdings mit höchst zweifelhaftem Erfolg. Auch in der Bundesrepublik hat sich der „Rat der fünf Weisen" mit seiner Empfehlung zur Reduzierung der öffentlichen Verschuldung und zu einem Abbau der staatlichen Eingriffe in die marktwirtschaftlichen Prozesse weitgehend durchgesetzt. Und in den USA demontiert Reagan mit der geplanten Kürzung der staatlichen Zuschüsse an die Sozialversicherung eine der wichtigsten sozialen Errungenschaften aus der Zeit des „New Deal" in den dreißiger Jahren. So besteht aufgrund der anders gearteten Interessen der meisten Industrieländer kaum die Aussicht, daß der französische Vorschlag, der den Intentionen der Nord-Süd-Kommission eigentlich recht nahe kommen dürfte, in Cancun überhaupt ernsthaft diskutiert wird.



Die Themen: Stoff für fruchtbare Kontroversen oder für einsame Monologe?

Als Themen für die Diskussion wurden von den Außenministern vorläufig folgende Problemgebiete vorgeschlagen:

- erstens die Weltwirtschaftslage und ihre Auswirkungen auf die Entwicklungsländer;
- zweitens Energiepolitik;
- drittens Währungsfragen;
- viertens Bevölkerungspolitik.[15]

Das Thema, das Willy Brandt besonders am Herzen liegt, nämlich die Verschwendung wertvoller Ressourcen durch Rüstungspolitik und Aufrüstung wurde erst gar nicht in den Gesprächskatalog aufgenommen. Aussicht, die USA bezüglich ihrer weltweiten Aufrüstungspläne umzustimmen, scheint ohnehin nicht gegeben. Aber auch die anderen Themen sind einer Diskussion würdig, bieten jedoch sicherlich auch zahllose Möglichkeiten, sinn-und fruchtlose Kontroversen auszutragen, mit diplomatischem Geschick wegzuhören oder einsame Monologe zu halten.

Bezüglich des Themas Währung und Finanzen zum Beispiel gibt es bereits einen jahrealten Streit ohne Aussicht auf Lösung: Seit Ende letzten Jahres soll über diesen Problemkreis im Rahmen der „UN-Globalverhandlungen" debattiert werden. Bisher kamen diese Verhandlungen aufgrund eines Vetos seitens der USA, Großbritanniens und der BRD jedoch noch nicht einmal „aus den Startlöchern". Die genannten Staaten befürchten nämlich die Entmachtung „ihrer" Sonderorganisationen, als da sind Weltbank und Weltwährungsfond. Diese Organisationen haben insbesondere hinsichtlich des Weltwährungssystems eine wichtige Machtposition inne, die sie nach Willen der Mehrheit der Entwicklungsländer zugunsten einer UN-Organisation abgeben sollen. Denn in den UN-Gremien gilt das demokratische Prinzip „Ein Land — eine Stimme", während in IWF und Weltbank die Stimmanteile nach Zahlungskraft verteilt sind und somit die reichen Industrieländer begünstigen.[16] Ob die Gesprächspartner in Cancun in dieser Kontroverse „gemeinsame Interessen" werden ausloten können und nicht nur diplomatische Kompromisse, die nicht weiterhelfen, ist fraglich.

Bezüglich des Themas „Bevölkerungspolitik" dürfte Bundeskanzler Schmidt seine These vortragen, der zufolge die „Bevölkerungsexplosion" eine der Hauptursachen für das Elend in der Dritten Welt sei. Diese These, die Schmidt u. a. auch in einem längeren Monolog während einer Fernseh-Diskussion auf dem Evangelischen Kirchentag in Hamburg vertrat, wird bereits seit Robert Malthus vorgetragen und kritisiert. Denn sie verkennt offensichtlich, daß die Armut eine der Gründe für das Bevölkerungswachstum darstellt, da nur eine große Familie in unterentwickelten Ländern ohne Sozialgesetzgebung dem einzelnen Individuum eine Altersversorgung sichert. Zudem steht außer Frage, daß die Weltbevölkerung ausreichend ernährt, ja sogar in relativem Wohlstand leben könnte, wenn die politischen Strukturen eine gerechte Verteilung der vorhandenen Reichtümer zuließen.

Allgemein scheint der Bundeskanzler darauf aus, die Verantwortung für die katastrophale Lage in der Dritten Welt auf alle anderen Länder, nur nicht auf die des Westens abzuschieben. Auf einer Tagung der Nord-Süd-Kommission Ende Mai in Berlin kanzelte der Bundeskanzler die OPEC-Staaten wegen ihrer Preispolitik, den Osten wegen der Waffenlieferungen in Spannungsgebiete, den Süden wegen der Bevölkerungsexplosion „in einem unverhältnismäßigen Ausmaß"[17] ab. Am Ende der Schmidt'schen Ausführungen waren die Zuhörer ernsthaft verstimmt und ließen verlauten, Schmidt habe „den erschreckenden Eindruck vermittelt, nicht zu wissen, wie ernst die Lage ist".[18] Schmidt seinerseits kündigte an, er werde das Thema Bevölkerungspolitik ein drittes Mal bei Papst Johannes Paul II aufwerfen.[19] Mehr als fromme Wünsche und gutgemeinte Appelle wird Schmidt seinen Gesprächspartnern in Cancun jedoch kaum übermitteln können.

Das Konferenz-Karussel (Kleiner Ausschnitt)

27. — 31. Mai 1981: Berlin, Tagung der Nord-Süd-Kommission.
16. Juni, Paris, Konferenz der Mitglieder der OECD.
20./21. Juli 1981 Ottawa: Konferenz der Staatschefs der sieben führenden Industrienationen.
1.2. August, Cancun , Mexico: Treffen der 22 Außenminister zur Vorbereitung des Nord-Süd-Gipfels im Oktober
22./23. Oktober, Cancun: Treffen der 22 Staatsoberhäupter (sogenannter Nord-Süd-Gipfel).

Ein Erfolg auf Umwegen: Öffnet Cancun der Weltöffentlichkeit die Augen?

Wie in dieser speziellen Frage so auch allgemein sind die Erwartungen hinsichtlich des Erfolgs der Gespräche in Cancun tiefgesteckt. Konkrete Ergebnisse positiver Art werden von den wenigsten Beobachtern erwartet; erhofft wird allenfalls eine Verbesserung der allgemeinden Stimmungslage, zu der Cancun beitragen soll. Um Schwierigkeiten von vorneherein aus dem Wege zu gehen, wurde bereits auf der Außenministerkonferenz vereinbart, nicht einmal ein Schlußkommuniqué zu veröffentlichen. US-Außenminister Haig hatte sich gegen eine derartige Deklaration ausgesprochen, da sie für die teilnehmenden Nationen verpflichtende Wirkung habe.[20] So bleibt die Möglichkeit bestehen, die Reise nach Cancun, wie schon die Außenminister vormachten, in entspannter Atmosphäre abzuschließen: Die Außenminister hatten ihre Gespräche vorzeitig schon am Nachmittag beendet.[21]

Der Aufwand für die zwei Tage ist gigantisch. Eigens für diese Konferenz wurde ein Medienzentrum geschaffen, das den ca. 2000 erwarteten Journalisten aus aller Welt optimale Arbeitsbedingungen für die zwei Tage bieten soll. Vom Flughafen wurde eine neue Straße direkt zum Sheraton-Hotel gebaut, wo die illustren Gäste in 22 Luxussuiten umsorgt werden sollen. Und schon für die Außenministerkonferenz wurde die Halbinsel Cancun auf sieben Kilometer Länge militärisch abgeriegelt. Zur Abschirmung der Staatmänner bot die mexicanische Armee Luftabwehr, Tanks, Raketen, eine Flotte von Hubschraubern sowie zahlreiche Schnellboote auf. So brauchen — als Nebeneffekt dieser Schutzmaßnahmen — die Staatsmännern nicht anzuschauen, in welchem Elend weite Kreise der Bevölkerung Mexicos leben müssen. Nicht nur deswegen steht zu befürchten, daß einmal mehr nicht das Schicksal der Menschen und deren miserablen Aussichten für die Zukunft im Mittelpunkt der Gespräche stehen wird, sondern die widersprüchlichen Interessen der Mächtigen.

Dennoch könnte das Spektakel nicht ganz ohne Sinn und Folgen bleiben, denn es bleibt zu hoffen, daß das TamTam, das die Journalisten um die Konferenz veranstalten werden, das Interesse weiterer Kreise der Weltöffentlichkeit für die Nord-Süd-Problematik weckt. Noch ist das Bewußtsein für das Elend in der Dritten Welt in den Industrieländern völlig unterentwickelt. In der BRD zum Beispiel wurden vom Brandt-Bericht gerade 27000 Exemplare verkauft,[23] in den USA kennen nach Meinung eines Kommissionsmitglieds 99% der Bevölkerung den Bericht nicht.[24] Doch ein Ausweg aus der derzeitigen Misere ist nur dann in Sicht, wenn sich eine Massenbewegung in den Industrieländern für den Kampf gegen den Holocaust in der Dritten Welt einsetzt. Solange der Druck von der Basis ausbleibt, die „schreienden Widersprüche zwischen Nord und Süd"[25] wirksam durch Umverteilung der Reichtümer anzugehen, werden die Politiker auf Konferenzen auch weiterhin zuerst ihre eigenen Süppchen kochen. Und die sind oft gegen die gemeinsamen Interessen der Menschheit.

N W

Anmerkungen:

1) Vgl. blätter des iz3w Nr. 87, August 1980, in denen die Existenz „gemeinsamer Interessen" bezweifelt wurde.
1a) ebenda
2) vlg. Süddeutsche Zeitung v. 4. 8. 81
3) Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt v. 2. 8. 81; Nach Angaben des Deutschen Instituts für Wissenschaftsforschung leisteten die Ostblockländer 1980 bei Einbeziehung der Unterstützung für Kuba und Vietnam für knapp 2 Milliarden Entwicklungshilfe. Etwa ⅔ der Leistungen erbringt dabei die UdSSR. (vgl. Süddeutsche Zeitung v. 10. 6. 81)
4) vgl. Süddeutsche Zeitung v. 10. 8. 81
5) Vorwärts v. 4. 6. 81
6) epd 16/81, S. 8
7) Süddeutsche Zeitung v. 3. 8. 81
8) ebenda
9) ebenda
10) Vorwärts v. 4. 6. 81
11) Neue Züricher Zeitung v. 3. 6. 81
12) ca. 0,2% des BSP (vgl. Newsweek v. 10. 8. 81); Der Anteil der BRD-Entwicklungshilfe am BSP ging 1980 von 0,44% auf genau 0,43% zurück und wird auch 1981 kaum darüber liegen (vgl. Stuttgarter Nachrichten v. 5. 6. 81).
13) Newsweek v. 10. 8. 81
13a) epd 16/81, S. 9
14) vgl. Le Monde v. 18. 6. 81
15) FAZ v. 28. 7. 81
16) Vorwärts v. 4. 6. 81
17) Stuttgarter Zeitung 1. 6. 81
18) ebenda
19) Neue Züricher Zeitung v. 3. 6. 81
20) Süddeutsche Zeitung v. 4. 8. 81
21) Frankfurter Rundschau v. 3. 8. 81
22) FAZ v. 28. 7. 81
23) Süddeutsche Zeitung v. 1. 6. 81; s. auch Anm. 1)
24) Vorwärts v. 4. 6. 81
25) So Brandt auf der Tagung der Nord-Süd-Kommmission in Berlin; vgl. Rheinpfalz v. 30. 5. 81

Libanon

Israels Krieg gegen die Palästinenser

Im Libanon toben 5 Jahre nach dem Bürgerkrieg von 1975/76 immer noch blutige Machtkämpfe. Diese tagtäglich stattfindenden Auseinandersetzungen machen kaum noch Schlagzeilen. Die Weltöffentlichkeit nimmt nur die spektakulärsten Ereignisse wahr, wie z. B. die Höhepunkte der sogenannten »Raketenkrise« — das Schlagwort in der Presse für die von April bis Juni d. J. andauernden schweren Kämpfe in Beirut und Zahlen mit über tausend Todesopfern.

Oder die zwei Wochen anhaltenden Aktionen der Israelis seit Anfang Juli d. J., die sich im Bewußtsein ihrer militärischen Überlegenheit über ihre arabischen Nachbarländer unter Einsatz aller Waffengattungen an einer wahren Vernichtungsorgie im Libanon berauschten. So griffen israelische Jagdbomber neben anderen zivilen Zielen auch die Hauptstadt Beirut an und verwüsteten in mehreren Angriffswellen einige um palästinensische Flüchtlingslager vermutete PLO-Hauptquartiere gelegene, dicht bevölkerte zivile Wohnviertel. Unter dem Bomben- und Raketenhagel fielen sechs Hochhäuser zusammen, dreihundert Menschen starben, achthundert wurden verletzt (Spiegel, 27. 7. 81).

Die Hauptleidtragende dieser Gemetzel ist die ständig vor Kugeln, Raketen und Bomben flüchtende libanesische und palästinensische Zivilbevölkerung. So gilt die Hälfte der 3,5 Millionen eingesessenen Libanesen inzwischen in ihrem eigenen Land als Flüchtlinge (FT 6. 6. 81).

Beteiligt an den Kämpfen sind — abgesehen von Israel, das nach Belieben von seinem Territorium aus Überfälle ausführt — sowohl reguläre Armeen, die sich mit legalen Mandaten und Einverständnis der libanesischen Regierung auf libanesischem Territorium befinden wie die UNIFIL-Truppe der Vereinten Nationen oder die von Syrien dominierte Arabische Abschreckungsmacht der Arabischen Liga, als auch eine Vielzahl von Privat-Milizen (etwa vierzig) aller möglichen Parteien und Interessengruppen. Neben den Parteien und Gruppen libanesischer Herkunft sind die politischen Kräfte und Richtungen fast aller arabischen Länder vertreten. Ihre Privat-Milizen haben auf Grund des ohnmächtigen Staates im Libanon und besonders in Westbeirut völlige Bewegungsfreiheit, wo sie ihre Privatfehden oder zwischen ihren Ländern stattfindende Kriege untereinander austragen wie z. B. pro-irakische gegen pro-iranische Gruppen.

Ausgangspunkt dieses chaotischen Zustandes ist der Bürgerkrieg von 1975/76, der die innerlibanesischen Konflikte nicht gelöst hat, die durch das Eingreifen einer auswärtigen Macht (Syrien) nur aufgeschoben wurden.

Die Ursachen des Bürgerkriegs 1975/76

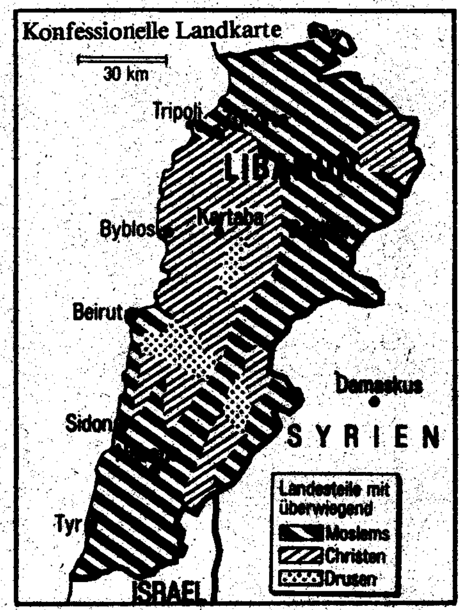
Bis zum Ausbruch des Bürgerkriegs befanden sich Macht und Privilegien der seit 1944 unabhängigen, ehemaligen französischen Kolonie Libanon in den Händen der mit Frankreich eng verbundenen, zum christlichen Bevölkerungsteil zählenden Maroniten. Die Maroniten, eine der römisch-katholischen Kirche nahestehende Glaubensgemeinschaft, sind wie die anderen Gruppen christlicher und moslemischer Konfession schon seit Jahrhunderten im Libanon beheimatet. Die Maroniten bilden die große Mehrheit unter den Christen Libanons vor den griechisch-orthodoxen und einigen kleineren Glaubensgemeinschaften.

Die andauernde Vorherrschaft dieser orientalischen Christen über die moslemische Mehrheit der Bevölkerung (Sunniten, Schiiten, Drusen) stützte sich auf ihre politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Kolonialmacht Frankreich und auf den *politischen Kofessionalismus*, ein politisches Ordnungssystem, in dem das Wahlsystem, die Verteilung aller Staatsämter und die Besetzung der staatlichen Institutionen dem Religionsproporz unterworfen sind. Daraus hat sich z.B. ergeben, daß der Staatspräsident als mächtigster Mann immer ein Maronit sein muß, daß in der Hierarchie der Verwaltungen immer ein Maronit an der Spitze stehen muß.

Der Konfessionalismus sollte im 19. Jahrhundert, als der Libanon noch nicht als Staat sondern nur ein Teilstück seines heutigen Staatsgebietes als autonome Provinz „Libanon-Gebirge" innerhalb des Osmanischen Reiches existierte, die Koexistenz der in diesem Gebirge lebenden, ständig um Vorherrschaft kämpfenden Maroniten (orientalischen Christen) und Drusen (schiitische Moslems) zu ermöglichen. Dieser damals eingeführte administrative Konfessionalismus sollte die beiden Glaubensgemeinschaften, die zwar räumlich voneinander getrennt lebten aber innerhalb des osmanischen Reichs von einem gemeinsamen Fürsten entweder maronitischer oder drusischer Herkunft vertreten wurden, auch administrativ voneinander zu trennen. So bekam jede Gemeinschaft ihren eigenen Richter, Steuereinnehmer, Polizisten und ihre eigene Verwaltung. Als mit dem Ende des 2. Weltkrieges die osmanische Herrschaft über die Araber zusammenbrach, begann über das Mandat des Völkerbundes die Zeit der Kolonialherrschaft Frankreichs über Großsyrien, das die ehemalige Provinz „Libanon-Gebirge" umschloß. Um die Position der Maroniten zu stärken, die schon seit Jahrhunderten enge Bindungen an Frankreich hatten (konfessionell, kulturell, wirtschaftlich) aber im moslemischen großsyrischen Staat nur eine Minderheit darstellten, teilte Frankreich Großsyrien in Syrien und Libanon auf. Um die Vorherrschaft der Maroniten in diesem größeren Libanon, das zusätzlich zu den Drusen noch weitere moslemische Bevölkerungsanteile (Sunniten und Schiiten) dazubekam, abzusichern, wurde der Konfessionalismus auch auf das politische System des neu entstandenen Libanon übertragen, in dem zu der Zeit die Maroniten noch eine knappe Bevölkerungsmehrheit bildeten.

Der Politische Konfessionalismus sieht die Beteiligung aller Religionsgemeinschaften an der Macht proportional zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung vor. Als Bemessungsgrundlage diente seit dem Abschluß des sog. Nationalen Pakts von 1943, der das schon seit dem 19. Jahrhundert bekannte System des Konfessionalismus für den Libanon endgültig festschrieb, die bisher einzige Volkszählung von 1932, obwohl die Umkehrung des damals festgestellten Gesamtverhältnisses von sechs zu fünf zugunsten der Christen so gut wie unbestritten war und sowohl die Schiiten als auch die Sunniten inzwischen einen höheren Anteil an der Bevölkerung stellten als die Maroniten[1].

Der Nationale Pakt sicherte den schon von den Franzosen privilegierten Maroniten endgültig die Vorherrschaft im Staat und gleichzeitig den traditionellen Führern der anderen sowohl christlichen wie moslemischen Glaubensgemeinschaften die Macht in ihren jeweiligen Herrschaftsbereichen. Denn innerhalb ihrer relativ geschlossenen Siedlungsgebiete (s. Karte) bildeten die



Konfessionen nach feudalistischem Prinzip geordnete Wehr- und Lebensgemeinschaften, deren interne Abhängigkeitsverhältnisse vor allem in den ländlichen Gebieten des Libanon bis heute aufrechterhalten werden.

Der Konfessionalismus bestimmt damit auch die wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen. „*Zugang zu wirtschaftlicher Betätigung, Geschäftsverbindungen und Arbeitsplätze findet man nur mit Hilfe politischer Führer, die innerhalb einer Religionsgemeinschaft für eine bestimmte Region die starken Männer sind. Die soziale Versorgung befindet sich in den Händen der Kirchen, zu Schulen, Krankenhäusern und Kindergärten hat man fast nur innerhalb seiner eigenen Konfesseion Zutritt. Der durchschnittliche Libanese kann also gar nicht außerhalb seiner Religionsgemeinschaft bzw. ohne die Verbindung zu politischen Führern überleben*"[2]. Diese Führer rekrutierten sich wie schon immer aus den gleichen Familienclans.

Der Konfessionalismus erlaubt es einer kleinen Minderheit, von wirtschaftlicher und sozialer Unterentwicklung zu profitieren, indem sie die sozialen Auswirkungen wie hohe Arbeitslosigkeit, hohe Inflationsrate (25,6 %) und Massenelend auf eine breite Unterschicht abwälzt[3]. Diese Unterentwicklung dokumentiert sich im Libanon einmal an der Machtstellung einer kleinen Elite aus Großgrundbesitzern, Kaufleuten und einigen wenigen Industriellen, der sowohl Christen als auch Moslems angehören, die mit einem Anteil von nur 5 % an der Bevölkerung 32 % des Volkseinkommens für sich beansprucht. Die gewaltige Unterschicht mit einem Bevölkerungsanteil von 49 % überwiegend aus Moslems bestehend muß sich mit 18 % des Volkseinkommens zufriedengeben.

Neben der Verteilung des Volkseinkommens auf die sozialen Klassen, in denen die Homogenität einer relativ großen christlichen Mittelschicht einer starken Polarisierung der Moslems in eine kleine reiche Oberschicht und eine breite arme Unterschicht gegenübersteht, zeigt sich die Unterentwicklung der libanesischen Wirtschafts- und Sozialstruktur auch an der Verteilung des Volkseinkommens auf die verschiedenen Wirtschaftssektoren. 68 % des Volkseinkommens stammen aus dem nicht beschäftigungsintensiven Dienstleistungssektor (Handel 32 %, Banken und Tourismus je 8 %), nur 14 % kommen aus der Agrarwirtschaft und 13 % aus der Industrie[4]. Diese Zahlen weisen den libanesischen Kapitalismus als Handels- und Finanzkapitalismus aus, der auf Dienstleistungen für das Ausland beruht und die Entwicklung der beschäftigungsintensiven und Selbstversorgung sichernden Sektoren der Industrie und Landwirtschaft vernachlässigt hat.

Der Bürgerkrieg von 1975/76 war der Versuch der fortschrittlichen Kräfte des Libanon, vereint in der überwiegend aus moslemischen Gruppen gebildeten Nationalen Bewegung, den politischen Konfessionalismus als politisches und soziales Ordnungsprinzip zu beseitigen und damit die Ursache für die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ungleichheiten, von denen hauptsächlich die moslemische Bevölkerung betroffen war.



Flüchtling aus Südlibanon

Westlicher Brückenkopf oder arabischer Staat?

Neben dem Konflikt auf innerlibanesischer Ebene gab es zwei weitere Faktoren, die im Bürgerkrieg eine Rolle spielten — die Palästinenser-Frage und die Frage der politischen Identität des Libanon. Der schon erwähnte Nationale Pakt von 1943 verpflichtete die politischen Führer zur Bündnisfreiheit — ein Kompromiß zwischen den Maroniten, die zur Anlehnung an Frankreich neigten, und den Moslems, die sich den arabischen Staaten zugehörig fühlten und den Wiederanschluß an Syrien bevorzugten.

Das Anwachsen des arabischen Nationalismus in der Region — Syrien (1949), Ägypten (1952) und der Irak (1958) wurden durch nationale Revolutionen unabhängig — und die Versuche ihrer ehemaligen Kolonialmächte England und Frankreich und zusätzlich der USA, ihre Einflüsse unter Interessen (Öl, Handel und Suche nach antisowjetischen Stützpunkten) dort weiterhin geltend zu machen, beschleunigten die Polarisierung der auch in dieser Frage gegensätzlichen Kräfte im Libanon.

Daß der Libanon unter der Herrschaft der Maroniten sich nicht neutral verhielt und von den westlichen Mächten als Brückenkopf beansprucht wurde, zeigt sich 1958 beim ersten Versuch der Loslösung vom Konfessionalismus.

Die Nationale Bewegung forderte die Abschaffung des Konfessionalismus und statt dessen Demokratisierung der politischen Strukturen. Aufgrund der sicheren moslemischen Bevölkerungsmehrheit zu dieser Zeit befürchteten die Maroniten die Arabisierung und damit die endgültige Entkolonialisierung des Libanon. Sie verhandelten mit Israel über einen Bündnisvertrag gegen Ägypten und Syrien, den beiden unabhängig gewordenen Staaten, von denen starke Impulse zur Bildung einer arabischen Einheit ausgingen.

Als mit dem Putsch im Irak 1958 ein weiteres Land dem westlichen Einfluß entglitt, sahen die USA ihren Plan, die Einschließung der Sowjetunion vom Süden her, gefährdet und schickten vorsorglich und auf Wunsch der Maroniten Truppen in den Libanon, die allerding in keine Kämpfe verwickelt wurden. „Die einzigen Toten und Verletzten auf amerikanischer Seite waren Opfer von Wirtshausschlägereien und Verkehrsunfällen"[5]. Unter amerikanischem Druck blieb es im Libanon bei der Vorherrschaft der prowestlichen Maroniten.

Ernsthaft in Gefahr geriet die maronitische Position erst mit der zunehmenden Stärke der Palästinensischen Befreiungsbewegung, dem dritten Faktor des Libanonkonflikts neben der innerlibanesischen und der panarabischen Frage.

Die Palästinensische Befreiungsbewegung im Libanon

Der palästinensische Widerstand gegen Israel hatte sich im Libanon sowohl militärisch als auch im zivilen Bereich wirkungsvoll organisiert. Trotz der schwierigen Situation auf Grund der Diskriminierung von maronitischer Seite und der ständigen israelischen Angriffe auf Flüchtlingslager, militärische und zivile Einrichtungen haben die palästinensischen Organisationen für die Flüchtlinge gut funktionierende soziale Strukturen (Kindergärten, Schulen, Werkstätten, Fabriken, Krankenhäuser) aufbauen können und sind zu einem militärischen Machtfaktor im Libanon geworden. Dazu beigetragen hat der Vertrag von Kairo (1969) zwischen der PLO und der libanesischen Regierung, der den Palästinensern das Recht gibt, im Südlibanon bewaffnete Einheiten aufzustellen und gegen Israel zu operieren. Die Hoheitsrechte in den Flüchtlingslagern und die Staatsgewalt südlich des Litani-Flusses, im sog. Fatah-Land, liegen in den Händen der PLO.

An das Verbot, sich in die innerlibanesische Politik einzumischen, hat sich die PLO nicht lange halten können. Die moslemische Bevölkerungsmehrheit, verbittert über die wachsenden sozialen und wirtschaftlichen Mißstände und die Privilegierung der Maroniten und einer kleinen moslemischen Elite, solidarisierte sich mit den Palästinensern, die zunehmender Verfolgung von Seiten maronitischer Gruppen und israelischen Angriffen ausgesetzt waren. Beide sich hier formierenden späteren Bürgerkriegsfronten bauten ihre Privat-Milizen aus. Die regierenden Maroniten

mißtrauten der regulären Armee, deren untere Dienstgrade und damit die gesamte Basis auf Grund des konsequent durchgeführten Konfessionalismus sich aus Moslems rekrutierte, und rüsteten ihre Privat-Milizen auf.

Die Milizen und politischen Gremien beider Fronten übernahmen in den jeweils von ihnen dominierten Gebieten zwar nicht offiziell aber faktisch die Funktionen und Hoheitsrechte des Staates. 1975 kam es zum Machtkampf. Die von den Maroniten dominierte Libanesische Front verfolgte dabei immer entschiedener das Ziel, den Libanon zu spalten und einen eigenen maronitischen Staat zu gründen, womit sie in dem von ihnen bis heute beherrschten Gebiet in Ost-Beirut und nördlich von Beirut schon vor dem Bürgerkrieg begonnen hatten. Die gegnerische Seite, die Nationale Bewegung und die mit ihnen verbündeten Palästinenser, waren auf Grund ihrer heterogenen Zusammensetzung und ideologischen Zersplitterung unfähig zu weitsichtiger gemeinsamer Planung und Organisation. Sie waren nur durch das Ziel vereint, die Einheit des Libanon zu erhalten und den Konfessionalismus mit der maronitischen Vorherrschaft abzuschaffen.

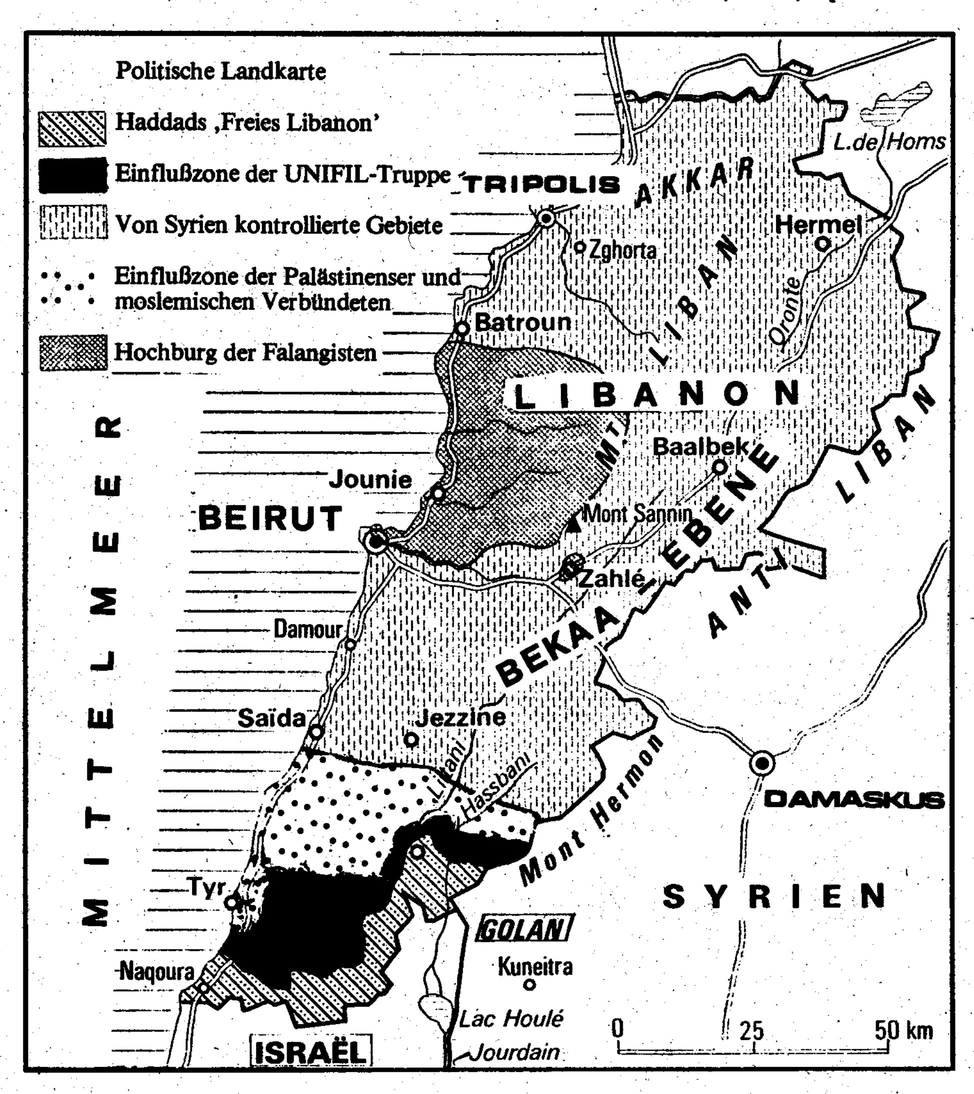
Als sich im Verlauf des Bürgerkriegs der Sieg der gemeinsamen Front aus Nationaler Bewegung und Kampfeinheiten der Palästinenser abzeichnete, griff Syrien nach einem Hilfegesuch der Maroniten und nach stillschweigendem Übereinkommen mit Israel, das an keiner palästinensischen Dominanz im Libanon interessiert war, zugunsten der fast schon Besiegten ein. Besonders schonungslos gingen die Syrer mit den Palästinensern um. Syrien fürchtete, nach einer schnellen Wiedererstarkung der palästinensischen Befreiungsbewegung von dieser in Konfrontationen mit Israel verwickelt zu werden und wollte gleichzeitig das Übergreifen sozialrevolutionärer Strömungen von Palästinensern im Libanon auf das eigene, innenpolitisch instabile Land verhindern.

Allerdings waren die Syrer auch darauf bedacht, die Palästinenser nicht völlig aufzureiben. Syrien hat Interesse daran, die Palästinensische Befreiungsbewegung unter Kontrolle zu halten, um sie ihrer Politik gegenüber Israel unterordnen zu können.

Libanon ohne Staat

Durch das Eingreifen Syriens wurde zwar die Niederlage der Maroniten verhindert, ihre Vorherrschaft über den Gesamtstaat des Libanon hatten sie jedoch eingebüßt.

Die neu gebildete libanesische Regierung unter dem 1976 von den Syrern eingesetzten und bis heute abhängigen maronitischen Staatspräsidenten Sarkis steht zwischen den innerlibanesischen Fronten. Ihr Machtinstrument, die Armee, hatte sich während des Krieges aufgelöst. Mit Ausnahme der maronitisch dominierten Luftwaffe hat sich die Mehrheit der anderen Waffengattungen auf die Seite der Nationalen Bewegung gestellt. Die Armee befindet sich zur Zeit im Aufbau und ist noch nicht wieder funktionsfähig.



Die staatlichen Organe Libanons sind zwar personell besetzt aber machtlos. Das nach dem alten Religionsproporz gewählte und deshalb personell kaum veränderte Parlament z.B. tagt, soweit das die ständigen Kämpfe in der geteilten Hauptstadt zulassen. Die gefaßten Beschlüsse bleiben jedoch weitgehend unverbindlich. Denn das Staatsgebiet des Libanon (das um ein Drittel kleiner ist als Schleswig-Holstein) ist in verschiedene Einflußgebiete zerfallen, in denen die staatliche Autorität nichts gilt.

Neben dem geschlossenen christlichen Gebiet nördlich von Beirut gibt es das Gebiet Westbeirut und südlich Beiruts bis zum Litani-Fluß, das von den Palästinensern und ihren moslemischen Verbündeten kontrolliert wird zusammen mit den Syrern.

In einem etwa zehn Kilometer breiten Gebietsstreifen entlang der israelischen Grenze herrscht der desertierte libanesische Major Haddad, der von den Israelis unterstützt wird. Zwischen Haddad und den Palästinensern am Litani sind 6000 UNO-Soldaten stationiert.

Im Norden herrscht die Miliz der Familie Frangie, die sich von den übrigen Maroniten abgesetzt hat und eng mit den Syrern zusammenarbeitet. Die Syrer wiederum sind mit der von ihnen dominierten Arabischen Abschreckungstruppe außer im Norden und am Litani-Fluß in der Bekaa-Hochebene im Osten des Landes stationiert (SZ 18. 2. 81).

Selbst die Syrer, die mit ihrer 25000 Mann starken Truppe im Auftrag der Arabischen Liga und mit dem Einverständnis der einheimischen Regierung im Libanon die Ordnung wiederherstellen sollen, sind nicht in der Lage, das gesamte Staatsgebiet unter Kontrolle zu bringen. Einerseits scheitern sie in den Gebieten, die von den verschiedenen Gruppen der Bürgerkriegsfronten beherrscht werden. Andererseits betrachten die Israelis den Südlibanon als ihr Einflußgebiet, in dem sie ungestört von den Syrern ihren angeblichen Sicherheitsinteressen nachkommen wollen. Die Syrer haben sich bisher an das stillschweigende Übereinkommen gehalten und das Gebiet südlich des Litani nicht überschritten.

Die selbsternannten Herrscher stellen in ihren jeweilignе Herrschaftsbereichen eigene Souveränitätsansprüche und verstehen sich zum Teil als eigener Staat wie z.B. der Majo Haddad im Südlibanon.

Südlibanon — Opfer israelischer Annexion?

Die Israelis haben Haddad und sein 10000 Mann starke Truppe im Frühjahr nach ihrer kurzfristigen Besetzung des Südlibanon

und ihrem mißlungenen Versuch, den palästinensischen Widerstand zu zerschlagen, als Statthalter in diesen Gebietsstreifen eingesetzt. Sie finanzieren die aus Maroniten zusammengesetzte Truppe, liefern die Ausrüstung von der Uniform bis zum Panzer, sorgen für Proviant und Ausbilder und übernehmen die medizinische Versorgung. Israel hat damit die Durchführung der UNO-Resolution blockiert, die nach Israels Überfall den Rückzug der israelischen Einheiten hinter seine Grenzen und die Stationierung der Friedenstruppe UNIFIL im Südlibanon von der israelischen Grenze bis zum Litani, der Grenze des palästinensischen Einflußbereiches, vorsah.

Das Wasser des Litani war schon das Ziel israelischer Annexionspläne zu Beginn der zionistischen Besiedlung Palästinas Anfang dieses Jahrhunderts[6]. Die zunehmende Integration des libanesischen Grenzstreifens in israelische Wirtschafts- und Sozialstrukturen erinnert schon jetzt an das Schicksal der Westbank, die seit ihrer illegalen Besetzung 1967 von Israel strukturell abhängig gemacht worden ist, um die Autonomie zu verhindern (s. blätter Nr. 90, S. 62 f). So versorgt Israel den vom übrigen Libanon abgeschnittenen sogenannten Freien Libanon Haddads, in dem auf 40 Dörfer verteilt etwa 100000 Menschen sowohl maronitischer als auch moslemischer Herkunft leben, mit Wasser u.a. für den Tabakanbau und bietet sich als Einkaufsmarkt für die Bauern an. Da es in Haddads Land (das doppelt so groß ist wie Bremen) weder Ärzte noch Krankenhäuser gibt, übernimmt Israel auch die medizinische Betreuung der Zivilbevölkerung, der Hauptleidtragenden der Kämpfe zwischen Israel, Haddads Miliz und den Palästinensern. Die Zahl der einheimischen Arbeiter, die täglich die Grenze überschreiten und auf israelischen Plantagen ihr Geld als Obstpflücker verdienen, beträgt inzwischen einige tausend. Ihr Einkommen spielt eine wichtige Rolle in der Wirtschaft des Grenzstreifens (FT 18. 3.; NZZ 24. 3. 81).

Sein Haß auf die Palästinenser macht den maronitischen Haddad — nach dessen Meinung „jeder Libanese die verdammte Pflicht hat, in seinem Leben mindestens einen Palästinenser umzulegen" (Stern 25. 10. 79) — zum adäquaten Bundesgenossen der Israelis, die nach Begins häufigen Worten die Palästinenser vernichten wollen, wo und wann immer sie sie treffen. Haddad begnügt sich nicht mehr damit, palästinensische Kommandos zu bekämpfen, die in sein Territorium eindringen, um von dort Ziele in Israel unter Beschuß zu nehmen oder nach Israel einzudringen. Seine Artillerie nimmt über die wenige Kilometer breite Pufferzone der UNIFIL-Truppe hinweg libanesische Dörfer und Städt im Einflußgebiet der Palästinenser unter Beschuß wie z.B. die Hafenstadt Tyros. Die Stadt — auch ein beliebtes Ziel israelischer Luftangriffte — zählt inzwischen halb zerstört und von den meisten Einwohnern verlassen zu den südlibanesischen Geisterstädten (NZZ 21. 3. 81). Seit März d.J. verfügt Haddad über noch weiterreichende Geschütze. Er ließ, bis die Israelis ihn nach internationalen Protesten zurückpfiffen, die Hafenstadt Saida beschießen, die bereits in der von Syrien kontrollierten Zone liegt. Der libanesischen Regierung stellte er ein Ultimatum. Er werde die Stadt, in der wegen der vorher herrschenden Ruhe und relativen Sicherheit besonders viele Flüchtlinge aus südlicheren Gebieten Zuflucht gesucht hatten, solange beschießen, bis die Regierung von ihm behauptete Soldrückstände an seine Truppe bezahlt habe oder seine Artillerie Schaden in der Höhe des verlangten Betrages (15 Mio.DM) angerichtet habe. Die Forderung wurde von ihm später bestritten, die Bombardierung jedoch fortgesetzt (TAZ 5. 3.; NZZ 21. 3.; 22. 4. 81).



Haddads Milizionäre

Die 6000 Mann starke Friedenstruppe der Vereinten Nationen UNIFIL steht auf verlorenem Posten. Sie war bisher weder in der Lage, die israelischen und palästinensischen Grenzüberschreitungen und Kämpfe zwischen den Einheiten zu verhindern. Noch konnte die UNO-Truppe das Einrücken regulärer libanesischer Armee-Einheiten in den Grenzbereich sichern, um den Beschluß der UNO durchzuführen, die Wiederherstellung der Hoheitsrechte des libanesischen Staates in Südlibanon. Die Bemühungen der UNIFIL-Truppe, die gelegentlich von den Einheiten beider Kampffronten unter Beschuß genommen wird, haben seit ihrer Aufstellung 1978 schon über 60 ihrer Friedenssoldaten das Leben gekostet. (FAZ 19. 5.; NZZ 24. 3. 81).

Israels politische Ziele im Libanon

Die oft gemeinsam vorgetragenen Angriffe von Haddads Artillerie und israelischen Einheiten, die das „Freie Libanon" ihres Statthalters als Aufmarschgebiet benutzen, sind schon lange nicht mehr „nur" Vergeltungsschläge für die Überfälle palästinensischer Kommandos in Israel oder die Beschießung von israelischen Städten und Siedlungen im Grenzbereich. Auch die neuere Bezeichnung Israels für ihre Vernichtungsfeldzüge — 1980 fanden achtzehn größere Angriffe auf zivile Ziele im Südlibanon statt (FAZ 20. 12.80) — als „vorbeugende Maßnahmen zur Vereitelung terroristischer Umtriebe vom Südlibanon aus" gehört zum Repertoir verharmlosender Rechtfertigungsstrategien nach militärischen Rundumschlägen Israels.

Die Israelis verfolgen im Libanon vor allem drei Ziele. Einmal geht es ihnen um die **Endlösung der Palästinenserfrage**, die Vernichtung der Palästinensischen Befreiungsbewegung im Libanon, der letzten Zufluchtsstätte des Widerstands der Palästinenser gegen den Zionismus. Israel versucht dieses Ziel sowohl durch die direkte Vernichtung mittels seiner Angriffe auf militärische Stellungen und Flüchtlingslager der Palästinenser zu erreichen, als auch durch ständige Bedrohung und Terrorisierung der überwiegend moslemischen Bevölkerung im Südlibanon, die mit den Palästinensern sympathisiert, um diese zu isolieren. Nach Meinung von Einwohnern der bombardierten Stadt Saida z.B. versprechen sich Haddad und die Israelis von der Beschießung libanesischer Städte, daß die Bevölkerung den Abzug der Palästinenser fordert. In Saida haben sie jedoch bisher das Gegenteil erreicht, eine noch stärkere Solidarisierung (Die Neue 22. 4.; TAZ 5. 3. 81).

Daß die Hoffnung der Israelis zwar nicht unberechtigt ist, zeigt die Forderung des libanesischen Staatspräsidenten Sarkis auf der islamischen Gipfelkonferenz Anfang dieses Jahres. Er betonte zwar die Verpflichtung des Libanon gegenüber den Palästinensern, verlangte aber von den arabi-

schen Staaten eine gewisse Kontrolle der palästinensischen Aktionen im Südlibanon gegen Israel, die den Libanon israelischen Angriffen aussetzten. Auch moslemische Politiker vertreten vereinzelt die Auffassung, daß die Anwesenheit der Palästinenser die Lösung der innerlibanesischen Konflikte erschwere (FT 19. 1.; SZ 18. 2. 81).

Die beiden anderen Ziele sind die **Verdrängung Syriens** aus dem Libanon und die **Errichtung eines zweiten Israel** im Nahen Osten, das heißt die Wiederherstellung eines von den Maroniten dominierten, mit Israel verbündeten Staates oder die Bildung eines maronitischen Teilstaates im Zentrum oder im Norden Libanons unter israelischer Schutzherrschaft nach dem Muster des Freien Libanon Haddads im Süden.

Diese politischen Ziele Israels bilden den Hintergrund der Ereignisse der letzten Monate, der sogenannten Raketenkrise, in deren Verlauf die tiefe Verwicklung Israels in den innerlibanesischen Konflikt deutlich wurde.

Die Zwangsvereinigung der Maroniten

Nach dem Bürgerkrieg 1975/76 kam es zum Ausbruch alter Rivalitäten innerhalb der christlich-maronitischen Gruppen der Libanesischen Front. Diese grausamen Machtkämpfe zwischen den Milizen der im Bürgerkrieg noch vereint kämpfenden Gruppen um die Familienclans der Gemayel, Chamoun und Frangie (alles ehemalige führende Politker des Libanon) endeten 1980 mit dem vollständigen Sieg der Miliz der Falange-Partei, die in den dreißiger Jahren von Pierre Gemayel nach dem Vorbild der faschistischen Jugendbewegungen in Europa als paramilitärische Jugendorganisation aufgebaut wurde[7]. Hinter diesen Kämpfen, die u.a. die These vom Religionskrieg im Libanon und die damit suggerierte Eintracht unter den angeblich von den Moslems bedrohten Christen widerlegen, verbergen sich handfeste politische und wirtschaftiche Interessen. Es geht um die Beherrschung regionaler Einflußzonen, um Wahlstimmen, Steuern und Schutzgelder, die nach Art der Mafia einkassiert werden (s. ‚blätter' Nr. 72, 1978; SZ 18. 2. 81).

Nach der Entscheidungsschlacht im Juli 1980, die über 300 Todesopfer forderte (FAZ 11. 7. 80), verfügt die Familie Gemayel über die Herrschaft in der Hochburg der Maroniten zwischen Ostbeirut, der Hafenstadt Jounie bis in die Nähe der von Syrien kontrollierten Bekaa-Ebene und damit über ein Fünftel des libanesischen Territoriums mit etwa 500000 Bewohnern. Die Falangisten haben in diesem Gebiet ein gut funktionierendes Gemeinwesen aufgebaut mit eigener Polizei, Verwaltung, Eigenversorgung, politischen Strukturen und eigenen Steitkräften.

Den politischen Dachverband der nach dem Juli des letzten Jahres zwangsvereinigten maronitischen Gruppen bildet die Libanesische Front, gleichzeitig als Schattenkabinett zu den von Syrien gestützten legalen libanesischen Regierung gedacht (FR 23. 4., 4. 9. 81).

Der eigentliche starke Mann dieser Region ist der Sohn des Falangegründers, Bachir Gemayel. Er ist der Oberkommandierende der sogenannten Libanesischen Streitkräfte, der Zwangsvereinigung derjenigen maronitischen Milizen, die die Kämpfe des Vorjahres überstanden haben. Die Libanesischen Streitkräfte zählen 12000 unter Sold stehende Soldaten und 40000 Freiwillige. Die Oberschüler im Herrschaftsbereich im Alter zwischen 16 und 18 Jahren werden zwangsrekrutiert. Sie werden an Waffen ausgebildet und ideologisch gedrillt (FR 23. 4.; SZ 18. 2. 81).



Falangist bewacht die Parteizeitung ‚Al Amal'

Im Vergleich zur geschlossen auftretenden Libanesischen Front und ihrem militärischen Arm unter dem strengen Regiment der Falange ist das Lager der moslemischen Gruppen der nationalen Bewegung zersplittert und ideologisch zerstritten. *„Mehr als zwei Dutzend politische Gruppen und Fraktionen — jede mit einer eigenen Miliz — sind zwar pro forma im Dachverband der Nationalen Bewegung vereinigt. Aber die Machtkämpfe zwischen vier nasseristischen Organisationen und Parteien, prosyrischen und proirakischen Sozialisten, konservativen und progressiven Drusen, panarabischen sunnitischen Moslems und Khomeinis islamische Revolution vertretenden schiitischen Muslims sowie der mit Geld und Waffen ausgeübte Einfluß verschiedener — miteinander wiederum verfeindeter — arabischer Staaten lassen eine Konsolidierung des linken Lagers als Utopie erscheinen. Als Ergebnis dieser Zwistigkeiten sind Überfälle, Entführungen, Bombenangriffe und wüste Schießereien, bei denen im Straßenkampf Raketen und Granatwerfer eingesetzt werden, in West-Beirut an der Tagesordnung"* (SZ 18. 2. 81).

Die politischen Ziele der dagegen seit 1980 zwangsvereinigten Maroniten stimmen mit denen der Israelis überein: Vernichtung der Palästinenser, Vertreibung der Syrer aus dem Libanon und Wiederherstellung der Maronitenherrschaft.

Damit verfügt Israel über einen zweiten Bündnispartner im Libanon. Neben Haddad und seiner Miliz im Süden steht nun im Zentrum des Libanon und im Norden Bachir Gemayel mit der stärksten miliärischen Macht unter den irregulären Streit-

kräften im Libanon. Die militärische Offensive Gemayels, die anfangs genannte Schlacht um Zahle und Beirut und die sogenannte Raketen-Krise, beruht auf Absprache mit Israel.

Die maronitisch-israelische Offensive 1981

Auf die gemeinsame Planung weisen nicht nur die Treffen von politischen und militärischen Experten beider Seiten hin wie z.B. der Besuch des israelischen Generalstabschefs Raphael Eitan Ende März d.J. in Jounie, dem Hafen der Maroniten, über den schon seit 1978 der Nachschub an Waffen aus Israel rollt (SZ 25. 8.; Le Monde 26. 8. 78; FR 23. 4. 81). Hinweise ergeben sich auch durch den Verlauf der Aktionen und schließlich die beiderseitigen Geständnisse nach der mißlungenen gemeinsamen Operation.

Anfang April d.J. kam es in einer großangelegten Parallelaktion zu schweren Kämpfen im gesamten Libanon. Im Süden nahmen Israel und dessen Bundesgenosse Haddad palästinensische Flüchtlingslager und libanesische Städte unter Beschuß. In der Mitte des Libanon kam es zu schweren Auseinandersetzungen in den Städten Beirut und Zahle, die drei Monate anhielten und in deren Verlauf über tausend Menschen starben.

Die Stadt Zahle mit 200000 Einwohnern, überwiegend griechisch-orthodoxe nicht maronitische Christen, liegt an den Hängen des Libanon-Gebirges, am Westrand der strategisch wichtigen Bekaa-Ebene, die entlang der syrischen Grenze verläuft. Da sich von dieser Hochebene aus weite Teile Syriens samt der grenznahen Hauptstadt Damaskus leicht unter Beschuß nehmen lassen, ist ihre Kontrolle für Syrien unverzichtbar. Die Stadt Zahle selbst ist von strategischer Bedeutung, weil in ihrer unmittelbaren Nähe die Hauptstraße zwischen Damaskus und Beirut die Bekaa-Ebene überquert und sich diese für Syrien wichtige Nachschubstraße von Zahle und den umliegenden Hängen aus mit Geschützen leicht blockieren läßt (TAZ u. NZZ 10. 4. 81).

Nach dem Versuch der Milizen Gemayels im März dieses Jahres, eine schon bestehende aber für militärische Transporte unzulängliche Straße von Zahle über das Libanongebirge in ihr Herrschaftsgebiet bis zum Mittelmeerhafen Jounie auszubauen, und als sie in Zahle militärische Einheiten stationierten, griffen die Syrer ein.

Der Konflikt eskalierte zur sogenannten Raketenkrise, nachdem israelische Kampfflugzeuge direkt in die Kämpfe eingegriffen hatten, nahm jedoch einen anderen Verlauf als die Israelis und die Maroniten gehofft hatten.

Die Israelis hatten B. Gemayel im März und erneut im April d.J. zu der Offensive in Zahle ermuntert und versprochen, im Falle von Luftangriffen der Syrer, gegen die die Maroniten keine Abwehrmittel haben, in die Kämpfe einzugreifen (FAZ 25. 5.; Stern 11. 6. 81). Syrien ließ sich durch den Abschuß von zwei Hubschraubern Ende April nach ihrem Einsatz in Zahle nicht einschüchtern, stationierte Flugabwehrraketen in der libanesischen Bekaa-Ebene und verstärkte die Angriffe gegen die maronitischen Stellungen in und um Zahle.



Israel, seines Sicherheitsargumentes beraubt, da die aufgefahrenen Raketen ausschließlich zur Abwehr geeignet waren und sie wegen ihrer begrenzten Reichweite keine Bedrohung Israels darstellten, forderte zwar den Abzug der Raketen und drohte mit Zerstörung, konnte aber schließlich die Niederlage der Maroniten, ihren bedingungslosen Abzug aus Zahle, nicht verhindert. Begin, auf der Suche nach einem stimmenträchtigen Wahlkampfschlager, verzichtete auf die schon geplante Zerstörung der Raketenbasen und das Risiko eines Krieges und entschied sich für den hinsichtlich der Wahl Erfolg versprechenden spektakulären Überfall auf das irakische Atomzentrum am 10. Juni (TAZ 3. 7.; NZZ 13. 5. 81).
Damit war die erste gemeinsame Operation der Maroniten mit den Israelis im Norden Libanons gescheitert. Syrien hatte seinen Ruf in der arabischen Welt als standhafter Frontstaat wieder festigen können, indem es Israels Anspruch, als Schutzmacht der Christen im Libanon aufzutreten, zurückweisen konnte und hat sein eigenes Prestige als Ordnungsmacht im Libanon gestärkt (FT 1. 7. 81).
Das Abkommen von Zahle Ende Juni (Rückzug der maronitischen Milizen in ihre Einflußzone, Übergabe der Stadt an die Einheiten der regulären libanesischen Armee (NZZ 2. 7. 81) hat sich anscheinend auf das innerlibanesische Kräftespiel ausgewirkt. Die ehemaligen Bürgerkriegsfronten Nationale Bewegung und Libanesische Front sind zum ersten Mal nach Ende des Bürgerkriegs 1976 bereit, über die Lösung der Libanon-Krise zu **verhandeln**. Die Falangisten haben den von der Nationalen Bewegung geforderten Bruch mit Israel als Bedingung für eine Versöhnung akzeptiert (DWMD 13. 7., 27. 7.; FAZ 17. 8. 81).
Daß Israel gewillt ist, auch weiterhin seine Interessen im Libanon zu vertreten, machte es mit der Anfangs erwähnten Bombardierung Beiruts Mitte Juli d.J. deutlich, kurz nachdem die Libanesische Front und die Nationale Bewegung ihre Versöhnungs- und Verhandlungsbereitschaft bekundet hatten.

hst

Anmerkungen

1 Alle Angaben über die historischen Hintergründe der Libanon-Krise sind den folgenden Arbeiten entnommen: D. Haritz, Der Bürgerkrieg im Libanon, Offenbach 1977; A. Schölch, Der libanesische Bürgerkrieg, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung das Parlament, 9. 4. 1977; N. Hachem, Libanon — sozio-ökonomische Grundlagen, Opladen 1969.
2 D. Haritz, a.a.O., S. 19 f.
3 Verband Stiftung Deutsches Überseeinstitut, Hamburg 1975, III, S. 19; Evangelische Studentengemeinde (Hg), Libanon am Wendepunkt, Stuttgart 1976, S. 163 f.
4 Handbuch der Dritten Welt, D. Nohlen / Fr. Nuscheler (Hg), Hamburg 1978, Bd. 4, S. 434; M. Kischli, Kapitalismus und Linke im Libanon, Frankfurt 1970, S. 23 f und S. 67
5 Dr. Haritz, a.a.O., S. 32
6 Progress Dritte Welt (Hg), Libanon-Krieg, Bonn o.J., S. 22
7 S. dazu Progress Dritte Welt, a.a.O., S. 7 ff. Die äußeren Kennzeichen der Partei sind bis heute erhalten geblieben: Disziplin, hierarchische Struktur, Prinzip des omnipotenten Führers, militärische Ausbildung der Mitglieder. Die Falangisten verstehen sich als libanesische Nationalisten, als Gegengewicht zum arabischen Nationalismus, ihre Leitwerte sind Gott, Familie und Vaterland.
Interessant ist die Einschätzung der Falangisten in der BRD-Presse. In der ,Welt' (22. 7. 80), in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (22. 7., 12. 6. 80) und im Spiegel (25. 5. 81) wird die Partei als sozial und sozialdemokratisch eingeschätzt, das heißt es wird unkritisch die Selbsteinschätzung der Partei durch ihren Gründer Pierre Gemayel wiedergegeben (s. Stern 11. 6. 81).
Laut Stern und Financial Times (20. 6. 81) ist die Falange faschistisch und zeigt überall Einflüsse des europäischen Faschismus wie Militarismus, leidenschaftliche Opferbereitschaft der Jugend, betontes Ordnungsdenken, bedingunslose Führer-Verehrung, Rassismus (gegen arabische Überfremdung) und Bekenntnisse zum Nationalsozialismus und Hitler.

HORN VON AFRIKA

Der Themenschwerpunkt dieser Ausgabe ist ein Versuch, sich der widersprüchlichen Realität im Horn von Afrika zu nähern. Nach dem Sturz Haile Selassis blieb unsere Berichterstattung über dortige Entwicklungen beschränkt auf den Befreiungskampf in Eritrea und den Versuch der äthiopischen Zentralregierung, den dortigen Widerstand militärisch zu brechen. (blätter des iz3w, Nr. 81, November 79). Dagegen blieben Entwicklungen in anderen Teilen des Vielvölkerstaates unberücksichtigt, die kaum mit der Politik gegenüber Eritrea – eine Weiterführung der blutigen Politik Haile Selassis – in Einklang zu bringen waren: Eine radikale Agrarreform, eine städtische Bodenreform, die Gründung von Bauernvereinigungen, Elemente eines Prozesses radikaler gesellschaftlicher Veränderung. Der Artikel „Äthiopien – die umstrittene Revolution, Schwierigkeiten, die äthiopische Revolution zu diskutieren" stellt die wichtigsten Reformmaßnahmen des Provisorischen Militärischen Verwaltungsrats (DERG) dar, gibt einen Überblick über die fraktionellen, machtpolitischen Auseinandersetzungen auf Regierungsebene und über die Volksbewegungen, als deren Resultat sie zu begreifen sind, und zeichnet die Entwicklung der äthiopischen Linken nach. Der Artikel vermeidet die in der Diskussion oft anzutreffende falsche Alternative, entweder die politische Repression in Äthiopien mit der Fortschrittlichkeit der überfälligen Reformen zu rechtfertigen oder aber aufgrund der politischen Repression diese Reformen zu ignorieren bzw. ihnen jeden fortschrittlichen Gehalt abzusprechen. Zur politischen Repression in Äthiopien hätten wir uns allerdings an einigen Stellen des Artikels eine deutlichere Sprache gewünscht.

Der Artikel „Die ungelöste soziale Frage" bemüht sich um die Klärung der bis heute ungelösten nationalen Konflikte im Horn. Ausgangspunkt ist die Eroberung weiter Gebiete im Horn durch die amharischen Feudalherren und die faktisch koloniale Abhängigkeit der nicht-amharischen Völker. Diese kolonialen Strukturen wurden nach dem Zusammenbruch Italiens als Kolonialmacht mit auswärtiger Hilfe aufrechterhalten. Die ungelösten nationalen Fragen sind Ursache zahlreicher Konflikte (Äthiopien-Somalia, Eritrea, nationale Erhebungen innerhalb Äthiopiens), sie sind gleichzeitig Ansatzpunkt für die Interventionen der Großmächte im Horn von Afrika. Der Artikel „Flüchtlinge am Horn von Afrika" zeigt die Folgen der Politik der äthiopischen Zentralregierung auf, die mit militärischen Mitteln eine politische Lösung der nationalen Fragen zu verhindern sucht: ein Flüchtlingselend in kaum gekanntem Ausmaß.

Den Abschluß dieses Schwerpunktes bildet der Artikel „Gleichberechtigung der Frauen in Äthiopien?", der die nicht erfolgte Gleichberechtigung der Frauen durch die Agrarreform zum Anlaß nimmt, diese Reform grundsätzlich in Frage zu stellen.

Red.

Äthiopien – die umstrittene Revolution

Schwierigkeiten die äthiopische Revolution zu diskutieren

Im Verlauf des Jahres 1974 wurde mit Haile Selassie I. nicht nur der 'König der Könige', der Auserwählte Gottes, der erobernde Löwe des Stammes Judah' (1), sondern auch der wohl letzte Kaiser der äthiopischen Geschichte gestürzt.

Die Entmachtung des greisen Monarchen markierte nicht nur das Ende seiner persönlichen, fast 60 Jahre währenden autokratischen Herrschaft. Mit seinem prominenten Repräsentanten dankte auch jenes, feudal-kapitalistische System (2) ab, dem der mancherorts zum Mythos emporstilisierte Kaiser seine gesellschaftliche Macht verdankte. Seither übt in dem nordostafrikanischen Vielvölkerstaat eine radikale Militärregierung, der Derg (3), die staatliche Regierungsgewalt aus.

Die herrschenden Militärs, die sich offiziell als 'Provisorischer Militärischer Verwaltungsrat' (4) bezeichnen, nehmen für ihre Politik ein sozialistisches Selbstverständnis in Anspruch und haben in den zurückliegenden sechs Jahren zweifellos einen Prozeß radikaler gesellschaftlicher Transformation Äthiopiens eingeleitet und machtpolitisch abgesichert. Wer sich heute in der Bundesrepublik um eine solidarisch-kritische Einschätzung der nachrevolutionären Entwicklung Äthiopiens bemüht, hat es nicht leicht. Die unterschiedlichsten 'revolutionären' Standpunkte, Urteile und Anwürfe sind wohlfeil und es fällt schwer, Zuverlässiges über den Realitätgehalt veröffentlichter Informationen auszumachen. Im Mittelpunkt der polemisch und engagiert geführten Diskussion steht die Frage nach der politischen Legitimation des Derg. Es ist strittig, ob die Militärs dem sozialen Inhalt und der Form ihrer Politik nach das tun (können), was sie vorgeben: angesichts der äußeren imperialistischen Bedrohung stellvertretend und im Interesse jener sozialen Klassen zu handeln, die unter Haile Selassie ökonomisch ausgebeutet und politisch unterdrückt wurden.

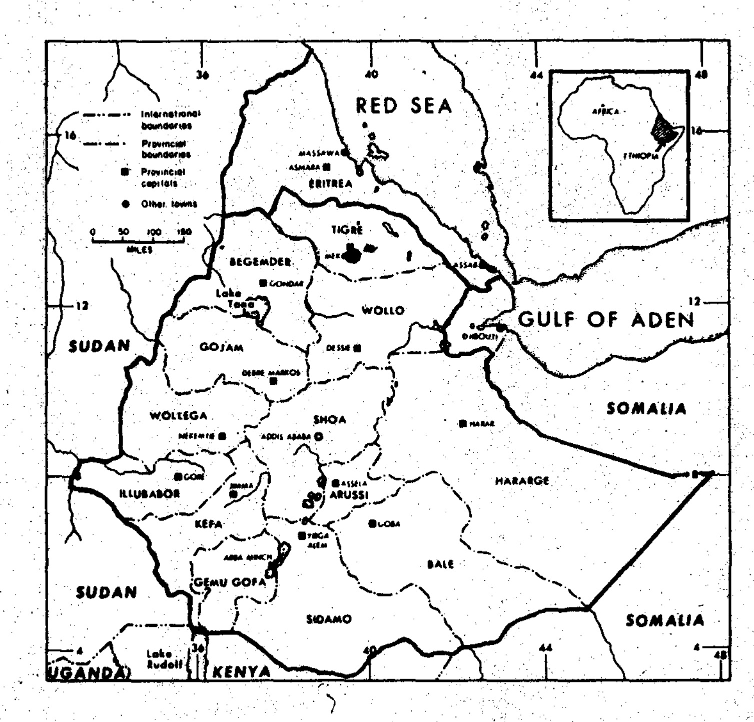
In diese Kontroverse – der Frage nach dem 'Klassencharakter' des Derg bzw. der von ihm verfolgten Politik – muß auch die Diskussion um Notwendigkeit und Ausmaß zentralstaatlicher Gewaltanwendung gegen die Linksopposition und nationale Unabhängigkeitsbewegungen (Eritrea Ogaden) eingeordnet werden.

Dabei fällt auf, daß die Auseinandersetzung um die Einschätzung der Militärs hauptsächlich innerhalb der äthiopischen Linken stattfindet und nicht (wie man vermuten könnte) zwischen Befürwortern einer sozialistischen Entwicklung auf der einen und Vertretern neokolonialistischer Positionen auf der anderen Seite.

Die um den ehemaligen Kronprinzen Asfa Wossen in der EDU (5) organisierten feudal-kapitalistischen Kreise sind, zumindest was das Gewicht ihrer theoretischen Positionen für die gesellschaftliche Zukunftsentwicklung Äthiopiens angeht, eher unbedeutend. (6)

Inhalt des Themenblocks

Ich will mich im folgenden auf die innerlinke Diskussion in der Bundesrepublik und deren vielfältig bedingte Schwierigkeiten, zu einer realistischen und solidarischen Einschätzung der nachrevolutionären Entwicklung zu gelangen, beschränken.
Diese Diskussion ist bisher weitgehend standpunktlogisch - ettikettierend und wenig theoretisch - analytisch geführt worden. Hinzu kommt, daß spektakuläre politische Ereignisse (z.B. der Einsatz kubanischer Truppen im Ogaden) den Blick auf fundamentale gesellschaftliche Strukturveränderungen verstellt haben.
Ich beabsichtige nun nicht, den vorliegenden Beurteilungen der äthiopischen Revolutionsgeschichte eine weitere hinzuzufügen. Statt dessen möchte ich versuchen, über die Identifikation von Schwachstellen gängiger Einschätzungen nachzuweisen, daß vielen Interpretationsversuchen der äthiopischen Revolutionsgeschichte ein angesichts der gesellschaftlichen Bedingungen Äthiopiens unzulängliches Verständnis der Verzahnung von Politik und Ökonomie zugrundeliegt.
Dazu ist es notwendig, die wichtigsten Reformmaßnahmen des Derg, die Verlaufsgeschichte der fraktionellen Auseinandersetzungen auf Regierungsebene und die Entwicklung der äthiopischen Linken überblickartig darzustellen.



Die Agrarreform

Äthiopien ist, wie fast alle sogenannten Entwicklungsländer, ein Agrarland.
Mitte der sechziger Jahre lebten 92 % der damals auf 22,6 Mill. geschätzten Gesamtbevölkerung auf dem Land (7). 87 % aller Äthiopier lebten von der Land- und Viehwirtschaft. Der Beitrag des landwirtschaftlichen Sektors zum Bruttoinlandsprodukt lag 1965 mit 65 % auch im innerafrikanischen Vergleich relativ hoch. (8) Im gleichen Jahr betrug der Anteil der Agrarprodukte am äthiopischen Export nahezu 100 %.

Äthiopien – Grunddaten

Fläche: 1.221.900 qkm (etwa fünf mal so groß wie die BRD)
Einwohner: 31.000.000 (1978)
Regierung: Provisional Military Adminsitrative Council of Socialist Ethiopia
Ethnische Gliederung: Oromo (40 %), Amhara (15 %), Tigre (15 %), sowie kleinere Gruppen (Danakil, Somali, Niloten)
Religionen: Äthiopisch orthodoxe Christen (45 %). Moslems (40 %) sowie andere
Sprachen: 70 Sprachen (etwa 200 Dialekte): Hauptsprachen sind Amharigna, Oromigna und Trigrigna. Lingua franca ist Amharigna. Englisch ist die offizielle internationale Verkehrssprache
Verwaltungsregionen: Äthiopien ist in 14 Provinzen gegliedert; es gibt 92 Subprovinzen, 392 Distrikte und 1103 Subdistrikte.
Alphabetisierung: 10 % (Beilage zu den NfA, April 1981, 31. Jg. Nr. BM 111)
Urbanisierung: 13 % der Gesamtbevölkerung leben in 185 Städten; nur 8 Städte haben mehr als 30.000 Einwohner
Bruttosozialprodukt: 3294.7 Mill. US Dollar (1976/77) (zu Marktpreisen)
Pro-Kopf-Einkommen: 110 US Dollar (1978)

Die weitgehend agrarisch bestimmte äthiopische Nationalökonomie war gesellschaftlich überwiegend durch feudale Produktionsverhältnisse gekennzeichnet.
Verfügungsrechte über Land, dem mit Abstand wichtigsten Produktionsmittel, waren gleichbedeutend mit politischer Macht. 'Folgerichtig' waren sie in den Händen einer kleinen Bevölkerungsschicht konzentriert. So gehörte – Angaben des äthiopischen Informationsministeriums zufolge (9) – vor der Revolution 65 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche der kaiserlichen Familie und der gehobenen Feudalaristokratie. Über weitere 30 % nutzbaren Landes verfügte die koptische Staatskirche.
Insgesamt wurde etwa 80 % des bestellten Landes von abhängigen Bauern bewirtschaftet (10), die bis zu 75 % ihrer Erträge an den Feudaladel und die Kirche abführen mußten.
Die aufgeführten Daten unterstreichen die Bedeutung, die der Agrarreform (11), die der Derg ein halbes Jahr nach der Machtübernahme verkündete, eingeräumt werden muß. Das im März 1975 erlassene Gesetz sah die entschädigungslose Nationalisierung des gesamten Grund und Bodens in den ländlichen Gebieten Äthiopiens vor und gilt als eine der radikalsten Bodenreformen der jüngeren afrikanischen Geschichte. Seither hat jede äthiopische Familie das Recht, Nutzungsansprüche auf maximal 10 ha landwirtschaftlich nutzbaren Landes geltend zu machen.
Da die gesetzliche Nationalisierung des Landes zunächst nur einer formellen Änderung von Besitztiteln gleichkommt, setzten die Militärs gleichzeitig eine Reihe wichtiger Zusatzbestimmungen in Kraft, die über die mit der Nationalisierung verbundenen gesellschaftspolitischen Intentionen Aufschluß geben können.
Sie sind offensichtlich in der Absicht verfaßt, der Entstehung neuer, ökonomisch bedingter Abhängigkeits- und Klassenverhältnisse auf dem Lande soweit als möglich vorzubeugen: so ist der Verkauf, die hypothekarische Belastung und der Austausch des zur Bewirtschaftung zugeteilten Landes untersagt. Anspruch auf Land kann nur dann erhoben werden, wenn der neue Besitzer (bzw. dessen Familie) sich bereit erklären, es selbst zu bestellen. Die Beschäftigung von landwirtschaftlichen Arbeitern ist ausdrücklich nur in genau gefaßten Ausnahmefällen (Alter, Krankheit etc.) zulässig.
Gleichzeitig wurde mit der Gründung von Bauernvereini-



Feiern bei der Verkündung der Landreform 1975

gungen (Peasant Associations) eine organisatorische Struktur institutionalisiert, die die praktische Umsetzung der Reformgesetzgebung in Anpassung an lokale Produktionsbedingungen und unter aktiver Beteiligung der unmittelbar betroffenen Bevölkerungsgruppen gewährleisten sollte. Als wichtigste Aufgabe oblag den Bauernvereinigungen die Neuverteilung des ehemaligen Großgrundbesitzes sowie die Regelung von in diesem Zusammenhang auftretenden Rechtsstreitigkeiten. Ehemalige Großgrundbesitzer (landlords) waren von der Mitgliedschaft in den Bauernvereinigungen für die Zeit der Neuverteilung des Landes ausgeschlossen. Darüber hinaus sollten die Peasant Associations die Gründung von Vermarktungs- und Kreditgenossenschaften initiieren und Aufgaben im Bereich der lokalen Infrastrukturplanung übernehmen.

Die städtische Bodenreform

Der Agrarreform folgte wenig später die städtische Bodenreform. Sie wurde Mitte Juli 1975 verkündet und sah die entschädigungslose Nationalisierung des gesamten städtischen Grund und Bodens sowie die Verstaatlichung aller vom Eigentümer nicht selbst bewohnter Häuser und Wohnungen vor.

Dabei stellte sich heraus, daß die Grundfläche der Millionenstadt Addis Abeba zu 95 % Eigentum von nur elf äthiopischen Familien gewesen war. Allein der kaiserlichen Familie hatte 41 % der äthiopischen Hauptstadt gehört. Infolge der Bodenreform wurden die städtischen Hausmieten zwischen 50 % (für die billigsten Häuser) und 15 % (für die teureren Häuser) gesenkt.

Gleichzeitig wurde die städtische Bevölkerung, 1975 etwa 3 Millionen Menschen, in neugegründeten Stadtviertelkomitees, den K'ebeles (12), organisiert. Die K'ebeles übernahmen anfangs fast ausschließlich administrative Aufgaben, die sich aus der Registrierung und Umverteilung des enteigneten Haus- und Grundbesitzes ergaben. Sie erhielten später – analog zu ihrem ländlichen Pendant, den Bauernvereinigungen – begrenzte Selbstverwaltungsrechte. Zu ihren heutigen Aufgaben zählen die Gründung von städtischen Produktionsgenossenschaften, die Einrichtung genossenschaftlicher Verteilerstellen für Waren des Grundbedarfs, die Wahl von Richtern zur Rechtsprechung auf der unteren Ebene, die Durchführung von politischen Schulungen, die Organisation kollektiver Arbeitseinsätze und die Übernahme ordnungspolitischer Funktionen wie die Überwachung der mitternächtlichen Ausgangssperre, die Einrichtung von Gefängnissen etc.

Die K'ebeles bilden zusammen mit den Bauernvereinigungen die Eckpfeiler eines in der Entstehung begriffenen neuen politischen Systems, das durch eine sozialistische Kaderpartei ergänzt werden soll (13).

Die Agrarreform und die städtische Bodenreform bildeten den Abschluß eines Nationalisierungsprogramms, das im Januar 1975 mit der Verstaatlichung der Banken und Versicherungsgesellschaften (unter ihnen eine große amerikanische Lebensversicherung) begonnen hatte und im Februar zur Verstaatlichung von 72, überwiegend ausländischen Privatindustrien führte.

Die Verstaatlichung der Produktionsmittel durch den Derg kann sicherlich nicht 'an sich', d.h. ohne Berücksichtigung der politischen und sozialen Form ihrer Durchsetzung beurteilt werden.

Dennoch hat das Nationalisierungsprogramm eine fortschrittliche sozialrevolutionäre Wirkung gehabt, die in ihren vorläufigen Resultaten benannt werden kann. Jeder Versuch einer politischen Einschätzung des Derg muß deshalb m.E. von folgenden Thesen ausgehen:

1. Den vor 1974 in Äthiopien herrschenden Klassen, dem **politischen** Bündnis von Kirche, feudalem Großgrundbesitz und kaiserlicher Zentralgewalt ist durch die Agrarreform die **ökonomische** Grundlage entzogen worden. Mindestens in diesem Sinne ist es gerechtfertigt, von der 'äthiopischen Revolution' zu sprechen.
2. Die agrarpolitischen Bestimmungen der Agrarreform sind geeignet, die Entstehung neuer ländlicher Klassengegensätze (z.B. Kulaken) weitgehend zu verhindern.
3. Die Verstaatlichung der großen Industrie hat die **Voraussetzung** für ein nationales Akkumulationsmuster geschaffen, das sich nicht mehr blind nach kapitalistischen Gesetzen (z.B. Profitmaximierung) vollziehen muß, tendenziell eine bewußte Reduktion der Weltmarktabhängigkeit ermöglicht sowie eine Umverteilung des industriell erwirtschafteten Mehrproduktes denkbar macht.
4. Während im vorrevolutionären Äthiopien die politische Isolation der Massen systemimmanent war, machte die Agrarreform und die städtische Landreform erstmals in der Geschichte des Landes deren breite Mobilisierung notwendig. Sie findet ihren institutionalisierten Ausdruck in den Bauernvereinigungen und den K'ebeles.

Das oben beschriebene Nationalisierungsprogramm des Derg muß als gesetzlich verfügte Maßnahme in Zusammenhang ideologischer personeller und fraktionspolitischer Auseinandersetzungen innerhalb und außerhalb der Regierung verstanden werden. Ich werde deshalb zunächst den Verlauf der Auseinandersetzungen auf **Regierungsebene** (also innerhalb des Derg) nachzuzeichnen, um dann die Kontroversen innerhalb der herrschenden Militärs in ein Verhältnis zu jener **sozialen Bewegung** zu setzen, die sich seit den frühen sechziger Jahren in Opposition zu Haile Selassie formiert hatte.

Der Derg

Als der Derg 1974 die Staatsgewalt übernahm, handelte es sich um eine etwa 120 Mitglieder umfassende Gruppe oppositioneller Militärs (vorwiegend unterer Ränge) denen wenig mehr gemein war als der Wille zum Sturz Haile Selassies.

Nach der formellen Liquidierung des 'Ancien Regime' stand der politisch unerfahrene und ideologisch diffuse 'Provisorische Militärrat' vor der Aufgabe, kurzfristig einen programmatischen Konsens über seine gesellschaftspolitischen Ziele herzustellen, was sich angesichts seiner heterogenen sozialen, ethnischen und politisch – weltan-

schaulichen Zusammensetzung schwierig gestaltete.
Inhaltlich konzentrierten sich die Auseinandersetzungen auf drei Themenschwerpunkte:
1. den Charakter der neuen Gesellschaftsordnung
2. die Struktur des zukünftigen politischen Systems
3. die Lösung des Nationalitätenproblems.

(zu 3): In dem Vielvölkerstaat Äthiopien leben etwa 30 Nationalitäten, die über 70 Sprachen und 200 Dialekte sprechen. Die Frage, welche Art von Autonomie die einzelnen Nationalitäten innerhalb des äthiopischen Nationalstaates beanspruchen können, ist auch heute noch (1981) eines der wichtigsten und umstrittensten Probleme des Landes. Der Derg hatte sich 1974 hauptsächlich mit der Frage zu beschäftigen, wie das eritreische Problem zu lösen sei. Die ehemalige italienische Provinz Eritrea (1885 – 1941) war nach der Niederlage des italienischen Faschismus zunächst britisches Mandatsgebiet (1941 – 1952) geworden. 1952 – 1962 bildete das Land – auf Beschluß der UNO – eine



Plakat bei den Feiern zur Landreform

Föderation mit Äthiopien. 1962 wurde der föderative Status der früheren Kolonie aufgehoben und Eritrea zur 14. Provinz des äthiopischen Kaiserreichs erklärt.
Formal wurde die Annexion Eritreas durch einen Beschluß des eritreischen Parlaments legitimiert. Dabei ist zu berrücksichtigen, daß die eritreischen Parlamentarier mehrheitlich aus sozialen Schichten stammten, die die politischen und ökonomischen Vorstellungen Haile Selassies teilten.
Bereits 1956 war die ELF (Eritrean Liberation Front) mit dem Ziel gegründet worden, die nationale Unabhängigkeit Eritreas zu erkämpfen. 1971 spaltete sich der linke ELF-Flügel ab und gründete die EPLF (Eritrean Peoples' Liberation Front).
Als der Derg die Macht übernahm, hatten beide Organisationen eine beachtliche militärische Stärke erreicht, die u.a. auf die militärische Unterstützung Kubas zurückging.
Heute scheinen die Truppen der Zentralregierung die großen eritreischen Städte zurückerobert zu haben und die wichtigsten Straßen zu kontrollieren.
Es ist außerordentlich schwierig, den Verlauf der nun auf Regierungsebene einsetzenden politischen Auseinandersetzungen nachzuzeichnen, da er der Öffentlichkeit immer nur gerüchteweise oder in Form regierungsoffizieller Verlautbarungen bekanntgeworden ist.
Ich werde deshalb einen chronologischen Überblick über jene Ereignisse geben, die sich in von außen beobachtbaren Veränderungen auf Regierungsebene niedergeschlagen haben.

September 1974

Nach dem Sturz des Kaisers bestimmt der Derg den wegen seiner persönlichen Integrität beliebten General Aman Andom zu seinem Sprecher und wenig später zum Premierminister.

November 1974

Als General Andom, selbst gebürtiger Eritreer, sich für eine friedliche Lösung der eritreischen Frage einsetzt und sich weigert, die äthiopischen Truppen in der umkämpften Provinz zu verstärken, wird er bei dem Versuch, ihn gefangenzunehmen, erschossen. Gleichzeitig werden 59 hohe Funktionäre und Repräsentanten des entmachteten Systems hingerichtet. Nachfolger Aman Andoms wird der General Teferi Benti.

Dezember 1974

Der Derg informiert die Öffentlichkeit über seine politisch-programmatischen Vorstellungen. Unter der Losung 'Ethiopia tikdem' (14) wird das vage Konzept eines spezifisch 'äthiopischen Sozialismus' (hibrettesebawinet) vorgestellt, das Gleichheit, Vertrauen in die eigene Kraft, Vorrang des Gemeinwohls und Unteilbarkeit der äthiopischen Einheit zum Inhalt hat (15). Auf der Grundlage dieses Programms werden trotz einiger Widerstände innerhalb des Derg die schon erwähnten Nationalisierungsmaßnahmen beschlossen und durchgesetzt.

April 1976

Verkündung des 'Programms der nationaldemokratischen Revolution', aufdessen Grundlage Äthiopien vom 'Joch des Feudalismus' befreit und die Voraussetzungen für den Übergang zum Sozialismus geschaffen werden sollen.
Im Mittelpunkt des Konzepts steht die nationale Allianz revolutionärer (Arbeiter, Bauern, Teile des Kleinbürgertums) und anderer (nicht näher bezeichneter) antifeudaler und antiimperialistischer Kräfte.
Darüber hinaus wird eine Parteigründung und die Übergabe der Staatsgewalt an die 'breiten Massen' in Aussicht gestellt.
Das Programm der nationaldemokratischen Revolution ist in enger Anlehnung an die 'Theorie der nichtkapitalistischen Entwicklung' entworfen worden. Letztere beschäftigt sich mit sozialökonomischen und politischen Problemen, die sich beim 'allmählichen Übergang' nationaler Befreiungsrevolutionen zum Sozialismus unter den ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen unterentwickelter Länder ergeben.
Die – in Osteuropa offiziöse – 'Theorie der nichtkapitalistischen Entwicklungswege' ist vor allem dazu geeignet, die Politik der Sowjetunion und ihrer Verbündeten in der Dritten Welt zu legitimieren. Ihr praktisch politischer Wert für sozialrevolutionäre Bewegungen in der Dritten Welt ist begrenzt, da sie das revolutionstheoretisch zentrale Problem des Verhältnisses von Staat und Klassen zu allgemein abhandelt.

Februar 1977

Unter dem Vorwurf, er habe einen 'Rechtsputsch' organisieren wollen, kommt Teferi Benti bei einer bewaffneten Kabinettsdiskussion zu Tode. Sein Nachfolger wird der jetzige Staatschef, Mengistu Haile Mariam.
Mit der Gruppe um Mengistu war es jener Derg-Fraktion

gelungen, sich machtpolitisch durchzusetzen, die
1. kompromißlos und mit allen militärisch zur Verfügung stehenden Mitteln die nationalstaatlichen Grenzen des heutigen Äthiopien gegen regionale Sezessionsbewegungen verteidigt
2. sich in ihrem ideologisch - gesellschaftlichen Selbstverständnis an jener Form des 'Wissenschaftlichen Sozialismus' orientiert, die in den Ländern des 'realen Sozialismus' vielerorts weltanschauliche Züge angenommen hat
3. im Begriff ist, ein politisches System zu institutionalisieren, das Bauernvereinigungen und Stadtviertelkomitees begrenzte Selbstverwaltungsrechte einräumt und **gleichzeitig** eine ausgeprägte zentralstaatliche Kontrolle sicherstellt.

Die (macht)politischen Auseinandersetzungen auf Regierungsebene lassen sich sicherlich nicht eindeutig und **unmittelbar** den sozialen und ökonomischen Interessen einzelner Klassen zuordnen. Dennoch können sie mittelbar als Resultat und Reaktion auf jene oppositionellen Massenbewegungen verstanden werden, die sich vor der Machtergreifung der Militärs gebildet hatten und deren Anfänge in die frühen sechziger Jahre zurückreichen.

Zur Entwicklung der Volksbewegung

Als Haile Selassie 1960 zu einem seiner zahlreichen Auslandsbesuche in Brasilien weilte, unternahm die Kaiserliche Leibwache unter Brigadegeneral Mengistu Neway einen vergeblichen Putschversuch, der zu einer deutlichen Verschärfung des innenpolitischen Klimas sowie eine Zunahme staatlicherRepression durch die kaiserliche Regierung führte.
In der Folge dieses gescheiterten Putschversuches entstand eine radikale Oppositionsbewegung, die zunächst vage antiautokratische Forderungen erhob.
1965 kam es zu einer großen und offenen politischen Demonstration der Studenten in Addis Abeba. Sie fand unter jenem programmatischen Slogan statt, den die Militärs zehn Jahre später übernehmen sollten:Land to the tiller! – Das Land denen, die es bebauen!
Das allmähliche Anwachsen der Studentenbewegung sowie die Zunahme politischen Bewußtseins bei den unterdrückten nationalen und religiösen Minderheiten (16) manifestierte sich in zahlreichen Demonstrationen und politischen Mobilisierungskampagnen. Die Unruhen, die mehrfach zur vorübergehenden Schließung der Universität geführt hatten, erreichten 1969 einen vorläufigen Höhepunkt, als Tilahun Gizaw, Präsident der 1967 gegründeten 'Union der Studenten der Universität Addis Abebas' durch einen Geheimdienstoffizier ermordet wurde. Als sich tags darauf über 10 000 Menschen zu einer Protestkundgebung auf dem Universitätskampus versammelten, starben weitere 20 Studenten durch Armee- und Polizeikugeln.
Zur gleichen Zeit gab es Bauernunruhen in der nordwestäthiopischen Provinz Gojam.
Anlaß war der Plan der Zentralregierung, eine 'Agricultural Income Tax' einzutreiben, dessen Realisierung eine weitere ökonomische Verschlechterung für die Bauern in einer Zeit bedeutet hätte, in der sich der Stadt – Land Gegensatz infolge des zunehmenden wirtschaftlichn Einflusses westlicher Industrieländer beschleunigt vergrößerte.
Als die Bauern in einigen Subprovinzen Gojams Steuerbeamten den Zutritt zu ihrem Land verwehrten, kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit der kaiserlichen Armee, die kurzfristig um 900 Mann verstärkt werden mußte.
1973 sorgte eine Hungersnot in den Provinzen Wollo und Tigre, der Schätzungen zufolge 1 000 000 Äthiopier erlagen, für eine weitere Zuspitzung der Situation. Bezeichnend auch, daß die kaiserliche Regierung in Sorge um innenpolitische Stabilität glaubte, der Öffentlichkeit die katastrophalen Zustände in den Hungerprovinzen verschweigen zu sollen und deshalb von Bitten um internationale Hilfeleistungen absah. So blieb es einem britischen Fernsehjournalisten vorbehalten, die Weltöffentlichkeit mit Bildern aus Äthiopien zu schockieren.
Zu Beginn des Jahres 1974 hatte die Oppositionsbewegung starken Zulauf. Bauern, Industriearbeiter, Lehrer, Studenten, Angehörige unterdrückter Nationalitäten und Religionsgemeinschaften sowie sozial deklassierte städtische Schichten schlossen sich zusammen.
Im März wird in Jimma, der Hauptstadt der äthiopischen Kaffeeprovinz Kaffa, die Stadtverwaltung von der Bevölkerung zum Rücktritt gezwungen und durch ein 34köpfiges, direkt gewähltes Komitee ersetzt.
Etwa zur gleichen Zeit kommt es in Addis Abeba aus Protest gegen die inflationäre Preisentwicklung zu Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen. Städtische Busse (die Busgesellschaft gehörte dem Kaiser), regierungseigene und private PKW werden mit Steinen beworfen und zerstört.
Wenig später greifen die Unruhen auf Teile der nun meuternden Streitkräfte über, die sich – unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Unruhe innerhalb der Zivilbevölkerung – an die Öffentlichkeit wenden. Das nebenstehend abgedruckte Flugblatt wurde von Armeehubschraubern über der Hauptstadt abgeworfen. Am 12. September stürzen die Militärs Haile Selassie.
Die Übernahme der formellen Regierungsgewalt durch den Derg ging also auf eine tiefe gesellschaftliche Krise Äthiopiens zurück (auf deren ökonomische Ursachen ich hier nicht näher eingehen kann), die sich in einer breiten Protest- und Oppositionsbewegung manifestierte.

Diese Bewegung umfaßte auf ihrem Höhepunkt im Jahre 1974 große Teile des Kleinbürgertums, der Arbeiter und der Bauern, d.h. alle gesellschaftlichen Klassen mit Ausnahme des Feudaladels und der Kompradorenbourgeoisie.

Den Kern der Bewegung bildeten die städtischen Bevölkerungsteile. Vor allem die Intellektuellen, für die es zunehmend schwieriger wurde, ihrer Ausbildung 'angemessene' Arbeitsplätze zu erhalten, sahen sich in der Rolle der ideologischen und politischen Avantgarde. (17)
Die Radikalität anderer Teile des städtischen Kleinbürgertums erklärt sich daher, daß es dieser Klasse unter Haile Selassie nicht möglich war, ausgeprägte ökonomische Interessen im kapitalistischen Sektor des Landes zu entwickeln.
Die Möglichkeiten eines sozialen Aufstiegs zur lokalen Bourgeoisie mußte daher großen Teilen des Kleinbürgertums unrealistisch erscheinen.
Die Bedeutung der Bewegung als politischer Machtfaktor wurde durch ihre organisatorische Schwäche geschmälert: obwohl es quer durch alle beherrschten Klassen zu Protesten kam, war der organisatorische Zusammenhang zwischen Stadt und Land (18) ebenso strukturlos und zufällig wie der zwischen der städtischen Opposition und den Militärs.
Die organisatorische Inkohärenz der oppositionellen Strömungen fand ihre Entsprechung im Derg als einer konspirativ entstandenen und nur begrenzt repräsentativen Gruppierung anonym bleibender Militärs.

Die Linke

Der Sturz Haile Selassies durch den Derg konfrontierte die oppositionelle Linke mit der Notwendigkeit, aus dessen politischer Einschätzung taktische und strategische Konsequenzen für das eigene Vorgehen zu entwickeln.

Im Verlauf einer bald einsetzenden Kontroverse um die politische Legitimation des Derg entstanden zwei große Fraktionen, später Organisationen, die die politische Diskussion undVerlaufsgeschichte Äthiopiens in den ersten Revolutionsjahren maßgeblich und fast ausschließlich beeinflußt haben: MEI'SON und EPRP. (19)
Beide Organisationen sind aus der äthiopischen Studentenbewegung hervorgegangen. In beiden dominierten äthiopische Intellektuelle aus dem In- und Ausland und beide rekrutierten ihre Mitglieder und Sympathisanten mehrheitlich aus studentischen und mittelständischen Kreisen der urbanen Zentren, insbesondere der Hauptstadt.
Die EPRP, als die größere und populärere der beiden Organisationen hatte ihre Anhänger vor allem unter den Universitätsstudenten und Schülern sowie in der Ethiopian Teachers' Association. Sie verfügte darüber hinaus über politische Kontakte zum Gewerkschaftsverband CELU (20).
Die EPRP lehnte eine Zusammenarbeit mit dem anfänglich als 'faschistisch' (21) bezeichneten Derg kategorisch ab und propagierte die Bildung einer 'Provisorischen Volksregierung', die sich aus Vertretern fortschrittlicher Bevölkerungsgruppen (Studenten, fortschrittliche Intellektuelle, kleine Händler, fortschrittliche Soldaten, arme Stadtbewohner) zusammensetzen sollte.
Im Gegensatz dazu erklärte sich die MEI'SON bereit, mit dem Derg zusammenzuarbeiten, da angesichts der politischen Kräfteverhältnisse in Äthiopien einzig das Militär als bewaffnete und organisierte Gruppe in der Lage sei, revolutionäre Errungenschaften machtpolitisch abzusichern. Es sei daher gerechtfertigt und notwendig, mit dem Derg, insbesondere mit dessem linken Flügel, nach den Prinzipien kritischer Solidarität zu kooperieren.
Ein weiterer Gegensatz zwischen beiden Organisationen bestand in ihrer Haltung zur Nationalitäten-, insbesondere der Eritreafrage.
Die EPRP forderte das uneingeschränkte Recht der äthiopischen Nationalitäten auf Selbstbestimmung und sprach sich für eine demokratische und friedliche Lösung der Eritreafrage aus. Sie erklärte sich zur Anerkennung eines unabhängigen eritreischen Staates bereit, falls das eritreische Volk, bestehend aus 9 Nationalitäten, dies wünsche.
Diese Haltung ermöglichte politische Kontakte zwischen der EPRP und der EPLF.
Die MEI'SON (darin mit der EPRP einig) wandte sich ebenfalls gegen einen militärischen Konfliktlösungsversuch der Eritreafrage. Sie schlug vor, eine Feuerpause auszuhandeln, um so allen äthiopischen Völkern Gelegenheit zur Diskussion ihrer nationalen Probleme zu geben. Sie gab jedoch zu bedenken, daß für das Proletariat, die nationale Frage dem Klassenkampf untergeordnet sei und sich daher die Frage nach dem Sinn einer möglichen eritreischen Sezession nicht bedingungslos mit „Ja" oder „Nein" beantworten lasse.
Insgesamt sind die unterschiedlichen politischen Standpunkte der EPRP und der MEI'SON durch Gegensätze und Argumentationsstrukturen gekennzeichnet, die auch die innerlinke Dritte-Welt-Diskussion in der Bundesrepublik bestimmt haben. Stark vereinfacht lassen sich die beiden Positionen folgendermaßen charakterisieren:
Die eine Fraktion (in Äthiopien die EPRP) mißt die Fortschrittlichkeit ökonomischer, sozialer und politischer Reformen wesentlich an der politischen Rolle, die die fortschrittlichen Klassen bei ihrer Umsetzung und Planung spielen. Sie konzentriert sich in ihren Forderungen auf den politischen Überbau (Provisorische Volksregierung, Gewährung demokratischer Rechte) und gerät dabei in die Gefahr, die sozio-ökonomischen Determinanten (Basis) für die Realisierbarkeit ihrer politischen Zielsetzungen zu unterschätzen. Demgegenüber verweist die andere Gruppierung (in Äthiopien die MEI'SON) auf die innere Konterrevolution und westliche Destabilisierungsversuche und überbetont Sachzwänge, die sich aus der nachrevolutionären Übernahme der staatlichen Regierungsgewalt ergeben. Sie übersieht dabei die Notwendigkeit der Unterstützung von autonomen politischen Initiativen der Massen als langfristig einzige Garantie für die politökonomische Transformation der Gesellschaft (22).
Die politische Konfrontation zwischen dem Derg und der MEI'SON auf der einen und der EPRP auf der anderen Seite mündete schließlich in von beiden Seiten blutig geführten Auseinandersetzungen: 1977/78 kostete der von der Regierung proklamierte 'Rote Terror' Tausenden von meist jungen Äthiopiern das Leben. Die zuweilen bürgerkriegsähnlichen Kämpfe endeten mit der Zerschlagung der EPRP.
Nachdem die EPRP aufgerieben worden war, brachen zwischen der MEI'SON und dem Derg Differenzen auf, die im August 1977 dazu führten, daß große Teile der MEI'SON untertauchten und die Militärregierung seither illegal zu bekämpfen suchen.
Als wichtige Gründe für die Unterdrückung der MEI'SON werden ein aufgedeckter Putschversuch (23) und Meinungsverschiedenheiten über Ausmaß und Zeitpunkt sowjetischer Militärhilfe anläßlich des äthiopisch-somalischen Krieges (1977/78) genannt.

Der Derg, eine sozialistische Regierung?

Die Politik des 'Provisorischen Militärischen Verwaltungsrates' erscheint widersprüchlich.
Einerseits hat der Derg in den zurückliegenden sieben Jahren Maßnahmen veranlaßt (radikale Landreform, Mietsenkungen, Verbesserungen des Arbeitsrechts), die die feudale



Straßenszene in Addis Abeba

Ausbeutung im Kaiserreich unterdrückter Klassen beendete und auf deren soziale und ökonomische Besserstellung zielen.
Andererseits sind die Militärs gegen dieselben Klassen und sozialen Gruppen immer dann unnachgiebig mit offener Gewalt vorgegangen, wenn deren politische Forderung eine Schwächung der Regierungskontrolle und des äthiopischen Nationalstaates bedeutet hätten.
Einerseits hat der Derg mit den K'ebeles und Bauernvereinigungen Massenorganisationen ins Leben gerufen, an-

dererseits gibt es bisher keine institutionalisierten Formen, die den fortschrittlichen Klassen politischen Einfluß auf Regierungs- und zentralstaatliche Entscheidungen garantieren.

Einerseits hat sich die Regierung den ideologischen, ökonomischen und politischen Vorstellungen der politischen Linken bei der staatlichen Ideologieproduktion weitgehend angepaßt (24), andererseits hat sie deren Organisationen immer dann gewaltsam zu zerschlagen gesucht, wenn deren wachsende Bedeutung die überkommene Form zentraler, bürokratischer (25) und staatlicher Entscheidungsfindung langfristig in Frage zu stellen drohte.

Die Umsetzung der von der politischen Linken geforderten ökonomischen Maßnahmen war von deren politischer Unterdrückung begleitet und hat wenig an den überkommenen Strukturen zentralstaatlicher Herrschaft geändert (26).

Es wäre jedoch theoretisch kurzschlüssig, wollte man das beschriebene Nebeneinander von „ökonomischem Fortschritt" und „politischer Repression" **in der von mir beschriebenen Unmittelbarkeit** zum Gegenstand oder gar zur Grundlage der politischen Beurteilung des Derg machen. Solche Versuche, die sich auch im 'linken' Spektrum politischer Analysen der äthiopischen Militärregierung finden, laufen – zugespitzt formuliert – auf eine, sich aus der abstrakt allgemeinen Formulierung des Problems ergebende falsche Alternative hinaus: entweder man rechtfertigt „politische Repression" mit der Fortschrittlichkeit historisch überfälliger ökonomischer Reformen oder man spricht ihnen jeden fortschrittlichen Gehalt wegen der autoritären Form ihrer politischen Durchsetzung ab.

Ziel und Methode materialistischer Analyse müßte es sein, die Widersprüchlichkeit der Derg'schen Politik im Zusammenhang mit deren Determinanten zu untersuchen: den staatlichen und klassenmäßig vermittelten Beziehungen von politischer Herrschaft und sozio-ökonomischer Entwicklung unter den strukturellen Bedingungen peripher-kapitalistischer Anhängigkeit (27) und deren historisch besondere Ausformungen in Äthiopien.

Da eine solche, umfassende Analyse der wirtschaftlichen Funktion und des Klassencharakters des Derg bisher nicht vorliegt (28), möchte ich mich zum Schluß darauf beschränken, an mir wesentlich erscheinende Merkmale jüngerer äthiopischer Gesellschaftsentwicklung zu erinnern, deren Kenntnis dazu beitragen kann, die Übernahme der Regierungsgewalt durch die äthiopischen Militärs sozialhistorisch einzuordnen.

Der moderne äthiopische Staat entstand in seinen heutigen Grenzen um die Jahrhundertwende auf feudaler Grundlage. 1896 war es unter Kaiser Menelik (1889 – 1913) in der Schlacht von Adua durch den Sieg über die Italiener gelungen, die formelle politische Unabhängigkeit des Landes bis auf weiteres zu sichern.

In den gleichen Zeitraum fällt die feudale Annexion der heutigen äthiopischen Südprovinzen durch den überwiegend amharischen und trigrinischen Feudaladel des zentralen Hochlandes. Die militärische Unterwerfung des Südens, in deren Folge sich das Herrschaftsgebiet des äthiopischen Kaisers verdoppelte, beschleunigte den feudalabsolutistischen Zentralisierungsprozeß politischer Herrschaft. Dieselbe Feudalaristrokratie, der über Jahrhunderte an einer schwachen kaiserlichen Zentralgewalt gelegen hatte, war, nun zur militärischen Absicherung ihres 'Pfründenfeudalismus' in den eroberten südlichen Gebieten zumindest an deren partieller Stärkung interessiert.

Auch der italienisch-äthiopische Krieg (1935/36) und der sich daran anschließenden vorübergehenden Besetzung des Landes durch italienische Truppen (1936-41) änderte wenig an den feudalen Produktionsstrukturen Äthiopiens, die weiterhin die ökonomische Grundlage politischer Herrschaft bildeten. Allerdings bedurfte der aufgeklärte Flügel der äthiopischen Aristokratie, den Haile Selassie repräsentierte, zur Särkung und Modernisierung der Zentralgewalt der politischen und militärischen Unterstützung imperialistischer Länder. England, später Amerika unterstützten die Zentralregierung und begrenzte Institutionalisierung staatlich politischer Herrschaft durch großzügige Hilfe beim Ausbau des militärischen und paramilitärischen Teils des Staatsapparates. (29) Das Bündnis war von gegenseitigem Nutzen: Während die kaiserliche Znetralgewalt zur innenpolitischen Aufrechterhaltung ihres autokratischen Herrschaftsanspruchs auf technisch-militärische Unterstützung aus dem Westen angewiesen war, spielte Äthiopien in den globalen geostrategischen Überlegungen Westeuropas und Nordamerikas eine bedeutende Rolle.

Entscheidend war, daß die Abhängigkeit Äthiopiens weniger wirtschaftlicher als politisch-militärischer Art war.

Im Gegensatz zu Ländern wie Kenia oder Sambia entwickelte sich verbindende ökonomische Interessen zwischen der herrschenden Klasse und den Bourgeoisien der industriekapitalistischen Länder vergleichsweise spät. Die feudale, d.h. unproduktive Verwendung großer Teile des landwirtschaftlichen Mehrproduktes für den privaten Konsum der herrschenden Aristokratie hatte kapitalistische Entwicklungen wenn nicht verhindert, so doch verzögert. Erst in den frühen 50ger Jahren entstand in den urbanen Zentren Äthiopiens entlang der Eisenbahnlinie Addis Abeba – Dire Dawa eine bescheidene, kapitalistisch organisierte industrielle Produktion, deren beschleunigten Ausbau die kaiserliche Regierung durch äußerst liberale Investitionsmöglichkeiten für ausländisches Kapital zu fördern suchte. Infolgedessen entwickelte sich der 'moderne Sektor' weitgehend unter ausländischer Kontrolle. (30)

Da sich eine äthiopische Bourgeoisie nur in unbedeutenden Ansätzen herausbildete, wurde die politsiche Sphäre weiterhin von der unheiligen Allianz aus kaiserlicher Zentralgewalt, Kirche und feudaler Aristokratie bestimmt.

Als sich dann in den 60er und 70er Jahren die kapitalistische Entwicklung der Industrie und bedeutender Teile der Landwirtschaft beschleunigte und die sozialen Folgen beginnender kapitalistischer Unterentwicklung augenfällig wurden, wurde auch die Differenz zwischen ökonomischer und politischer Entwicklung immer deutlicher: anachronistisch gewordene feudal-autokratische Herrschaftsformen

---

Anmerkungen:

1) Offizieller Titel des früheren äthiopischen Kaisers
2) Mit dieser gängigen beschreibend-additiven Formulierung ist gemeint, daß die äthiopische Geschichte dieses Jahrhunderts durch die kapitalistische Penetration einer Gesellschaftsformation gekennzeichnet ist, die vor allem in den behördlichen Teilen des heutigen Äthiopiens an die europäische Feudalzeit erinnerte: in einer agrarisch bestimmten Gesellschaftsformation war die abhängige bäuerliche Bevölkerung gezwungen große Teile ihres landwirtschaftlichen Mehrprodukts an die herrschenden Klassen, den weltlichen Feudaladel, die kaiserliche Zentralgewalt und den Klerus abzuführen.
3) Derg, amharisch für Komitee, gängiges umgangsprachliches Kürzel für die Militärregierung
4) Nach der offiziellen englischen Regierungsbezeichnung: Provisional Military Administrative Council, abgekürzt PMAC
5) EDU – Ethiopian Democratic Union. Nach der Revolution gegründetes Sammelbecken der äthiopischen Restauration, die sich in London um Feudalaristokraten, Mitglieder der kaiserlichen Familie und ehemalige Botschafter organisierte. Die programmatischen Vorstellungen der Union stellen eine Mischung aus kosntitutionell – monarchistischem und feudal-kapitalistischem Gedankengut dar.
1977 gelang es der heute bedeutungslosen EDU, die damals (von Numeri geduldet) in den sudanesischen Grenzgebieten Äthiopiens operieren konnte, das nordwestäthiopische Humera zu besetzen. Die Stadt wurdekurze Zeit später von Truppen der Zentralregierung zurückerobert.

behinderten ökonomischen und sozialen Fortschritt.
Die politiche Entwicklung hinkte hinter der ökonomischen her. Der kapitalistische Sektor hatte sich nicht zur ökonomischen Grundlage politischer Herrschaft entwickelt. Statt dessen formierte sich eine oppositionelle Volksbewegung mit radikalen sozialen und politischen Forderungen.
Der alternde kaiserliche Autokrat wurde gestürzt, die Militärs übernahmen die Regierungsgeschäfte.
Zu diesem Zeitpunkt, 1974, war Äthiopien eines der ökonomisch rückständigsten Länder der Welt. Die gesellschaftspolitischen Optionen der neuen Regierung waren begrenzt. Einerseits gab es keine äthiopische Bourgeoisie, die eine abhängig kapitalistische Entwicklung gegen die radikalisierten Massen hätte durchsetzen können. Andererseits war die äthiopische Gesellschaft 1974 weit davon entfernt, über die objektiven Voraussetzungen für eine sozialistische Transformation zu verfügen. Man wird den 'Provisorischen Militärischen Verwaltungsrat' und die Widersprüche seiner Politik angesichts dieser Voraussetzungen kaum an den sozialistischen Inhalten seiner ideologischen Selbstdarstellung messen können.

Stefan Brüne

---

6) Dies kann u.a. aus der relativen Schwäche der äthiopischen Nationalbourgeoisie erklärt werden, die ihrerseits auf die historische Besonderheit der äthiopischen Weltmarktintegration bzw. -abhängigkeit zurückgeht:die Entwicklung des kapitalistischen Sektors der äthiopischen Nationalökonomie setzte vergleichsweise spät ein und vollzog sich – sieht man von der Besetzung des Landes durch Mussolinis Truppen (1935 – 41) ab – niemals unter unmittelbarem kolonialem Zugriff.
7) Im folgenden sind alle Äthiopien betreffenden Daten dem Buch 'Assefa Bequele / Eshetu Chole: A Profile of the Enthiopian Economy, Oxford 1969' entnommen. Da die äthiopischen Verfasser Einsicht in zahlreiche inoffizielle Regierungsstatistiken nehmen konnten, vermittelt es den wohl präzisesten Datenüberblick über die vorrevolutionäre äthiopische Nationalökonomie.
8) Zum Vergleich:

Kenia	40 %	(1968)
Tansania	57,6 %	(1965)
Uganda	60 %	(1968)
Sambia	11,5 %	(1965)

Quelle:Statistisches Bundesamt (Hg.): Statistik des Auslands – Länderkurzberichte
9) Propaganda and Information Commitee (Hg); Ethiopia – Four Years of Revolutionary Process, Addis Abeba 1978
10) Die Form der bäuerlichen Abhängigkeit war sehr unterschiedlich und entsprach den regional gültigen Agrarverfassungen. Grundsätzlich kann zwischen den traditionellen und auf Gemeineigentum basierenden Agrarverfassungen des amharisch christlichen Hochlandes und denen in den um 1900 unter Kaiser Menelik annektierten Südprovinzen des heutigen äthiopischen Nationalstaates unterschieden werden. Im Norden konnten Individuen nur Nutzungsrechte an Land erwerben, das im Eigentum der Abstammungsgruppe verblieb. Feudaler Tribut mußte an Adelige, die Kirche oder den Staat entrichtet werden.
Im Gegensatz dazu waren die Eigentumsrechte im Süden weitgehend privatisiert, und die 'feudale' Produktionsweise durch mechanisierte cash-crop Produktion auf Großfarmen abgelöst worden.
11) 'Agrarreform' erfaßt als Oberbegriff den ganzen Komplex agrarpolitischer und agrarrechtlicher Maßnahmen. Im Gegensatz dazu meint 'Bodenreform' nur die Änderung der Eigentums- und Besitzrechte am Boden. Die gesellschaftliche Bedeutung einer Bodenreform (z.B. Nationalisierung) läßt sich aber nur im Zusammenhang einer Agrarreform sinnvoll beurteilen.
12) K'ebele, amharisch für Distrikt, Gebiet, Bezirk; ursprünglich auch das Gebiet einer Kirchengemeinde.
13) Im September 1979 wurde die Gründung einer „Kommission zur Organisierung der Partei der Werktätigen" (COPWE = Commission to Organize The Party of the Working People of Ethiopia) bekanntgegeben.
14) Die Losung 'Ethiopia tikdem' ist oft mit 'Äthiopien zuerst' oder auch 'Äthiopien über alles' übersetztworden. Die wörtliche Übersetzung aus dem Amharischen ist jedoch, vor allem in der zuletzt genannten Form, mißverständlich: der äthiopische Nationalstaat soll nicht etwa gegenüber anderen Staaten nationalistisch aufgewertet werden. Es handelt sich lediglich um die programmatische Absicht der Militärs, das nationale Interesse über private, regionale und andere Partikularinteressen zu stellen.
15) Vgl. Ethiopia tikdem. Declaration of the Provisional Military Government of Ethiopia. In: Benzing/Giorgis: Das neue Äthiopien, Köln 1980, S. 39
16) Obwohl nur etwa 45 % der Bevölkerung der äthiopisch-koptischen Kirche anhängen, war diese unter Haile Selassie Staatskirche.
17) Dies hat sicher dazu beigetragen, daß sich im Verlaufder weiteren Entwicklung die militärisch-staatliche Repression bevorzugt gegen Lehrer, Schüler, Studenten richtete.
18) Wenn man berücksichtigt, daß über 50 % der äthiopischen Bevölkerung mehr als sechs Kilometer bis zur nächsten Straße zurücklegen müssen, wird die Schwierigkeit der Bauern sich in einem Land, das etwa 5 mal so groß ist wie die Bundesrepublik, national zu organisieren, augenfällig.
19) MEI'SON = Amharische Abkürzung für 'Gesamtäthiopische Sozialistische Bewegung'
EPRP = Ethiopian Peoples' Revolutionary Party
20) CELU = Confederation of Ethiopian Labour Unions. 1977 durch die vom Derg kontrollierte AETU (All-Ethiopian Trade Union) ersetzt.
21) Die Qualifizierung des Derg als faschistisch mag – angesichts unserer eigenen Geschichte – vor allem deutsche Leser überraschen. Sie geht weitgehend auf das mißverstandene (?) Buch von Nicos Poulantzas „Faschismus und Diktatur" zurück.
Zur inhaltlichen Problematik dieser Bezeichnung siehe auch Frank, A.G.: Wirtschaftskrise und Staat in der Dritten Welt in:Starnberger Studien 4: Strukturveränderungen in der kapitalistischen Weltwirtschaft, Frankfurt/M. 1980
22) Zahlenangaben zu den Opfern des 'Roten Terrors' variieren stark.
Bei Van Vandelin (Ethiopia 1974 – 77: from anti-feudal revolution to consolidation of the bourgeois state. IN: Race and Class, Vol. XIX, London 1978, S. 395) and Bereket Habte Selassie (Conflict and Intervention in the Horn of Africa, London/New York 1980, S. 41) ist von mindestens 5000 Toten die Rede. Regierungsnahe Autoren wie Benzing/ Giorgis (das neue Äthiopien, Köln 1980, S. 123) sprechen ebenfalls von 'Tausenden' von Toten.
23) Selassie, Bereket Habte: Conflict and Intervention in the Horn of Africa, New York/London 1980, S. 45
Markakis, John: Garrison Socialism: The Case of Ethiopia, in: MERIP Reports No 79, Juni 79, Band 9, No. 5, S. 15
24) Es muß allerdings angemerkt werden, daß im nachrevolutionären Äthiopien die analytische Seite historisch-materialistischer Theoriebildung hinter deren legitimatorischer Bedeutung zurücktritt und der offiziöse äthiopische Marxismus bei der Erörterung aktueller politischer Probleme oder Entwicklungen eher schablonenhaft nichtssagend ausfällt. In den zurückliegenden Jahren konnte man in äthiopischen Buchläden keine Publikationen erwerben, die sich wissenschaftlich mit der Analyse des Landes seit 1974 auseinandersetzen.
25) Trotz einer aufwendigen Kampagne gegen die Auswüchse des 'bürokratischen Kapitalismus' deutet vieles darauf hin, daß sich die Strukturen (nicht Inhalte!) bürokratischer Entscheidungsbildung und -umsetzung seit 1974 nur unwesentlich verändert haben.
26) Dies sowie die aus den unterschiedlichsten politischen Motiven geführten militärischen Auseinandersetzungen in Eritrea, Tigre und dem Ogaden haben dazu geführt, daß gegenwärtig – OAUAngaben zufolge – etwa ein Drittel aller im Ausland befindlichen afrikanischen Flüchtlinge (etwa 1.5 Mill. Menschen) aus Äthiopien kommen.
27) Siehe dazu das allerdings an der lateinamerikanischen Entwicklung orientierte Buch von Evers, Tilman: Bürgerliche Herrschaft in der Dritten Welt, Köln/Frankfurt a.M. 1977
Während bei der historisch erstmaligen Herausbildung des Kapitalismus die bürgerlich nationalstaatliche Form politischer Herrschaft einen schon existenten ökonomischen und gesellschaftlichen Zusammenhang reflektierte, besteht deren Funktion unter den Bedingungen des peripheren Kapialismus wesentlich in der Herstellung desselben.
28) Siehe Literaturhinweise am Ende dieses Artikels
Mit der Analyse des 'Klassencharakters des Derg' ist das Klasseninteresse gemeint, dem Staaten und Regierungen dienen. Dabei ist die soziale Herkunft führender Regierungsrepräsentanten von analytisch nachgeordneter Bedeutung.
29) Äthiopien entwickelte sich zur hinter Nigeria zweitgrößten schwarzafrikanischen Militärmacht. Im äthiopischen Staatshaushalt des Jahres 1969/70 werden 580 Mill. äthiopische Dollar, d.h. 30 % des Staatshaushalts für militärische Zwecke ausgewiesen.
30) Ende der sechziger Jahre kam 75 % des privaten Industriekapitals aus dem Ausland. 68 von 76 Firmen des äthiopischen Unternehmerverbandes hatten ein ausländisches Management.

Literaturhinweise:

Göricke, Fred, V.: Revolutionäre Agrarpolitik in Äthiopien, Saarbrücken 1977
Dokumentation und Analyse der Landreformgesetzgebung von 1975
Markakis, J. & Ayele, N.: Class and Revolution in Ethiopia, Nottingham 1978
Regierungskritische, EPRP – nahe Darstellung und Analyse der ersten Revolutionsjahre.

Flüchtlinge am Horn von Afrika

Die Medien, die ausführlichst und dramatisch Bootsfluchten z.B. aus Vietnam darstellten, ließen die Weltöffentlichkeit lange Zeit über ein Flüchtlingsproblem riesigen Ausmaßes relativ uninformiert: dem Flüchtlingsproblem in Afrika.
Erst seit der Afrika- Flüchtlingskonferenz, die in Genf am 9./10. April 1981 stattfand, war man auf die riesige Dimension des Flüchtlingsproblems auf dem schwarzen Kontinent aufmerksam gemacht worden.
Laut offiziellen Angaben des UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees) stiegen die Flüchtlingszahlen in Afrika von 535 000 im Jahre 1965 auf 1,6 Mio Anfang des Jahres 1980. Zu Beginn 1981 wurden sie bereits auf 5 Millionen geschätzt.
Somit ist also jeder Hundertste Afrikaner ein Flüchtling, oder anders herum: ein Drittel aller Flüchtlinge der Welt sind aus einem afrikanischen Herkunftsland.
Die Zahl derer, die im eigenen Land vertrieben oder entwurzelt sind, bleiben bei dieser Zählung noch unberücksichtigt.
Sie laufen nämlich unter dem offiziellen Namen „Vertriebene" und nicht unter „Flüchtlinge", da sie die Grenzlinie zu einem anderen Land nie überschritten haben. Auch die Zahl derjenigen, die sich nicht in festen Lagern aufhalten, sondern bei Verwandten und Freunden untergekommen sind oder ständig im Land herumziehen, wird immer eine Dunkelziffer bleiben. Die Flüchtlingszahlen der offiziellen Statistiken sind somit eher noch als zu niedrig anzusehen.
Von den 5 Millionen Flüchtlingen kommt etwa die Hälfte aus nur einem Land: aus Äthiopien. Diese Menschen flüchten in die Länder Somalia, Sudan und Djibouti. In Somalia befinden sich derzeit ca. 1,5 Mio Flüchtlinge, was ein Viertel bis einem Drittel der Gesamtbevölkerung des Landes ausmacht. Im Sudan sind es etwa 500 000 und in Djibouti um die 40 000 Flüchtlinge. Die Auswirkungen des Flüchtlingsstroms für die von ihm betroffenen Länder sind nicht zu übersehen. Die Flüchtlinge sind im allgemeinen von der Regierung und der Bevölkerung Somailias, Djiboutis und des Sudans recht freundlich aufgenommen worden. Trotz der Gastfreundschaft, die allen Afrikanern zu eigen ist, können die Flüchtlinge aber unmöglich mit der Hilfe der Länder selbst rechnen. Die drei Länder, die mit zu den ärmsten der Welt gehören, haben schon Schwierigkeiten, der eigenen Bevölkerung ein Minimum an Existenzmöglichkeiten zu schaffen. Der anhaltende Flüchtlingsstrom in diese Staaten überfordern Regierung und Bevölkerung nun vollständig.
Somalia, das sich selbst am Rande eines politischen und ökonomischen Zusammenbruchs befindet, kann all diese Menschen weder verkraften, noch integrieren. Bisher ist ein Teil der 1,5 Mio Flüchtlinge bei Verwandten untergekommen; 860 000 befinden sich in 30 Lagern; tausende Flüchtlinge sind Nomadenfamilien, die es geschafft haben, ihre Viehbestände (oder wenigstens ein Teil davon), vor dem äthiopischen Vernichtungskrieg zu retten – sie befinden sich außerhalb der Lager oder ziehen durchs Land. Eine weitere Gruppe, die sog. ‚urban refugees' – Studenten, Schüler, Handwerker und auch Bauern, die dem Lagerleben nicht gewachsen sind – versuchen sich in somalische Dörfer und Städte durchzuschlagen. Sie belasten die dortigen schlimmen Verhältnisse nur noch mehr.
Das gleiche gilt für Djibouti; dort kämpfen ca. 25 000 ‚urban refugees' in Djibouti-Stadt um ihre Existenz. Nur 100 von ihnen werden mit Lebensmitteln versorgt und bewohnen kleine Massenunterkünfte. Für die Flüchtlinge ist es praktisch unmöglich, eine Ausbildungsstätte oder Arbeit zu finden – in Djibouti gibt es bereits 70% Arbeitslose. Zudem leben 42.000 Flüchtlinge Djiboutis in Lagern. Djibouti ist ein Land ohne Industrie- und Agrarproduktion und vollkommen abhängig von Importen. Nur die geopolitische Lage garantiert der Regierung in Djibouti Finanzhilfe aus Frankreich, aus anderen westlichen und islamischen Staaten. Neben dem fast unerträglichen Klima (heiß und feucht), den schlechten Bodenverhältnissen und dem permanenten Wassermangel, verhindert auch die allgemeine ökonomische Lage des Landes einen dauernden Verbleib der Flüchtlinge.
Die sudanesische Regierung, die sich bei dem ständig ansteigenden Flüchtlingsstrom mit riesigen finanziellen Problemen konfrontiert sah, die sie nicht alleine lösen konnte, wandte sich im Juni 1980 mit einer ‚Foundraising Conference' an die Weltöffentlichkeit. Dort wurden Repräsentanten verschiedener Regierungen, internationaler Organisationen, Hilfskommitees und Journalisten über die aktuelle Situation der Flüchtlinge und über die neuen Vorstellungen der sudanesischen Regierung zu deren Integration ausführlich unterrichtet. Eine Bitte um finanzielle Unterstützung, die mit 280 Mio US-Dollar angegeben wurde (Spender fanden sich allerdings nur für 25 Mio US-Dollar) hatte sich daran angeschlossen.



Flüchtlinge auf Wasser wartend

Die Lebensbedingungen der Flüchtlinge

Die Lebensbedingungen der Flüchtlinge in Somalia, Djibouti und dem Sudan unterscheiden sich kaum voneinander. Am Beispiel des Sudan werden die erschreckenden Verhältnisse sehr deutlich.

Die soziale Herkunft der eritreischen und äthiopischen Flüchtlinge im Sudan ist unterschiedlich: Nomaden, seßhafte Bauern des Hochlandes, Händler, Handwerker und städtische Akademiker. Für die Flüchtlinge, die aus den ländlichen Gebieten Eritreas und Äthiopiens geflohen sind, wurden bisher ca. 15–20 Lager im Osten des Sudans errichtet; mit dem Ziel, die Flüchtlinge möglichst bald zu Selbstversorgern zu machen. Es gibt zwei unterschiedliche Lagerformen:

– die permanenten Lager in landwirtschaftlichen Gebieten, in denen sich Flüchtlinge entweder auf staatlichen oder privaten Farmen als Landarbeiter verdingen sollen.
– permanente Lager, in denen jede Familie ein bestimmtes Stück Land zur Verfügung gestellt wird, das von ihnen selbst bewirtschaftet werden kann.

Nach unserer Erfahrung bleiben die meisten Flüchtlinge jedoch über längere Zeit auf die Unterstützung durch Nahrungsmittelrationen, medizinische Versorgung und ähnliches angewiesen. Solche Unterstützung leisten zum Teil internationale humanitäre Organisationen; zum größten Teil aber bezieht der Sudan finanzielle Unterstützung vom UNHCR. 1979 wurden 2 Mio US-Dollar und 1980 9 Mio US-Dollar zur Verfügung gestellt. Mit diesen Geldern soll die Verwirklichung folgender Punkte gewährleistet werden:

– Aufbau von ökonomischer und sozialer Infrastruktur in den Lagern
– Ausstattung und Unterstützung der Ansiedlungen in ländlichen Gebieten
– Transport der Flüchtlinge in neue Lager
– Unterstützung und Zahlung der laufenden Kosten, um die Flüchtlinge zu befähigen, sich selbst zu versorgen.

Aber noch ist das Ziel Selbstversorgung und Unabhängigkeit von internationaler Hilfe in weiter Ferne. Als wir im Januar 1980 mit Genehmigung der sudanesischen Regierung verschiedene Flüchtlingslager besuchten, sah die Realität für die Flüchtlinge sehr bitter aus. Ein anschauliches Beispiel ist das Flüchtlingslager Um Gulja:

Das Flüchtlingslager Um Gulja liegt ca. 15 km von der Stadt Gedaref entfernt. Hier leben zur Zeit etwa 15.000 äthiopische Flüchtlinge, vorwiegend aus der Provinz Tigray.

Die Hälfte von ihnen, also etwa 7.000, leben bereits seit drei Jahren hier. Sie haben relativ stabile Strohhütten, die jedoch dicht zusammengedrängt stehen, was das Ausbreiten von Epidemien sehr begünstigt. In Um Gulja gibt es keinerlei sanitäre Anlagen – ein Grund für viele Krankheiten. Bis Juli 79 bekamen die Flüchtlinge Nahrungsmittelrationen vom Welternährungsprogramm (WFP), die jedoch nur unregelmäßig kamen und besonders während der Regenzeit längere Zeit ausblieben. Seit 6 Monaten bekommen sie überhaupt keine Nahrungsmittelhilfen mehr, da das Welternährungsprogramm der UN sie als Selbstversorger ansieht. Es wird von den Flüchtlingen erwartet, auf den umliegenden staatlichen und privaten Getreidefeldern zu arbeiten. Viele sind dazu aber aufgrund ihrer schlechten körperlichen Konstitution – hauptsächlich verursacht durch den Mangel an ausreichender und ausgewogener Nahrung – nicht in der Lage. Außerdem gibt es fast nur Saisonarbeit und die Löhne sind so niedrig, daß sie zwar für den, der arbeitet ausreichen, nicht aber für die Ernährung einer mehrköpfigen Familie.

Neben dieser ‚alten' Gruppe von Flüchtlingen leben seit Nov. 79 hier auch noch 7.000 Äthiopier, die aus der Stadt Gedaref evakuiert wurden, da ihre Wohnungen nach Auseinandersetzungen mit Einheimischen abbrannten.

Sie leben nach Angaben der sudanesischen Regierung nur vorübergehend hier. Später sollen sie in die Nähe Gedarefs in einem neuen Lager mit besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen angesiedelt werden. Ihre momentane Unterbringung ist vollkommen unzureichend. Die Hütten haben oft kein Dach und bieten weder Schutz vor Regen, Sonne noch Wind. Da ihr gesamter Besitz verbrannt ist, müssen viele Flüchtlinge ohne Decken auf dem Boden schlafen.

Zur Zeit sollen sie die vollen Nahrungsmittelrationen vom Welternährungsprogramm bekommen, das heißt pro Person/Woche:

3 kg ungemahlenes Dura (Getreideart)
110 g Bohnen
250 g Milchpulver
210 g Öl oder Fett

Als wir das Lager besuchten, lag die letzte Nahrungsmittelausgabe aber schon 25 Tage zurück, was bedeutet, daß sie seit 18 Tagen keine Nahrung mehr hatten.

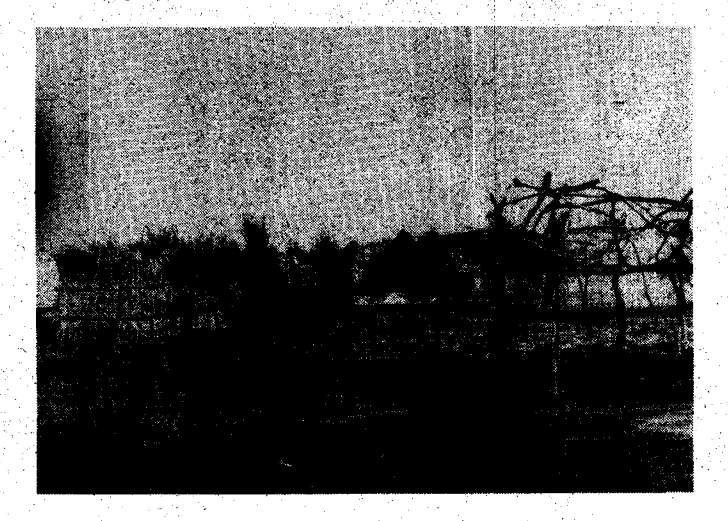
Mit Wasser werden sie durch Tanklastwagen aus Gedaref versorgt. Zweimal täglich soll es gebracht werden, doch manchmal bleibt eine Ladung aus, und es gibt kein Wasser. Das Wasser aus den Tanklastwagen wird in niedrige, unbedeckte Tonnen verteilt, aus denen auch die Tiere trinken. Es ist dementsprechend verschmutzt und ein idealer Krankheitsüberträger.

Zu diesen in Hütten lebenden Flüchtlingen kamen Anfang Januar 80 noch 600 Äthiopier hinzu, die im Rahmen eines Evakuierungsprogramms der sudanesischen Regierung aus Khartoum deportiert wurden. Außerdem kommen in Um Gulja fast täglich neue Flüchtlinge aus Tigray an. Sie haben oft wochenlange Fußmärsche hinter sich.

Im ganzen Lager gibt es keine Schule und nur eine einzige Klinik, welche die 15.000 Flüchtlinge versorgen soll. Außerdem werden auch noch 2.000 Nigerianer, die in der Nähe angesiedelt wurden, von ihr medizinisch betreut.

In der Klinik arbeiten 2 Gesundheitsoffiziere und einige Pfleger, die täglich mehr als 80 Patienten betreuen. Einmal in der Woche werden schwangere Frauen und Kinder bis zu 5 Jahren versorgt. Viele Kinder in Um Gulja waren unterernährt und hatten entsprechende Mangelerscheinungen.

Fast alle Lagerinsassen (80-90%) haben Tuberkulose und einmal in der Woche einen Malariaanfall. Notwendige Langzeitbehandlungen lassen sich nicht durchführen: zum einen müssen sich die Männer oft für Monate auf weit entfernten Privatfarmen verdingen und können somit nicht ihre täglichen Spritzen bekommen; zum anderen treffen die Medikamentensendungen zu unregelmäßig ein. Als wir uns die Klinik ansahen, gab es fast keine Medizin. So waren z.B. nur



Um Gulja

150 Aspirin, keine Eisentabletten und nur 2000 Vitamin-A-Tabletten vorhanden. Besonders schwere Fälle werden in 2 Hütten am Rande des Camps isoliert.
Weitere häufige Krankheiten sind Anämie und alle Arten von Darminfektionen. Uns wurde gesagt, daß in Um Gulja täglich 4–7 Menschen sterben.
Die Lage der Flüchtlinge, die aus den eritreischen und äthiopischen Städten gekommen sind, ist nicht viel besser. Sie haben sich im Sudan vorwiegend in den größeren Städten angesiedelt. Dort tragen sie dazu bei, daß sich die ohnehin schon vorhandenen Probleme noch verschärfen; so z.B. die Knappheit an Wohnungen, Transportmitteln, Gebrauchsgütern des alltäglichen Lebens und öffentlichen Dienstleistungen, wie Schulplätze und Krankenhausbetten.
Ihre Hoffnung, Arbeit zu finden, hat sich für die meisten als unrealistisch erwiesen. Da die städtischen Flüchtlinge nicht in die Statistiken der internationalen Hilfsorganisationen eingehen, haben sie auch keinen Anspruch und keinen Zugang zu der wenigen Hilfe, die die Flüchtlinge in den ländlichen Lagern erhalten. Für viele bleibt daher der Scheck von Verwandten, die in Europa oder Saudi-Arabien Arbeit gefunden haben, die einzige Überlebensmöglichkeit. Fällt diese Finanzquelle weg, bedeutet für viele Frauen Prostitution die einzige Möglichkeit, ihre Familien ernähren zu können.



Flüchtlingstransport

All diese Tatsachen haben dafür gesorgt, daß von der anfänglichen Gastfreundschaft der Sudanesen nicht mehr viel übriggeblieben ist und eine gespannte Stimmung entstand. Im August 79 verabschiedete deshalb Präsident Numeri eine Resolution, die mit einigen festgelegten Ausnahmen beinhaltet, daß alle eritreischen und äthiopischen Flüchtlinge aus den sudanesischen Städten in neu anzulegende Lager evakuiert werden müssen. Eines dieser Lager ist Kashm el Girba. Vom UN Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) erhielten wir die Auskunft, daß 80.000 Dollar für dieses neue Lager zur Verfügung gestellt wurden, doch von diesem Geld ist in Kashm el Girba nicht viel zu sehen.
Bei einem Besuch dieses Lagers sahen wir schon von weitem das leuchtende Weiß der Flüchtlingsunterkünfte: 300 Zelte, aufgereiht im Wüstensand, kein Baum, kein Strauch, kein Schutz vor glühender Sonne. Ein ehemaliger Koch aus Kartoum berichtet:
„In den 1 1/2 Monaten, die wir jetzt hier sind, gab es nur 2 mal etwas Dura, Bohnen, Öl und Milchpulver. Die Bohnen sind zum Essen zu alt, und das Getreide ist noch ungemahlen. Wer kein Geld für die Mühle hat, muß es auf dem Markt verkaufen und kann dann 2-3 Tage davon leben."

Zur Rezension eingetroffene Bücher:

- Pat Roy Mooney
  Saat-Multis und Welthunger. Wie die Konzerne die Nahrungsschätze der Welt plündern, rororo-aktuell 4731, (Aug. 1981), 170 S., 8,80 DM
- Sozialistische Partei Chiles (CNR) u. Gruppe Arbeiterpolitik (Hrsg.) Chile: Der Kampf gegen die Militärdiktatur geht weiter, 2. aktualisierte Auflage, (Juli 1981), 86 S., 3,– DM
- Ruth Wagner/Dieter Gawosa
  Nicaragua – Reisebericht 17.8.80 – 25.9.80, 40 S., 2,50 DM
  Bezug: R. Wagner / D. Gasowa, Kasseler Str. 28, 3501 Fuldabrück
- ESG-Essen (Hr.)
  Christen auf dem Kreuzweg zur Befreiung. Honduras, Guatemala, El Salvador (Sommer 1981), 172 S.
- Gesellschaft für bedrohte Völker (Hr.)
  Die frohe Botschaft unserer Zivilisation. Evangelische Indianermission in Lateinamerika, 190 S.
- Hugo Calderón / Jaime Ensignia / Eugenio Rivera
  Chile – Der Monetarismus an der Macht (Junius-Verlag, Hamburg 1981), 164 S., 15,– DM
- Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hr)
  Die türkische Krise, Reihe: Analysen aus der Abteilung Entwicklungsländerforschung Nr. 89/90, Febr. 1981, 207 S., Schutzgebühr 10,– DM.
- Mahmut Makal
  Unser Dorf in Anatolien (Berlin, Juli 1981), 234 S. 22,– DM
  Bestellungen an: Express Edition GmbH, Kottbusser Damm 79, 1000 Berlin 61, Tel. o30/ 693 2064/5
- Stefan Lundt (Hr)
  Rebellion gegen das Valium-Zeitalter. Überlegungen zur Gesundheitsbewegung (Berlin, 1981), 270 S.
- Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Frankfurt am Main (Hr)
  Keine Startbahn West – Argumente, Bilder und Berichte, Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, Ludwigstr. 33, 6050 Offenbach 4, 202 S., 13,– DM
- Flemming, Ch., Posborg, S., Wedell-Wedellsborg
  Die demokratische Bewegung in China – Revolution im Sozialismus? 243 Seiten, Bilddokumente, 19,40 DM Verlag Simon & Magiera, München 1981
- Summers, L., Detobel, R., Kößler, R.
  Kampuchea – Ende des linken Traums oder Beginn einer neuen Sozialismus-Debatte? 120 Seiten, Bilddokumente, 9,80 DM Verlag Simon & Magiera, München 1981
- Luther, H. U., Vorwort D. Senghaas
  Südkorea – (k)ein Modell für die Dritte Welt? Wachstumsdiktatur und abhängige Entwicklung 232 Seiten, bebildert, 19,40 DM Verlag Simon & Magiera, München 1981

Dieser Mann konnte einen mittleren Betrag mitnehmen, um hier von Händlern das Notwendigste kaufen zu können: 3 Betten für seine 5-köpfige Familie und einen kleinen Ofen zur Nahrungsmittelzubereitung.

„Für Kranke gibt es keine medizinische Versorgung, das Wasser muß von einem 45-Minuten-entfernten Fluß geholt werden, es gibt keine sanitären Anlagen, die Kinder können nicht zur Schule gehen und Arbeitsmöglichkeiten gibt es auch fast keine – wir versuchen uns gegenseitig zu helfen um die größte Not zu lindern“,
klagt eine ehemaliger Englischlehrer.

36 Polizisten sind zur Bewachung der ursprünglich 3 1/2 Tausend Flüchtlinge abgestellt worden. Als wir durch die Zeltreihen gehen, stellen wir fest, daß viele Zelte leer sind. Angesichts der trostlosen Situation sind ihre Bewohner zurück in die Stadt geflüchtet. Dort werden sie oft schon nach kurzer Zeit erneut von Polizisten aufgegriffen und zurück ins Lager gebracht. Damit beginnt ein ständiges Hin und Her zwischen Lager und Stadt. Die sudanesische Regierung versucht nun dieses Problem zu lösen, indem sie die Flüchtlinge nahe der Stadt in Camps ansiedelt, die von ihrer Struktur her einen städtischen Charakter erhalten sollen.

Von der Verwirklichung dieser Vorstellung, sowie der geplanten Errichtung von Schulen, Berufsausbildungs-, Kommunikations- und Jugendzentren, ist bis heute aber nur wenig in die Tat umgesetzt worden.

Angela Konig
Barbara Theobaldt
Cornelia Nowack

Die Regierungen, der vom Flüchtlingsproblem betroffenen Länder, haben es in Zusammenarbeit mit dem UNHCR bisher nicht geschafft, dem entwürdigenden und ziellosen Leben in Flüchtlingslagern ein Ende zu setzen.

Spenden, die über die offiziellen Organisationen den Flüchtlingen zugute kommen sollen, erreichen diese fast nie.

Die Befreiungsbewegungen sind von den offiziellen Hilfeleistungen ausgeschlossen, obwohl sie vielleicht die einzigen wären, durch die internationale Unterstützung zu denjenigen Flüchtlingen gelangen würde, die sich in den von den Befreiungsbewegungen kontrollierten Gebieten aufhalten. Die für Somalia und den Sudan zur Verfügung gestellten Gelder sind zum großen Teil Katastrophenhilfe, die der kulturellen Entwurzelung und dem Identitätsverlust der Flüchtlinge nicht entgegenwirken kann; denn sie setzt erst ein, wenn der Flüchtling sich bereits im fremden Land befindet.

In Deutschland gibt es inzwischen einige Hilfsorganisationen, die eine Alternative in Selbsthilfeprojekten sehen, die geplant sind oder bereits bestehen.



Das Eritrea Hilfswerk in Deutschland e.V.
(vgl. auch „blätter des iz3w“ Nr. 81, Nov. 79 S. 28) – eine Bürgerinitiative, der Deutsche und in der BRD lebende Eritreer angehören – betreibt einerseits Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland, die über die Zustände in Eritrea informiert; andererseits hilft sie direkt durch Unterstützung von Projekten. Ihre Information beziehen sie über die Dachorganisation ERA im Sudan, welche sich auch an den Projekten beteiligt bzw. sie überwacht. Zur Zeit wird das Flüchtlingslager „Salomona“ im Sudan betreut. Es sollen annehmbare Lebensbedingungen für alle geschaffen werden, wobei auf die Mitsprache der Flüchtlinge großen Wert gelegt wird.

Eritrea-Hilfswerk Deutschland e.V.
Postfach 18 03 38
5000 Köln 1
Spendenkonten:
PschA Köln 4093–503
Deutsche Bank Bonn 073 2222

Die Hilfsorganisation für Tigray e.V. (HOT)
(vgl. „blätter des iz3w“ Nr. 91, Feb. 81, S. 41) arbeitet eng mit REST, einer Organisation in Khartoum zusammen. HOT und REST leisten vor allem Hilfe in den von der TPLF kontrollierten Gebieten, aber auch im Sudan. Einige Projekte bestehen bereits. Diese sind vor allem auf das Prinzip der Selbstversorgung ausgerichtet und haben Alphabetisierung, Ausbildung und Arbeitsplatzbeschaffung als Hauptziele. So wurde 1979 eine Weberei eingerichtet, in der Männer und Frauen zunächst ausgebildet wurden und mittlerweile dort bei geregelter Arbeitszahl und gerechtem Lohn ihrer Arbeit nachgehen können. HOT betreibt weiterhin auch Informationsarbeit in Deutschland. Weitere Information bei:

Cornelia Nowack
Osterfeuerbergstr. 9
2800 Bremen 1

Die Oromo Relief Association
(vgl. „blätter des iz3w“ Nr. 91, Feb. 81, S. 41) ist eine Selbsthilfeorganisation der Oromos, die ursprünglich in Äthiopien gegründet wurde. Sie ist die einzige Organisation, die auch **interne** Flüchtlinge erreicht. Ihr Ziel ist es, den Bauern der von den Befreiungsbewegungen kontrollierten Gebiete, zur Selbstversorgung zu helfen. Fast alle Bewohner dieser Gebiete sind Bauern. Neben der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrung, Medikamenten und Unterkünften, steht die Anschaffung von landwirtschaftlichem Werkzeug deshalb im Vordergrund.

Oromo Hilfsorganisation e.V.
Postfach 4123
1000 Berlin 30
Spendenkonten:
Gemeinsames Spendenkonto bei der ASW –
Postscheckkonto Berlin West 4006–104
Bank für Gemeinwirtschaft Berlin –
Kto.Nr. 1600 2208 00
Stichwort: Oromo
Regelmäßige Spendenkenn-Nr. 9742
Einmalige Spendenkenn-Nr. 742

Der West-Somalische Selbsthilfeverein wurde erst im Mai 1981 von über 50 Somalis, sowie deutschen Freunden in Aachen gegründet. Nähere Information bei:

Ismail Wais
Am Kalkhügel 4
4500 Osnabrück

Spendenkonto:
Sparkasse Bonn Kessenich
K.-Nr. 2259760

Die ungelöste nationale Frage

Ursachen der Konflikte am Horn von Afrika

In der Vergangenheit wurden die Ereignisse im Horn von bürgerlichen wie linker Seite überwiegend unter dem Gesichtspunkt des Ost-West-Gegensatzes bewertet. Demgegenüber wurden die regionalen und lokalen Ursachen der Konflikte im Horn weitgehend unterbewertet. Ich versuche daher – nach einer kurzen Skizzierung des Horns als internationalem Krisenherd – herauszuarbeiten, welche lokalen Konfliktkonstellationen Kräfte innerhalb dieser Region immer wieder veranlaßten, außerregionale Mächte hier zum Engagement geradezu einzuladen.

Das Horn als internationaler Krisenherd

Seit Jahrzehnten wird das Horn von Afrika von schweren, politischen, sozialen, wirtschaftlichen und nationalen Konflikten erschüttert, deren Heftigkeit sich im Laufe der Jahre immer mehr gesteigert hat. Die Auswirkungen dieser Konflikte für die Menschen dieser Region waren und sind erschütternd. Nach vorsichtigen Schätzungen führten die Konflikte am Horn seit 1961 (dem Beginn des eritreischen Unabhängigkeitskampfes) zu

- etwa 500 000 Hungertoten
- etwa 200 000 Toten als Folge direkter Repression oder militärischer Konflikte
- etwa 100 000 Waisen und Halbwaisen
- etwa 100 000 Körperversehrten durch Krieg, Hunger, Folter usw.
- etwa 2,5 Mill. Flüchtlingen über staatliche Grenzen (zu über 95% aus Äthiopien/Eritrea)
- etwa 2,5 Mill. Entwurzelten innerhalb staatlicher Grenzen (zu über 90% ebenfalls in Äthiopien/Eritrea)
- der Vernichtung von materiellen Gütern in Milliardenhöhe
- der Verlangsamung von Entwicklungsprozessen um Jahrzehnte
- nicht abzuschätzenden psycho-sozialen und sozio-kulturellen Schädigungen mit Langzeitwirkung durch das traumatische Erleben von Repression, Krieg, Flucht, Hunger, Verletzung, Folter und der Zerstörung von sozialen Beziehungen und Lebensformen.

Das in diesen Konflikten zum Einsatz gelangende Arsenal an Waffen und Repressionsmitteln hat sich im Verlauf der Jahre quantitativ und qualitativ beständig ausgeweitet. Angesichts der unterentwickelten Volkswirtschaften der Staaten des Horns liegt es auf der Hand, daß die Konflikte hier in ihrer Dauer, Intensität und Zuspitzung nur durch die Mithilfe außerregionaler Mächte möglich waren:

„Nirgendwo sonst in Afrika gab es . . . eine derartige Massierung von ausländischer Militär- und Wirtschaftshilfe und eine so direkte Konfrontation von amerikanischen und sowjetischen Waffen wie im Horn von Afrika" (1).

Fragt man nach den Ursachen dieser massiven ausländischen „Zuwendungen", so stößt man jenseits begrenzter wirtschaftlicher Gründe (Sicherung von Absatzmärkten für Waffen und zivile Güter sowie günstige Rohstoffquellen) auf zwei sich ergänzende Ursachen. Zum einen suchen lokale Kräfte des Horns immer wieder Bündnisse mit außer-regionalen Mächten, um dadurch Zugang zu Waffen und anderen ihnen fehlenden Ressourcen zu erlangen, während zum anderen außer-regionale Mächte, allen voran die beiden Globalmächte, sich nachdrücklich in die Region hineindrängen. Die Ursache für das Vorgehen der Globalmächte liegt in der strategischen Bedeutung, die dem Horn dank seiner Lage zu den Handels- und Schiffahrtsrouten im Indischen Ozean und seinen Nebenmeeren und zu den wirtschaftlich so wichtigen, politisch aber instabilen Nachbarregionen Nordafrikas und Naher, bzw. Mittlerer Osten zukommt. Sie bedingt, daß es für die beiden konkurrierenden Globalmächte im Rahmen der Verfolgung ihrer strategischen Interessen nahezu zwingend ist, in dieser Region zumindest präsent, wenn nicht sogar dominant zu sein.

Die Konkurrenz der außer-regionalen Mächte um Einfluß und Positionen auf dem Horn verschaffte den lokalen Konfliktparteien indessen einen erheblichen Handlungsspielraum, den sie auch kräftig nutzten, um eine Maximierung der ihnen zufließenden Ressourcen vor allem im militärischen Bereich zu erzielen. Gleichzeitig werden durch diese Konkurrenz die Möglichkeiten der Globalmächte eingeschränkt, auf das Handeln ihrer lokalen Klienten mäßigend einwirken zu können.

Deren Handlungsspielraum ist andererseits aber nicht unbegrenzt. Die oberste Grenze für die „Eigenmächtigkeiten" lokaler Klienten und deren Chancen, die Globalmächte vor ihren Karren zu spannen, ist in der Vergangenheit stets deren Bestreben gewesen, sich nicht über lokale Konflikte ihrer Klienten untereinander in einen direkten Zusammenstoß mit unkalkulierbaren Risiken verwickeln zu lassen.

Angesichts der in den letzten Jahren rasant ausgeweiteten Konflikte am Horn ist die Einhaltung dieser Grenze aber zusehends schwieriger geworden. Überdies ist es ziemlich fraglich geworden, ob in Anbetracht der neuen amerikanischen Konfrontationsstrategie gegenüber der UdSSR heute überhaupt noch der Wille dazu besteht.

Der Hauptansatzpunkt – die ungelösten nationalen Konflikte im Horn

Die lokalen Konflikte im Horn und die mangelnde Bereitschaft der dort Herrschenden, diese Konflikte friedlich zu lösen, liefern den außer-regionalen Mächten also die Ansatzpunkte, um sich im Horn festzusetzen und dort in Verfolgung ihrer strategischen Interessen zu agieren. Die Konflikte des Horns sind nun aber in besonderem Maße der Internationalisierung zugänglich, weil sich in ihnen die schweren sozialen Ungleichheiten dieser Gesellschaften mit Strukturen nationaler Ungleichheiten verzahnen, wobei die nationalen Aspekte der Konflikte gegenüber den sozialen oft Vorrang haben und zudem die im Horn bestehenden staatlichen Grenzen übergreifen.

Die hohe Brisanz der nationalen Konflikte im Horn und ihre ausgeprägte „Sichtbarkeit" fällen aus dem allgemeinen afrikanischen Kontext heraus. Sie ähneln vielmehr den Situation in der Türkei und dem Iran. Sie verdanken sich ursächlich den besonderen Bedingungen der Bildung modernen territorialer politischen Einheiten im Horn zu Ende des 19. Jh. im Kontext der Kolonisierung Afrikas durch europäische Mächte, den Auswirkungen der italienischen Eroberung Äthiopiens im Jahre 1935 und dem besonderen Verlauf der Entkolonisierung im Horn.

a)

Im Gegensatz zum übrigen Afrika wurde das Horn nicht vollständig unter europäische Kolonialmächte aufgeteilt. Vielmehr gelang es dem amharisch-schoanischen Feudalherr Sahle Mariam, sich in den Hegemonialkämpfen der Feudalherren des Hochlandes, die sich durch die Expansion der eu-

ropäischen Mächte in dieser Region laufend zugespitzt hatten, unter geschickter Ausnutzung der Interessengegensätze der europäischen Kolonialmächte zum Inhaber des Kaiserthrones Abessiniens emporzukämpfen und gegen den Trend der Zeit sein Reich gegen den Zugriff europäischer Kolonialmächte zu verteidigen. Mehr noch, unter Ausnutzung der gleichen Interessengegensätze war es ihm vor wie nach seinem Aufstieg zum Kaiser Abessiniens gelungen, sich Mittel und Möglichkeiten zu verschaffen, auf dem Horn weite Gebiete zu erobern und sich diese neuen Besitztümer vertraglich von den europäischen Mächten garantieren zu lassen.
Damit war Menelik II. wie sich jener Feudale nach seiner Kaiserkrönung nannte, faktisch Partner der europäischen Mächte bei der Aufteilung des Horns. Es entstand jene besondere Situation, daß die Küstenperipherie von europäischen Kolonien eingenommen wurde (Italienisch Eritrea, Französisch-Somaliland, Britisch-Somaliland und Italienisch-Somaliland sowie die Somali-Gebiete Britisch Ostafrikas), während das Innere des Horns von dem neuabessinischen Reich Menelik II. eingenommen wurde, das an Umfang den gesamten europäischen Kolonialbesitz übertraf.
Als Resultat dieser Aufteilung ergaben sich im Horn wie im übrigen Afrika auch Grenzziehungen, durch die einerseits große und kleine Völker geteilt wurden und andererseits innerhalb der neuen Grenzen Völker unterschiedlichster Sprache, Kultur und sozio-ökonomischer Entwicklung zusammengefaßt wurden. So fanden sich die Somali auf Äthiopien, Französische Somalküste, Britisch-Somaliland, Italienisch-Somaliland und den North-West-Frontier-District (bzw. dessen Vorläufer) Britisch-Ostafrikas (Kenias) verteilt, die Oromo aus Äthiopien und Kenia, die Afar auf Eritrea, Äthiopien, Französische Somal-Küste, die Saho und Tigrinnier auf Eritrea und Äthiopien, die Beja (Beni Amer) und eine Reihe von Tigre-Stämmen auf Eritrea und den Anglo-Ägyptischen Sudan, eine Reihe kleinerer Volksgruppen aus den Anglo-Ägyptischen Sudan und Äthiopien. Von den entstandenen politischen Einheiten im Horn selbst waren nur Italienisch und Britisch-Somaliland weitgehend ethnisch-kulturell homogen. In der Französischen Somal-Küste waren Somali und Afar durch die koloniale Grenzziehung vereint worden, in Eritrea waren es sogar neun Volksgruppen und Volksgruppenfraktionen und die genaue Zahl der in Äthiopien lebenden Volksgruppen war damals wie heute nicht genau bekannt. Die Britisch-Ostafrika zugeteilten Somali und Oromo spielten in dieser Kolonie, deren Schwerpunkt außerhalb des Hornes lag, numerisch und politisch bis in die Nachkriegszeit keine Rolle, waren in der Kolonie vernachlässigte Peripherie.
In den europäischen Kolonien im Horn vollzog sich die Herausbildung von politischen Nationen aus dem Bevölkerungsgemisch wie allgemein im kolonialen Afrika nur äußerst langsam und im Kampf gegen die Kolonialherren, in deren Interessen ein solcher Prozeß gewiß nicht lag. Sie trugen vielmehr durch ihre Politik des Ausspielens der verschiedenen Volksgruppen (im Falle der Kolonien Italienisch- und Britisch-Somaliland der verschiedenen somalischen Stämme) dazu bei, alte Konflikte zu vertiefen und durch neue zu überlagern.
Das neue abessinische Reich, später Äthiopien genannt, wich von diesem Muster ab. Es hatte bei der Aufteilung des Hornes faktisch den Löwenanteil erhalten. Innerhalb dieses Gebildes nahmen die alten Reichsteile, d.h. das eigentliche Abessinien so wie es zur Mitte des 19. Jh. bestand, nur ein Drittel der Gesamtfläche ein, während der große Rest aus den Eroberungen Menelik II. bestand. Diese bildeten innerhalb des äthiopischen Reiches faktisch Kolonialgebiete, auch wenn ihr kolonialer Status durch die geographische Kontingenz zur Kolonialmacht verschleiert wurde.
Menelik hatte die Eroberung dieser Gebiete gegenüber der Umwelt wie den davon betroffenen als „Re-Unification" bezeichnet und bezog sich damit auf angebliche Grenzen des mittelalterlichen Reiches. Sieht man einmal von der Unzulässigkeit solcher Ansprüche ab, so ist auch bei wohlwollendster Interpretation der Geschichte festzuhalten, daß die Grenzen Äthiopiens, die sich aus dem Gerangel europäischer und abessinischer Interessen schließlich ergaben, vielfach weit jenseits der Grenzen des mittelalterlichen abessinischen Reiches lagen, von den ursprünglich von Menelik geforderten Grenzen für sein Reich ganz zu schweigen. Trotz ihres legitimatischen Charakters und vielleicht gerade deshalb wurde die Kaschierung der Kolonialexpansion Abessiniens-Schoas durch den Begriff „Re-Unification" bis zum heutigen Tag festes Element im Vokabular der Träger des äthiopischen Reichsgedankens.
Die wiedervereinigten Gebiete wurden indessen nicht auf gleicher Ebene wie die alt-abessinischen Kerngebiete des Reiches in den neuen staatlichen Zusammenhang eingegliedert. Sie erhielten vielmehr den Status von Kolonien zugewiesen, auch wenn sie offiziell nicht so bezeichnet wurden. Ihre Beherrschung und Ausbeutung war von Region zu Region je nach den Gegebenheiten unterschiedlich. Die Skala reichte von „Razzienkolonialismus" in peripheren und oft wenig fruchtbaren Gebieten mit nomadischer Bevölkerung über den Siedlerkolonialismus in den fruchtbaren Teilen des südlichen Hochlandes bis hin zu einigen Gebieten mit „indirect rule" durch lokale Herrscher, die sich ihr Verbleiben im Amt damit erkauft hatten, daß sie für den äthiopischen Herrscher die Ausbeutung ihrer Bauern organisierten.
Da die Bewohner dieser „inneren Kolonien" nicht-amharischen Volksgruppen angehörten, die Nutznießer des Systems einschließlich der Militärkolonnen im Süden überwiegend dem amharischen Volke angehörten, überlagerte sich in den Kolonien dem Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten wie er in den abessinischen Kernlanden bestand

der Gegensatz zwischen ausgebeuteter Volksgruppe und fremdstämmigen Kolonialherr. Die Tatsache, daß es in diesem System Variationen gab und zudem auch viele Angehörige dieser „Kolonialvölker“ an der Ausbeutung ihrer eigenen Leute profitierten, änderte an den Grundstrukturen des Systems wenig.

Da im gesamten äthiopischen Reich Amharisch Staatssprache und die koptische Kirche Staatskirche war, wurde der Dimension der kolonialen wirtschaftlichen Ausbeutung der Bewohner der nicht-amharischen Gebiete des Reiches noch die Dimension der kulturellen und religiösen Diskriminierung und Unterdrückung hinzugefügt. Selbst die christlichen Tigrinnier, die im mittelalterlichen abessinischen Reich neben dem Amharen eine wichtige Rolle gespielt hatten und mit ihnen gemeinsam die Abessinnier bildeten, ja selbst noch im 19. Jh. abessinische Kaiser stellten, gerieten im äthiopischen Reich angesichts der Dominanz der amharischen Bevölkerung vor allem aus dem schoanischen Landesteil immer mehr in die Position einer benachteiligten nationalen Minderheit, auch wenn sie nicht wie die „Kolonialvölker“ Äthiopiens ausgebeutet wurden.

Mit diesen Strukturen waren alle Bedingungen dafür geschaffen, daß sich mit fortschreitender Modernisierung des Reiches unter den äthiopischen Kolonialvölkern wie den Tigrinniern anti-koloniale/nationale Bewegungen gegen die amharisch dominierte äthiopische Kolonialmacht herausbilden würden. Diese Entwicklung zu verhindern, wäre nur möglich gewesen mit einem Abbau der Unterschiede zwischen amharisch-äthiopischem Zentrum und nicht-amharischer kolonialer Peripherie. Ein solches Vorgehen, das auf die Aufgabe der privilegierten Stellung des Amharen-Volkes, ja des gesamten kaiserlichen Herrschaftssystems hinausgelaufen wäre, lag indessen weder im Wollen noch im Können der äthiopischen Kaiser. Da sich indessen Modernisierung in diesem Zwitter-Reich nur langsam vollzog und das Land nicht zuletzt wegen seiner anachronistischen inneren Strukturen gegenüber der Außenwelt immer mehr in Entwicklungsverzug geriet, reiften die nationalen Gegensätze in ihm nur langsam heran.

b) die italienische Eroberung und ihre Folgen

Die Eroberung Äthiopiens durch Italien im Jahre 1935/36 gab den heranreifenden nationalen Gegensätzen im Horn einen unerwarteten und kräftigen Auftrieb. Zum ersten Male war in der neuzeitlichen Geschichte des Horns sein größter Teil in einer politischen Herrschaft zusammengefaßt. Die Zusammenlegung Äthiopiens, Eritreas und Italienisch-Somalilands, zu dem 1940 noch Britisch-Somali-Landes zu Italienisch Ost-Afrika (IOA) beseitigte vorläufig weithin die durch die koloniale Grenzziehung zu Ende des 19. Jh. entstandenen künstlichen Trennungslinien quer durch Volksgruppen. Zugleich nahm Italien eine Untergliederung von IOA in Provinzen vor, die sich in groben Zügen an den großen Volksgruppen orientierte: in der um die äthiopische Provinz Tigray und angrenzende Gebiete erweiterten Provinz Eritrea waren die Tigrinnier vereint, in der Provinz Somalia der größte Teil der Somali von IOA, in der Provinz Galla-Sidama die westlichen Oromos, in der Provinz Harrar die östlichen, während für die Amharen die nach ihnen benannte Provinz verblieb. Diese Umgliederung erfolgte keineswegs aus menschenfreundlichen Erwägungen. Vielmehr ging es den italienischen Kolonialherren mit dieser administrativen und den sie flankierenden ökonomischen und sozial-politischen Maßnahmen darum, der amharischen Ober- und Siedlerschicht, die Hauptträger des Widerstandes gegen die Kolonialherrschaft waren, politisch und ökonomisch den Boden unter den Füßen fortzuziehen.

Wie immer man indessen über die italienische Eroberung Äthiopiens denken mag, die von ihnen durchgeführten Änderungen hätten auf lange Sicht vermutlich dazu geführt, daß die Amharen ihre Ressentiments wegen ihrer verlorenen Herrschaftsposition und die nicht-amharischen Gruppen ihre verständliche Ablehnung der Amharen im gemeinsamen Kampf gegen den alle unterdrückenden Kolonialherren zumindest im Ansatz soweit überwunden hätten, daß aus IOA eine politische Nation vergleichbar den anderen afrikanischen Staaten hervorgegangen wäre.

Indessen wurde IOA nicht durch den gemeinsamen Befreiungskampf der Völker der Region befreit, sondern durch britische Truppen. Der schon 1941 erfolgende Zusammenbruch der italienischen Herrschaft in IOA stellte die Frage der Neuordnung der Region in den Raum. Es stellte sich die Frage, ob das alte Äthiopien wiederhergestellt und was aus den italienischen Kolonien werden sollte.

Dem äthiopischen Kaiser, der im Gefolge der britischen Truppen nach Addis Abeba zurückkehrte, war schon vor dem britischen Ostafrika-Feldzug die einzuschlagende Marschrichtung klar: a) Festlegung der Alliierten auf die so-

fortige Wiederherstellung Äthiopiens in seinen Vorkriegsgrenzen, b) Aufbau des kaiserlichen Herrschaftssystemes mit Hilfe der Alliierten und c) die raschest mögliche Eingliederung der ehemaligen italienischen Kolonien und eventuell auch Britisch-Somalilandes in das wiederhergestellte äthiopische Reich, d.h. faktisch eine Wiederherstellung von IOA in Form eines erweiterten Äthiopiens.

Er hatte ganz klar die Zeichen erkannt, die unter der italienischen Kolonialherrschaft von den nicht-amharischen Völkern gesetzt worden waren (wie auch von den „republikanisch" gesinnten Kräften des äthiopischen Widerstandes gegen die Amharan!): in Zukunft würde nicht die Sicherung des territorialen Bestandes Äthiopiens und seiner Klassenherrschaft vor dem Zugriff europäischer Mächte seine Hauptsorge sein, sondern noch vor der Abwehr „systemimmanenter" Bedrohungen seiner Herrschaft durch andere Kräfte der dominanten amharischen herrschenden Schicht der Kampf gegen die aufkeimenden nationalen Bewegungen der nicht-amharischen Völker. In diesem Kontext galt es, die Unabhängigkeit Eritreas und Italienisch-Somalilandes zu verhindern, da die Entstehung eines somalischen bzw. tigrinnischen Teilstaates (als solchen sah er Eritrea durchaus potentiell an) gefährliche Signalwirkung auf die äthiopischen Somali und Tigrinnier gehabt hätte und vermutlich auch auf Oromo und andere Volksgruppen ebenfalls.

Da sich die Alliierten bereits vor Beginn ihres Feldzuges in IOA zwecks Erlangung der Hilfe der äthiopischen Widerstandskämpfer auf die Wiederherstellung der alten Grenzen Äthiopiens verpflichtet hatten, konnte der Kaiser seine beiden ersten Absichten relativ zügig verwirklichen. Wie richtig er die Lage eingeschätzt hatte, zeigte der Widerstand von Teilen der Oromo, der Afar und der äthiopischen Tigrinnier und Somali gegen ihre erneute Eingliederung in Äthiopien und der Bewohner Italienisch-Somalilandes und einer Mehrheit der Eritreer gegen seine Annexionspläne.

1943 brach in Tigray ein Aufstand aus, der u.a. die Forderung nach Groß-Tigray, der Vereinigung Tigrays mit Eritrea in einem unabhängigen Staat erhob. Erst durch den Einsatz der britischen Luftwaffe konnte dieser Aufstand niedergeschlagen werden. Auch gegen die „widerspenstigen" Afar und Oromo wurde Gewalt eingesetzt. Am schwierigsten erwies sich indessen die Rückgliederung der äthiopischen Somali-Gebiete.

Diese unterstanden bis 1948, teilweise sogar 1954 angesichts der Schwäche der noch in der Rekonstituierung befindlichen kaiserlichen Staats- und Herrschaftsstrukturen unter britischer Militärverwaltung. Diese lange Periode der faktischen Vereinigung einer großen Mehrheit von Somali in einem politischen Raum gab dem somalischen Nationalismus ungeheuren Auftrieb, der sich u.a. auch von dem anti-kolonialen Aufstand der Somali zu Anfang des 20. Jh. herleitete. Dieser trotz seiner äußeren Form als heiliger Krieg der islamischen Somali gegen die christlichen Kolonialherren im Kern nationalistische Aufstand konnte erst nach langen Jahren durch gemeinsame Militäraktionen der drei Kolonialmächte zerschlagen werden. Dabei setzte Großbritannien zum ersten Male Flugzeuge gegen eine nationale Befreiungsbewegung ein.

Die Stärke des somalischen Nationalismus gab Großbritannien die Idee ein, sich für den Plan eines alle Somali-Gebiete des Horns umfassendes UN-Protektorat stark zu machen, das für eine unbestimmte Dauer von Jahren seiner Verwaltung unterstellt werden sollte. Die Abneigung der somalischen Nationalisten gegen die äthiopischen Pläne war dabei so groß, daß sie in diesem Plan das kleinere Übel sahen. Seine Verwirklichung scheiterte indessen an dem Widerstand Äthiopiens wie der Alliierten Großbritanniens, die darin zurecht einen Plan sahen, die britische Kolonialherrschaft auszudehnen. Die Übergabe der meisten äthiopischen Somali-Gebiete an die Äthiopier im Jahre 1948 konnte aber nur unter Einsatz von Gewalt durchgeführt werden.



„Revolutionärer Sieg - Wir werden durch Kampf gewinnen"

Bei der Durchsetzung seiner Absichten setzte der Kaiser schon während der Kampagne in IOA gegen die Italiener und verstärkt nach dem Kriege auf die USA. Zum einen erwiesen sich die bisherigen britischen Beschützer als unsichere Wahrnehmer äthiopischer Interessen und zum anderen hatte der Kaiser klar erkannt, daß die USA in Zukunft die wichtigste internationale Rolle spielen würde.

Der Versuch der Angliederung Italienisch-Somalilandes an Äthiopien mißlang indessen trotz amerikanischer Hilfe. Die Ablehnung der somalischen Bevölkerung gegenüber dieser Absicht war so ausgeprägt, daß es unter den Bedingungen der Nachkriegszeit nicht möglich war, sie gegen ihren Willen durchzusetzen. Hinzu kam, daß sich auch die Alliierten, die übereingekommen waren, die Frage der Zukunft der italienischen Kolonien nach dem Kriege zu entscheiden, sich nicht einig werden konnten. Nach langen zähen Verhandlungen wurde schließlich über die Einschaltung der UN entschieden, daß der ehemalige Kolonialherr Italien ab 1950 auf 10 Jahre das Gebiet als UN-Mandat verwalten und auf die Unabhängigkeit vorbereiten sollte. Es wäre übertrieben zu behaupten, daß diese Lösung den Wünschen der Bewohner Italienisch-Somalilandes entsprochen hätte.

Hinsichtlich Eritreas war den kaiserlichen Absichten mehr Erfolg beschieden. Die dortige Bevölkerung war in sich uneins, was ihre politische Zukunft betraf. Während eine starke Minderheit für einen Anschluß an Äthiopien plädierte, die allerdings zu einem erheblichen Teil durch äthiopische Druckmaßnahmen auf die christlichen Tigrinnier Eritreas

zustandegekommen waren, lehnte eine knappe Mehrheit dies ab, besaß aber unterschiedliche Vorstellungen über eine zu verwirklichende Alternative. Unter Einschaltung der USA, die sich zu Ende der 40er Jahre zum Hauptbündnispartner Äthiopiens entwickelten, konnte Äthiopien in den UN schließlich durchsetzen, daß Eritrea an Äthiopien fiel. Angesichts der starken Stimmung in Eritrea für Unabhängigkeit wurde der Anschluß sehr zum Grimm des Kaisers „nur" in Form einer Föderation vollzogen, die Eritrea einen eigenständigen politischen Status im Rahmen der Föderation beließ. Als Gegenleistung für die amerikanische Unterstützung bei der Angliederung Eritreas wurde den USA ein Militärstützpunkt bei Asmara eingeräumt. Durch im selben Jahr (1953) abgeschlossene Verträge über militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit, d.h. Hilfe der USA an Äthiopien avancierten die USA an Stelle von Großbritannien zur dominierenden außer-regionalen Macht im Horn.

c) die Folgen der unvollständigen Entkolonisierung

Es lag auf der Hand, daß die eritreisch-äthiopische Föderation nur wenig Überlebenschancen haben würde. Es gab nicht den geringsten Grund anzunehmen, das autokratische System Äthiopiens könne mit dem relativ demokratischen System Eritreas friedlich koexistieren. Entweder mußte Äthiopien seine Strukturen dem eritreischen Beispiel anlassen oder umgekehrt. Angesichts der Kräftsverhältnisse konnte kein Zweifel daran bestehen, welche Lösung sich durchsetzen würde. Um die „ansteckende" Wirkung der eritreischen Sonderstellung vor allem auch auf die nicht-amharischen Völker Äthiopiens zu beseitigen, wurde in den 50er Jahren Zug um Zug die eritreische Autonomie ausgehöhlt und schließlich 1962 vollends beseitigt.

Die Notwendigkeit zu diesem Schritt ergab sich eindeutig aus der Tatsache, daß in Äthiopien nach dem Kriege die gleichen Strukturen der politischen und nationalen Unterdrückung restauriert wurden wie vor dem Kriege. Wie zuvor war den Strukturen der allgemeinen Ausbeutung und Unterdrückung der einfachen Bewohner Äthiopiens noch die besondere nationale Unterdrückung der äthiopischen „Kolonialvölker und nationalen Minderheiten" beigestellt.



Zum anderen stellte aber auch die drohend näherrückende Unabhängigkeit Italienisch-Somali-Landes einen wichtigen Grund für den Kaiser dar, vor der Wiederaufnahme der direkten Konfrontation mit dem nun in einem Staat organisierten somalischen Nationalismus in Eritrea „klare" Verhältnisse zu schaffen. Diese Rechnung, bei deren Verwirklichung er sich des Rückhaltes der USA erfreuen konnte, war allerdings ohne den Wirt gemacht: bereits 1961 hatten eritreische Nationalisten den bewaffneten Kampf aufgenommen, um die Unabhängigkeit Eritreas zu verkämpfen, nachdem sie alle Hoffnungen auf friedliche Mittel zur Verwirklichung der nationalen Rechte Eritreas aufgegeben hatten.

Parallel zur Aushöhlung der eritreischen Unabhängigkeit verfolgte Äthiopien in den 50er Jahren eine Strategie, dem zukünftigen somalischen Teilstaat die Schaffung von Groß-Somalia so schwer wie möglich zu machen. In den Verhandlungen zur endgültigen Fixierung der Grenze zwischen Äthiopien und Italienisch-Somaliland versuchte es seine Grenze weit in Richtung Meer vorzuschieben. Gleichzeitig wirkte es auf Frankreich und Großbritannien ein, ihre Herrschaft über die Französische-Somal-Küste bzw. Britisch-Somaliland zu verlängern. Während es bei Frankreich mit diesem Ansinnen offene Ohren antraf, entsprach dies doch den französischen Interessen, im Horn einen Stützpunkt zu behalten, ließ sich Großbritannien nicht auf die äthiopischen Vorstellungen ein. Auf die Tatsache, daß auch die USA im Kern den britischen Absichten zustimmte, Britisch-Somaliland zum gleichen Zeitpunkt wie Italienisch-Somaliland unabhängig werden zu lassen, damit diese beiden Gebiete sich zu einem Staat zusammenschließen könnten, reagierte der Kaiser mit einer Reise in die UdSSR und der Annahme eines sowjetischen Kredits über 100 Mill. US-Dollar.

Dieser Wink mit dem sowjetischen Zaunpfahl bewirkte allerdings nicht, daß sich die USA nun voll für die äthiopischen Pläne einsetzte. Immerhin erklärten sie öffentlich ihre Unterstützung für die von Äthiopien konsequent vertretenen Politik des territorialen Status Quo im Horn, allerdings erst nachdem im Sommer 1960 aus dem Zusammenschluß der genannten Gebiete die Republik Somalia entstanden war. Zugleich erklärten sich die USA zu einer Verstärkung ihrer militärischen Leistungen an Äthiopien bereit.

Wie zu erwarten war, zeigte die Entstehung der Republik Somalia weitreichende Folgen für die Konflikte im Horn. Überall in den nach somalischer Auffassung noch nicht befreiten Gebieten Groß-Somalias wurde die nationale Agitation mit aktiver Hilfe der Republik vorangetrieben. Besonders nachdrücklich wirkte man auf die Briten ein, die kenianischen Somali-Gebiete noch vor der kommenden Unabhängigkeit Kenias Somalia anzugliedern. Diese Absicht konnte jedoch nicht verwirklicht werden, da sich die kenianischen Nationalisten mit äthiopischer Unterstützung nachdrücklich querlegten. Noch vor der Unabhängigkeitserklärung Kenias im Dezember 1963 brach im somalischen Nord-Osten ein Guerillakrieg aus, um die Angliederung dieser Gebiete an Somalia nun mit Waffengewalt zu erzwingen. Parallel zu dieser Entwicklung hatte auch im äthiopischen Somali-Gebiet (West-Somalia) ein Guerillakrieg der somalischen Nationalisten begonnen, der im Frühjahr 1964 sogar zur direkten bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Äthiopien und Somalia führte.

Die Aufheizung des Konfliktes im Horn um Groß-Somalia verstärkte den Rüstungswettlauf im Horn. Während Äthiopien von den USA und Kenia von Großbritannien zusätzliche militärische Hilfeleistungen erhielten, mußte sich Somalia an die UdSSR wenden, um zusätzliche Waffen und Mili-

täraussrüstung zu erhalten. Die westlichen Länder, die Somalia in diesem Konflikt als „Hauptschuldigen" ansahen, zeigten sich nämlich bei der Erfüllung somalischer Waffenwünsche sperrig. Die UdSSR, deren Beziehungen zu Äthiopien nach 1959 nicht weit gediehen waren, entsprach diesen Wünschen gerne, gab ihr das doch die Möglichkeit, auch im Horn präsent zu sein.
Auch im afrikanischen Kontext war Somalia mit seinem Vorgehen, eine Revision der Grenzen im Horn anzustreben, isoliert. Bereits 1963 hatte der Kaiser anläßlich der in Addis Abeba stattfindenden Gründung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) gegen den Widerstand Somalias und der Eritreer durchgedrückt, daß das Prinzip der Unverletzbarkeit kolonialer Grenzziehungen in Afrika in die Grundsätze der OAU aufgenommen wurde. Dieser Schachzug konnte gelingen, weil alle afrikanischen Staaten mit ihrer zerbrechlichen nationalen Einheit sezessionistische Bewegungen fürchteten wie der Teufel das Weihwasser.
Obwohl spätestens seit Anfang 1965 die Intensität der Konflikte um Groß-Somalia abflaute, eine Tendenz, die nach dem 6-Tage-Krieg und der damit verbundenen arabischen Niederlage noch weiter zunahm, blieb der Konflikt als solches bestehen. Dies belegte nur zu nachdrücklich die blutige Unterdrückung pro-somalischer Demonstrationen in der Französischen Somal-Küste. Gegen die faktische Allianz Kenias, Äthiopiens und Frankreichs, hinter denen noch die USA und Großbritannien standen, wandte sich Somalia noch stärker der UdSSR zu, was den Rüstungswettlauf im Horn weiter vorantrieb.
Bis zum arabischen Debakel im 6-Tage-Krieg war der eritreische Unabhängigkeitskampf in einer Aufschwungphase. Im Inneren wurde das Operationsgebiet ausgedehnt und gleichzeitig die numerische Stärke der Bewegung vervielfältigt. Parallel dazu erfolgte eine Ausweitung der internationalen Beziehungen. Da die ersten Unabhängigkeitskämpfer überwiegend aus der islamischen Bevölkerung Eritreas kamen, wurden die ersten Außenkontakte zur arabisch-islamischen Welt geknüpft und die Hilfsappelle in Termini islamischer oder gar arabischer Solidarität geäußert. Neben diesen eher ungreifbaren Faktoren gab es für die Araber aber auch handfestere Interessen, sich für die eritreische Sache einzusetzen Der Konflikt mit Israel und das Bündnis Äthiopiens mit der USA und Israel waren starke Motivationen, die Eritreer zu unterstützen, um Israel und dessen Verbündeten, die USA zu treffen. Trotzdem war die arabische Hilfe letztendlich materiell wie immateriell vergleichsweise gering.
Über die arabische Welt und deren etwas radikalere Staaten kamen auch die Kontakte zu sozialistischen Ländern zustande und erlangten die Eritreer in der 2. Hälfte der 60er Jahre eine Zeitlang Ausbildungsmöglichkeiten in der VR China und in Kuba. Die Unterstützung der eritreischen Sache durch die arabische Welt veranlaßte andererseits Israel, das dadurch zum wichtigsten äthiopischen Bündnispartner nach den USA aufrückte, zur Ausweitung seines militärischen Engagements. Die Einbeziehung des Horn in den Nahostkonflikt vertiefte sich.
Mit der Ausweitung des Unabhängigkeitskrieges traten in den Reihen der eritreischen Befreiungskämpfe jedoch zunehmend Spaltungen auf, in die neben politischen Differenzen auch die religiösen und ethnischen Spannungen innerhalb der eritreischen Bevölkerung eingingen. Zudem führte die verstärkte Beziehung zur arabischen Welt zur Verlängerung derer politischen Uneinigkeit in die eritreische Bewegung hinein. Die inneren Differenzen und das Absacken der arabischen Hilfe nach der arabischen Niederlage im 6-Tage-Krieg des Jahres 1967 bedingten ein Rückgang der Kampfkraft der eritreischen Bewegung, die bis 1971 in organisatorisch getrennte Flügel zerfiel. Diese orientierten sich an unterschiedlichen Fraktionen des arabischen Lagers und führten von 1972–74 einen Bürgerkrieg gegeneinander.



Aufgrund seiner Strukturen zeigte sich das kaiserliche äthiopische Regime unfähig, das merkbare Abflauen der Konflikte in Eritrea und West-Somalia in den letzten Jahren der 60er Jahre zur Entwicklung konstruktiverer Lösungen zu nutzen. Es setzte vielmehr weiterhin auf militärische Mittel und war nicht im geringsten bereit, den nationalen Aspirationen dieser Volksgruppen auch nur einen Schritt entgegenzukommen. Charakteristisch für es ist der Versuch, die sudanesische Regierung unter Druck zu setzen, damit dieses die rückwärtigen Verbindungen der Eritreer in den Sudan sperre, indem es gemeinsam mit Israel der süd-sudanesischen Unabhängigkeitsbewegung Militärhilfe leistete.
Als in Eritrea die Nationalisten in einen Bürgerkrieg trieben, und im Sudan das 1969 durch einen Militärputsch an die Macht gelangte Numeri-Regime sich gegenüber den Süd-Sudanesen auf der Basis der Gewährung regionaler Autonomie verhandlungswillig zeigte, war der Kaiser bestrebt, diese Entwicklungen dazu auszunutzen, die eritreischen Guerilla zu isolieren und sie endgültig zu zerschlagen. Im Gegenzug für die sudanesische Unterbindung der eritreischen Nachschublinien bot er dem Sudan 1972 die Einstellung der äthiopisch-israelischen Militärhilfe an den Süd-Sudan und seine Mitwirkung beim Zustandebringen von Gesprächen zwischen den Konfliktparteien im Sudan. Aus diesem Tauschgeschäft auf dem Rücken zweier Befreiungsbewegungen ergab sich für den Süd-Sudan zumindest regionale Autonomie, für die Eritreer aber nur Ärger. Dieser hielt sich aber doch in Grenzen, weil sie der Sudan letztlich mit Rücksicht auf die arabische Welt bei der Behinderung des eritreischen Nachschubs nicht mit aller Kraft einsetzte.
Während sich dieses Manöver in bezug auf Eritrea als Fehlschlag erwies, war auch gegenüber dem somalischen Gegner eine Verschlechterung der Lage eingetreten. In Somalia hat-

te sich 1969 als Reaktion auf die Unfähigkeit der vorhergehenden zivilen Regierungen die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes und die Schaffung von Groß-Somalia voranzutreiben eine Militärregierung an die Macht geputscht. Diese orientierte sich in der Folgezeit ideologisch zunehmend am „wissenschaftlichen Sozialismus" als Leitlinie und vertiefte das Bündnis zur UdSSR, aber auch die Beziehungen zur VR China. Diese Entwicklung trieb den Rüstungswettlauf im Horn noch weiter voran, da sich Äthiopien und Kenia durch die somalischen Waffenbezüge aus der UdSSR, die nach 1969 erheblich anstiegen, zunehmend bedroht sahen.

Parallel zu diesen schon „klassischen" nationalen Konflikten im Horn ergeben sich zu Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre neue nationale Spannungsfelder innerhalb Äthiopiens. Im Zuge der in Reaktionsbildung auf einen erfolglosen Staatsstreich liberal-konservativer Reformer im Jahre 1960 doch von oben verstärkt in Angriff genommenen Modernisierung des Landes, die allerdings weder Entwicklung noch Demokratie brachte, entstanden vor allem unter den städtischen Angehörigen der nicht-amharischen Volksgruppen vor allem Oromo und Tigray Ansätze zu nationalen Bewegungen oder zumindest Zirkeln. Ausdruck dieser Entwicklung war die Bildung der proto-nationalistischen Metcha-Tulama-Bewegung unter den Oromo. Charakteristisch für die Furcht des Regimes für den politisch-nationalen Regungen und Bestrebungen der nicht-amharischen Völker Äthiopiens war die brutale Zerschlagung der Metcha-Tulama. Da viele dieser städtischen Nationalisten aus den Reihen der nicht-amharischen Bevölkerung noch Familienbindungen zu ihren ländlichen Herkunftsgebieten hatten, breiteten sich die entstehenden nationalen Tendenzen auch allmählich dort aus.

Parallel dazu bildete sich auch ein amharischer Nationalismus von neuer Qualität heraus. War der alte bisher weithin in seinen Argumentationsfiguren imperial geprägt und wurden von den feudalen Schichten hauptsächlich vertreten, so waren die Träger des neuen amharischen Nationalismus Angehörige der neuen städtischen Mittelschichten. Charakteristisch für ihren Nationalismus war wie für den alten, daß er sich nicht als amharischer zu erkennen gab, sondern in der Verkleidung als äthiopischer auftrat. Während die „alten Nationalisten" aber vom „äthiopischen Reich" sprachen, dessen Einheit es zu wahren gälte, führten die „neuen Nationalisten" den Begriff der „äthiopischen Nation" im Munde, wobei indessen faktisch, wenngleich nicht offen „äthiopisch" mit „amharisch" gleichgesetzt wurde. Dieser verdeckte neue amharische Nationalismus reichte dabei wie die scharfen Auseinandersetzungen innerhalb der äthiopischen Studentenschaft um die Wende der 60er zu den 70er Jahren belegen, bis weit in die Reihen der jetzt auch entstehenden linken politischen Oppositionsbewegungen hinein.

Angesichts des immer stärker werdenden Druckes von allen Seiten war es daher ab Anfang der 70er Jahre letztlich nur noch eine Frage der Zeit, bis das Regime unter dem Gewicht der im Laufe der Jahre sich angehäuften Probleme zusammenbrechen würde. Dieser Punkt war Anfang des Jahres 1974 erreicht. Die aufgestauten Spannungen des Vielvölkerstaates entluden sich in immer heftiger werdenden Protest- und Massenbewegungen. Unter deren Druck zerfiel trotz aller innerer Zersetzung das kaiserliche Herrschaftssystem und die bisherige Sozialordnung dennoch eher zögernd, als daß sie donnernd einstürzten oder durch einen Frontalangriff zu Fall gebracht wurden. Der Kaiser wurde von einer Militärverschwörung, die die best organisierteste Kraft in diesem Lande darstellte und vor allem die Gewehre kommandierte, Zug um Zug entmachtet und sein Herrschaftssystem „scheibchenweise" ihm aus den Händen gewunden. Am 12. September 1974 wurde er schließlich ganz unauffällig für abgesetzt erklärt und eine Militärregierung übernahm die Macht.

d) nach dem Kaiser – noch immer keine Lösung für die nationalen Fragen

Von der neuen Militärregierung wurden weithin nicht nur erwartet, daß sie den Demokratisierungsprozeß vorantreiben, die solange verschleppte Entwicklung des Landes in Angriff nehmen und schließlich auch für die brennenden nationalen Fragen gangbare Lösungen für alle Beteiligten suchen würde. Nur allzubald stellte sich indessen heraus, daß sie dazu weder in der Lage noch willens war. Wie sich im Laufe der Zeit herauskristallisierte, dominierte innerhalb der neuen Regierung ein harter Kern von Militärs, die sich zwar zunehmend selbst als Sozialisten begriffen, in Bezug auf die nationalen Fragen im Horn aber knüppelharte äthiopische Nationalisten und Zentralisten waren.

Mehr als alle Auseinandersetzungen um den Kurs der äthiopischen Revolution und um die Kräfte an deren Steuer war es die Intransingenz der neuen Militärherren in dem Umgang mit den nationalen Fragen auf dem Horn und insbesondere Äthiopiens, die das von ihnen geleitete Regime bis zum Sommer 1977 fast an den Rande des Abgrundes brachte. Mehr noch als ihr Vorgänger setzten sie auf militärische Lösungen und waren nicht bereit, den nationalen Gruppen innerhalb Äthiopiens in ihren berechtigten Anliegen inhaltlich auch nur einen Schritt weit entgegen zu kommen. Aus der bereits Ende 1974 erkennbar werdenden starren Haltung in den nationalen Fragen zogen die eritreischen und somalischen Befreiungsbewegungen den naheliegenden Schluß, daß auch unter diesem Regime der Dialog der Waffen über die weitere Behandlung der nationalen Fragen entscheiden muß und setzten ihren bewaffneten Befreiungskampf mit erneuter Energie fort. Ihnen schlossen sich 1974/75 auch die zum bewaffneten Kampf übergegangenen Bewegungen der Oromo, Afar und Tigray an. Die sich zuspitzenden Auseinandersetzungen im Lager der „Äthiopier" in den Jahren 1975/77, in denen die Zuspitzung der Kämpfe mit den nationalen Bewegungen eine wichtige Rolle spielten, wirkten sich über den Zerfall der Staats- und Militärmacht der Regierung günstig auf die Führung dieser Befreiungskämpfe aus.

Die Chancen für einen Sieg der Befreiungsbewegungen waren zudem dadurch gestiegen, daß sich die amerikanische Regierung bereits ab 1973 immer zögernder bereit erklärte, äthiopischen Waffenwünschen nachzukommen. Die wachsende Radikalisierung der äthiopischen Revolution, aber auch eine flexiblere Herangehensweise an Regionalkonflikte in der 3. Welt führte schließlich zum Einstellen amerikanischer Militärhilfe an das neue Regime und darüber zu dessen vollständigem Bruch mit dem bisherigen Verbündeten (auch wenn diplomatische Beziehungen beibehalten wurden).

Bis zum Herbst 1977 hatte sich die Situation der Militärregierung so sehr ab Jahresbeginn verschlechtert, daß ihr Sturz und darüber hinaus das Ende von Äthiopien in seiner bisherigen territorialen Gestalt bevorzustehen schien. In Eritrea hatten die Nationalisten 1977 bis auf vier Städte das ganze Gebiet befreit und im Südosten die west-somalischen Partisanen, denen ab Sommer 1977 in einem unerklärten Krieg Somalien gegen Äthiopien reguläre Verbände der somalischen Armee massiv und wohl entscheidend unter die Arme griffen, die äthiopischen Truppen bis auf den Rand des Hochlandes zurückgeworfen. Parallel dazu erlangten die Kämpfe in Tigray, bei dem Oromo und unter den Afar immer größere Bedeutung. Die Unabhängigkeit Eritreas und die Abspaltung West-Somalias schienen denkbar geworden zu sein. Die weitere Zukunft des dann noch verbleibenden

Rumpfäthiopiens konnte sich angesichts der Bewegungen der übrigen nicht-amharischen Nationalitäten nur als im höchsten Maße gefährdet gedacht werden.
Indessen blieb diese befürchtete – von einigen und nicht nur im Horn erhoffte – Entwicklung aus. Das schon im Frühjahr 1977 geschlossene Bündnis der neuen äthiopischen Militärregierung mit der UdSSR und weiteren Staaten des real-sozialistischen Lagers erwies sich als Rettungsanker und ermöglichte dem Regime nocheinmal den Geschehnissen im Horn eine für es zumindest kurzfristig positive Wendung zu geben. Neben der massiven Hilfe der neuen Verbündeten für Äthiopien war es aber auch die internationale Ablehnung des somalischen Vorgehens, die es der äthiopischen Regierung erleichterte, sich des somalischen Ansturmes zu erwehren. Somalia erhält deshalb nämlich nicht die Waffen, die es sich von seinem Überwechseln auf die Seite der westlichen Mächte als „Belohnung" erhofft hatte. Und schließlich kommt hinzu, daß die somalische Seite im ersten Siegestaumel im Sommer ihren chauvinistischen Neigungen ihrerseits voll Raum gab und lauthals Gebiete für Groß-Somalia forderten, in denen nur Oromo und Afar wohnten. Dies unterband die Zusammenarbeit der Bewegungen der Afar und Oromo mit den Somali, ja führte sogar zur Situation von Drei-Fronten-Kämpfen im Südosten. Darüber hinaus kam es nicht zur Absprache mit den Eritreern, die wiederum selbst untereinander zersplittert waren. Diese mangelnde Zusammenarbeit der nationalen Bewegungen im Horn, die z.T. ihren unterschiedlichen Entwicklungsniveaus zuzuschreiben war, zum größten Teil aber ihrer Unfähigkeit ihre jeweils partikularen materiellen und ideellen Schranken zu überwinden.
Mit Hilfe der neuen Verbündeten, die der hart bedrängten Militärregierung mit massiven Waffenlieferungen (von 1977-78 etwa im Gegenwert von 2 Mrd. DM), umfangreichen kubanischen Truppenkontingenten (zum Höhepunkt des kubanischen Engagements etwa 17 000) und der Entsendung mehrerer Tausend militärischer und ziviler Berater (vorwiegend aus Kuba, der UdSSR, DDR, Süd-Yemen) unter die Arme griffen, konnte die äthiopische Zentralregierung (Derg) bis zur Jahreswende 1977/78 den Ansturm der unkoordiniert vorgehenden Gegner zum Halten bringen und im Verlauf der ersten Monate von 1978 zur Gegenoffensive übergehen. Die Gegner im Zentrum wurden in einer blutigen Kampagne des Roten Terrors organisatorisch zerschlagen. In einer großen Gegenoffensive äthiopischer und kubanischer Verbände unter aktiver Anleitung sowjetischer Militärberater wurde der äthiopisch-somalische Krieg siegreich für Äthiopien beendet. Nicht zuletzt wegen des Krisenmanagements beider Globalmächte machte diese Offensive an der äthiopisch-somalischen Grenze halt und entfiel die Gefahr einer direkten Verwicklung beider Mächte in diesen Konflikt. Im Anschluß an die siegreiche Offensive im Südosten bereitete der Derg ab Frühjahr 1978 die Gegenoffensive im Norden, gegen die eritreische Unabhängigkeitsbewegung vor und führte parallel dazu Kampagnen gegen die Befreiungsbewegungen der Oromo und Tigray durch.
Gegen die Erwartungen der Militärregierung, ihrer Verbündeten und anderer Interessierter verlief die eritreische Offensive weitaus weniger erfolgreich als zuvor die Offensive gegen die Somalis. Nach Anfangserfolgen gegen die schwächere und weniger gut vorbereitete ELF rannte sich die äthiopische Offensive gegen die weitaus stärkere und besser ausgerüstete EPLF immer wieder fest und konnte nur durch ständige Ausweitung des direkten Einsatzes des Militärpersonals der neueren Verbündeten flottgemacht werden.
Trotz all dieser Hilfen wurde die äthiopische Gegenoffensive schließlich von der EPLF in einer Reihe schwerer Abwehrschlachten bis zum Sommer 1979 zum Stillstand gebracht. Im Winter 1979/80 konnte die EPLF sogar zum Gegenangriff übergehen, und die äthiopischen Truppen weit zurückwerfen und damit die Sicherheit der von ihr gehaltenen befreiten Gebiete im Norden Eritreas vergrößern.
Auch die anderen Befreiungsbewegungen im Horn (West-Somali, Tigray und Oromo) konnten sich von den ihnen 1978 zugefügten Schlägen erholen, reorganisieren und wieder zum Angriff übergehen. Das Scheitern der äthiopischen Bemühungen, diese Bewegungen zu zerschlagen, lag nicht an einem Mangel an Waffen, da die neuen Verbündeten diese massenweise bereitstellten. Es liegt vielmehr in dem strukturell falschen Ansatz begründet. Wie bereits zuvor die kaiserliche Regierung nutzten auch die neuen Herren die 1978 gewonnene „Verschnaufpause" nicht, um politische Lösungen für die nationalen Fragen zu suchen. Auf der Maximierung ihrer Macht beharrend und auf die Gewalt der Waffen bauend, verabsäumten sie es, eine politische Antwort auf die Herausforderung der nationalen Bewegungen zu finden, die allein es ermöglichen würde, den bewaffneten Rundumkonflikt im Horn zu beenden.
Inzwischen droht er, die durch die Revolution schon zerrüttete äthiopische Wirtschaft gänzlich zu ruinieren. Die Beschäftigung mit dem Krieg kostete lebensnotwendige Zeit und Ressourcen, um schlechten Klimabedingungen und deren Auswirkungen vorzubeugen und heute droht in weiten Teilen Äthiopiens Dürre und Hungersnot. Je länger die Kämpfe andauern, desto größer ist auch die Wahrscheinlichkeit, daß sich die mühsam erzielte politische Stabilität im Zentrum unter der Last der sozialen und ökonomischen Kriegsfolgen wieder zersetzt. Um seine Wirtschaft in Gang zu halten, ist Äthiopien heute mehr denn je zuvor auf auswärtige Wirtschaftshilfe, die aus dem Westen kommt, angewiesen.
Zugleich „exportierte" Äthiopien riesige Flüchtlingsmassen in die benachbarten Staaten. Unter ihrem Ansturm droht mittlerweile die somalische Gesellschaft zusammenzubrechen und auch im Sudan werden die Flüchtlinge zu einer realen Belastung für das Land.
Ein Ende der Kämpfe ist nicht abzusehen. Heute stehen mehr Kämpfer als je zuvor in den Reihen der Befreiungsbewegungen und weitere Nationalitäten (Sidamo, Kambatta, Wellamo, Hadiyay) haben in jüngster Zeit den Kampf gegen die äthiopische Militärregierung aufgenommen.
Diese Situation am Horn ist eingebettet in einen internationalen Kontext, der durch einen sich zuspitzenden Ost-West-Gegensatz gekennzeichnet ist. Dieser führt für die gesamte Großregion um den Indischen Ozean zu einem erneuten Wettrüsten mit unvorhersehbaren Folgen für die dort befindlichen Staaten. Im Horn sind neue schwere bewaffnete Konflikte und unerwartete Entwicklungen jederzeit möglich, solange es nicht zu einer Lösung der nationalen Probleme auf einer gerechten Grundlage kommt. Für das Zustandekommen einer solchen Lösung gibt es aber gegenwärtig keine Anzeichen.

Günter Schröder

Quelle:

Volker Mathies, Das ‚Horn von Afrika' in den internationalen Beziehungen. Internationale Aspekte eines Regionalkonfliktes in der Dritten Welt. München 1976, S. 153

Das Buch von Mathies ist im deutschsprachigen Raum eine der besten Arbeiten zu diesem Problemkreis.

Suche Selbstdarstellungen von Gruppen, die sich mit dem Thema „Frauen und Dritte Welt" beschäftigen. Evtl. bitte Fragebögen anfordern bei:
Helga Maier, Furtwänglerstraße 7,
7800 Freiburg

Gleichberechtigung der Frauen in Äthiopien

Probleme der Gleichberechtigung in der Praxis der Agrarreform

– Landwirtschaftliche Produktion und geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in Äthiopien

Seit 1974 ist Äthiopien von der „feudalistischen" Herrschaft Haile Selassies und der Großgrundbesitzer befreit. In einer sehr radikalen Landreform wurde das gesamte landwirtschaftlich nutzbare Land zum kollektiven Eigentum des äthiopischen Volkes erklärt. Private aus- und inländische Unternehmen wurden verstaatlicht. Die bis dahin existierende Leibeigenschaft wurde zerstört und der Privatbesitz von Land ist vollständig verboten; Land darf weder verpachtet werden noch ist der Einsatz von bezahlten Landarbeitern erlaubt. Stattdessen werden kooperative Bauernzusammenschlüsse aufgebaut. Seit dem Umsturz wird Äthiopien von einer provisorischen Militärregierung regiert. Von den westlichen Industrieländern wird ihr der Vorwurf der Sowjetunionhörigkeit gemacht – die Einschätzungen im linken politischen Spektrum reichen von unkritischer Bejahung der äthiopischen Politik bis zur scharfen Verurteilung des brutalen Kriegs gegen die eritreischen Befreiungsbewegung und der Repression gegen Minderheiten im Inneren des Landes. Kämpfe in Eritrea und an der somalischen Grenze, das Flüchtlingselend, Hungerkatastrophen, Dürre und Spekulationen über den politischen und ökonomischen Einfluß der Sowjetunion und Kuba sind uns bekannte Schlagzeilen. Man erfährt jedoch wenig über die konkreten Lebensverhältnisse der Bevölkerung. Über die Lebens- und Arbeitssituation von äthiopischen Frauen wissen wir so gut wie gar nichts. (1) Wie leben diese Frauen seit dem revolutionären Umsturz? Wie sind sie von der revolutionären Umbildung betroffen? Welche Formen der Zusammenarbeit und des Zusammenschlusses haben sie entwickelt?

Seit der Revolution existieren auf dem Land Zusammenschlüsse von Bauern, den Peasant Associations. Jede Peasant Association umfaßt bis zu 800 ha Land und verschiedene Komittees für Produktion, Vermarktung, jurstische Angelegenheiten etc.), die eigene politische und administrative Entscheidungen treffen. Nach der Revolution wurde in diesen Peasant Association eine Neuverteilung oder Zuteilung von Land vorgenommen. Jede Familie darf seitdem höchstens 10 ha individuelles Land besitzen - Eigentümer ist jedoch die Peasant Association. Meistens wird ein Teil des Landes von allen Mitgliedern der Peasant Association gemeinsam bebaut, der Rest der Felder wird von den Bauernfamilien individuell kultiviert. Wir haben es also mit einer kombinierten Produktionsstruktur zu tun:

– vergesellschaftete Bebauung gemeinsamer Felder;
– individuelle Bebauung von privat verfügbaren Feldern.

In letzter Zeit werden verstärkt Bemühungen unternommen, die Peasant Association in Kooperativen zu überführen. Hierbei geht man allerdings sehr vorsichtig vor. Im Juni 1979 wurde eine politische Direktive verabschiedet, in der eine dreistufige Entwicklung der Kooperativen vorgesehen ist:

1. Stadium: privater Besitz an Arbeitsgerät, Pflügen und Tieren bleibt bestehen. Diese Produktionsmittel werden jedoch der Kooperative als anteiliges Kapital zur Verfügung gestellt und dementsprechend bezahlt. Jede Familie erhält 200 m^2 für Subsistenzanbau.
2. Stadium: private Produktionsmittel gehen vollstänidig in den Besitz der Kooperative über. Das individuelle Subsistenzland wird auf 100 m^2 beschränkt.
3. Stadium: Utopie einer sich selbstversorgenden Kommune. Dieses Ziel wird jedoch nicht in naher Zukunft angestrebt.

Im Augenblick gibt es im ganzen Land ca. 40 registrierte Produktionskooperativen, die sich im 1. Stadium befinden. Demnächst sollen weitere 130 registriert werden.

Mitgliedschaft und Mitarbeit von Frauen in kooperativen Zusammenschlüssen

Im Jahr 1975 gewährte die Landreformgesetzgebung den Frauen zum ersten Mal in der äthiopischen Geschichte eigene Landbesitz- und Bebauungsrechte (2), was für viele Frauen eine Alternative zu ihrer herkömmlichen, ausschließlichen Arbeit als landlose Händlerinnen bedeutete. Dennoch ist die Quote der registrierten weiblichen Mitglieder in den Peasant Association und Kooperativen immer noch sehr niedrig. (3) Als Grund wird immer wieder angegeben, daß nur Haushaltsvorstände registrierte Mitglieder werden können, d.h. nur Männer bzw. Witwen und geschiedene Frauen. Meines Wissens existiert jedoch solch eine Regelung nicht, im Gegenteil, es werden der Frau formal die gleichen Rechte zugesichert. Wenn es aber zur Registrierung der Mitglieder kommt, wird die Arbeitskraft des Mannes immer noch als die „wertvollere" angesehen, denn er beherrscht die Arbeit mit dem Pflug und bringt eventuell sogar einen Ochsenpflug in die Kooperative ein. So gibt „mann" der männlichen Arbeitskraft den Vorzug. Die Tatsache, daß Frauen nicht Vollmitglieder der genossenschaftlichen Bauernzusammenschlüsse sind, bedeutet jedoch nicht, daß sie keine Arbeit auf dem gemeinsamen Land verrichten. Zu Spitzenzeiten im landwirtschaftlichen Anbau, wenn die regulären männlichen Arbeitskräfte knapp sind, werden die Frauen als zusätzliche Saisonarbeitskräfte um Hilfe gebeten. Ehefrauen, manchmal auch Kinder, jäten dann Unkraut, bewässern kleine Gemüsepflänzlinge, arbeiten mit bei der Ernte oder auch beim Transport der Früchte zum Vorratsspeicher. Für diese Arbeit werden sie jedoch n i c h t bezahlt. Ihre Arbeitskraft wird als Beitrag zur Weiterentwicklung der Kooperative kostenlos mobilisiert.

Einige „weiterentwickelte" Peasant Associations und Kooperativen wenden bereits exaktere Methoden der Arbeitsbemessung an. Die individuelle Arbeitszeit und -leistung der Bauern wird mit Hilfe eines Punktesystems bewertet. „Harte" Arbeit, z.B. pflügen und „leichte" Arbeit wie Unkraut jäten werden unterschiedlich eingestuft.

Zwei „Klassen" von Arbeitskräften: Bezahlte Männerarbeit – un- oder schlechtbezahlte Frauenarbeit

Die Bauernzusammenschlüsse können sich nur entwickeln, wenn sie einen bestimmten Teil des gemeinsam erwirtschafteten Erlöses für erneute Investitionen und zur Realisierung der gesteckten Ziele einbehalten. Deshalb werden sämtliche Einnahmen aus dem Verkauf der Produkte in einem Fonds gespart. Der größte Teil dieses Fonds wird für die Bezahlung der Mitglieder benötigt.

Im Durchschnitt werden 70 % des Fonds für Lohnkosten verwandt, 22 % für Investitionen (Saatgut, Dünger, chemische Unkrautvertilger, Wasserpumpen, Gebäude, Maschi-

nen), 7,5 % Reserven und 0,5 % Prämien (nach eigenen Berechnungen). Es gibt auch noch Bauernvereinigungen, die ihre Mitglieder in Naturalien entgelten. Mit zunehmender Marktintegration verallgemeinert sich die Entlohnung in Geldform.
Hinzuziehung von unbezahlter Familienarbeitskraft bedeutet deshalb eine Einsparung von Lohnkosten, die den Akkumulationsfonds der Kooperativen vergrößert und somit ihrer Entwicklung zugute kommt. Zudem kann durch den Einsatz dieses Arbeitskräftereservoirs die zu Spitzenzeiten anfallende Arbeitskräfteknappheit sehr flexibel bewältigt werden.
Es ist sicherlich nichts dagegen einzuwenden, daß die Bauernzusammenschlüsse einen Teil des produzierenden Mehrwerts einbehalten. Die Bauern sind Eigentümer des Landes und der Produktionsmittel, sie werden nicht mehr durch Großgrundbesitzer ausgebeutet; der fortschreitende Aufbau der Kooperativen geschieht im allgemeinen in ihrem Interesse. Aber muß die Niedrighaltung von Lohnkosten zwangsläufig zu einer Spaltung der Arbeitskräfte in bezahlte männliche und unbezahlte weibliche Arbeitskräfte, die nur saisonal zur Mitarbeit herangezogen werden, ansonsten aber auf Arbeit außerhalb der Kooperative verwiesen werden, führen?
Aber selbst dann, wenn Frauen registrierte Mitglieder sind, werden sie nicht als vollwertige Arbeitskräfte behandelt. Denn das an individueller Arbeitszeit und -leistung ausgerichtete Bemessungssystem spaltet alle Mitglieder der Zusammenschlüsse in zwei Klassen von Arbeitskräften: den Bauern, der auch „harte Arbeit" mit dem Pflug verrichten kann und die Bäuerin, die nur „leichte" schlechtbezahlte Arbeit mit kleinem Handgerät ausführen kann. Den Pflug zu besitzen, zu wissen, wie „mann" mit ihm arbeitet, ihn unter seiner Verfügungsgewalt zu haben, bedeutet gleichzeitig zur privilegierten, besser bezahlten Hälfte der Arbeitskräfte zu gehören. Indem Frauen vom Umgang mit diesem Arbeitsgerät ausgeschlossen werden, werden sie trotz kooperativer und sozialistischer Arbeitsverhältnisse diskriminiert. Der den Männern reservierte Ochsenpflug wird so zu einem Herrschaftsinstrument das die geschlechtsspezifische Verteilung und Bewertung von Arbeiten „reguliert".
Einige Kooperativen haben allerdings die Bewertung der (ehemals unbezahlten) zusätzlich zu Spitzenzeiten hinzugezogenen Familienarbeitskraft eingeführt. Sie wird ebenso mit Punkten bewertet und auch entgolten – jedoch nicht der Frau ausgezahlt, sondern dem Punktekonto des Mannes gutgeschrieben und ihm entgolten. Man könnte meinen, damit sei die Ausbeutung dieser saisonalen Frauenarbeit abgeschafft. Aus der Sicht der Kooperative wird die kostenlose Einverleibung unbezahlter Frauen- und Kinderarbeit beseitigt. Vom Standpunkt der Frauen findet jedoch nur eine Verschiebung der Verfügungsgewalt über den ihnen zustehenden Lohn, statt: vom Akkumulationsfonds der Kooperativen hin zum „Privatkonto" des Mannes. Meistens wird argumentiert, daß der gesamte Arbeitserlös sowieso in eine Familie fließt, und deshalb auch die Frau indirekt über den von ihr erwirtschafteten Lohn verfügen kann. Die Familie ist jedoch auch in Äthiopien keine neutrale „Zelle" der Gesellschaft, in der Besitz, Einkommen und macht gleichmäßig unter alle Mitglieder verteilt wird. Deshalb muß auch in diesem Fall bezweifelt werden, daß die Frauen tatsächlich die gleiche Verfügungsmöglichkeit wie die Männer über dieses Einkommen besitzen.

Warum wird die Frau nicht direkt für ihre Mitarbeit bezahlt? Wird nicht durch die Mobilisierung von unbezahlter Frauenarbeit die sozialistische Weiterentwicklung auf Kosten der Frauen betrieben? Und bewirkt nicht die Verschleierung der innerhalb der Familie herrschenden Ungleichheit und Unterdrückung sogar eine Stärkung der männlichen Privilegien anstatt ihrer Zerstörung?
Es soll hier keineswegs darum gehen, „westliche Emanzipationsvorstellungen" auf die äthiopischen Frauen zu übertragen oder afrikanische Kultur und Tradition zu zerstören (Vielmehr müssen auch in dieser Kultur und Tradition die patriarchalischen Herrschaftsstrukturen erkannt werden.) Aber es wird deutlich, daß sozialistische Entwicklungen nicht per se Beendigung der Diskriminierung von Frauen bedeutet, im Gegenteil: von der kooperativen „Weiterentwicklung" scheinen in erster Linie die Männer zu profitieren.



Frauenarbeit - Männerarbeit

Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in Anbau und Vermarktung

Neben der vergesellschafteten Bebauung der gemeinsamen Felder in den Bauernzusammenschlüssen bearbeitet jede Familie ihr individuelles Stück Land. Während in den Kooperativen die Größe des für den Subsistenzanbau bestimmten Landes exakt festgelegt ist (2000 m^2/1000m^2), kann die erlaubte Ausdehnung dieses Landstücks in den Peasant Associations bis zu 10 ha betragen. Die meisten Mitgliedsfamilien in den Peasant Associations besitzen jedoch durchschnittlich 1 - 2 ha, deren Bebauung hier noch die Lebensgrundlage der Familie darstellt. Während der Bauer dieses Land schon mit der Intention der späteren Vermarktung der Früchte kultiviert, baut die Bäuerin eher Gemüse zur täglichen Versorgung der Familie an. Die Arbeit des Mannes auf diesem Stück Land scheint „geschäftsmäßiger" organisiert zu sein: geregelter Einsatz seinner Arbeitskraft, geregeltere Vermarktung, eventuell geplante Neuinvestitionen des Erlöses oder auch bewußter Einsatz von Bewässerungsmöglichkeiten. Dagegen ist die Arbeit der Frauen auf diesem Land nicht so exakt festgelegt, sondern mehr der täglichen Hausarbeit und den Ernährungsbedürfnissen der Familie angepaßt.
Im gegenwärtigen Entwicklungsstadium der Peasant Associations besitzt die Bebauung des individuellen Lande noch eine umfassende Bedeutung: sie stellt die Hauptnahrungs- und Einnahmequelle der Familie dar. Obwohl Bauer und Bäuerin dieses Land gemeinsam bestellen,

ist die Trennung zwischen Männer- und Frauenarbeit deutlich sichtbar.
– der Bauer hat Zugang zu besserer „Technologie" (Pflug, Transportesel oder Pferd), vermarktet qualitativ gute Früchte in großen Mengen und erzielt einen dementsprechend hohen Erlös. Dieser wird für größere, außergewöhnlichere Ausgaben unter seiner Obhut gespart.
– Die Bäuerin trägt die Sorge um die Reproduktion der Familie durch eigene Verarbeitung der kleinen, nicht verkaufbaren Gemüse. Zusätzlich vermarktet sie Teile dieses Gemüses unter sehr arbeits- und zeitintensiven Bedingungen und erzielt nur einen extrem niedrigen Erlös. Aber so gering ihr Einkommen auch sein mag, sie muß damit die täglich notwendigen Lebensmitteleinkäufe bezahlen. Sie sichert sowohl durch Anbau und Verarbeitung agrarischer Produkte als auch durch Kleinverkäufe die grundlegende und beständige Nahrungsmittelversorgung der Familie. Im allgemeinen kann aus einer existierenden Arbeitsteilung zwichen Männern und Frauen noch nicht gefolgert werden, daß ein Ausbeutungsverhältnis vorliegt. Aber hier wird deutlich, daß die Frau auf schlechtbezahlte Arbeiten festgelegt wird. Wie wird sich diese geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und -bewertung im Laufe der Weiterentwicklung der kooperativen Zusammenschlüsse verändern? Diese Entwicklung muß im Zusammenhang mit der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation in Äthiopien gesehen werden.



Kartoffelverkäuferin

Ziele der landwirtschaftlichen Entwicklung

Äthiopien befindet sich im Augenblick in der „4. revolutionären Phase" Sie ist gekennzeichnet durch Bestrebungen, die kommunistische Partei aufzubauen und durch eine landwirtschaftliche Entwicklungsstrategie, die bei uns als „grüne Zemecha" bekannt ist. Im Rahmen dieser „National Revolutionary Development Campaign" werden für das laufende Jahrzehnt folgende Ziele definiert:
– Förderung und Diversifizierung der Exporte;
– Verdoppekung der Kaffeeanbaugebiete;
– Ausdehnung der Viehzucht, der Zuckerrohrverarbeitung und des Gemüse- und Früchteanbaus;
– Substitution der Nahrungsmittelimporte.
Die Abhängigkeit von sowjetischen Kriegsmateriallieferungen und die Verschuldung zwingen Äthiopien durch verstärkten Export von Marktfrüchten, die nötigen Deviseneinnahmen zu erzielen. 80 – 90 % der Deviseneinnahmen enfallen auf die Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte, unter denen Kaffee einen Anteil von 60 – 75 % ausmacht. (4) Planziel für das Finanzjahr 80/81 sind die extrem hoch angesetzten Exporteinnahmen von ca. 1 Milliarde DM (5). Für 1979/80 wird eine Steigerung des Exportvolumens um 42,5 % angestrebt, wovon die Hälfte durch Kaffeeexporte erreicht werden soll. (6)
Diese stark auf den Export ausgerichteten Entwicklungsziele sollen durch extensive Ausdehnung der Staatsfarmen erreicht werden. Gleichzeitig finden sie ihren Niederschlag in den Richtlinien zur Entwicklung der Kooperativen, die in zunehmendem Maße in die Produktion für den Markt einbezogen werden.

„Weiterentwicklung" der Kooperativen: Vom Bauern zum Genossenschaftsbauern – von der Bäuerin zur Hausfrau?

Wie entwickelt sich solch eine Kooperative? Wie werden Frauen in diese Entwicklung „integriert"? Wird die die Frauen diskriminierende Arbeitsteilung abgeschafft und ihnen der Zugang zu **allen** Arbeiten und jedem Arbeitsgerät ermöglicht? Wird ihre Arbeitskraft damit in **allen** Arbeitsbereichen als vollwertige angesehen und mit entsprechender Entlohnung honoriert?
Eine der 32 Musterkooperativen des Landes existiert seit einem Jahr. Sie wurde von 49 Mitgliedern aufgrund von Agitation und Direktiven von oben gegründet. Seitdem hat sie eine rapide ökonomische Entwicklung durchgemacht: Heute sind 424 Bauern und 83 Witwen und geschiedene Frauen Mitglied. Bereits nach der ersten Ernte konnten sie den aufgenommenen Kredit von 32 000 DM vollständig zurückzahlen. Aus Hauptprodukt bauen sie 244 ha Kaffee an, weiterhin werden Mais (52 ha), Tef (7) (8 ha), Orangen (5 ha) und als Grundnahrungsmittel die „falsche Banane" (5 ha) angebaut. Die Kooperative besitzt einen elektrischen Generator, Kaffee- und Getreidespeicher, Gebiet für ein neues Ansiedlungsvorhaben, ein Tierzuchtprogramm und eine Hühner- und Bienenzucht.
Die Entlohnung der Mitglieder erfolgt gemäß individueller Leistung, man benutzt sogar ein Belohnungssystem als leistungssteigernden Anreiz. Dieses leistungsbezogene Entlohnungsverfahren abstrahiert von der Größe der Familien und deren Bedürfnissen. Dadurch wird es wahrscheinlich eine zunehmende Auflösung der Großfamilienstruktur bewirken und die Entstehung von Kleinfamilien verursachen. Die Kooperative betont, daß sie keine zusätzlichen Familienarbeitskräfte heranzieht – die Frauen hätten genug mit der Bebauung des individuellen Stück Land zu tun.
– Im Gegensatz zu den „noch nicht so weit entwickelten" Peasant Associations erfordert die Landbebauung in der Kooperative den **vollständigen** Arbeitskrafteinsatz der Bauern. Sie arbeiten mindestens fünf volle Tage pro Woche auf dem kooperativen Land und erhalten dafür eine relativ stabile Lohnbeteilung am Verkaufserlös. Der durch kooperative Arbeit verdiente Lohn wird zur monetären Haupteinkommensquelle des Haushalts.
– Das individuelle Land verliert seine Bedeutung als Haupteinnahmequelle der Familie. In seiner Begrenzung auf 2000 m^2 oder 1000 m^2 besitzt es nur noch die Funktion eines „Subsistenzgärtchens". Die Bestellung und Ernte dieses kleinen Landes fällt zunehmend in den Verantwortungsbereich der Bäuerinnen. Sie verarbeiten die agrarischen Produkte im Haushalt oder erzielen einen „marginalen" Erlös durch deren Verkauf.
Als Tendenz ist also eine striktere Trennung der Arbeitsbereiche von Männern und Frauen zu beobachten. Während

der Bauer von der individuellen Bearbeitung seines Landes zur kollektiven landwirtschaftlichen Arbeit übergeht, arbeitet die Bäuerin zunehmend im engeren Bereich des Hauses. Ihre Arbeitskraft gewinnt an Bedeutung bei der individuellen Bebauung des Subsistenzlandes, aber anstatt zur vollwertigen Produzentin in den Kooperativen zu werden, wird sie zur „Hausfrau", die auf die Arbeit im Haus und „um das Haus" (Subsistenzgärtchen) festgelegt ist.
Warum setzt sich diese Entwicklung, die den proklamierten sozialistischen Zielen der Befreiung der Frau widerspricht, so offensichtlich durch? Auch die äthiopische Gesellschaft scheint auf die Festlegung der Bäuerinnen auf bestimmte typische Frauenarbeiten angewiesen zu sein. Nicht nur der Lohnverdienst des Mannes, sondern gerade die kontinuierliche Bebauung des kleinen Subsistenzlandes und die tägliche Hausarbeit sichern das ununterbrochene Überleben der Familienmitglieder. Mehr noch: indem diese Frauenarbeit kostenlos die tägliche Widerherstellung der Arbeitskraft der Kooperativenbauern ermöglicht (z.B. durch den Anbau eigener Nahrungsmittel), können auf Seiten der Kooperative Lohnkosten eingespart werden, die den Mitgliedern und ihren Familien eigentlich für die notwendige Ernährung bezahlt werden müßten.

Frauen wehren sich gegen ihre Verdrängung vom kooperativen Land

Die Verdrängung von Frauen vom kooperativen Land erlebte ich in Addis Abeba. Dieses ist sicherlich kein typisches Beispiel denn die Abdrängung von Frauen aus „öffentlichen" Arbeitsbereichen verläuft normalerweise viel „unauffälliger". Hinzu kommt, daß in diesem Fall die Kooperative von einem korrupten und eigennützigen Vorsitzenden beherrscht wurde. Dieses Beispiel zeigt, daß Frauen der Herausdrängung aus sogenannter „produktiver" Tätigkeit nicht stumm und hilflos gegenüberstehen.
Betroffen sind 30 Frauen deren Land nach der Revolution in eine Kooperative integriert wurde. Die ersten Jahre bauten sie Gemüse zum Eigenkonsum und zur Vermarktung an. Auf dem Markt in Addis konnten sie gute Preise erzielen. Ihre Ehemänner arbeiten als Lohnarbeiter in der Stadt und verdienen 80,– DM monatlich. Dieses reicht aber nicht für den Unterhalt der gesamten Familie. Die Tatsache, daß der Mann ein stabiles Lohneinkommen besitzt, war der Grund für die Vertreibung dieser Frauen vom Land. Ihr Lebensunterhalt sei durch den Verdienst der Männer gesichert; sie könnten auf den „Zuverdienst" durch die Landbebauung verzichten. Die Frauen leisteten Widerstand indem sie das Land weiterbestellten. Die Angriffe gegen sie wurden zunehmend massiver; der Vorsitzende hetzte die übrigen Kooperativenmitglieder durch Erpressung und Intrigen gegen sie auf. Z.B. wurde ihnen kein Gemüse mehr abgekauft, und letztendlich wurden sie gewaltsam mit Forken vom Land vertrieben. Bis heute nehmen sie die entstandene Verschlechterung ihrer Familienversorgung mit Gemüse und die Beraubung einer eigenen Einkommensquelle nicht hin. Sie versuchen auf juristischem Weg ihr Recht auf Bebauung des Landes einzuklagen.

Dieser Frauenkampf hat sich spontan an der konkreten Betroffenheit der Frauen entzündet. Ihr Widerstand bewegt sich nicht im Rahmen einer festgefügten Organisation, sondern besitzt eher den Charakter eines lebensnotwendigen Selbsthilfezusammenschlusses.

Der institutionalisierte und auf allen Ebenen etablierte Frauenzusammenschluß ist die „Womens Association". Welche Möglichkeiten gibt es innerhalb dieser Organisation Fraueninteressen zu artikulieren und durchzusetzen?

Womens Assiciation: Frauenkampf in Äthiopien

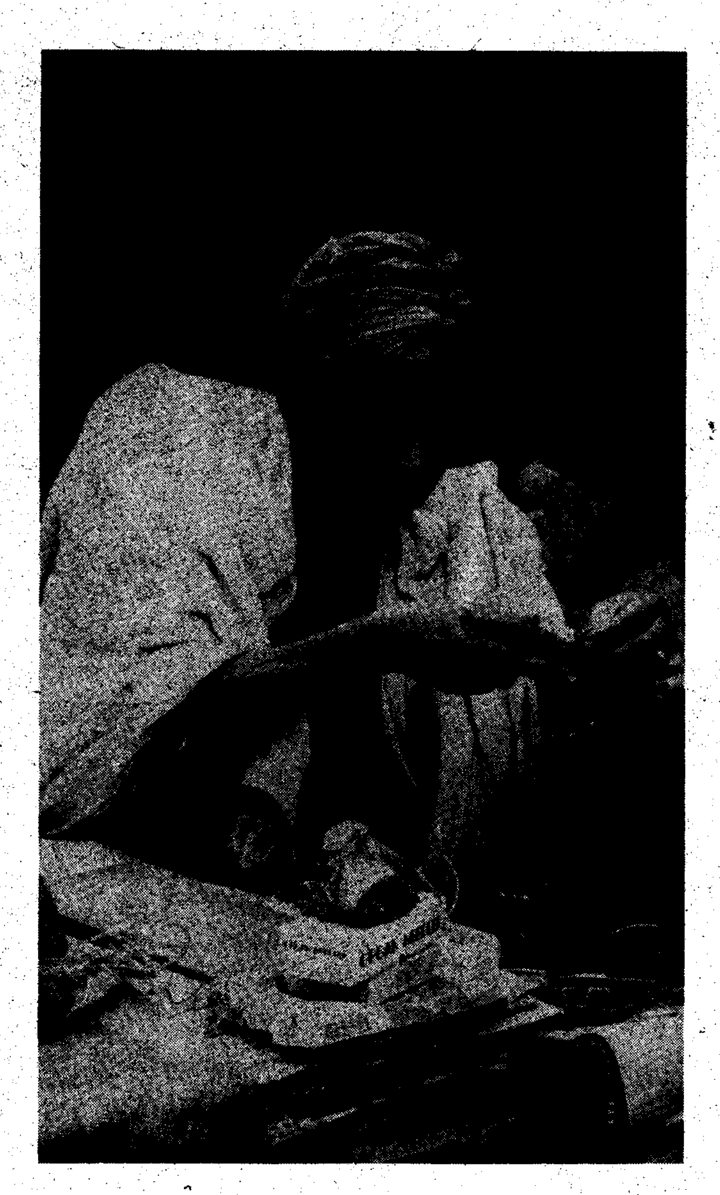
Die „Womens Association" wurde kurz nach der Revolution gegründet. Während der „Zemecha"-bewegung, in der die Studenten aufs Land gingen und den Bauern beim Aufbau von Zusammenschlüssen halfen, kümmerten sich einige Studentinnen besonders um die Organisierung der Landfrauen. In der Erkenntnis, daß Frauen einer besonderen Unterdrückung unterliegen, deren Aufhebung in der sozialistischen Entwicklung spezielle Aufmerksamkeit geschenkt werden muß, wurden parallel zur Organisation der Bauern in „Peasant Associations" eine eigene Frauenorganisation gegründet. Konkret hatte sich damals zudem gezeigt, daß die Peasant Associations stark von Männern dominiert waren; die Bäuerinnen konnten kaum an Diskussionen und Entscheidungsprozessen teilnehmen. Die auf diese Weise entstandene Frauenorganisation besitzt zwar einen eigenen unabhängigen organisatorischen Aufbau, ist jedoch in ländlichen Gebieten der Peasant Association und in der Stadt der „Kebele" (8) untergeordnet. Heute gibt es über das ganze Land verteilt je 800 ha sowohl eine Peasant Association als auch eine Womens Association. Ebenso existiert in allen städtischen „Kebeles" dieser Frauenzusammenschluß. Einige treffen sich 1–2mal monatlich, andere 1–2mal wöchentlich. Die Mitgliederinnenstärke ist abhängig von der Besiedlungsdichte. Ich habe Women's Associations mit 150 Frauen aber auch mit über 500 Frauen angetroffen. Auch die Bedingungen der Mitgliedschaft sind unterschiedlich – einige



Hausarbeit: Herstellung der „Injera" - Fladen

lassen nur verheiratete Frauen zu, andere alle Frauen über 15 bzw. 18 Jahren. Die Mitgliedsbeträge sind auf dem Land niedrig: zwischen 10–25 Pfg., in der Stadt 50 Pfg. Es existieren verschiedene Kommittees; eine Frau wird zur Vorsitzenden gewählt.
Insgesamt haben wir es also mit einer auf allen Ebenen stark durchorganisierten Frauenorganisation zu tun, die weniger aus Basisbewegungen von Frauen entstanden ist, sondern von oben institutionalisiert wurde. Augenblicklich soll im Zuge des Aufbaus der Kommunistischen Partei auch die nationale Dachorganisation REWA (Revolutionary Ethiopian Women's Association) ins Leben gerufen werden.
Meinen ersten Kontakt zu einer Womens Association bekam ich, als wir die Versammlung einer Peasant Association besuchten. Erstaunlicherweise waren nur Bauern versammelt, die Bäuerinnen fehlten. Als wir nach ihnen fragten, ließ man sie rufen. Plötzlich kamen 30 Frauen, eine nach der anderen, gekleidet in ihren traditionellen weißen Gewändern,

und setzten sich ein wenig abseits zu unserer Diskussionsrunde. Sie sagten, sie seien gerade mit Hausarbeit beschäftigt gewesen und hätten deshalb nicht kommen können.
Auf meine Frage nach den Ursachen, die den Aufbau dieser Womens Association ausgelöst haben, bekomme ich immer wieder die gleiche Antwort: „Die Ideen der Revolution wurden durch Studenten zu uns gebracht. Wir wurden aufgeklärt, daß wir als Frauen doppelt unterdrückt wurden – vom Feudalherren und von unseren Männern." Mußte den Frauen ihre eigene Unterdrückung erst „bewußt gemacht" werden? Keine der Frauen berichtet von Problemen oder Konflikten, die ihnen damals „unter den Nägeln brannten", die sie als Frauen diskutiert und vielleicht auch gemeinsam bekämpft haben. War die feudalistische Unterdrückung – der Zwang Steuern und Abgaben zu entrichten – so stark, daß ihre Frauenprobleme dahinter zurückstanden?
Die Frauen erzählen von ihren gemeinsamen Aktivitäten in der Womens Association: Sie verspinnen gekaufte Rohbaumwolle zu Baumwollgarn, liefern dieses einem Weber – weben ist dem Mann vorbehalten – der gegen Entlohnung weiße Tücher herstellt. Sie verarbeiten dieses Tuchmaterial weiter zu den traditionellen Gewändern „gabi" und „natela". Diese großen Umschlagtücher und Kleider verkaufen sie entweder untereinander oder in einem eigenen Laden der Womens Association. Der Erlös dieser Verkäufe wird ausschließlich in einem gemeinsamen Fonds gespart. Hiervon kaufen die Frauen neue Rohmaterialien, unterstützen alte und kranke Frauen und finanzieren bestimmte Ziele, die sie sich in der Association gesetzt haben. Diese Womens Association hat sich bisher von diesen Einnahmen eine eigene Kornmühle angeschafft, die die Frauen von den beschwerlichen Tagesmärschen zur Getreidemühle entlastet.
Andere Womens Associations bebauen gemeinsam ein kleines, 1–3 ha großes Stück Land. Sie pflanzen in erster Linie Gemüse an. Die meisten von ihnen sind erfahren im Gemüseanbau, denn sie arbeiten auch auf dem kleinen Stück eigenen Subsistenzland, das jeder Bauernfamilie als Mitglied der Peasant Association zusteht. Auf ihrem W.A. Land führen sie alle Arbeitsschritte mit kleinem Handgerät aus – nur für das Pflügen sind sie auf den Ochsenpflug und einen Mann, der ihn bedient, angewiesen. Sie erzählen, es sei nicht die körperliche Anstrengung, die sie davon abhält, selber zu pflügen. Sie müssen ja auch riesige Holzbündel schleppen, die kein Mann tragen würde und die außer von Frauen nur noch von Eseln getragen werden. Vielmehr wüßten sie nicht, wie man den Ochsenpflug lenkt – keiner hat es ihnen jemals gezeigt. So blieb der Pflug das Machtinstrument der Männer.
Nach der Ernte verkaufen die Frauen das Gemüse entweder direkt vom Feld oder auf dem nächsten Markt. Diese Frauen müssen selbst als Mitglieder das gemeinsam angebaute Gemüse kaufen. Sie bezahlen jedoch einen reduzierten Preis. Die Womens Association und auch die bäuerlichen, kooperativen Zusammenschlüsse versorgen sich nicht selber durch Verteilung der Ernteerlöse oder der hergestellten Produkte, sondern funktionieren als ökonomische Kreisläufe, die ausschließlich auf den Verkauf der Produkte ausgerichtet sind. Auf diese Weise beschaffen sich die Womens Association und die anderen Zusammenschlüsse Geldeinkommen, das sie für erneute Investitionen, in erster Linie Saatgut und Dünger, benötigen.
Gerade in kleineren Städten, in denen sich städtische, nicht bäuerliche Familien herausgebildet haben, fordern einige Womens Associations ein eigenes, kleines Stück Land, teilweise gegen den Widerstand der Männer. Andere bebauen es bereits erfolgreich. Die Vermarktung der Ernteerträge ist eine lukrative Einkommensquelle für die W.A. als ökonomische Einheit. Sie bedeutet aber gleichzeitig auf persönlicher Ebene für die Frauen der verbilligte Zugang zu Gemüse. Da sie in den städtischen Gebieten selten eigenes Land bebauen können, müssen sie Gemüse zu teuren Marktpreisen kaufen. So ist dieser gemeinsame Anbau sicherlich auch eine Form der Selbsthilfe.



Eine Frau verkauft

Eine andere, vor allem in Städten verbreitete Aktivität der Womens Association ist der Verkauf von Gewürzen. Pfeffer wird getrocknet und gemahlen, oder Gewürze, Bohnen, Bohnenmehl, Weizengries u.a. werden auf dem Markt gekauft und von den Frauen während ihrer Treffen verpackt. Im fraueneigenen Laden verkaufen sie oftmals zusätzlich Injera – das Grundnahrungsmittel – und Tee. Vor allem in der Hauptstadt Addis Abeba versuchen einige Womens Association u.a. durch solche Aktivitäten auch das Problem der Prostitution zu mildern. Zwar soll ihr Ausmaß seit der Revolution zurückgegangen sein, doch wird bei einer Gesamtbevölkerung von 1 Million die Zahl der Prostituierten immer noch auf 90 000 geschätzt (9). In einigen Straßen sieht „mann" die Frauen Tür an Tür in ihren Häusern stehen, andere betreiben einen kleinen Getränkeverkauf und prostituieren sich gleichzeitig. Fehlende ökonomische Alternativen zwingen die Frauen trotz dieser enormen Konkurrenz um potentielle Kunden, sich täglich weiter zu prostituieren.

Die organisatorische Struktur der Womens Association läßt sich optimal zur Durchführung entwicklungspolitischer Maßnahmen einsetzen, z.B. für die Alphabetisierungskampagne, die im gesamten Land auch ganz bewußt die Frauen anspricht. Eine andere Form der organisierten Ausbildung von Frauen ist die Beratung durch landwirtschaftliche Haushaltsberaterinnen. Sie unterrichten Frauen in Ernährung, Hygiene, Kindererziehung und im agrarischen Anbau der Subsistenzgärtchen. Problematisch ist die verstärkte Festlegung der Frauen auf ihren „Hausarbeitsbereich", die durch solch eine Art der Beratung stattfindet. Andererseits werden allein schon durch diese Schulungskurse Konflikte zwischen Frauen und ihren Ehemännern ausgelöst. Einige Männer weigern sich ihre Frauen für dieses Trainingsprogramm aus dem Haus zu lassen. Dieser Konflikt trat in der gleichen Form während der Aufbauphase der Women's Assiciations auf. Die Männer fürchten durch diesen neu entstehenden kleinen Freiraum der Frauen die Kontrolle über sie zu verlieren. In einigen Fällen eskaliert diese Auseinandersetzung so weit, daß die Frauen von ihren Männern geschlagen werden. Ein altes äthiopisches Sprichwort besagt: „Frauen und Esel brauchen den Stock". Dieses läßt erahnen wie brutal Frauen behandelt wurden. Heute berichten viele Frauen, daß sie nicht mehr ohne weiteres geschlagen werden können. Die Women's Associations bedeuten für sie ein Schutz vor männlicher Gewalt. In diesen Gruppen können sie über das Problem diskutieren, gemeinsam nach Lösungen suchen und zur Selbsthilfe greifen. Ein bewährtes Vorgehen ist gemeinsam den Mann aufzusuchen, ihn zur Rede zu stellen und ihn öffentlich vor dem Bauernzusammenschluß anzuklagen. Diese Erfahrung ihrer gemeinsamen Stärke drücken einige Frauen so aus: „Was auch immer kommen mag, die Women's Association lassen wir uns nicht mehr nehmen."

Carola Jacobi



ANMERKUNGEN

(1) Die Ausnahme bildet ein Arbeitspapier von Asfaw Netsanet, vorgetragen auf der Konferenz „Frauen in Afrika" im Oktober 1977 in Bonn, veröffentlicht in epd-Entwicklungspolitik 1/2/78. Es berichtet von Beschneidung, Hochzeitsriten und Eheleben äthiopischer Frauen.

(2) Dieses führte interessanterweise u.a. dazu, daß kurz nach der Revolution die Scheidungsquote anstieg. Der Grund war nicht nur das neu eingeführte Scheidungsrecht, sondern die echte Alternative zur „Zwangsehe", die sich den Frauen durch Erzielung eines eigenen Einkommens aus dieser Landbebauung eröffnete.

(3) (In den von uns untersuchten Gebieten bewegt sich der Frauenanteil zwischen 1–2%. Die Ausnahme bildeten einige sehr kleine, neugegründete Kooperativen, die noch nicht so stark auf die Vermarktung ausgerichtet waren. Hier waren s.B. die Hälfte der 60 Mitglieder Frauen).

(4) Alle Zahlenangaben aus: Blick durch die Wirtschaft, Faz 26. 2. 80 und The Guardian 27. 8. 80.

(5) Zum Vergleich: 1977 wurden Exporteinnamen in Höhe von ca. 600 Millionen DM erzielt.

(6) Zum Vergleich: 78/79 angebliche Steigerung des Exportvolumens: 57,7%; 72/73 angebliche Steigerung des Exportvolumens 29,3%.

(7) Hirseähnliches Getreide, das nur in Äthiopien wächst. Es stellt das grundlegende Getreide für die Zubereitung des „Injera"-fladens dar.

(8) Kebele: nachbarschaftlicher, politischer und administrativer Zusammenschluß, der bis zu 500 Haushalte umfassen kann. Jede Kebele besitzt eine eigene Gerichtsbarkeit, Sicherheitseinrichtungen, verschiedene Kommittees, eine Womens Association und einen oder mehrere kooperative Läden.

(9) vgl. Netsanet, Asfaw.

Da fährt er nun wieder
als Berichterstatter
zum ‚Jahrestag der Revolution' im September
nach Äthiopien.

Seine Legitimation:
die persönliche Einladung einer revolutionären Regierung.
Im Reisegepäck:
sein Bekenntnis zum Anti-Imperialismus.

Addis Abeba, so der Name der Hauptstadt
erstrahlt
im fahlen Glanze künstlicher Ruhe.
Den Zweiflern und Andersdenkenden
hat man
unbegrenztes Gastrecht
in den zahlreichen Gefängnisherbergen
gewährt.

Wohlvorbereitet
daß man
auf dem Lande ohnehin nicht
für seine Sicherheit garantieren könne,
da das Volk
verdorben sei
von kleingeistigem Nationalismus
beschränkt er sich
aufatmend
auf offizielle Darbietungen,
die seiner Grundhaltung
ihre Richtigkeit bescheinigen.

Zurückgekehrt
aus den Umarmungen der Revolution
verlangen Fragende
Auskunft über:
‚Die Anzahl politischer Gefangener?'
‚Die Höhe sowjetischer Militärunterstützung und
westlicher Wirtschaftshilfe?'
‚Demokratisierung der Macht – wo?'
‚Der nationale Widerstand – wie stark?'

Irritiert
von solcher Ignoranz
gegenüber revolutionären Prozessen
beginnt er
stotternd zunächst . . .
„Die Militärparaden, gewaltig . . ."
„. . . Jubelchöre auf den Straßen . . ."
„Die Regierungserklärung . . .
von überragender Bedeutung . . ."

bis er seine Fassung wiedergewonnen hat: „ES GESCHIEHT ALLES IM INTERESSE DES ANTI-IMPERIALISTISCHEN KAMPFES"

Lisa Sendker

CHILE

Die Diktatur institutionalisiert ihren Terror



Die Militärdiktatur feiert das achte Jahr ihrer Terrorherrschaft, indem sie die Folter und das Verbrechen institutionalisiert.

General Augusto Pinochet umgibt sich mit kaiserlichem Pomp und zieht mit großem Propagandaaufwand in die restaurierte „Moneda" um, den Präsidentenpalast, den er am Tag des Militärputsches durch Bomben zerstören ließ. Mit diesem Umzug und dem Inkrafttreten einer neuen Verfassung beginnt eine zweite Etappe der Militärdiktatur, in de Pinochet sich die Macht nicht mehr mit den drei anderen Mitgliedern der Junta teilen muß. Als Repräsentant des Militärs und der Monopolbourgeoisie vereinigt er nun alle Macht auf sich. In dieser sogenannten „Übergangsetappe", die etwas mehr als acht Jahre dauern soll, soll der Staatsapparat so umorganisiert werden, daß die Herrschaft der großen Kapitalgruppen gesichert bleibt, die mit dem Imperialismus verbunden sind und die das Militär als williges Werkzeug für ihre Ziele einsetzen können. Dabei soll der Anschein erweckt werden, daß eine verfassungsmäßige Regierung geschaffen wird, die nicht auf dem Rücken des chilenischen Volkes regiert; diesem Zweck dient die am 11.3. 81 in Kraft getretene Verfassung.

Die von der Diktatur in dieser „Übergangsperiode" bisher ergriffenen Maßnahmen sind die Privatisierung des Erziehungswesens, des Gesundheitswesens und der sozialen Sicherung. Die Post soll ebenfalls privatisiert werden.

Die Machtbefugnisse, die der Verfassungsartikel 24 der Diktatur gewährt, sind der vorläufige Höhepunkt des Vorgehens gegen die revolutionären Kräfte und die demokratischen Rechte. Die Monopolbourgeoisie hofft damit eine Politik der Gewalt durchsetzen zu können, die jede wirkliche Äußerung von anderen Ansichten unmöglich macht.

Der Niedergang der antinationalen Wirtschaftspolitik

Das Wirtschaftsmodell, aufgrund dessen die Diktatur des Monopolkapitals sich aufrecht erhält, zeigt Zeichen des Verfalls. Das geht sogar aus offiziellen Zahlen hervor. Der Wirtschaftliche Rückgang scheint unaufhaltbar. Die Rezession in den kapitalistischen Industrieländern hat auf der anderen Seite die Hauptstütze des chilenischen Wirtschaftssystems, den Export und damit das BSP erheblich beeinträchtigt. Die Ausfuhr der Forstwirtschaft ging im ersten Halbjahr um 20 Prozent zurück, davon die eigentlichen Holzausfuhren um 40 – 50 %. Den Obstexporteuren sperrten Japan und Brasilien ihre Märkte für Weintrauben und die EG für Äpfel. Der Kupferpreis blieb weit unter den 85 Cents pro Pfund, die im Haushaltsplan veranschlagt waren. Das Leistungsbilanzdefizit stieg 1981 weiter, auf 1,8 Mrd. US-$ durch den Exportrückgang und den Gewinntransfer ins Ausland. Ebenfalls stiegen die Zinsen und die für Rückerstattung der Auslandsschulden geleisteten Zahlungen. 50 % der Exporterlöse müssen für den laufenden Schuldendienst aufgewandt werden. Auch auf dem Finanzsektor gibt es Symptome einer fallenden Profitrate. Die Kapitalerträge und die Reserven der Banken fielen 1979 um 13,53 %, 1980 um 12,3 %. Drei wirtschaftliche Gruppen verleiben sich in einer langsamen Entwicklung in Richtung auf eine absolute Monopolstellung den Hauptteil des angehäuften Kapitals ein (Der Cruzat Larrain Konzern, der Edwards-Konzern sowie der von Javier Vial Castillo geleitete Konzern.)
Insgesamt 10 Konzerne haben praktisch die Kontrolle über die gesamte Wirtschaft und die Finanzen an sich gerissen, und beschneiden so die Entwicklungsmöglichkeiten für andere nationale Unternehmen, die, soweit sie den Zusammenbruch vermeiden konnten, in den letzten drei Jahren sinkende Wachstumsraten aufwiesen.
Die 4,5 Mrd. Dollar, die die Diktatur zwischen 1973 und 1979 an Krediten erhalten hat, wurden fast vollständig für Finanzgeschäfte aufgebraucht. Die Auslandsverschuldung hat gefährliche Grenzen erreicht, wobei die Zinszahlungen von 94 Mio Dollar 1974 auf 600 Mio Dollar 1979 anstiegen. So trägt die Verschuldung nicht zur Entwicklung des Landes bei, sondern ist zum Spielzeug der Bankiers geworden. Nach dem Zusammenbruch des CRAV-Konzerns im Frühjahr, eines der größten Konzerne Chiles, ließ der Zustrom von Auslandskrediten erheblich nach, und zum ersten Mal gab es unter den Parteigängern der Diktatur grundsätzlich Streit über das Wirtschaftsmodell.
Wenn, aus welchen Gründen auch immer, die Auslandskredite versiegten, geriete das Land in eine schwere finanzielle Krise.

Die Wirtschaftswissenschaftler der Diktatur vertrauen darauf, daß die Rezession finanzielle Mittel freisetzen wird, die, angezogen durch die hohen chilenischen Zinssätze, es ermöglichen werden, daß man sich grenzenlos weiter verschuldet. Was sie nicht erwähnen, ist, daß der chilenische Staat, durch seine Schulden bei den internationalen Banken, schon sämtlichen Verhandlungsspielraum verloren hat. Die gegenwärtige Regierung ist nur noch der Spielball des ausländischen Kapitals. Eine Tatsache zeigt das klar – die Ernennung von José Piñera vom Cruzat-Larrain-Konzern zum Bergbauminister. Seine Aufgabe besteht darin, das Bergbaugesetz zu novellieren. Dieses Gesetz soll sämtlichen Besitz des Staates auf dem Gebiet des Bergbaus und der Energiewirtschaft reprivatisieren.

Die jährliche Inflation von mehr als 30 %, die offizielle Arbeitslosenquote von 9,2 %, die 7 % Arbeiter, die im „Minimalbeschäftigungsprogramm" beschäftigt sind und einen Lohn von 50 DM im Monat erhalten und eine unbekannte Zahl von nur gelegentlich Beschäftigten, sind bezeichnend für ein Wirtschaftssystem, das den Hunger und das Elend unter den Proletariern ausgesäht hat. Die verzweifelte Suche nach lebensnotwendigen Auslandskrediten um den Preis des Ausverkaufs des nationalen Reichtums an einige Konzerne, die eng mit dem ausländischen Kapital zusammenarbeiten, ist ein offensichtliches Zeichen, daß das chilenische Wirtschaftsmodell fehlgeschlagen ist.
Das gegenwärtige System hält sich durch Waffengewalt an der Macht. Ohne eine diktatorische Herrschaft wäre das Wirtschaftsmodell nicht haltbar, da es im Widerspruch steht zu den Interessen und Bedürfnissen des chilenischen Volkes. Es ist ein System ohne soziale Basis, das sich nur durch Überausbeutung und das Elend der großen Mehrheit der Arbeiter und des chilenischen Volkes weiterentwickeln kann.

Die Wirtschaft wächst, wobei sie als Folgeerscheinung tausende von unterernährten Kindern, tausende von Chilenen ohne Dach über dem Kopf und arbeitslos, von ihrem Land vertriebene Bauern und Arbeiter mit geringsten Löhnen hervorbringt, die weder ihre Kinder ernähren, noch sie in die Schule schicken können. Das Wirtschaftsmodell hat eine rasche Monopolisierung des Kapitals zur Folge, es drängt eine gewichtige Anzahl kleiner und mittlerer Industrieunternehmen sowie Teile des Großbürgertums an den Rand, verleibt sie sich ein oder läßt sie bankrott gehen. Das Wirtschaftswachstum ist darauf ausgerichtet, den Interessen der Monopolkonzerne und der Multis zu dienen, die die höchsten Wachstums- und Gewinnraten haben und hauptsächlich auf dem Gebiet des Bergbaus, der Landwirtschaft, des Bau-, Fischerei- und Forstwesens tätig sind. Der Charakter des Wirtschaftssystems zeigt sich in der Arbeitslosigkeit, dem Elend und der Marginalisation der Familien aus dem niederen Volk. Diejenigen, die die Pläne der Regierung und des Großkapitals ausführen, erläutern völlig kalt die sozialen Kosten, die durch den Bankrott ganzer Industriezweige und durch die wachsende Auslandsverschuldung hervorgerufen werden. Alle von der Regierung ergriffenen Maßnahmen, der „plan laboral" (Reform des Arbeitsrechts), Reform des Versicherungswesens, Steuervergünstigungen, haben zum Ziel, die Gewinnspannen der großen Unternehmen weiter zu steigern, und die Einkommen der Arbeiter zu verringern. Diese Maßnahmen bedeuten, daß der Staat auf 160 Mio Dollar verzichtet, die nun den großen Monopolkonzernen zur Verfügung stehen werden, zusätzlich zu den 560 Mio Dollar, die sie von den Versicherungsverbänden erhalten werden. Aus diesen Gründen muß man auch aus dem Staatsdienst tausende von Mitarbeitern entlassen, deshalb werden die Arbeitsgerichte aufgelöst – und im Erziehungswesen, den Universitäten, im Gesundheitswesen tausende von Angestellten entlassen.
Die Diktatur ist auch nicht bereit, Lohnerhöhungen zuzulassen, die über die Erhöhung der Lebenshaltungskosten hinausgehen, sie hat sogar vor, frühere Verbesserungen zurückzunehmen, z.B. keine Abfindungen mehr bei Entlassungen.
Als die Diktatur 1973 in Chile errichtet wurde, betrug die Auslandsverschuldung etwa 5 Mrd. Dollar. Heute erreicht diese Verschuldung mehr als 11 Mrd. Dollar. Verschuldung und Abhängigkeit sind notwendige Bestandteile des Wirtschaftssystems.



Arbeiter im Minimalbeschäftigungsprogramm.

Der „Plan Laboral"

Die Errungenschaften des gewerkschaftlichen Kampfes der chilenischen Arbeiter in den letzten 40 Jahren werden mit dem plan laboral (Reform des Arbeitsrechts) zunichte gemacht, was die Arbeiter zwingt, den Kampf um demokratische Rechte praktisch vom Nullpunkt aus zu beginnen. Das von der Regierung diktierte Gewerkschaftsgesetz, das bestimmt, daß die Gewerkschaftsfunktionäre das Vertrauen der Regierung genießen müssen, in dem die Freiheit der Meinungsäußerung und die Möglichkeit soziale Verbesserungen zu fordern unter Strafandrohung eingeschränkt wurden, hat klargestellt, daß die Arbeiter für die Abschaffung dieser Gesetzgebung kämpfen müssen. Beispiel für diesen Kampf ist der Streik in der Kupfermine El Teniente. Dieser Streik zeigt, daß ein sehr wichtiger Teil der Arbeiterklasse wieder aktiv wird. Der Streik hatte zu dem Zeitpunkt stattgefunden, wo die Junta die Reform des Bergbaugesetzes, die Reprivatisierung des Bergbaus, der Erdölgewinnung und -verarbeitung, des Molybdänabbaues und anderer Naturschätze plant, motiviert durch die verzweifelte Suche nach Investitionen aus dem Ausland und Auslandsanleihen, d.h., um weiterhin den Kreditfluß aufrechtzuerhalten, der das Regime am Leben erhält, muß die Junta die Bodenschätze dem Imperialismus übereignen.
Der Streik kam in einer Situation, in der der Kupferpreis gering war, weil sich die Kupferverwertenden Industrienationen in der Krise befinden. Die Bergarbeiter erkannten diese komplexe Situation und begannen den Streik bei der ersten sich bietenden Gelegenheit seit 8 Jahren. Dieser Streik war offen gegen die Diktatur gerichtet. Der Streik wurde durch Demonstrationen, gemeinschaftlich organisierte Verpflegung und durch die aktive Teilnahme der Bergarbeiterfrauen unterstützt.
Gleichzeitig haben der Streik in El Teniente und die Streiks in der Textilindustrie, der Lederverarbeitenden Industrie und anderen Industriezweigen aber auch gezeigt, daß es unmöglich ist, innerhalb der vom Plan Laboral gesteckten Grenzen zu kämpfen.
Nach 40-tägigem Streik mußten die Bergarbeiter in die Minen zurückkehren, ohne ihre angestrebten Ziele erreicht zu haben. Aber sie hatten ihre Entschlossenheit gezeigt, und es hatte viele Zeichen der Solidarität gegeben, z.B. von den Kohlebergleuten.

Ein anderes Beispiel für die Unmöglichkeit mit dem Plan Laboral zu leben, ist die Verhaftung der Leiter der nationalen Gewerkschaftszentrale (CNS) im Juli dieses Jahres. Zehn führende Funktionäre dieser Organisation unterschrieben als Vertreter der Gewerkschaftsbasis den „pliego nacional", eine Aufforderung an die Diktatur, soziale und wirtschaftliche Forderungen zu erfüllen. Sie sollen nun zu Gefängnis verurteilt werden, angeklagt wegen illegaler Interessenvertretung, da sie nicht das Vertrauen der Regierung besitzen, wie im Plan Laboral festgelegt.
Im Dezember 1979 hatte die CNS in Punta de Tralca einen Kongress abgehalten, wobei fünfhundert Gewerkschaftsführer anwesend waren, um diesen „pliego nacional" auszuhandeln.
Das Koordinationsgremium vereint 400 Gewerkschaftsgruppen mit 48 000 Mitgliedern. Das Treffen war ein erster wichtiger Schritt zur Einheit, da in Chile die Gewerkschaften nicht nach Berufsgruppen sondern nach Unternehmen organisiert sind (d.h. kollektive Tarifverhandlungen werden so unmöglich gemacht). Gegenwärtig suchen

Vertreter des Geheimdienstes CNI die kleinen örtlichen Gewerkschaften auf, um ihnen zu raten, sich öffentlich davon zu distanzieren, daß sie den „pliego nacional" mitgetragen haben. Eine öffentliche Stellungnahme zum „pliego nacional" wurde inzwischen generell verboten. Auch haben einige Unternehmen gedroht, Arbeiter, die sich nicht davon distanzieren, zu entlassen. Gegenwärtig stehen dem Präsidenten und dem Sekretär der Gewerkschaftskoordination Verfahren bevor, bei denen sie zu 541 Tagen Gefängnis verurteilt werden können.



An der Straße von Lota nach Laraquete kann man täglich die sozialen Kosten des Wirtschaftsmodells sehen. Gruppen von Kindern zwischen 7 und 15 Jahren kommen frühmorgens mit einer Schaufel und etwas Proviant und arbeiten den ganzen Tag im Straßenbau um ihre Familien zu unterstützen.

Erziehungsreform

Chile zeichnete sich in der Vergangenheit dadurch aus, daß es eines der Länder Südamerikas mit der niedrigsten Analphabetenquote und dem höchsten Ausbildungsniveau war. Die Erziehung war staatlich subventioniert. Heute ist Chile auf dem Weg in eine durch Analphabetismus und Verdummung gekennzeichneten Zukunft. Die gegenwärtige Erziehungsreform, die von der Diktatur durchgeführt wird, beraubt das Volk seines Rechtes auf Erziehung.
Die Schulen, die bisher sämtlich vom Erziehungsministerium finanziert wurden, werden nun der Zuständigkeit der Gemeinden übergeben. In der Praxis bedeutet das, daß reiche Gemeinden (in Großstädten wie Santiago reiche Stadtviertel) in der Lage sein werden, eine vollständige Grundschulausbildung zu gewährleisten. Arme Gemeinden können fast alle Fächer aus dem Lehrplan streichen. Es ist zu erwarten, daß viele Gemeinden aus Finanzgründen die Schulen vollends in private Hände übergeben werden. Die Schulpflicht wurde von 8 auf 4 Jahre herabgesetzt.

Im Jahre 1980 wurden die Berufsschulen der Verwaltung des Unternehmerverbandes (Sociedad de Fomento Fabril, SOFOFA) unterstellt. Drei technische Schulen mit einer Kapazität für 4 600 Schüler wurden geschlossen. Die Unternehmer werden in Zukunft die technische Ausbildung gemäß ihren Bedarf an Arbeitskräften verwalten. Die Monopole brauchen einen Überschuß an Arbeitskräften, Arbeitskräfte, die möglichst billig sind und kein Wissen über ihre Rechte haben. Deshalb übergibt der Staat den Unternehmern diesen Sektor des Erziehungswesens. So wird ermöglicht, daß die Massen in Zukunft noch weiter ausgebeutet werden. Die Erziehung wird ein Privileg von wenigen und eine stärkere ideologische Kontrolle wird möglich. Durch die Erziehungsreform ist auch eine bessere Kontrolle der Lehrer möglich. Lehrer-, Schüler-, und Elternorganisationen werden aufgelöst. Gleichzeitig mit der Übergabe der Schulen an die Gemeinden wurde das Lehrprogramm von 9 Pflichtfächern auf 3 reduziert. (Spanisch, Mathmatik und Sozialkunde). Der Rest ist „freiwillig", d.h. wer sie lernen will, muß dafür bezahlen. Eine vollständige Grundausbildung wird nur noch für eine Minderheit erreichbar sein. Die technische Ausbildung, Landwirtschafts- und Handelsschulen funkionieren bereits auf privater Basis. Heute geht das mit der Grundschulausbildung so weiter, um auch sie zu privatisieren und sie in ein weiteres Geschäft der Monopole zu verwandeln. So wird zusehends die Zahl der jungen Leute geringer,die ein Universitätsstudium aufnehmen können.

Auch für die Lehrer bedeutet die Privatisierung einen Schlag gegen ihre Rechte. Sie bedeutet den Verzicht auf bisherige soziale Errungenschaften, wie z.B. Lohnerhöhungen nach Dienstalter. Die Sicherheit des Arbeitsplatzes geht verloren, ebenso wie die Möglichkeit zur Weiterbildung und der Zugang zu vielen sozialen Organisatorischen und finanziellen Errungenschaften. Die Sozialabgaben werden eine rein private Angelegenheit und gemeinsame Tarifverhandlungen, Bildung von Gewerkschaften und unabhängigen Organisationen wird verboten. Arbeitsverträge werden einzeln mit dem Bürgermeister der Gemeinde geschlossen, womit die Ausbildung in eine Ware verwandelt wird, deren Wert durch Angebot und Nachfrage bestimmt wird.

Die Universitätsreform

Das Gesetz zur Universitätsreform, das im März 1981 in Kraft getreten ist, macht es unmöglich, die akademischen Traditionen Chiles fortzuführen.
Das neue Gesetz organisiert das Hochschulwesen privatkapitalistisch und beschränkt die Autonomie der Universitäten sowohl was die Freiheit der Lehre, als auch was die Verwaltung und Finanzierung angeht. Das Gesetz bestätigt einmal mehr das Verbot politischer Aktivität an den Universitäten. Das Ziel des neuen Universitätsmodells der Junta ist es, Techniker hervorzubringen, die in effizienter Weise den Interessen des Finanzkapitals dienen, einem Wirtschaftsmodell, das auf dem Export von Rohstoffen und dem Import von Industriegütern basiert; d.h. die chilenischen Universitäten sollen funktional für das System der freien Marktwirtschaft werden, die Absicht ist, sie zu Instrumenten der Unterdrückung und der Durchsetzung des herrschenden Wirtschaftsmodells zu machen.

Das neue Universitätsgesetz sieht nur noch für folgende Berufe eine akademische Ausbildung vor: für Rechtsanwälte, Chemiker, Zahnmediziner, Diplomlandwirte, Ingenieure, Volkswirte, Ärzte, Psychologen und Pharmazeuten. Sämtliche anderen Berufe, für die bisher eine akademische Ausbildung nötig war, Philosophen, Pädagogen, Journalisten, Soziologen, Geologen usw. müssen außerhalb der Universität (auf privaten Fachschulen) ausgebildet werden.
Das bedeutet, daß viele Professoren, die dem Regime unbequem sind, arbeitslos geworden sind, und die Ideologie der Herrschenden sich an den Universitäten ungehemmt entfalten kann.

Auf ökonomischer Ebene wird das universitäre Leben den Gesetzen des Marktes unterworfen, indem die Gründung privater Universitäten erlaubt wird, solange diese sich im Rahmen des herrschenden Modells bewegen. Die Studenten, denen es gelingt, zur Universität zugelassen zu werden, müssen die Kosten ihrer Ausbildung selbst tragen, es können sich also nur reicher Leute Kinder ein Studium leisten. Auch die staatlichen Universitäten müssen sich wie ein Privatunternehmen über die Studiengebühren selbst finanzieren, das führt zur Streichung von Lehrveranstaltungen, noch mehr Arbeitslosigkeit unter den Dozenten. Forschung, an sich eine selbstverständliche Aufgabe der Universitäten, wird zum Privileg, falls sie überhaupt noch an einer Universität möglich ist. Kritische Studenten und Dozenten sollen mundtot gemacht werden, indem sie auf eine Vielzahl pirvater Akademien und Institute verteilt werden, die nichtsmehr mit der Universität zu tun haben.



Studenten besetzen die Kathedrale von Santiago um mit einem Hungerstreik gegen die Unterdrückung an den Universitäten zu protestieren.

Der Plan zur politischen Kontrolle

Die neue Universitätsgesetzgebung ist wichtiger Bestandteil eines Plans die Zentren des geistigen Lebens politisch und ideologisch unter Kontrolle zu bringen. Dieser Plan wird seit 1979, als eine Direktive Pinochets die Richtung der Reform angab, in die Tat umgesetzt. Hunderte von Professoren wurden daraufhin arbeitslos, hunderte von Studenten wurden suspendiert oder relegiert wegen „universitätsfremder Aktivitäten" (so bezeichnet das Regime alle kritischen Äußerungen in der Universität). 1980 gab es heftige Studentenproteste, vor allem an pädagogischen Insttuten und dem Philosophischen Fachbereich der Universität de Chile und an der Technischen Universität. Auch an den Universitäten im Landesinneren erhob sich der Protest gegen die Verfolgung von Lehrenden und Lernenden, gegen die polizeiliche Überwachung der Universitäten und für die Wiedergewinnung der Autonomie der Universitäten. Im Dezember 1980 wurden die Kathedrale von Santiago, die Kirche San Francisco und das Gebäude der Unesco von Universitätsangehörigen besetzt, die dort in Hungerstreik traten um gegen die politische Verfolgung und polizeiliche Bespitzelung in den Universitäten zu protestieren.

Bevor das Regime daranging, die Universitätsreform durchzuführen, tauschte es die Militärs die 1973 als Universitätsdirektoren eingesetzt worden waren durch „härtere" Generäle aus, die Erfahrung in der Handhabung des Unterdrückungsapparats hatten, um das neue Gesetz reibungsloser in die Praxis umsetzen zu können. Der neu eingesetzte Rektor der Universität von Chile, General Alejandro Medina Lois erklärte: „Diese verantwortungsvolle Aufgabe ist eine Ehre für mich, denn ich bin mir ihrer historischen Bedeutung bewußt."
Die Universitätsreform will eine Universität ohne Forscher, ohne Denker, ohne Künstler – die totale kulturelle Abhängigkeit.

Reform des Versicherungsrechts

In Chile gab es bisher vom Staat unterstützte Sozialversicherungskassen, eine für die Arbeiter, eine für die Angestellten des privaten Sektors, eine für die Angestellten des öffentlichen Dienstes und der Presse, eine für Militär und Polizei und einige kleinere. Bis auf die Sozialversicherungen für Militär und Polizei sind jetzt alle privatisiert.
Die Einnahmen der Versicherungskassen kamen bisher auf zwei Wegen zusammen, dem Geld, das die Versicherten einbezahlten und dem Geld, mit dem der Staat die Ausgaben abdeckte.
Gegenwärtig ist die Diktatur damit beschäftigt, die Kontrolle über die Versicherungskassen an den privaten Sektor der Wirtschaft abzugeben, damit die Wirtschaftskonzerne, indem sie sich diese Mittel auch noch aneignen, noch mehr Kapital anhäufen können. Das Geschäftsvolumen der Versicherungen ist beträchtlich, und daher ist ihre Übernahme für die Monopole attraktiv. Nur die Versicherung des Militärs und der Polizei wird von dem Aderlaß, den die Privatisierung mit sich bringt, verschont.

1980 verteilte der Staat unter den 10 existierenden Versicherungskassen 658 216 000 Dollar. Die Beiträge der Versicherten beliefen sich auf 1. 488.758.000 Dollar. Aber an die Kasse des Militärs und der Polizei vergab der Staat 1,4 Mrd. Dollar, d.h. mit nur 9 % der Versicherten erhielten die Herren in Uniform 53 % der staatlichen Zuschüsse an die Versicherungen.
Die Vorteile, die die Uniformierten genießen, werden klar bei Betrachtung jeder Versicherungskasse. Was Renten, Pensionen, Witwen- und Waisenrenten sowie Vorteile wie Familienzuschlag, Unterstützung, Abfindungen, medizinische Behandlung, Versicherungsrückerstattungen und anderes betrifft, sind Soldaten und Polizisten klar bevorzugt. Die beiden Versicherungskassen der Uniformierten verwenden 404,9 Mill. Dollar für Renten, Pensionen, Witwen- und Waisenrenten und weitere 20,6 Mill. Dollar für andere Zuwendungen. Das bedeutet, daß die uniformierten Versicherungsnehmer etwa 30 % der gesamten Rentenzahlungen erhalten, auch wenn sie nur 9 % der Versicherten ausmachen. Die Summe der Auszahlungen zusätzlicher Zuwendungen an Soldaten und Polizisten ist relativ gering. Aber das bedeutet nur eine Erhöhung der Renten, die zahlenmäßig die von der Sozialversicherung an ihre Versicherungsnehmer ausgezahlten (364 Mill. Dollar) überschreitet, welche die Masse der Versicherten versorgt, unter ihnen die große Mehrheit der Arbeiter. Diese Zahlen erklären, warum die Streitkräfte und die Polizeikräfte von der Reform des Versicherungswesens ausgenommen werden. Diese Sektoren befinden sich in einer widerrecht-



Großer Aufwand um einen Menschen zu fangen.

lich privilegierten Situation, die ihnen die Junta, als Belohnung für ihre Stärkung der Diktatur, zugesteht.
Hinzu kommt, daß die eingenommenen Gelder den privaten Versicherungen frei zur Verfügung stehen, in beliebige Bereiche der Wirtschaft investiert oder ins Ausland transferiert werden können. Im alten Versicherungsrecht wurde ein Teil der Einlagen vom Unternehmer, ein Teil von den Beschäftigten gezahlt (In der Zeit der Unidad Popular betrug der Unternehmeranteil 52 %, der des Arbeiters 8,5 %, der Rest wurde vom Staat getragen). Mit der Privatisierung der Versicherungen hat der Arbeiter nun die Gesamtsumme allein zu tragen.

Die Diktatur und der Imperialismus

Von den lateinamerikanischen Diktatoren wurde die Wahl Reagans mit Jubel aufgenommen. Die Beziehungen zwischen diesen Regimes und dem weißen Haus verbesserten sich auf allen Ebenen. Der Druck auf Kuba und Nicaragua wird stärker. Mexico und Panama, die versuchen, ihre Probleme unabhängig vom Imperialismus zu lösen, werden bedroht.
Der Imperialismus versucht, seine Sicherheitszonen zu stärken, sowohl in den Ländern Lateinamerikas, als auch in den Ländern, die für die USA lebensnotwendige Rohstoffe besitzen, wie das Öl aus dem Nahen Osten. Im Fall Chiles, wo in der Nixon-Ära 1973 der Militärputsch durch die USA angeregt und finanziert und unter Carter der Diktatur auf diskretere aber ebenso effiziente Weise geholfen wurde, wird die Hilfe jetzt ganz offen gegeben.
Die USA haben ihre Kriegsmacht verstärkt, ebenso wie ihre Möglichkeiten in anderen Ländern zu intervenieren.
Mit der Ausrede vom „Kommunistischen Terrorismus" greifen sie allen Ländern ein, in denen Volksbewegungen ihre Herrschaft bedrohen. In seinem neuen Haushaltsplan sieht Reagan eine allgemeine Senkung der Staatsausgaben vor, mit Ausnahme der Ausgaben für Rüstung, denen absolute Priorität eingeräumt wird. Das Rüstungsbudget wurde um 7,2 Mrd. Dollar erhöht, wodurch die Kriegsindustrie angeheizt werden soll, in dem Versuch, das militärische Potential der sozialistischen Länder völlig außer Kraft zu setzen und um bereit zu sein, überall in der Welt Aktionen gegen Volksaufstände zu unterstützen. Gleichzeitig verfolgen die USA eine Politik der „Verteidigung der nationalen Interessen der USA". Das ist eine typische imperialistische Aussage, da die nationalen Interessen durchaus auch außerhalb der Landesgrenzen gesehen werden, in den Rohstoffen anderer Länder (Mexico, Naher Osten, Chile). Ebenso umgreifen die nationalen Interessen die sozio-politischen Zustände in anderen Ländern, wo Reagan mit Feuer und Schwert die Diktatur am Leben erhalten will wie etwa in El Salvador.
Reagan hat die Stornierung der Kredite an Chile, eine Maßnahme der Carterregierung, außer Kraft gesetzt (Die Vergabe von Krediten war gestoppt worden, nachdem Chile sich geweigert hatte, die schuldigen Geheimdienstleute auszuliefern, die in den USA Allendes Außenminister Orlando Letelier umgebracht hatten).
Es wurde wieder begonnen, gemeinsam mit der chilenischen Flotte Manöver abzuhalten und mit Hilfe des CIA begann wieder die militärische und geheimdienstliche Zusammenarbeit.

Chile und El Salvador

Ende Mai besuchte Oberst Jorge Abdul Gutierrez, der salvadorenische Vizepräsident, Chile, um General Pinochet einen Orden zu verleihen. Die salvadorenische Regierung hat gute Gründe der chilenischen dankbar zu sein. Chilenische Militärtransportflugzeuge des Typs DC 6 landen häufig in geheimer Mission in einem Nachbarland El Salvadors, um autoamtische Waffen und Munition zu bringen. Diese Waffen sollen dem Kampf gegen das Volk El Salva-

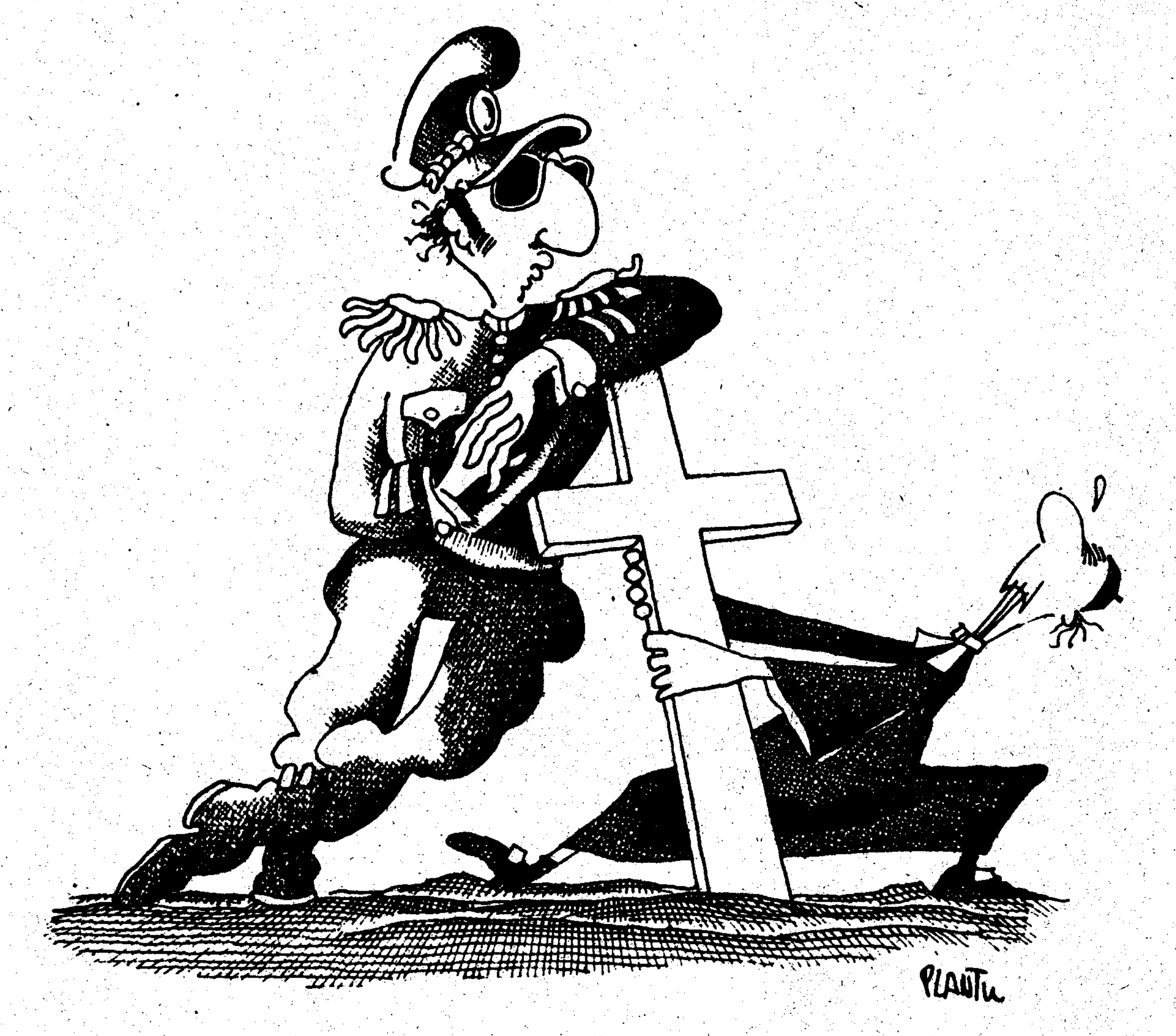
dors dienen. Mehrere Male wurden Flugzeuge der chilenischen Flugwaffe in Caracas gewartet. Auch durch chilenische Handelsschiffe wurden Waffen nach El Salvador gebracht, gekennzeichnet als Handelsware. Bei der Ordensverleihung sagte Pinochet „Wir sind gerne bereit, die schon lange bestehenden technischen Hilfen für El Salvador zu verstärken, als Zeichen unserer engen Freundschaft." Die „technische Hilfe" bedeutet Waffenlieferungen und die Entsendung von Militär- und Polizeioffizieren als „Berater" nach El Salvador, die die Unterdrückung des Volkes unterstützen.

Das Ende der Illusion von der Rückkehr zu einer demokratischen Regierungsform

Salvador Allende kam 1971 durch demokratische Wahlen an die Regierung. Unterstützt wurde er durch eine Koalition linker Parteien, die Unidad Popular (UP). Die beiden größten dieser Parteien waren die Kommunistische und die sozialistische Partei. Die revolutionären Parteien, Bewegung der revolutionären Linken (MIR), Revolutionäre Kommunistische Partei und einige kleinere Organisationen schlossen sich der UP nicht an.

Allende erhielt zwar die relative Stimmenmehrheit, war aber auf die Duldung durch die Christdemokraten angewiesen, um vom Parlament als Präsident bestätigt zu werden. Die Christdemokraten machten diese Bestätigung davon abhängig, daß Allende sich verpflichtete, die bestehende Gesetzgebung nicht anzutasten. Das Programm der in der UP vereinigten 'traditionellen Linken' basierte auf einer Reihe reformistischer Theorien, die darauf abzielten, den bürgerlichen Staat zu flicken und zu retten und Klassenkampf abzuschwächen, aber keinesfalls den bürgerlichen Staat durch einen, in dem das Volk an der Macht ist, zu ersetzen. Diese Theorien waren die des "nichtkapitalistischen Entwicklungswegs", des „chilenischen Wegs zum Sozialismus", des „friedlichen Wegs zur Macht". Im Rahmen dieser Strategie gab es Erklärungen wie: „Das Militär ist verfassungstreu und unterstützt die rechtmäßige Regierung", „das Militär ist das Volk in Uniform" (Das chilenische Militär hat in Wirklichkeit eine repressive Tradition, z.B. das Massaker an Bergarbeitern in Santa Maria de Iquique, das Konzentrationslager in Pisagua Ende der vierziger Jahre und das Massaker von Puerto Montt unter der Frei-Regierung) „Die Arbeiter dürfen keine Forderungen aufstellen, die über den gesetzlichen Rahmen hinausgehen" (sondern friedlich darauf warten, was die Regierung und das Parlament ihnen zugestehen wollen) „Die Arbeiterklasse darf den Kapitalisten nicht ihre Fabriken wegnehmen", „die Bauern dürfen nicht gegen das Agrarreformgesetz verstoßen" (sie durften nicht einmal das Land zurückholen, das ihnen die Großgrundbesitzer geraubt hatten). Die reformistischen Positionen dieser Parteien stellten sich also gegen die Strategien, die geeignet gewesen wären, die Kräfte der Revolution zu entwickeln.

Die bis dahin illegalen Parteien der Linken, von denen der MIR die größte war, unterstützten die UP, aber nahmen eine andere Position ein, nämlich eine wirkliche Volksmacht zu schaffen, die in der Lage wäre, den Angriffen der Bourgeoisie entgegenzutreten. Sie forderten von der UP eine Radikalisierung, sie sollte sich eindeutiger auf die Seite der Arbeiter stellen und durch die Verschärfung des Klassenkampfes die Volksmacht schaffen, sie sollte ihre eigenen Gesetze machen und zwar solche, die das ununterbrochene Voranschreiten des revolutionären Prozesses



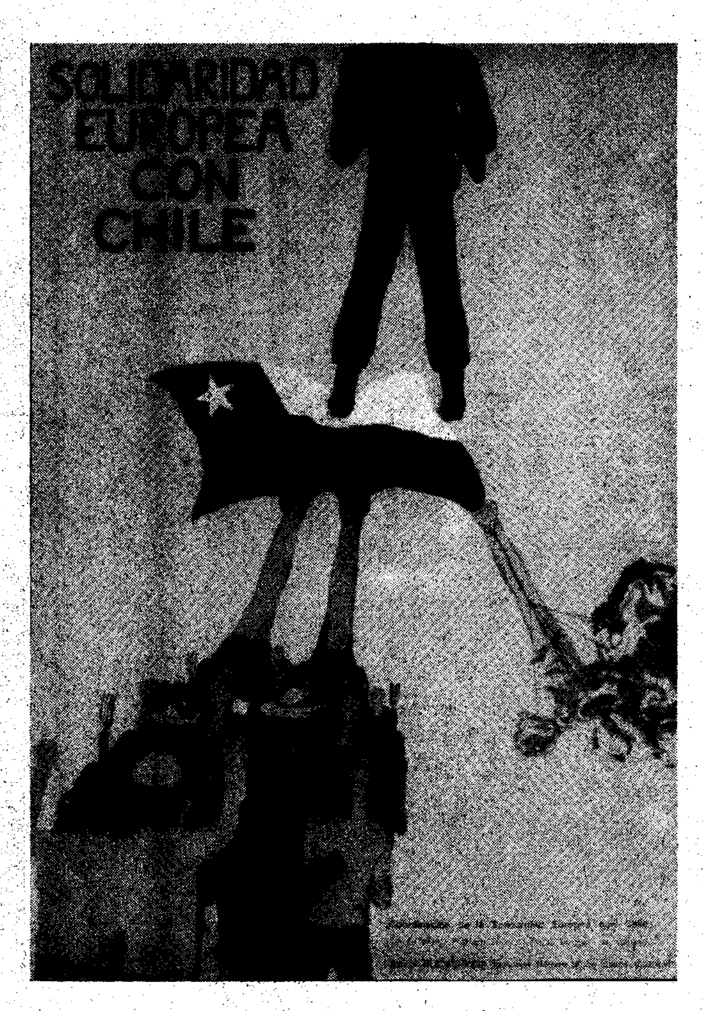
ermöglichten. Der MIR und die anderen revolutionären Parteien gingen also daran, sogenannte Industriegürtel zu schaffen, wo der Kampf der Arbeiter besser organisiert war, Bewohner der Stadtrandsiedlungen bei Landbesetzungen zu unterstützen, sowie Fabrikbesetzungen und den Kampf der Mapuche-Indianer und der besitzlosen kleinen Bauern um ihr Land. Diese Aktionen wurden von den reformistischen Teilen der UP bekämpft, die furchtsam betrachteten, wie das Proletariat außerhalb des gesetzlichen Rahmens voranschritt, den sie in ihren Zugeständnissen an das Bürgertum versprochen hatten einzuhalten.

Die Rechte organisiert sich

Die Rechte organisierte sich gegen die Regierung der UP in einer sogenannten „Demokratischen Nationalen Front", der auch die Christdemokraten angehörten, um die Regierung und die Massenbewegung anzugreifen und ihnen eine Niederlage zu bereiten. Mit Hilfe der USA organisierten sie eine gigantische Propagandakampagne, horteten Lebensmittel, organisierten Streiks der Einzelhändler, Fuhrunternehmer, organisierten paramilitärische Gruppen, die später bei der Durchführung des Putsches eine wichtige Rolle spielten. Sie machten sich dabei alle Institutionen der bürgerlichen Demokratie zunutze: Parlament, Justiz, den Obersten Rechnungshof, die gesamte Verwaltung. Ihre Taktiken waren vielschichtig: Ihre Repräsentanten im Parlament waren die ersten, wenn es darum ging, bestimmte von der UP eingebrachte Reformen, wie z.B. das Einfrieren der Löhne und Gehälter, zu unterstützen. Die Reaktionäre wußten, daß sie so zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen konnten: Die Kapitalisten konnten höhere Gewinne einstreichen und die Regierung entfernte sich immer mehr von den Bedürfnissen der Massen. Später unterstützten sie mit großem Enthusiasmus die Erlaubnis der UP-Regierung, in chilenischen Gewässern ein gemeinsames Flottenmanöver mit den USA durchzuführen (Wenige Tage vor dem Putsch) und sie erreichten auch die Ratifizierung des sogenannten Waffenkontrollgesetzes, das den Todesstoß für die Volksbewegung bedeutete. Dieses Gesetz erlaubte dem Militär noch während der UP-Regierung, Fabriken und Industriegürtel in denen die Arbeiter kampfbereit waren, und wo der MIR Volksmilizen gebildet hatte, zu überfallen und zu durchsuchen und in Concepcion und Valparaiso MIR-Mitglieder, die in der Marine arbeiteten, festzunehmen und zu foltern.

Die revolutionären Bewegungen protestierten ständig gegen diese Politik der UP und gegen die Zugeständisse,die die Regierung der Bourgeoisie machte.
Dann kam der Putsch, der von Teilen der Rechten mit Jubel begrüßt wurde, die linken Parteien wurden verboten und die rechten „suspendiert"; die Rechte hatte ja jetzt die Macht. Die Christdemokratie unterstützte befriedigt das neue Regime, in der Hoffnung, wenn die Linke unterdrückt und eine neue gesetzliche Grundordnung geschaffen sei, werde die Junta zum demokratischen Spiel zurückkehren und die Christdemokratie könnte absahnen, sie hatte ja nicht offen zum Putsch aufgerufen, sondern nur die Voraussezungen für ihn geschaffen. Zwei Jahre nach dem Putsch erklärte ihr Vorsitzender Eduardo Frei, daß der Moment zu sprechen gekommen sei. Ordinarien, ehemalige Minister und Abgeordnete tauchten auf, die sich anboten, eine neue Verfassung zu entwerfen (die sogenannte Gruppe der 24), auch Gewerkschafter (Gruppe der 10). Die Diktatur antwortete ihnen mit der Farce des ersten Plebiszits (Januar 1977). So begann die Christdemokratie sich in die Avantgarde der bürgerlichen Opposition zu verwandeln, indem sich ihre Führer zu Wort meldeten und ihre Gewerkschafter im Namen der Arbeiter Opposition machten.
Die traditionellen Linksparteien existierten im Untergrund weiter, aber die Zahl ihrer Anhänger war geschrumpft und ihre Manövrierfähigkeit gering, denn ihre Mitglieder und Organisationsformen waren dem Regime bekannt und wurden von ihm kontrolliert. So mußten sich die UP-Parteien auf erlaubte Aktivitäten beschränken, im Rahmen der kirchlichen Solidaritätsarbeit, und den oppositionellen Aktivitäten der Christdemokraten hinterherlaufen. Lange Zeit waren die UP-Parteien nicht in der Lage, wirklichen Widerstand gegen die Diktatur zu leisten. Die UP wurde so von den Erfolgen der bürgerlichen Opposition abhängig und richtete ihre Hoffnungen außerdem auf die Auswirkungen der verschiedenen Verurteilungen Chile s. durch die Menschenrechtskommission der UNO und auf die Drohungen der Carter-Regierung, die Hilfe für Chile einzuschränken, wenn die Menschenrechte nicht eingehalten würden (Die Carter-Regierung leistete trotz ihrer Erklärungen wirkungsvolle Wirtschafts- und Militärhilfe)
UP und Christdemokraten glaubten, daß das Regime durch die Verweigerung von Hilfe aus den kapitalistischen Ländern geschwächt werden würde.

Auf der Seite der noch recht jungen revolutionären Bewegung war der MIR die einzige Organisation, die in Erscheinung trat.



Obwohl der MIR nur eine Minderheit in der Linken war, machte er sich an die Aufgabe, den Widerstand zu organisieren, denn, wie sein Generalsekretär Miguel Enriquez sagte: „Das Volk muß einen geordneten Rückzug machen" und nicht nach allen Richtungen davonlaufen wie bisher,

denn das Volk hatte die Regierung nicht mehr, zu deren Unterstützung es sich vorher mobilisiert hatte, es wurde unterdrückt und war ideologisch entwaffnet.
Der MIR rief zur Bildung von Widerstands-Komitees auf, kleinen Verteidigungs- und Schulungsgruppen von 4-10 Leuten, die in den Fabriken, Minen, Armenvierteln auf dem Land und in den Universitäten arbeiteten, um später zu anderen Kampfformen überzugehen. Die Genossen, die sich gemäß ihrer politischen Prinzipien in diesen Komitees organisierten, nahmen bewußt das Risiko auf sich, verfolgt und umgebracht zu werden. Im Jahr 1978 machte die Junta ihre erste innere Krise durch. Das Juntamitglied Gustavo Leigh wurde geschaßt, er hatte in der gleichen Weise die Regierung kritisiert wie später Eduardo Frei. Die Opposition konnte ihre Position festigen, dank der Unterstützung des entlassenen Generals und eines Dutzends gleichgesinnter Offiziere. Die Junta ließ eine neue Verfassung ausarbeiten und rief zu einem zweiten Plebiszit auf, das offiziell eine Mehrheit fand aber nur eine neue Farce und ein Betrug war. Vor dem Plebiszit rief Frei im Namen der Opposition die Junta dazu auf, es nicht zu veranstalten, sondern stattdessen eine Junta aus Zivilisten und Militärs zu bilden, die einige Jahre regieren und dann zu einer Wahl aufrufen sollte.

Die KP ließ ihren Generalsekretär Luis Corvalán aus dem Exil erklären (Im November 1980, zwei Monate nach dem Plebiszit): „Wir wiederholen, daß unsere Linie auch weiterhin die des Kampfes und der Einheit der Arbeiterklasse und aller Antifaschisten ist, unsere Linie besteht darin, die Unidad Popular zu stärken und zu einer Versöhnung mit der Christdemokratie und der ganzen Opposition zu kommen ... die Christdemokraten scheinen weiterhin zu glauben, daß es noch eine friedliche Lösung auf der Basis einer Übereinkunft mit den Militärs geben kann. Wir glauben das nicht, aber wir lehnen auch nicht a priori jede Möglichkeit eines friedlichen Auswegs ab, wenn sich eine ergeben sollte, deshalb verfolgen wir mit Interesse die Entwicklung des christdemokratischen Projekts einer zivil-militärischen Übergangsregierung, die ein paar Jahre dauern und die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung vorbereiten soll." (Auch die Christdemokraten glauben nach dem Plebiszit immer noch, daß die Junta ihre Linie ändern könnte). Das war das erste Mal, daß die KP vage andeutete, daß der friedliche Weg vielleicht unmöglich sein könnte.
Die Opposition der Christdemokraten gegen die Junta war vor dem Plebiszit am heftigsten. Mit dem Inkrafttreten der Verfassung und der Verschärfung der Unterdrückung zeigte die Diktatur, daß sie zu der demokratischen Öffnung, auf die die bürgerliche Opposition gehofft hatte, nicht bereit war. Daraufhin beschränkte die bürgerliche Opposition ihre Aktivitäten auf ein Minimum und trat nur noch gegen Exzesse der Junta auf, wie zum Beispiel nachweisbare Morde, Entführungen, Verbannungen ins Ausland und im Inland.

Diese Politik des Bündnisses der reformistischen Linken mit der bürgerlichen Opposition ist eine bittere Erfahrung gewesen, aber indirekt hat sie dazu geführt, daß das Volk die Positionen des Widerstandes besser verstand, der sich bewußt war, daß demokratische Freiheiten nur auf dem Weg des Kampfes und der größtmöglichen Einheit des Volks erreicht werden können.
Es kann allerdings nicht verschwiegen werden, daß diese Illusion für die Interessen der Massen sehr schädlich ewesen ist und den Prozeß der Reaktivierung der Massenbewegung, der seit zwei Jahren stattfindet, nicht verhindert, aber verlangsamt hat. Sie hat auch die Versuche beeinträchtigt, die Kämpfe gegen die Diktatur zu vereinheitlichen und zu koordinieren. Der bürgerlichen Opposition kann man allerdings keinen Vorwurf daraus machen, daß sie seit dem Putsch versucht hat, die Massen zu bremsen und im Rahmen der Legalität zu halten, ihnen Unterwerfung einzuimpfen und eine wirkliche Offensive auszuschließen um die revolutionären Kräfte zu isolieren. Es ist immer die Aufgabe einer Fraktion der Bourgeoisie, die Massen zu verwirren und zu spalten. Das Scheitern der bürgerlichen Opposition hat den Weg für den Kampf des Volkes freigemacht. Die Kommunistische Partei und Teile der Sozialistischen Partei, die dieses Spiel der bürgerlichen Opposition mitgespielt haben, haben allerdings größeren Schaden angerichtet, da sie für die Massen glaubwürdig waren und Vertrauen genossen. Der größte Schaden, den diese Leute

---

UNTERSTÜTZT DEN WIDERSTAND!

Wir bitten nochmals um Spenden für das Selbsthilfeprojekt einer Gruppe von ehemaligen politischen Gefangenen und Arbeitslosen über das wir in Nr. 90 der „blätter des iz3w" berichtet haben. Die Gruppe ist inzwischen dabei, eine feste Werkstatt zu bauen und braucht dringend finanzielle Unterstützung. Einzelspenden oder Daueraufträge bitte auf das Spendenkonto.

Aktion Dritte Welt e.V.
Sonderkonto Chilehilfe
Nr. 187136–750 Postscheckamt 7500 Karlsruhe
Bankleitzahl 660 100 75

Vor allem durch Daueraufträge – z.B. über DM 10,- monatlich – ist es uns möglich, dem Projekt in Chile eine kontinuierliche Unterstützung zuzusagen.
Einen solchen Dauerauftrag richten Sie bitte selbst bei Ihrer Bank oder Sparkasse ein; er kann auf z.B. ein Jahr befristet, aber auch jederzeit widerrufen werden.

Kontaktadresse:
Chile-Komitee Freiburg
c/o Informationszentrum Dritte Welt
Postfach 5328, Kronenstr. 16
7800 Freiburg



Grundstücksbesetzung in La Bandera. 250 Familien sind es leid, keine Wohnung zu haben.

dem Interesse der Arbeiterklasse und des Vol ks zugefügt haben, besteht darin, daß sie das Leiden ganz Chiles unter der Diktatur verlängert haben. Die Illusion von einem friedlichen Weg und die Beschränkung der Massen auf den Legalismus haben es der Diktatur erleichtert, die „Öffentliche Ordnung" aufrechtzuerhalten, die die zentrale Säule ihrer Herrschaft darstellt. In der Christdemokratischen Partei gibt es eine demokratische, fortschrittliche Strömung, die gewissen Einfluß unter der Jugend und den Massen hat, diese Kräfte sollten verantwortungsbewußt ihren Platz im Volkswiderstand einnehmen. Die traditionelle Linke hat endlich eingesehen, daß es in Chile keinen anderen Weg als den bewaffneten Widerstand und den Kampf gegen die Diktatur auf allen Ebenen gibt, mit dem einzigen Ziel, die Junta zu stürzen und durch eine revolutionäre demokratische Regierung zu ersetzen.

Zusammen mit den radikalisiertesten Teilen der Linken hat der MIR einen revolutionären Weg gezeigt und ausgehend von der Erfahrung der Widerstandskomitees alle Kräfte darauf gerichtet, ein Volksheer zu schaffen, die sogenannten „Milicias Populares" die, während der Klassenkampf sich entwickelt, immer häufiger die Kasernen der Unterdrücker und ihre Vergnügungsstätten angreifen.



Mobilisiert Euch für einen kämpferischen 1. Mai

Die neue Verfassung

Die von der Junta institutionalisierte Unterdrückung hat dem Missbrauch der Macht unbegrenzten Spielraum eingeräumt. Mit der neuen Verfassung verwandelt sich Pinochet in einen absoluten Monarchen, und von ihm allein hängen Leben und Freiheit der Chilenen ab. Der Artikel 24 der Verfassung, die am 11. in Kraft trat, beinhaltet folgendes:

„§ 24 *Unbeschadet der Bestimmungen in Art. 39 ff der Verfassung über den Ausnahmezustand erhält der Präsident folgende Vollmachten für einen Zeitraum von sechs Monaten, der nach Ablauf um jeweils weitere sechs Monate verlängert werden kann, wenn währnd des Zeitraums, auf den sich die Übergangsbestimmung Nr. 13 der Verfassung bezieht (die achtjährige Amtszeit des Präsidenten, die am 11. März 1981 begann), gewaltsame Aktionen stattfinden, die die öffentliche Ordnung gefährden oder wenn Gefahr der Störung des inneren Friedens besteht.*
a) Er kann bis zu fünf Tage lang Personen in ihren Häusern oder an anderen Orten, die keine Gefängnisse sind, festhalten lassen. Im Fall schwerwiegender terroristischer

Handlungen kann diese Frist um weitere fünfzehn Tage verlängert werden.
b) Er kann das Versammlungsrecht und das Recht der Informationsfreiheit beschränken, letzteres nur, was die Gründung, Herausgabe und Verbreitung neuer Publikationen betrifft. Er kann Personen, die Einreise in das nationale Territorium verbieten, bzw. diese ausweisen, wenn sie die in Art. 8 der Verfassung bezeichneten Doktrinen vertreten, Organisationen angehören, die diese Doktrinen vertreten, oder als aktive Verbreiter dieser Doktrinen bekannt sind, sowie denjenigen, die Handlungen begehen, die gegen die nationalen Interessen gerichtet sind, oder den innere Frieden gefährden, und
d) er kann den Aufenthalt bestimmter Personen für einen Zeitraum von bis zu drei Monaten auf eine bestimmte Stadt beschränken.
Diese außergewöhnlichen Vollmachten kann der Präsident durch Dekret ausüben, das den Titel „Auf Anordnung des Präsidenten" tragen und vom Innenminister unterschrieben sein muß, gegen die Maßnahmen, die aufgrund dieser Anordnung getroffen werden, sind Rechtsmittel ausgeschlossen, sie können lediglich durch eine anderslautende Entscheidung der Behörde, die sie durchführt, aufgehoben werden."

Entsprechend den neuen Befugnissen, die durch den Verfassungsartikel 24 erteilt werden, wird der „Zustand des Bürgerkriegs" gegen diejenigen erklärt, die im Namen der Freiheit dagegen ankämpfen. Mit der Erklärung des Bürgerkrieges wurden wieder neue Militärgerichte eingerichtet, die mit Hilfe von Sammelanklagen die politischen Gefangenen verurteilen und ihnen eine Menge von Vergehen anhängen können, die unter die Zuständigkeit der Militärgerichtsbarkeit fallen. Das Bekenntnis, der Diktatur, daß sie im Krieg mit ihrem Volk steht, ist gleichzeitig eine Ankündigung, daß die Unterdrückung noch stärker werden soll.
Mehr als 45.000 Chilenen sind unter der brutalen Herrschaft der Bürger und Militärs umgekommen, in der Mehrheit durch Mord, mehr als 2.500 Gefangene verschwanden spurlos. Die politischen Gefangenen in der Hand der Junta fallen unter dieselbe juristische Definition, die Gefangene in Kriegszeiten Militärgerichten unterstellt, sie sind Kriegsgefangene. In diesem Sinne müßten sie die Rechte Vergünstigungen und Pflichten haben, die Kriegsgefangenen nach der Genfer Konvention zustehen. Es ist allerdings lächerlich, die Bestimmungen der Genfer Konvention mit der Realität zu vergleichen, der die Gefangenen heute ausgesetzt sind: Nach der Genfer Konvention „haben Kriegsgefangene ein Recht auf menschenwürdige Behandlung ... sie müssen vor Gewalttaten geschützt sein, vor Beleidigungen und der Neugierde der Öffentlichkeit ... ihre Ehre und Persönlichkeit müssen respektiert werden ... falls weiblich, müssen sie mit der ihrem Geschlecht zukommenden Achtung behandelt werden ... sie müssen alle nötige medizinische Behandlung erhalten ... müssen das Recht haben, gegen ihre Behandlung Einspruch zu erheben, sich vor einem Richter verteidigen zu können" usw. Keine der Verfügungen der Genfer Konvention wird im Falle der Gefangenen in Chile respektiert. Ganz im Gegenteil, die Folter in ihren unglaublichsten Formen ist allgemeine Praxis, wobei weder Frauen noch Kinder ausgenommen werden.
Die alltäglichen Beispiele des Staatsterrors der Junta verstoßen nicht nur gegen die Genfer Konvention, sondern auch gegen die Gesetze der Diktatur selbst. Die Gesetze haben keine reale Bedeutung.

Eine der in letzter Zeit vom CNI festgenommenen Widerstandskämpferinnen wurde z.B. zusammen mit ihrem elf Monate alten Kind gefoltert. Das Kind wurde auf die Mutter gelegt, als sie auf einem Rost lag, durch welchen sie Stromschläge an Genitalien, Brust, Armen und Schläfen erhielt. So bekam das Kind auch die elektrischen Schläge ab, die die Mutter erhielt, um sie zum Sprechen zu bringen. Natalia Garcia Escobar, eine „Extremistin", von einem Jahr und vier Monaten ist getreuer Zeuge von der kriminellen Behandlung durch die Unterdrücker (vgl. blätter des iz3w, Nr. 92, S. 7).



Nachdem sie elf Tage zusammen mit ihren Eltern, Carlos Garcia Herrera und Gloria Escobar Gonzales von der CNI festgehalten worden war, wurde die ein Jahr und vier Monate alte Natalia Garcia Escobar freigelassen. Die Umstände, unter denen sie der Großmutter mütterlicherseits übergeben wurde, wurden in einem Schreiben an das Berufungsgericht, das den Verteidigungsakten der Eltern beigefügt werden sollte, offengelegt. Nach der Großmutter Maria Luisa Gonzales, „haben sie mir ein nervöses Kleinkind übergeben, das nicht einschlafen kann, mit Stichmarken und blauen Flecken am ganzen Körper."
Leandro Arrantia Reyes, exilierter Militanter der PC Chiles, der auf legale Weise ins Land zurückkehrte wurde festgenommen, verhört und anschließend umgebracht.
Wie auch der Fall von Hugo Riveros zeigt, werden Exilchilenen, die in ihr Land zurückkehren umgebracht, gefoltert oder ins Gefängnis geworfen. Hugo Riveros wurde vom Geheimdienst, der CNI ermordet und seine Leiche anschließend liegengelassen.
Er wurde vorher gefangengenommen, gefoltert und anschließend wurde er gegen Kaution freigelassen.
Später wurde er vom Personal der CNI aus seinem Haus entführt, seine Leiche wurde in einer verlassenen Straße gefunden.
Hugo Riveros war ein bekannter Maler, dessen Bilder die Unterdrückung in Chile zeigten, aber auch die Kraft des Volkes im Kampf gegen sie. Seine Bilder waren nach dem Putsch 1973 teilweise zerstört worden, er durfte nicht mehr ausstellen. Nach einem Jahr im Exil (1979) in Spanien, Bremen und Berlin, wo er Ausstellungen

hatte, kehrte er nach Chile zurück, stellte in den Elendsvierteln aus und gab den Jugendlichen Malunterricht. Darin bestand die ihm vorgeworfene „Subversion". Er wurde deshalb am 6.7.1980 zu 540 Tagen Verbannung verurteilt mit der Möglichkeit der Verwandlung der Strafe in Ausweisung (Ein Visum für die Ausreise in die BRD lag vor. Am Tag darauf wurde er "abgeholt". Zwei Tage später wurde seine Frau ins Leichenschauhaus gerufen, um die von Messerstichen, Pistolenkugeln und Folterinstrumenten zerfetzte Leiche zu identifizieren. „Man habe ihn in der Maipo-Schlucht gefunden, Mittwochnacht, nein, nähere Auskünfte dürfe man nicht geben."

CNI-Mord in CALAMA

Die Akteuere dieses Stükes sind Gabriel Hernandez Anderson, der Ex-Chef der Geheimpolizei (CNI) von Calama, und der CNI-Agent Eduardo Villanueva. Hernandez begann seine Aussage vor dem Richter in Calama, einer Stadt, in der Wüste im Norden Chiles, mit den Worten: „Eines Tages machte ich im Gespräch mit Villanueva den Vorschlag, eine Bank zu überfallen". Der Banküberfall, der am 10. März 1981 stattfand, kostete das Leben zwei anderer Beteiligter, des Geschäftsführers Guillermo Martinez und des Kassierers Sergio Yanez. Diese hatten „eingewilligt", bei einem „vorgetäuschten" Bankraub, der Teil der CNI-Ermittlungsarbeit gegen Extremisten sein sollte, mit den CNI-Agenten zusammenzuarbeiten. Nach dem Raub von 45 Millionen Pesos (mehr als zwei Millionen DM) brachten die CNI-Agenten ihre beiden „Kollaborateure" in die Wüste, erschossen sie und sprengten die Leichen mit Dynamit. Pressebe-richten zufolge waren der Geschäftsführer und der Kassierer die Bankräuber, die sich offenbar mit dem Geld aus dem Staube gemacht hatten.
Natürlich waren die beiden Bankangestellten nicht die einzigen „Kollaborateure". Der CNI-Chef von Arica, einer Stadt nördlich von Calama, der am 13. Juni „Selbstmord" beging (wahrscheinlich wurde er ermordet), war ebenso eingeweiht wie offenbar einige weitere CNI-Agenten, denen Gabriel Hernandez mit einer Anzeige gedroht hatte. Die anderen acht Personen, die im Zusammenhang mit diesem Vorfall verhaftet wurden, gehören zur kriminellen und Drogen-Szene des Ortes.
Die Bedeutung dieses Falles liegt vor allem in der Publizität, die er in Chile auf sich gezogen hat. Die Agenten von DINA/CNI haben Tausende ermordet und danach „verschwinden" lassen. Sie haben Dutzende von Banken ausgeraubt. Aber solange die Opfer dieses Terrors „Linksextremisten" waren, begnügte sich die Presse damit, zu schweigen oder die Vorfälle als CNI-Beitrag zur Verteidigung der nationalen Sicherheit darzustellen. Daß Mitglieder des CNI ein organisiertes Verbrechen und den Mord an zwei achtbaren Bankangestellten offen zugeben, paßt natürlich nicht in das Konzept regierungsfreundlicher Kreise, die darauf bedacht sind, dem Ausland ein Bild politischer Stabilität zu bieten. Aussagen wie die folgende eines Repräsentanten von Exxon, des größten übernationalen Konzerns, klingt ihnen in den Ohren: „Die Rückkehr zu einer demokratischeren Situation in Chile", sagte er in „Newsweek", „würde für die Wirtschaft ein besseres Klima schaffen."

(Informations-Rundbrief, 27.8.81, Aktion zur Befreiung der politischen Gefangenen in Chile).

Einheit und Fortschritte unter den Linken

Bei einer Zusammenkunft in Havanna im letzten Dezember haben die Führer der linken Parteien Chiles ihren politichen Willen bekräftigt, gemeinsam den Kampf gegen die Diktatur fortzuführen.

Die politischen Erfahrungen haben den Chilenen gezeigt, das es keinen anderen Weg der Befreiung von der Militärdiktatur gibt, als sich im Widerstand unter einer gemeinsamen Führung zu vereinigen, um den Aufstand vorzubereiten. Das wissen die Arbeiter, Bauern, Intellektuellen, die Mittelschicht, die Frauen, alle Chilenen, die demokratisch denken, die von der Basis aus die Einheit der Massenorganisationen und der gegen die Diktatur kämpfenden Kräfte fordern. Sie verstärken den gemeinsamen Kampf, kämpferische Demonstrationen, Landbesetzungen, Streiks und den bewaffneten Widerstand.

Mit dem Treffen in Havanna machten die Parteiführer einen wichtigen Schritt zu einer demokratischen und revolutionären Einheit, die den Hoffnungen der Massen und der Basis der demokratischen Organisationen entspricht (Gewerkschaften, Frauenorganisationen, halblegale Organisationen und bewaffneter Widerstand), die in den letzten Jahren auf den Weg zur Einheit und zum gemeinsamen Kampf weitergekommen ist. Aber es genügt nicht, den politischen Willen zur Einheit und zum offensiven Kampf auszusprechen. Jetzt muß man den politischen Willen in Handlungen umsetzen. Konkrete Einheit im Handeln ist, was das Volk braucht, und von den Führern der demokratischen politischen Kräfte fordert. Die linken Parteien müssen die Spaltungen überwinden, die den gemeinsamen Kampf behindern. Die Führungen der linken Parteien haben ein weiteres Treffen zusammengerufen. Bei diesem zweiten Treffen müssen sie einen historischen Schritt tun, indem sie den bestehenden Willen zu politischer und kämpferischer Einheit in eine Einheit im konkreten Kampf verwandeln.

Gerechtfertigter und Gerechter Aufruhr

Sich gegen das diktatorische Regime aufzulehnen ist nicht nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht. Das Recht zur Rebellion eines Volkes, das unter Hunger und Unterdrückung leidet, ist über all anerkannt. Es hat seinen Platz bei nationalen Befreiungskämpfen, bei Kämpfen um Unabhängigkeit, um gesellschaftliche Revolution. Es ist ein historisches Vermächtnis,das den Fortschritt der Menschheit stimuliert.
Die institutionalisierte Unterdrückung macht dem Chilenischen Volk keine Angst.

Es leistet Widerstand durch gewerkschaftliche Streiks, Mobilisation der Leute auf der Straße, Hungerstreiks der Studenten und politischen Gefangenen, Landbesetzungen, Sendungen des „Radio Liberacion", durch die Volksmilizen, Enteignung von Lebensmitteln und Milch, um sie in den Elendsvierteln zu verteilen, Angriffe auf die Gebäude des Geheimdienstes CNI. Der Kampf auf legaler und illegaler Ebene sind Zeichen der festen Entschlossenheit des chilenischen Volkes,sich seine Freiheit zu erkämpfen.

Wichtigste Quellen: „Hoy," Santiago, Zeitschriften von Exilchilenen: Resistencia, Don Reca, El Rebelde laufende Nummern. Die Welt v. 15.9.1981 .

„Die Regierung tut alles, um der Jugend zu helfen"

Interview mit Herrn Möllinger, Lehrer am Goethe-Gymnasium Emmendingen
Aus der Schülerzeitung „Paradoxon"

Die Vorgänge in Chile, die wir in den Medien verfolgen, veranlaßten uns, Herrn Möllinger, der 5 Jahre in Chile als Schulleiter tätig war, zu interviewen. Wir versprachen uns Aufklärende Information. Hier einige Auszüge (von Herrn Möllinger korrigiert und autorisiert)

PARADOXON (Christian, Siggi, Stefan, Robert): Vielerseits wird behauptet, daß ein großer Teil der chilenischen Bevölkerung in extremer Armut lebt, und ein krasser Unterschied zwischen arm und Reich besteht. Was würden Sie aus Ihrem Erfahrungsbereich sagen?"

MÖLLINGER: Sicherlich gibt es auch in Chile wie überall auf der Welt einen Unterschied zwischen Arm und Reich. Ich kann nur sagen, daß dies auch in Chile vor Pinochet der Fall war. Es steht aber fest, daß der Arme in Chile auf jeden Fall besser lebt, als der Arme in jedem anderen Land Südamerikas, und genug hat. Daß 3/4 der Bevölkerung in großer Armut lebt, ist unwahr. Um dieses Thema überhaupt eingehender besprechen zu können, müßten viele Punkte wie z.B.: Mentalität, Arbeitshaltung, Erziehung etc. betrachtet werden.

PARADOXON: In einem Artikel der BZ stand, daß der Lohn von dem Teil der Bevölkerung, der am Mindestarbeitsprogramm der Regierung teilnimmt, gerade genügt, um umgerechnet täglich 3 Pfund Brot zu kaufen.

MÖLLINGER: Das würde ich als sehr übertrieben bezeichnen. Die Leute leben zwar sehr einfach, haben aber alle zu essen, und auch die Kinder waren alle anständig angezogen. In den letzten Jahren ist viel in der Erziehung getan worden. Dies muß man Pinochet zugute halten. Die Regierung tut alles, um der Jugend etwas zu bieten, und zu helfen.

PARADOXON: Solange man brav und kein linker Ideologe ist und nicht kritisiert.

MÖLLINGER: Daß die chilenische Regierung antimarxistisch ist, ist selbstverständlich. Als Allende am Ende war, war Chile ein Land des Chaos und der Bürgerkrieg drohte. Wenn das Militär nicht eingegriffen hätte, wäre es zum Bürgerkrieg gekommen. Auch Pinochetkritiker geben dies zu.

PARADOXON: Der Widerstand hält jedoch noch bis heute an.

MÖLLINGER: Was heute in Chile an Widerstand gemacht wird, ist ein übler Terrorismus, der ganz eindeutig von marxistischer Seite gesteuert wird.

PARADOXON: Sind soziale Verbesserungen unter Pinochet aufgetreten, und wie kommt die Politik den Bedürfnissen der Bevölkerung entgegen?

MÖLLINGER: Die Augenblickliche Regierung ist erstens daran interessiert, die allgemeinen Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Das Übel ist nur, daß den Armen auf Kosten der Mittelklasse geholfen wird. Es sind erstaunliche wirtschaftliche Verbesserungen gemacht worden.

PARADOXON: Was für einen Platz nehmen die Menschenrechtsverletzungen in der chilenischen Öffentlichkeit bzw. in den Zeitungen ein? Gibt es Fälle, in denen die Leute aus der Nachbarschaft verschwinden? Sickert dies in die Öffentlichkeit, oder wird dies geheim gehalten?

MÖLLINGER: Ich, in meinem Erfahrungsbereich, habe dies nicht erlebt. Es ist aber sicher, daß der Eine oder Andere verschickt wurde, der manchen Stellen nicht mehr genehm war.

PARADOXON: Wie kann es eine Opposition geben, wenn die Folter verbreitet ist und angewandt wird?

MÖLLINGER: Daß gefoltert wird, läßt sich sicherlich nicht bestreiten, aber hier kann man wohl sagen, daß unsere Interpretationen von Folter denen eines südamerikanischen Landes nicht entsprechen.

PARADOXON: Es besteht aber doch ein Unterschied, ob man in einem rauheren Ton mit Verdächtigen umgeht oder ob man z.B. eine Erschießung simuliert. Hier ist ein makabrer Auszug der gängigen Foltermethoden: „Dem Verdächtigen wird eröffnet, daß seine Angehörigen mit Folter bedroht wwrden, daß sexuelle Gewalt gegen seine Frau oder gegen seine Töchter angewandt wird. Er verliert das Zeitgefühl in schalltoten Räumen, elektrische Stromstöße werden ihm durch den Körper gejagt, Wasser wird unter hohem Druck in seine Körperöffnungen gepreßt, Frauen werden vergewaltigt und gequält, brennende Zigaretten werden auf besonders empfindlichen Stellen des Körpers ausgedrückt."

MÖLLINGER: Ich bin der Meinung, daß der Verfasser dieses Artikels viel zu weit gegangen ist; das ist übertrieben.

PARADOXON: Es liegen jedoch medzinische und juristische Beweise von Amnesty International vor, die zwar eine kritische, aber doch glaubwürdige Organisation ist.

MÖLLINGER: Ich war nicht dabei, und kann dies auch nicht aus eigener Erfahrung bestätigen, würde aber gern mal wissen, wie lange der Verfasser in Chile gelebt hat. Ich würde mich hüten, so etwas laut zu behaupten. In Chile kann man so etwas nicht verheimlichen und verbergen. Wenn so etwas jetzt passiert, bin ich absolut dagegen.
Wir dürfen uns nicht einbilden, w i r hätten die Lösung für die Probleme in Chile. Herr Pinochet bildet sich ein, er hätte die Lösung einer neuen Demokratie. Was er unter einer neuen Demokratie versteht, ist vielleicht nicht das, was wir hier unter Demokratie verstehen. Unsere Demokratie ist jedoch nicht die einzige Lösung. Es ist eine Unverschämtheit, daß wir uns anmaßen, in anderer Leute Sachen hineinzureden.

PARADOXON: Pinochet wird jetzt noch Jahre an der Macht sein und kann seine Regierungszeit noch verlängern. Ist dies nicht ein fragwürdiger Weg, um ein Volk zur Demokratie zu erziehen?

MÖLLINGER: Es ist ein Versuch. Schafft es Pinochet nicht, das Land auf Vordermann zu bringen, wird er abgesetzt –, was er auch weiß. Man darf ein südamerikanisches Land nicht mit europäischen Maßstäben messen. Deshalb würde ich auch sagen, daß man in Chile trotz allem freier als in Deutschland leben kann.

Das BMZ streicht dem Bundeskongreß die Gelder

Der mißratene Zögling wird verstoßen

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) hat dem Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), in dem auch unsere Gruppe mitarbeitet, den bisher jährlich gewährten Zuschuß für 1981 verweigert. Der Zuschuß in Höhe von 35.000 DM war für die Durchführung des jährlichen Bundeskongresses, die entwicklungspolitische Bildungsarbeit und die Koordination unter den Mitgliedsgruppen bestimmt. Der Betrag macht mehr als die Hälfte des Etats des BUKO aus. Durch den Fortfall der Fahrtkostenerstattung wird für viele kleine Gruppen die Teilnahme am Bundeskongreß ein Problem.
Als Begründung für die Streichung führte das BMZ den Abdruck des Aufrufs „Waffen für El Salvador", den einige Mitgliedsgruppen des BUKO unterstützten, im FORUM, dem Rundbrief des BUKO an. Er verletze, so das BMZ, den „Grundsatz der Bundesregierung für gewaltlose Lösungen politischer Probleme", die Entwicklungspolitik der Bundesregierung sei „dem Grundsatz friedlicher Konfliktlösung verpflichtet".

DER BUNDESMINISTER FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT

Gesch.-Z.: 201 - E 4003 - 272/81
(Bei Antwort bitte angeben)

5300 Bonn 1,
Karl-Marx-Straße 4-6
Fernsprecher (02 28) 535-599
oder über Vermittlung 535-1
Telex 8 869 452

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Postfach 12 03 22 · 5300 Bonn 1

Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

den 5.08.1981

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihrem Förderungsantrag für das Haushaltsjahr 1981 kann ich leider nicht entsprechen. Die Bedenken gegen eine weitere Förderung des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen aus Mitteln der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit sind durch Ihren Brief vom 15.06.1981 nicht ausgeräumt worden.

Die Förderung von Organisationen, die offen zur Unterstützung bewaffneter Konflikte, etwa durch Spenden für den Kauf von Waffen, aufrufen, ist unvereinbar mit der Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland, die dem Grundsatz friedlicher Konfliktlösung verpflichtet ist.

Laut Impressum ist das "FORUM" der Rundbrief des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen. Das "FORUM" erscheint daher nach außen als Publikatien des Bundeskongresses, gleichgültig wie im Innenverhältnis Kompetenzen eder Verantwortungen verteilt sein mögen. Die Aufrufe in den Heften Nr. 36, 40 und 41 des "FORUM" erscheinen keineswegs nur als "Meinung einzelner Gruppen", was beispielsweise auch daran deutlich wird, daß Sie den Aufruf "Waffen für El Salvader" zur Gestaltung der Umschlagseite von Heft 36 verwandten.

Ich bedaure diese Entwicklung und würde es begrüßen, wenn der Bundeskengreß sich öffentlich von seinem Aufruf zur Gewaltunterstützung durch entsprechende Hinweise im "FORUM" distanzieren und damit eine Wiederaufnahme der Zusammenarbeit mit dem BMZ ermöglichen würde.
Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag
Dr. Schloz

Zur Erinnerung: Entstehung und Entwicklung des BUKO
Bereits Anfang der 70er Jahre hatten verschiedene 3.Welt-Gruppen begonnen, die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen zu intensivieren: um Informationen und Erfahrungen auszutauschen, um Aktionen und die Unterstützung von Projekten zu koordinieren. Ergebnis dieser Bemühungen waren regionale Zusammenschlüsse, z.B. in Baden-Württemberg, Berlin und Bayern, und von Gruppen, die zu bestimmten Ländern arbeiteten (z.B. Chile, Südafrika). Daraus ergab sich logischerweise das Bestreben nach bundesweiter Koordination, konkretes Resultat war 1977 der BUKO 1 in München.
Das BMZ hatte bereits einige Zeit zuvor die bundesweiten Koordinationsbemühungen unterstützt. So hatte es im Juni 1976 20 Gruppen zu einem Gespräch über dieses Thema eingeladen, bei dem auch der damalige Minister Bahr anwesend war. Das BMZ finanzierte inzwischen die 4 Bundeskongresse, die Seminare des BUKO und hatte den Gruppen 1977 Angebote bezüglich der Finanzierung eines nationalen Büros und der dazugehörigen Hauptamtlichen gemacht. Zweck des Versuchs: Der BUKO sollte fürs BMZ die Geldverteilerstelle für alle entwicklungspolitischen Aktionsgruppen werden. Das hätte nicht nur eine Verwaltungsvereinfachung, sondern auch eine gute Möglichkeit bedeutet, auf die 3.Welt-Gruppen politischen Einfluß im Sinne der BMZ-Politik zu üben. Die Gruppen hatten sich nämlich zum Teil zu scharfen Kritikerinnen der BMZ-Politik entwickelt, nachdem viele von ihnen zu Zeiten Epplers diese noch unterstützt hatten.
Bereits BUKO 1 wurde aber in dieser Hinsicht eine Enttäuschung für das BMZ. Es waren Vertreter von 110 Aktionsgruppen erschienen, der Wille zu verstärkter Zusammenarbeit war einhellig. Die ersten „Organe" der Zusammenarbeit wurden geschaffen (Koordinationsausschuß, Seminare, FORUM), allerdings wurde ein fester Dachverband mit zentraler Geschäftsstelle (vorläufig) abgelehnt – zum Teil eindeutig mit dem Hinweis auf die daraus entstehende finanzielle Abhängigkeit vom BMZ. Als Finanzier eines solchen Bundesbüros wäre damals nur das BMZ in Frage gekommen. Einige Gruppen hatten mit dieser Abhängigkeit in der Vergangenheit schon schlechte Erfahrungen gemacht. In einer Resolution wurde außerdem die damalige Anzeigenkampagne des BMZ scharf angegriffen wegen darin enthaltener Falschmeldungen und der durch sie ausgelösten Verstärkung von Vorurteilen.
Auch auf den folgenden Bundeskongressen in Nürnberg (1978), Köln (1979) und Hamburg (1980) wurde eine nationale Geschäftsstelle in Abhängigkeit vom BMZ abgelehnt. Die Gruppen haben versucht, die inzwischen durch die zunehmenden Aufgaben (gemeinsame Kampagnen, Seminare, Projekte) notwendig gewordene Geschäftsführerstelle aus anderen Quellen bzw. teilweise selbst zu finanzieren. Der BUKO 2 verurteilte die neue Anzeigenkampagne des BMZ, BUKO 3 kritisierte die Entwicklungshilfe der Bundesregierung („primär durch die eigenen wirtschaftlichen Interessen bestimmt", „schafft neue Abhängigkeiten und Strukturen der Unfreiheit"). BUKO 4 (1980) forderte Minister Offergeld bzw. die Bundesregierung auf, die Unterstützung des Sobradinho-Staudammes in Brasilien und von Projekten der Agro-Industrie in der 3. Welt aufzugeben. (siehe Berichte in den „blättern" Nr. 66, 75, 82, 91)

Diese Entwicklung des BUKO hat wohl im BMZ, das sich auf den von ihm finanzierten Veranstaltungen immer die Kritik der eigenen Politik anhören mußte, wenig Begeisterung hervorgerufen. Die Kampagne gegen die Pharma-Multis in den 3.Welt-Ländern, deren Beginn von den Gruppen noch für dieses Jahr geplant ist, wurde von BMZ-Vertretern kritisiert. Als billige PR-Agentur hatten sich die Gruppen schon garnicht mißbrauchen lassen. Dies ist m.E. der Hintergrund, auf dem die jetzige Mittelstreichung gesehen werden muß. Der Aufruf „Waffen für El Salvador" war sicherlich ein willkommener Anlaß, den BUKO wieder loszuwerden bzw. ihn zu politischem Wohlverhalten zu zwingen. Dieses „Brückchen" zur Weiterfinanzierung wird auch im letzten Brief des BMZ an den BUKO ausdrücklich gebaut: „Ich . . . würde es begrüßen, wenn der Bundeskongreß sich öffentlich von seinem Aufruf zur Gewaltunterstützung durch entsprechende Hinweise im FORUM distanzieren und damit eine Wiederaufnahme der Zusammenarbeit mit dem BMZ ermöglichen würde."

Nur einige Bemerkungen zur **inhaltlichen „Begründung"** der Mittelstreichung, zu dem „Grundsatz der Bundesregierung für gewaltfreie Lösungen politischer Probleme" und der Behauptung, die Entwicklungspolitik der Bundesregierung sei „dem Grundsatz friedlicher Konfliktlösungen verpflichtet." Man könnte darüber schallend lachen, wenn man nicht wüßte, daß diese Herren genau wissen, wie unverschämt diese Lügen sind. Mit offensichtlicher Billigung dieser Bundesregierung ist die Bundesrepublik heute ein Großwaffenexportland, sie hat die höchsten Zuwachsraten im weltweiten Waffengeschäft aufzuweisen. Der bundesdeutsche Export für schwere Waffen in die 3. Welt ist zwischen 1967/69 und 1975/77 um 990% gestiegen (FR, 3. 4. 81). Die Bundesregierung hat durch das Kriegswaffenkontrollgesetz die Möglichkeit, diese Exporte einzuschränken (siehe dazu die ausführlichen Artikel in den „blättern" Nr. 95). Waffen aus der Bundesrepublik werden heute in vielen bewaffneten Auseinandersetzungen eingesetzt – in den meisten Fällen als Mittel der Unterdrückung, gegen Befreiungsbewegungen, für die Aufrechterhaltung von Ausbeutung und Elend. Offiziere aus Militärdiktaturen sind zu Ausbildungszwecken in der Bundeswehr. Ich erspare mir hier die Aufzählung von Beispielen, sie sind ausreichend bekannt. Gerade auch der Aufstand in El Salvador, für den mit dem beanstandeten Aufruf gesammelt wird, wird unter anderem mit Waffen aus der Bundesrepublik bekämpft (siehe „blätter" Nr. 90, S. 52).

Die Entwicklungspolitik der Bundesregierung trägt durch viele Projekte zur Ausplünderung der jeweiligen Länder bei: durch „Hilfs"-kredite geraten viele Länder noch stärker in Verschuldung; durch „Hilfs"-Projekte wie den Hafen von San Pedro/Elfenbeinküste werden die Voraussetzungen für den Export von Bodenschätzen und Naturreichtümern geschaffen. Dies alles dient keinesfalls der friedlichen Lösung der in diesen Ländern bestehenden Konflikte!

Was ist zu tun?

Die Attacke des BMZ ist ein weiterer Grund, für das Überleben des BUKO zu kämpfen!

1. Vom **BMZ** muß mit Nachdruck verlangt werden, den BUKO auch weiterhin – ohne politische Einflußnahme! – finanziell zu unterstützen, weil er inzwischen ein wichtiges Koordinationsinstrument der Gruppen geworden ist. **Schreibt also** in diesem Sinne (als Einzelpersonen, Gruppen, Institutionen . . .) ans BMZ (Karl Marx-Str., 5300 Bonn) und die Presse und schickt von diesen Schreiben einen Durchschlag an den BUKO, Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50.
2. Die Gruppen müssen sich gleichzeitig verstärkt **nach anderen Finanzierungsmöglichkeiten für den BUKO kümmern.** Selbst wenn das BMZ für 1981 noch einmal nachgeben sollte: Es wird sicher nicht das letzte Mal sein, daß das BMZ die entwicklungspolitischen Aktionsgruppen zu politischem Wohlverhalten zwingen will.

bm

LESERBRIEF

Betr.: „blätter des iz3w", Nr. 95, August 1981, S. 39

Leserinnenbrief, saurer,
zum schlußpunkt unter den militarismusartikeln:

–fuck the army – wie? die armee soll man ficken, sorry, mann? werde ich auch so gefickt von euch? auf daß ich verschwinde, zerstört werde oder so? ist das eure liebe? kommt ihr denn nie aus dem verdammten zirkel heraus:
this is my cock,
this is my gun,
one for killing,
one for fun (us-gi's in vietnam)
„fuck the army" plus bild als euer schlußkommentar zum militarismus – die lebenszerstörerische grundhaltung der männerherrschaft geht weiter – in euch. –

bin sauer über eure gedanken- und gefühllosigkeit.

Helga und Ruth



UMWELT, ROHSTOFFE, DRITTE WELT

Schlechte Aussichten

Global 2000, der Bericht an den Präsidenten der USA

Am 23. Mai 1977 gab USA-Präsident Carter in einer Kongreßbotschaft an das Council on Enviromental Quality (CEQ) und andere Behörden den Auftrag, die „voraussichtlichen Veränderungen der Bevölkerung, der natürlichen Ressourcen und der Umwelt auf der Erde bis zum Ende dieses Jahrhunderts" zu untersuchen. Das Ergebnis erschien in den USA im Juli 1980 mit dem Titel „The Global 2000 Report to the President". Neben dem CEQ waren das Außenministerium, das Innenministerium, zahlreiche Behörden, darunter der Geheimdienst CIA, sowie über 150 Fachleute aus internationalen Organisationen (z.B. Weltbank) und privaten Instituten und Stiftungen (u.a. Rockefeller, ITT, General Motors, Exxon) an der Erstellung der Prognosen beteiligt. Diese sind, was Welternährung und Rohstoffe angeht, ernüchternd, was Bevölkerungsentwicklung und Umwelt anbetrifft, erschreckend. Dabei bleiben einige Fragestellungen – wen wollte das überraschen? – ausgeklammert: wie hängen Nahrungsmittelknappheit und damit Überbevölkerung in Ländern der Dritten Welt mit Bodenbesitzverhältnissen und Exportkulturen zusammen. Dennoch: ein wichtiges Buch für alle, die sich mit Energie-, Umwelt- und Dritte-Welt-Problemen beschäftigen. Die Prognosen aus den einzelnen Studien der 1.500 Seiten umfassenden deutschen Ausgabe sind auf rund hundert Seiten gut lesbar zusammengefaßt.

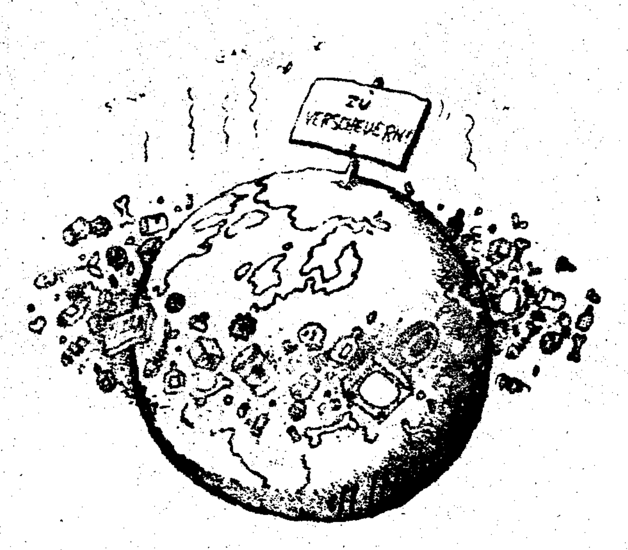
Reinhard Kaiser (Hsg.)
Global 2 000
Der Bericht an den Präsidenten
Verlag Zweitausendeins, Frankfurt 1.508 S., 20,– DM

Voraussetzungen und Methode der Studie

Da an verschiedene zuständige Behörden zunächst der Auftrag erging, Prognosen für die Bereiche Bevölkerungsentwicklung, Ressourcen und Umwelt zu erstellen, war das zentrale methodische Problem der Untersuchung, diese zu einem konsistenten und die Wechselwirkungen berücksichtigenden Bild zusammenzufügen.
So wirkt sich z.B. die Wirtschaftstätigkeit auf die Umwelt, diese langfristig auf die Nahrungsmittelproduktion usw., aus. Die Autoren der Studie sagen selbst, daß ihnen diese Integration nicht oder nur teilweise gelungen ist, und daß die Untersuchung von daher die Tendenz hat, die Probleme, die sich bis zum Jahr 2000 stellen, eher zu u n t e r t r e i b e n.

Drei zentrale Annahmen liegen der Studie zugrunde:

– Erstens: Weltweit ändert sich nichts an der gegenwärtigen Politik der Bevölkerungskontrolle, der Erhaltung natürlicher Ressourcen und des Umweltschutzes.
– Zweitens: Die Übernahme von modernen Technologien schreitet weiter schnell voran, die Steigerung der Ernteerträge ist weiterhin so rasch wie in den letzten Jahren und es kommt insgesamt weltweit weder zu katastrophalen Rückschlägen noch zu revolutionären Fortschritten.
– Drittens: Störungen des Welthandels oder Weltwährungssystems in größerem Ausmaß, politische Konflikte und Kriege bleiben aus.



...denn diese Welt muß unser sein!

Global 2000 zeigt also das Bild der Welt, wie sie sich am Ende dieses Jahrhunderts darstellt bei Beibehaltung der gegenwärtigen Politik und Fortschreibung gegenwärtiger Entwicklungen. Im folgenden wollen wir die wichtigsten Ergebnisse vorstellen und im Anschluß zumindestens ansatzweise einige Kritikpunkte formulieren.

Mexiko – Stadt: 30 Millionen Einwohner

Die Weltbevölkerung soll bis zum Jahre 2 000 von 4,1 Mrd. 1975 auf 6,35 Mrd. zunehmen. Die jährliche Wachstumsrate wird sich dabei lediglich von 1,8 auf 1,7 % verringern. Von diesen 6,3 Mrd. Menschen werden 5 Mrd. in unterentwickelten Ländern leben, das sind 79 % anstelle von 72 % 1975 und 66 % 1950. Zu dem Bevölkerungswachstum wird sich in den UL eine drastische Zunahme der Landflucht gesellen, so daß Mexiko-Stadt mehr als 30 Millionen Einwohner, Bombay, Kairo, Djakarta und Seoul 15 bis 20 Millionen Einwohner haben werden. Die Mehrzahl der Stadtbewohner in den unterentwickelten Ländern wird in „wilden Siedlungen", Slums oder „poblaciones (Chile) leben, was in den o.a. Städten schon für ein Viertel gilt, und dieser Trend beschleunigt sich rasch. Das sind trübe Aussichten, was Abwasserbeseitigung, Wasserversorgung, Gesundheitspflege, Licht, Wohnraum und vor allem auch Arbeitsplätze angeht.

Einkommen: die Schere öffnet sich weiter

Die Größe, die Global 2000 untersucht, um Aussagen über die Einkommensentwicklung in der Welt zu machen, ist das „Bruttosozialprodukt pro Kopf" (Pro-Kopf-BSP), d.h. der Wert aller in einem Jahr erzeugten Güter und Dienstleistungen pro Einwohner des untersuchten Landes. Diese Größe sagt, gerade in den unterentwickelten Ländern, in denen es eine extreme Ungleichheit in der Einkommensverteilung gibt, wenig über das wirkliche Einkommen des größten Teils der Bevölkerung aus. So war es zum Beispiel möglich, daß Anfang der 70er Jahre, als Brasilien sein BSP im Jahr um mehr als 10 % steigern konnte, aufgrund einer immer ungerechteren Einkommensverteilung zur gleichen Zeit das Realeinkommen des überwältigenden Teils der Bevölkerung s a n k. Immerhin gibt das Pro-Kopf-BSP einen Rahmen vor, der insbesondere einen Vergleich zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern und zwischen den unterentwickelten Ländern erlaubt. Demzufolge werden bis zum Jahr 2000 einige unterentwickelte Länder, vor allem in Südamerika ihr Pro-Kopf-BSP erheblich steigern, während andere nur geringfügig oder gar nicht vom Fleck kommen. In Indien, Pakistan und Bangla Desh wird das Pro-Kopf-BSP unter 200 Dollar im Jahr bleiben, die Schere zu den Industrienationen wird sich weiter öffnen.

1,3 Mrd. unterernährte Menschen im Jahr 2 000

Wenn es nicht zu Wetter – oder Klimaverschlechterungen kommt, wird die Weltnahrungsmittelproduktion im Jahr 2000 um 90 % höher liegen als im Jahre 1970, was pro Kopf 15 % Zuwachs ausmacht. Die realen Nahrungsmittelpreise werden sich verdoppeln, insbesondere infolge der verstärkten Erdölabhängigkeit des landwirtschaftlichen Inputs. Der Pro-Kopf-Kalorienverbrauch wird in vielen unterentwickelten Ländern, vor allem in Zentralafrika und Südasien unter dem von der FAO festgesetzten Minimum liegen. Stellt man die ungleiche Einkommens- und Nahrungsmittelverteilung in den unterentwickelten Ländern in Rechnung, so müßte der durchschnittliche nationale Kalorienverbrauch um 10 – 20 % über diesem Wert liegen, damit auch für die Ärmsten eine Aussicht besteht, in etwa an diesen FAO-Wert heranzukommen. Nach Schätzungen der Weltbank wird die Zahl der unterernährten Menschen in den UL von 400-600 Mio, mitte der siebziger Jahre auf 1,3 Mrd. im Jahre 2 000 steigen. Die unterentwickelten Länder werden in stärkerem Maße darauf angewiesen sein, Lebensmittel zu importieren. Global 2000 kommt zu dem Schluß, daß die USA der größte Nahrungsmittelexporteur bleiben werden und gerade für die Ärmsten der Welt zur letzten Hoffnung werden.

Am Ende eines jeden Kapitels findet sich eine Betrachtung darüber, inwieweit sich die gestellte Prognose verändern würde, begönne man eine neue Untersuchung zum Zeitpunkt des Abschlusses der vorgelegten Arbeit. Was die Nahrungsmittelvorausschau anbetrifft, so kommen die Autoren zu dem Ergebnis, daß die Kosten energieintensiver Mittel zur Ertragssteigerung (Kunstdünger, Pestizide, Treibstoffe) erheblich gestiegen sind, während die Erträge langsamer als prognostiziert wachsen, so daß das Ergebnis heute noch bedrückender aussähe.



Der Wald verschwindet

Die Wälder, die heute in Lateinamerika, Afrika, Asien und Ozeanien stehen, werden, sowohl, was Waldflächen als auch den Nutzholzbestand angeht, um 40 % schrumpfen. Zu den größten Verlusten wird es in den tropischen Regenwäldern kommen.

In den unterentwickelten Ländern werden 90 % des benötigten Holzes zum Kochen und Heizen verwendet. Insbesondere in einer Zeit, da andere Energiequellen immer teurer werden (Erdöl), ist Holz eine Lebensnotwendigkeit: der Verlust von Waldgebieten zwingt die Menschen in den unterentwickelten Ländern immer höhere Preise für Brennholz zu zahlen und immer mehr Zeit auf das Sammeln von Holz zu verwenden.

Die ökologischen Folgen der Waldvernichtung sind katastrophal: Bodenerosion und eine Destabilisierung der Wasserzufuhr. Die Versorgung mit Süßwasser wird bis zum Jahr 2000 ohnehin zu einem immer größer werdenden Problem, die Nachfrage wird sich mindestens verdoppeln. Regionale Wasserkanppheit, wie es sie heute schon gibt, wird sich verschlimmern.

Energieprobleme im Jahr 2 000 ungelöst

Jenes Viertel der Menschheit, das in den Industrieländern lebt, wird auch im Jahr 2 000 mehr als drei Viertel der mineralischen Rohstoffe verbrauchen. Immerhin, die Prognosen deuten bei den mineralischen Rohstoffen nicht auf eine Erschöpfung der Ressourcen hin. Die Erschließung neuer Lagerstätten erfordert aber höhere Investitionen als bisher.

Knappheitsprobleme werden dagegen bei den Energieproblemen der Menschheit vorausgesetzt. Zwischen 1970 und 1980 – so ermittelten die „Global"-Forscher zunächst – steige der Weltenergiebedarf um 58 %. Die Erdölproduktion wird noch vor Ende dieses Jahrhunderts ihren Höhepunkt erreichen, bis dahin wird es auch wichtigste Energiequelle bleiben.
Brennholz – das „Öl der armen Leute" – wird sehr viel knapper, 1990 werden 50 % des geschätzten Bedarfs fehlen. Schon heute geben Familien in westafrikanischen Großstädten bis zu 30 % ihres Einkommens für Brennholz aus. Das Ausweichen auf pflanzliche Abfälle und Kuhdung fürs Kochen und Heizen bleibt indes auch nicht ohne Folgen auf die Umwelt: dem Boden werden damit langfristig wertvolle Düngemittel vorenthalten von einer Bevölkerung, die eben nicht in der Lage ist, teure Kunstdünger zu kaufen. Langfristig negative Folgen auf die Nahrungsmittelproduktion sind daher abzusehen.
Die Probleme einer wachsenden Verwendung von Kernenergie bleiben ungelöst. Die Gefahr einer radioaktiven Verseuchung der Umwelt infolge von Kernreaktorunfällen nimmt ebenso zu wie die Möglichkeit einer weiteren Verbreitung von Kernwaffen. Bisher hat keine Nation ein Modellprogramm für eine zufriedenstellende Lagerung radioaktiver Abfälle entwickelt, und die Menge dieser Abfälle steigt rasch an. Während der Lebensdauer der Kernkraftwerke, die bis zum Jahre 2000 wahrscheinlich errichtet werden, fallen voraussichtlich mehrere hunderttausend Tonnen hoch radioaktiver verbrauchter Brennelemente an.

Das ökologische System gerät aus dem Gleichgewicht



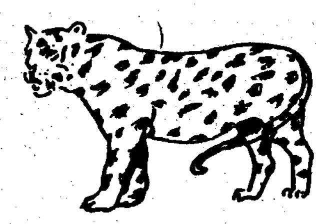
Wüsten auf dem Vormarsch

Durch die Überweidung von Grasland, durch destruktive Anbaupraktiken auf Ackerland und die unkontrollierte Abholzung von Wäldern werden sich die Wüstengebiete um 20 % vergrößern.
Die Produktivität eines beträchtlichen Teils verbleibender landwirtschaftlicher Nutzfläche wird erheblich beeinträchtigt: durch Bodenerosion, Nährstoffverlust; durch zunehmende Versalzung der künstlich bewässerten Böden und des dazu verwendeten Wassers; durch Ausdehnung der Städte, wo oftmals gut bewässertes Schwemmland in leicht abfallenden Flußtälern Städten und Industrieansiedlungen zum Opfer fällt; durch Ernteschäden durch zunehmende Luft- und Wasserverschmutzung und häufige Wasserkanppheiten; durch die Ausbildung biologischer Resistenz gegen die Schädlinge und die wachsende Anfälligkeit genetisch gleichförmiger Monokulturen gegenüber Schädlingen und Krankheiten.

Der Einsatz von Pestiziden wird sich in den unterentwickelten Ländern mindestens vervierfachen, nach den gegenwärtigen Zuwachsraten sogar versechsfachen. Dabei werden zu einem großen Teil langlebige Pestizide (wie das in den meisten Industrieländern bereits verbotene DDT) eingesetzt, da sie billiger sind und in den unterentwickelten Ländern kaum einer Kontrolle unterliegen.

Zunehmende Luftverschmutzung

Sowohl in den Industrieländern als auch in den unterentwickelten Ländern wird die Luftverschmutzung zunehmen. Schon heute zeigen Messungen von Schwefeldioxyd, Staubteilchen, Stickstoffdioxyd und Kohlenmonoxyd in Großstädten der Dritten Welt Werte, die weit über dem von der Weltgesundheitsorganisation als vertretbar erachteten Niveau liegen. Die Fortschritte, die in einigen Industrieländern bei der Bekämpfung der Luftverschmutzung erzielt wurden, sind erneut infragegestellt, wenn wieder verstärkt auf fossile Brennstoffe, vor allem Kohle, zurückgegriffen werden wird. Emissionen von Schwefel – und Stickstoffoxyden sind vor allem deshalb gefährlich, weil durch sie saurer Regen entsteht, was Schäden an Seen, Wäldern, Böden, Ernten, stickstoffbildenden Pflanzen verursacht. So enthielten von 1500 Seen in Südnorwegen mit einem pH von unter 4,3 70 % keine Fische mehr.
Steigende CO_2-Konzentration in der Atmosphäre kann möglicherweise zu einer Erwärmung der Erde führen: ein Abschmelzen der grönländischen und antarktischen Eiskappen wäre die Folge. Zahlreiche Küstenstädte müßten aufgegeben werden. Die Ozonschicht der Atmosphäre, die vor ultravioletten Strahlen schützt, ist in Gefahr, besonders durch den Gebrauch von Spraydosen und durch Kühlaggregate: vermehrter Hautkrebs wäre die Folge.



Aussterben der Pflanzen- und Tierarten

15 – 20 % aller auf der Erde lebenden Arten werden bis zum Jahr 2 000 ausgestorben sein, d.h. zwischen einer halben Million und 2 Millionen Pflanzen- und Tierarten werden vernichtet und verschwinden. Das ist vor allem auf einen Rückgang und die Zerstörung natürlicher Lebensräume sowie die Umweltverschmutzung zurückzuführen.

Phantasievolle Maßnahmen

Die Aussichten, die Global 2000 für die Jahrhundertwende vermittelt, sind düster. Dabei sind nach Meinung der Autoren eine Reihe von grundlegenden Störungen nicht auszuschließen, die im Rahmen der Grundannahmen der Studie nicht in Betracht gezogen worden sind.
Der vorausgesagte reale Anstieg der Nahrungsmittelpreise kann erheblich höher ausfallen, wenn der ressourcenbedingte Inflationsdruck weiter zunimmt. Das ist sogar wahrscheinlich, weil insbesondere der Anstieg der Energiepreise seit Erstellung der Studie erheblich höher ausgefallen ist, als sich die Autoren von Global 2000 vorgestellt hatten. Es wären dann zwar Lebensmittel vorhanden, aber die Armen könnten sie sich noch weniger kaufen, als das heute schon der Fall ist.

Mit der Ausdehnung von Monokulturen wächst die Gefahr von Mißernten. Außerdem sind Klimaverschlechterungen nicht auszuschließen. Eine wachsende Zahl von Menschen wird so unter höheren Nahrungsmittelpreisen oder gar Hungersnöten zu leiden haben.
Es kann zu einer Verschärfung zwischenstaatlicher Konflikte kommen, z.B. in der Auseinandersetzung um das immer knapper werdende Süßwasser, etwa die Flüsse Plata (Brasilien, Argentinien), den Euphrat (Syrien, Irak) oder den Ganges (Bangla-Desh, Indien). Das offensichtliche Ende der Entspannungspolitik seit Beginn der Regierung Reagan mit immer bedrohlich werdender Rüstung und den daraus folgenden zunehmenden Gefahren für Frieden, Ressourcen und Umwelt, waren für die Autoren von Global 2000 nicht vorherzusehen und von ihren Prämissen her ohnehin nicht in Betracht gezogen.
Zum Schluß ihrer Betrachtung gehen sie nochmal auf die Bevölkerungsentwicklung ein und warnen vor einem möglichen Teufelskreis: Eine Verschlechterung der Umweltverhältnisse, verursacht durch Überbevölkerung, schafft Lebensbedingungen, unter denen ein Absinken der Geburtenrate nicht zu erreichen ist, was wiederum mehr Überbevölkerung produziert. Es könnte aber auch der Fall eintreten, daß sich das Bevölkerungswachstum aus anderen Gründen als dem Absinken der Geburtenrate verlangsamt: die relativen Verbesserungen, was Gesundheitsversorgung und Lebenserwartung anbetrifft, könnten in den am stärksten belasteten unterentwickelten Ländern gestoppt werden. Hunger und Krankheit würden mehr Menschenleben fordern, vor allem unter Babys und Kleinkindern. Von denen, die überlebten, würde eine wachsende Zahl körperlich und geistig behindert sein.
Die Zeit, die zum Handeln bleibt, so mahnen die Autoren von Global 2000, geht zu Ende: mutige und phantasievolle Maßnahmen in Entwicklungspolitik, Umgang mit Ressourcen und zum Schutz der Umwelt seien notwendig.

Global 2000: Handschrift der USA-Multis

Kein Zweifel: Global 2000 enthält wichtige Prognosen und es ist ein nützliches statistisches Nachschlagewerk für alle aus der Umwelt- und Dritte-Welt-Bewegung. Dennoch verraten gerade die Aussagen über Übervölkerung und Nahrungsmittelknappheit die Handschrift der an der Ausarbeitung der Studie beteiligten USA-Multis. Der folgenden Diskussion der Aussagen von Global 2000 liegen vor allem die „Zehn Legenden um den Hunger in der Welt" von Frances Moore Lappe und Joseph Collins zugrunde.[1]



Die Menschen hungern nicht aus Knappheit an Nahrungsmitteln

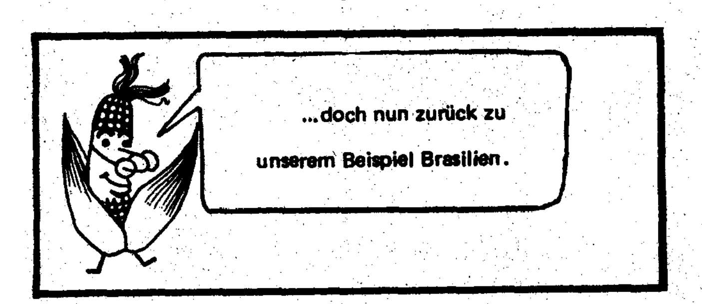
Collins und Moore-Lappé weisen nach, daß die Ursache für den Hunger in der Welt nicht die Knappheit von Nahrungsmitten ist, und daß sogar zur Zeit der Nahrungsmittelkrise zu Beginn der siebziger Jahre genug Nahrungsmittel zur Verfügung standen, um jedem Erdenbürger 3 000 Kalorien pro Tag zuzuführen. 86 % aller Menschen in den UL leben in Gebieten, in denen in den letzten 20 Jahren der Zuwachs der Nahrungsmittelproduktion mit dem Bevölkerungswachstum schritthielt oder es sogar noch übertraf. Gerade die Länder, die Global 2000 als auf Nahrungsmittelimporte abhängig auszeichnet, sind landwirtschaftliche Exportländer. Besonders kraß ist das Beispiel der Sahel-Zone während der großen Trockenheit zu Beginn der siebziger Jahre: während der Hunger sich ausbreitete, wuchs in Mali der Export von Baumwolle zwischen 1966 und 1972 um 400 %. 14,5 Millionen kg Gemüse wurden im Dürrejahr 1971 aus dem Sahel exportiert, vor allem nach Europa. Wüstenausbreitung und Unterernährung sind also keine Folge widriger Witterungsverhältnisse, sondern einer Landwirtschaft, deren Erträge nur einer kleinen Minderheit zugute kommen, während die Ernährungssituation der Bevölkerungsmehrheit sich verschlechtert, da ihre Kaufkraft nicht ausreicht.

Der Mythos der Übervölkerung

China hat pro Person kaum die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche von Indien; trotzdem ist es China gelungen, sichtbare Unterernährung auszumerzen. Eine zentrale These von Global 2000 ist der befürchtete Teufelskreis aus Übervölkerung, Zerstörung der ökologischen Basis, Nahrungsmittelknappheit und weiterer Übervölkerung: Zum Beispiel die Bebauung und Zerstörung empfindlicher und erosionsgefährdeter Böden. In El Salvador, das zum größten Teil aus steilen Bergen besteht, gehören die fruchtbarsten Böden auf den weniger steilen vulkanischen Hängen seit der spanischen Eroberung einer Hand voll Großgrundbesitzern, die dieses Land ausschließlich für Exportkulturen wie Baumwolle, Zucker und Kaffee und als Weideland für Rinder benutzen, die ebenfalls zum großen Teil in die USA exportiert werden. Etwa 350.000 arme Campesinos hingegen müssen sich mit den verbleibenden, stark erosionsgefährdeten Steilhängen begnügen, sind gezwungen durch Brandrodung den Wald in den Bergen immer stärker zurückzudrängen, da sie ihre Äcker an den Hängen oft nach einem mageren Jahresertrag schon wieder aufgeben müssen.
In Brasilien gehören nur einem Prozent der Farmen 43 Prozent des bebaubaren Landes. 50 Prozent aller Farmen teilen sich weniger als drei Prozent des bebaubaren Landes. Über sieben Millionen ländliche Familien besitzen überhaupt kein Land.
Um der Forderung nach einer demokratischen Landreform entgegenzuwirken, begann die brasilianische Militärdiktatur, die arme Landbevölkerung in das Amazonasgebiet umzusiedeln – erinnern wir uns an dieser Stelle daran, daß Global 2000 die größten Waldverluste für den tropischen Regenwald vorausgesagt hat. Tatsächlich haben aber nur wenige Tausende landloser Bauern irgendwelches Land erhalten. In der Zwischenzeit bekommen multinationale Unternehmen wie Anderson Clayton, Goodyear, Volkswagen, Nestle, Mitsubishi u.a. massive Regierungssubventionen, um Hunderte

Millionen Hektar Wald zu palnieren. Auf dem so gewonnenen Land wird Vieh für den Export nach Europa, Japan und USA gezüchtet. In diesem Fall, so müßte man Global 2000 ergänzend hinzufügen, waren es also nicht die holzsammelnden Armen, die die ökologische Basis unserer Welt zerstören.

Eine der Grundannahmen von Global 2000 war, daß die ‚Steigerung der Nahrungsmittelproduktion' aufgrund kapitalintensiver Inputs sich bis zum Jahr 2000 in gleichem Maße wie bisher fortsetzen werde, einschließlich der Phase der „Grünen Revolution". Die Grüne Revolution in den 60er Jahren vor allem, war eine Phase des Übergangs zum kapitalistischen Großbetrieb in der Dritten Welt, mit intensivem Einsatz von Maschinen, Düngemitteln etc.
Collins und Moore-Lappe räumen nun mit dem Mythos auf, daß kapitalistische Großbetriebe effektiver seien als Minifundien (tatsächlich arbeiten Minifundien aufgrund der Verzweiflung ihrer Lag e mit knappen Ressourcen effektiver), und daß Produktionssteigerungen nur mit teurem und energieaufwendigem Kunstdünger zu erreichen seien. Sie verweisen auf die Bedeutung des Mischanbaus in der richtigen Fruchtfolge, bei der dem Boden durch Anbau von Hülsenfrüchten Stickstoff zugeführt wird.
Zentrale These der beiden Autoren ist, daß alle Entwicklungsländer sich selbst ernähren könnten, wenn die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, die die Armen daran hindern, ausreichend Nahrung für den eigenen Bedarf zu produzieren, durch eine von den Betroffenen selbst getragene Landreform beseitigt werden. Diese Aussage ist durch die in der Arbeit angeführten Beispiele gut belegt.
Die Autoren von Global 2000 konnten aufgrund ihrer Zusammensetzung und ihres Auftraggebers nicht zu einem solchen Ergebnis kommen: für sie ist die letzte Hoffnung der Armen in der Dritten Welt der Nahrungsmittelexport der USA.



„Nahrungsmittelhilfe" der USA für Länder der Dritten Welt ist nicht neu. Im Jahre 1954 wurde in den USA ein Gesetz verabschiedet, aufgrund dessen „befreundeten Regierungen" über billige, langfristige Dollarkredite die Einfuhr amerikanischer Agrarprodukte ermöglicht werden sollte. Im Rahmen dieses „Food for Peace" genannten Programms kamen amerikanische Weizenlieferungen nach Brasilien und verhalfen der Stadtbevölkerung des Landes zu billigem Brot. Die brasilianischen Bauern jedoch, hoffnungslos unterboten, gaben den Weizenanbau auf, der einst blühende Staat Rio Grande do Sul verelendete. Brasilien konnte 20 Jahre nach „Food for Peace" und der Ausrottung seines eigenen Weizenanbaus nicht wieder autark werden. Über 600 Millionen Dollar mußten allein 1976 für Weizenimporte ausgegeben werden – das Land kann sich trotz immenser Anbauflächen nicht selbst ernähren.[2]
Eine tiefergreifende Analyse der Ursachen von Unterernährung und Umweltzerstörung hätten die Autoren von Global 2000 aber zu der Frage bringen müssen, wieweit USA-Politik und multinationale Konzerne diese mit verursachen.

ARBEITS- und STUDIENAUFENTHALTE in ENTWICKLUNGSLÄNDERN (ASA-Programm)

Das ASA-Programm will entwicklungspolitisch interessierten, fachlich qualifizierten Studenten und Jungakademikern aller Fachrichtungen Arbeits- und Studienaufenthalte in Entwicklungsländern ermöglichen. Bewerbungen können sich deutsche Staatsangehörige sowie in der Bundesrepublik Deutschland studierende Ausländer (letzere in der Regel nur für Vorhaben in ihrem Heimatland). Das Mindestalter zum Zeitpunkt der Bewerbung ist 21 Jahre. Es sind gute Kenntnisse der Verkehrssprache des Gastlandes erforderlich.
Die Ausreise der Teilnehmer von ASA 1982 erfolgt in den Sommersemesterferien, frühestens aber im Mai 1982. In der Vorbereitungszeit (ab Dezember 1981) beschäftigen sie sich im Selbststudium, durch eine länderkundliche Arbeit und auf Vorbereitungsseminaren intensiv mit den ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Fragen des betreffenden Gastlandes sowie mit den speziellen Problemen des ausgewählten Vorhabens.
Das ASA-Programm erfordert viel Zeit und Energie sowie Bereitschaft zu aktiver Kooperation. Von den Teilnehmrn wird erwartet, daß sie sich auch nach diesem Auslandsaufenthalt entwicklungspolitisch engagieren.
Informationsmaterial und Bewerbungsunterlagen sind kostenlos erhältlich bei der
KÜBEL-STIFTUNG GGMBH
ASA-Programm
Darmstädter Straße 100, 6140 Bensheim 1
Telefon: 06251/71001

Bewerbungen für ASA 1982 müssen bis spätestens 19. November bei der Kübel-Stiftung eingegangen sein.

Phantasie

Phantasie zur Lösung der anstehenden Probleme hatten die Autoren von Global 2000 gefordert. Offenbar hatte ihre eigene Phantasie nicht ausgereicht, die phantastischen Begründungen einer Regierung Reagan zu erahnen.
„Nach Aussagen des stellvertretenden US-Botschafters bei den Vereinten Nationen Kenneth Adelman, werden die USA ihre Entwicklungshilfe kürzen, weil unter anderem die Völker der Dritten Welt sowieso an Armut gewöhnt seien." (Frankfurter Rundschau, 6.8.1981)
Schöne Aussichten!

chk

-----

1) Frances Moore Lappe & Joseph Collins. Zehn Legenden um den Hunger in der Welt. Herausgeber: Erklärung von Bern, Zürich und Aktion Dritte Welt, 7800 Freiburg
95 S., 2,50 DM, erhältlich bei Aktion Dritte Welt.

2) nach: Kurt Rudolf Mirow, Die Diktatur der Kartelle, Reinbeck bei Hamburg 1978

Global Future - Es ist Zeit zum Handeln

Auf einer Pressekonferenz am 1. September in Bonn stellte das Freiburger Öko-Institut der bundesdeutschen Öffentlichkeit die Fortsetzung von „Global 2000" vor: „Global Future – Es ist Zeit zum Handeln". „Global Future" wurde noch von der Carter-Regierung in Auftrag gegeben, und verschwand seither in den schubladen der Reagan-Administration, die jede Veröffentlichung und Diskussion des Berichts bisher ver mieden hat. Global Future ist ein Handlungsprogramm, das, ausgehend von den in Global 2000 erstellten Prognosen und einer Definition us-amerikanischer Interessen, Empfehlungen gibt, was zu tun sei, um die sich anbahnenden Katastrophen zu verhindern. Mit der Veröffentlichung von Global Future will das Feiburger Öko-Institut die öffentliche Diskussion um Fragen der Bevölkerungsentwicklung, Rohstoffe, Entwicklungspolitik und Umwelo in der Bundesrepublik vorantreiben; mehr noch: ein gleichzeitig vom Öko-Institut vorgelegter „ Aktionskatalog '81" richtet konkrete Forderungen an die Bundesregierung, Global 2000 und Global Future im Bundestag zu diskutieren und ihrerseits ein Programm angesichts der sich anbahnenden bedrohlichen Entwicklung zu entwickeln.

Armin Bechmann, Gerd Michelsen (Hrsg.)
Global Future – Es ist Zeit zum Handeln
(erschienen im: Dreisam Verlag, Freiburg 1981;
192 S., DM 10,–)

Als Interessen der USA wird in Global Future definiert: Verringerung der Gefahr sozialer Unruhen und politischer Instabilität, Abwendung internationaler Konflikte, Kontrolle von Land und Ressourcen sowie massiver Wanderungsbewegungen von „Umweltflüchtlingen", sowie Verhinderung von Verschlechterungen des allgemeinen Wohlstandes sowie des Welthandels.

Die Aktionsvorschläge, die Global Future macht, lassen sich im wesentlichen in zwei Punkten zusammenfassen:

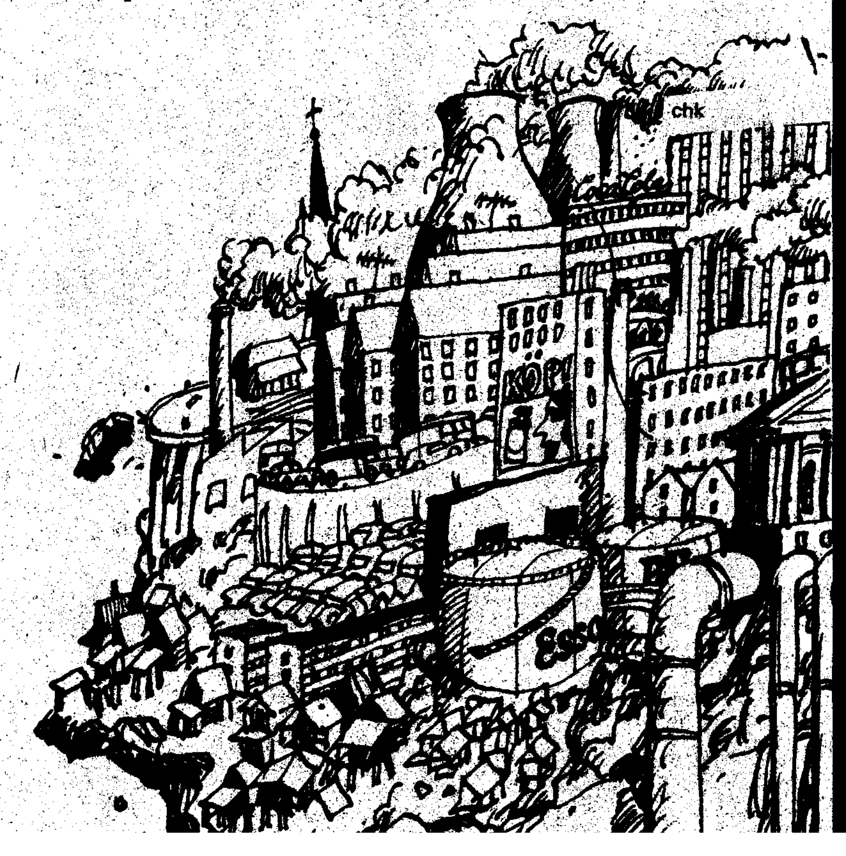
– erstens, eine deutliche Erhöhung der Entwicklungshilfe der USA, der anderen Industrie-, sowie der Öl-länder
– Internationale Konferenzen, Ausbau und Unterstützung internationaler Organisationen und Programme, sowie Schaffung neuer amerikanischer Bundesbehörden zur Koordination öffentlicher und privater Initiativen in den Bereichen Bevölkerungsentwicklung, Ressourcenerhalt und Umweltschutz.

Die Kritikpunkte, wie wir sie in unserem obigen Beitrag über Global 2000 formuliert haben, finden sich bei der Lektüre von Global Future mehr als bestätigt: während wir in Global 2000 nur die Nichterwähnung von amerikanischen Großmacht (und Konzern-)Interessen konstatieren konnten, werden diese in Global Future gleichsam positiv formuliert: Auf Seite 30 heißt es: „Die USA ziehen einen großen Nutzen aus dem Handel mit Entwicklungsländern. Mehr als ein Drittel der Exporte gehen an sie ... Etwa 800.000 Arbeitsplätze in der amerikanischen Industrie hängen allein von Entwicklungsländern ab, und die Hälfte der landwirtschaftlichen Exporte gehen dorthin." Weiter unten: „Wenn die Nahrungsmittelproduktion irgendwo in der Welt sinkt, kann (in guten Zeiten) der US-Handel blühen."

Hauptziel, bereits oben erwähnt und im Bericht oft wiederholt, ist daher auch die Verringerung der Gefahr sozialer Unruhen und politischer Instabilität.

Für die Zerstörung der Umwelt in der Dritten Welt werden vor allem die Armen verantwortlich gemacht, deren Verhalten aber verständnisvoll entschuldigt wird: „Menschen, die keine andere Überlebenschance haben, bauen ihre Früchte auf geringwertigem Boden an, der bald abgeschwemmt wird, lassen ihre Herden auf Flächen weiden, die sich durch Übernutzung in Wüsten verwandeln, fällen Bäume, die zur Stabilisierung des Bodens und zur Wasserrückhaltung benötigt werden und verbrennen Dung, der zur Bodenverbesserung landwirtschaftlicher Nutzflächen gebraucht wird." Kein Wort über die Rodung tropischen Urwaldes durch multinationale Konzerne; im Gegenteil, die Bemühungen der Geschäftswelt werden positiv erwähnt, wenn es um Umweltschutz, Bevölkerungskontrolle u.dgl. m. geht." Im allgemeinen sind die Empfehlungen des Berichts erste Schritte auf dem Weg dessen, was getan werden muß, Anstrengungen, die verdoppelt ... und um ein Vielfaches auf andere Nationen und internationale private Organisationen, Geschäftswelt und Industrie ausgedehnt werden müssen. An der Stelle der US-Regierung, an der über die geschilderten Probleme entschieden wird, ist eine 'führende Hand' von entscheidender Bedeutung – nicht nur für die Koordination, sondern auch zum Erhalt politischer Macht." Hier ist es also offen ausgesprochen, worum es den Autoren von Global Future vor allem geht: den Erhalt politischer Macht, d.h. Vor-Macht der USA.

Bei solch ostentativer Vertretung von Großmachtinteressen der USA in Global Future verwundert es nicht, wenn Peter Haas vom Berliner Institut für Zukunftsforschung von einem „Anti-Öko-Buch" (taz, 15.9.81) spricht. Und dennoch: Wenn Global Future zusammen mit dem Öko-Institut vorgelegten Aktionskatalog '81 zu einer breiten öffentlichen Diskussion um Dritte Welt, Ressourcen und Umwelt führt, dann könnte seine Veröffentlichung zu einem „Markstein für die Umweltdiskussion in der Bundesrepublik Deutschland" (Bechmann/Michelsen) werden.



REZENSION

Atombomben für die Dritte Welt

Das deutsch-argentinische Atomgeschäft – ein wichtiger Beitrag über den Zusammenhang von Atomgeschäft, Rüstung und Dritte Welt [1]

Vom 6. bis 9. Oktober findet in Basel die „NUCLEX'81" statt. Diese bedeutedste internationale Messe der Atomindustrie, auf der nahezu sämtliche Firmen der Welt vertreten sind, die Atomtechnologie produzieren oder damit handeln, trifft sich dann ausgerechnet in einer Stadt, deren Regierung den expliziten Volksauftrag hat, sich mit allen Mitteln gegen den Bau von Atomkraftwerken in der Region einzusetzen.

Diese Mißachtung des Volkswillens weist auf die gegenwärtige Strategie der Elektromultis im Atomgeschäft hin: durch den Export von Atomtechnologie in Militärdiktaturen in der Dritten Welt werden nicht nur riesige Geschäfte mit Ländern gemacht, die Atomkraftwerke weder brauchen noch verkraften, sondern durch die Weiterentwicklung und den Weiterexport dieser Technologien aus diesen Militärdiktaturen entziehen sie sich endgültig jeder demokratischen Öffentlichkeit und Kontrolle. So wird es möglich, daß die bundesdeutsche KWU in Argentinien die Voraussetzungen für den Bau der Atombombe schafft, ohne gegen die 1954 feierlich verkündete Selbstverpflichtung der BRD zu verstoßen „auf eigenem Boden" keine Atomwaffen herzustellen.

Das „Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika" in Berlin hat innerhalb eines Jahres zwei Broschüren über „Das deutsch-brasilianische Bombengeschäft" (Sondernummer der Lateinamerikanachrichten 1980) und das deutsch-argentinische Atomgeschäft veröffentlicht, von denen insbesondere in der letzten der Nachweis erbracht wird, daß die so oft bedeuerte Trennung von „friedlicher" und „militärischer" Nutzung ein Mythos ist: eine wichtige Lektüre für alle aus de Anti-AKW, Friedens- und Dritte-Welt-Bewegung.

Der Griff nach der Bombe –
Das deutsch-argentinische Atomgeschäft
FDCL, Berlin 1981, 143 S., 6,50 DM
Bestelladresse: FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12

Milliardengeschäfte

Der Auftrag zum Bau des argentinischen Atomkraftwerkes Atucha II war der größte einzelne Exportauftrag an ein Unternehmen der BRD (Kraftwerksunion, Siemens) im Jahre 1980. Dieser Erfolg war für die KWU um so wichtiger, als sie ihren Weltmarktanteil durch das Debakel im Iran und Pannen in Brasilien 1979 zunehmend schwinden sah. Tatsächlich mutet das deutsch-brasilianische Atomgeschäft aus dem Jahre 1975, wie die Autoren des FDCL in der Sondernummer über Brasilien zeigen konnten, wie ein gigantischer, böser Schildbürgerstreich an:



– **Brasilien braucht keine neuen Energiequellen:**
51.000 Megawatt betrug der Spitzenbedarf der bundesdeutschen Elektrizitätsverbraucher im Jahre 1979. Die bisherige Bestandsaufnahme des Wasserkraftpotentials Brasiliens ergibt dagegen 216.000 Megawatt, die Erzeugung von Strom aus Wasserkraft könnte bis zum Jahr 2000 um jährlich mehr als 10 % gesteigert werden. Das wäre billiger, könnte von nationalen Unternehmen bewerkstelligt werden, und die Risiken der AKWs blieben Brasilien erspart.

– **Brasilien kann das Atomgeschäft nicht bezahlen:**
Ende 1979 schloß die brasilianische Zahlungsbilanz mit einem Loch von 100 Milliarden DM ab. Das ist der absolute Verschuldungsrekord in der brasilianischen und vielleicht in der Geschichte eines Landes der Dritten Welt überhaupt. Derweil waren die Kosten des urprünglich auf 12 Milliarden veranschlagten Atomgeschäfts auf 60 Mrd. angestiegen.

– **AKW auf Sand gebaut:**
Das deutsche AKW rid in Nachbarschaft des ersten brasilianischen Reaktors Angra I (Westinghouse) errichtet. Die geologische Formation, auf der der Reaktor steht, ist so schwach, daß das Turbinenhaus in Richtung Meer wandert: in 3 Monaten 6 cm. Dieser „Strand des faulen Steins", wie er in der Indianersprache heißt, liegt zu allem Überdruß noch in dem einzigen erdbebengefährdeten Gebiet Brasiliens: das letzte Beben 1967 war nur 25 km vom Reaktor entfernt.

Kein Wunder also, daß die Opposition gegen das Geschäft in Brasilien bis in die Reihen der Regierung angewachsen ist, und daß Brasilien in zunehmende Zahlungsschwierigkeiten kam. So gibt es Vermutungen darüber, daß die langwierige öffentliche Diskussion darüber, ob zur Absicherung des auf Sand gebauten AKWs nun 1600 oder 1640 Betonpfähle nötig seien (jeder 50 m lang und 2 m breit) ein Versuch der Brasilianer darstellt, das Geschäft mit der KWU hinauszuzögern.

Die argentinische Junta konnte bei ihrem Milliardengeschäft zwischen zwei Angeboten wählen – und sie entschied sich für das teuere. Neben dem der KWU gab es ein kanadisches Angebot über einen „CANDU"-Reaktor, das immerhin ein Drittel billiger gewesen wäre. (Ein Reaktor dieses Typs hatte in Indien schon die Voraussetzungen für die Zündung der ersten indischen Atombombe 1974 geschaffen).

Die Verhinderung des CANDU-Geschäftes mag u.a. auch ein Erfolg internationaler Gewerkschaftssolidarität sein: unter Hinweis auf die Menschenrechtsverletzungen und die Unterdrückung gewerkschaftlicher Rechte in Argentinien blockierten kanadische Hafenarbeiter die Auslieferung schweren Wassers an Argentinien – unter Führung eines Komitees „Hot Cargo – No Candu for Argentina".

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, daß die Berliner Autoren des deutsch-argentinischen Atomgeschäftes in mehreren Hintergrundartikeln dieses in Beziehung setzen zur Unterdrückung und aggresiven Wirtschafts- und Außenpolitik Argentiniens seit der Machtübernahme der Junta 1976.



Produktion in und Export aus Ländern der Dritten Welt

Wie schon an der brasilianischen NUCLEP hat die KWU sich an dem argentinischen Atomunternehmen CNEA mit 25 % am Kapital beteiligt; der technologische und personelle Einfluß ist aber erheblich größer. Durch die bilateralen Verträge beider Länder mit den übrigen Staaten Lateinamerikas hat sich die KWU den lateinamerikanischen Markt gesichert. Von Brasilien und Argentinien werden deutsche Atomtechnologie und Anlagen weiter exportiert. Für uns ist diese Tatsache aus zweierlei Gründen von Bedeutung: erstens, durch die geplante Produktion und durch den Export aus diesen Militärdiktaturen entziehen sich die Atommultis einer demokratischen Öffentlichkeit; zweitens führt die Atomindustrie ihr eigenes und von der Bundesregierung allzugern wiederholtes Argument ad absurdum, h i e r würden durch die Atomgeschäfte Arbeitsplätze geschaffen oder erhalten.

Erklärung des 3. bundesweiten Treffens der freien Radios (Freundeskreise, Redaktionen)

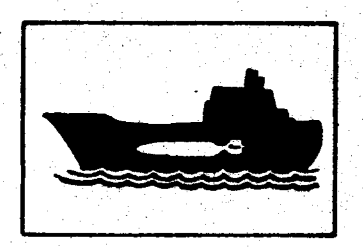
- Wir fordern, daß alle Personen und Gruppen die Möglichkeit haben, über Probleme und Auseinandersetzungen, die sie betreffen, Sendungen in Freien Radios zu machen und auszustrahlen. Dies soll ohne Ermächtigung, Kontrolle oder Zensur durch Staat, Parteien, Verbände oder Kommerz geschehen. Vorrang haben dabei solche Personen und Gruppen, die normalerweise in den Medien kaum oder nicht zu Wort kommen.
- Freie Radios sind kein Privateigentum, sondern unterliegen der Verfügung aller aktiven HörerInnen (z.B. HörerInnen-Versammlung), wodurch eine direkte gesellschaftliche Kontrolle gewährleistet ist. Parteien und Verbände können daher kein Freies Radio betreiben.
- Freie Radios wenden sich gegen jede kommerzielle Werbung oder Parteipropaganda sowie gegen jede Art der Vermarktung von Nachrichten oder Handel mit Programmen.
- Freie Radios haben ihren Wirkungsbereich im lokalen und regionalen Raum. Ihre Sendeleistung ist entsprechend begrenzt. Das ermöglicht die Einrichtung von vielen unabhängigen lokalen oder regionalen Sendern mit direktem Zugriff durch die HörerInnen.
- Die Freien Radios erarbeiten die technischen und organisatorischen Regeln ihrer störungsfreien Zusammenarbeit selbst, einschließlich der Verteilung von Frequenzen, Sendeleistungen und Sendezeiten.
- Die Freien Radios können aufzeigen, was im öffentlich-rechtlichen Rundfunk schon alles durch Anpassung an Staat, Parteien und Kommerzialisierung abgeschnitten worden ist. Insoweit können Freie Radios die MitarbeiterInnen in den Anstalten unterstützen, die sih den aufrechten Gang bewahrt haben.
- Wir warten nicht darauf, daß irgendjemand unsere Wünsche erfüllt, wir haben schon mal angefangen und zwar

Radio Dreyeckland, Dreyeckland	Do 19.45 101 – 104 MHz
Radio Eulenspiegel, Braunschweig	Mi 17.00 101 MHz
Radio Fledermaus, Münster	Mi 19.00 101 MHz
Radio Pflasterstein, Göttingen	Mi 19.30 102 MHz
Radio Querfunk, Hamburg	Mi 18.45 102 MHz
Radio Saarbrücken, Saarbrücken	sendet ab 10.81
Radio Wahnsinn, Köln	sendet unregelmäßig
Radio Wellenbrecher, Konstanz	Fr 19.00 100 – 104 MHz
Radio Zebra, Bremen	Mi 18.45 104 MHz

Freiburg, den 13. September 1981

Eine Trennung von „friedlicher" und kriegerischer Atomtechnologie ist nicht möglich!

Die Autoren zeigen, daß das argentinische Atomprogramm seit seinem Bestehen in den Händen der Militärs ist, die es seit Errichtung ihrer blutigen Diktatur noch beschleunigt haben. Angesichts ihrer unverhüllten Absicht, Plutonium für Sprengkörper zu „friedlichen Zwecken" zu produzieren und ihrer beharrlichen Weigerung, den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen, ist die vorgesehene Lieferung des Natururan-Reaktors Atucha II und dreier weiterer Reaktoren durch KWU ein direkter Beitrag zur argentinischen Atombombe. Ein wichtiges Element in dem dazu benötigten Brennstoffkreislauf ist eine Anlage zur Produktion von schwerem Wasser, die ursprünglich auch von den Deutschen geliefert werden sollte. Unter dem Vorwand die Weitergabe von Atomwaffen verhindern zu wollen, stellten sich die USA gegen das deutsch-argentinische Atomgeschäft, gerade unter Hinweis auf die Schwerwasseranlage. Hier sprang die Schweizer Firma SULZER in die Bresche: sie liefert nun die Schwerwasseranlage, und die BRD vermied den offenen Konflikt mit den USA. Die Unwirksamkeit der von der Bundesregierung ausgehandelten Kontrollbedingungen wird in der Broschüre ausführlich dargestellt. Überhaupt hat keines der sogenannten atomaren Schwellenländer (Brasilien, Indien, Israel, Pakistan, Spanien oder Südafrika) den Atomsperrvertrag unterzeichnet. Die internationale Überwachung ist ungenügend und hilflos:
Nach amerikanischen nachrichtendienstlichen Ermittlungen sollen 1975 50 kg (!) Plutonium aus Atucha I für unbekannte Zwecke abdisponiert worden sein. Das würde für 10 Hiroshima-Bomben reichen – keine internationale Kontrollorganisation hat eingegriffen.
Der Konflikt mit Chile, wo es 1978 beinahe zu einem Krieg um den Beagle-Kanal gekommen wäre, macht Argentinien zu einem Spannungsgebiet. So gehört auch eine Darstellung des Waffenhandels der BRD mit Argentinien in den Rahmen der Wirtschaftsbeziehungen beider Länder, von denen das Atomgeschäft nur ein Teil ist.



Die deutsche Bombe

Am 10. August 1944 trafen sich im Hotel „Maison Rouge" im besetzten Straßburg Industrie- und Forschungskader des Dritten Reiches, um zu beraten, wie die Atom- und Raketenforschung und die daran beteiligten Persönlichkeiten „für Deutschland" gerettet werden könnten. Zu diesem Zeitpunkt war klar, daß Hitler den Krieg verlieren würde und die atomare „Geheimwaffe" nicht mehr rechtzeitig würde gebaut werden können. Mehr als 500 Millionen Dollar aus SS-Beständen wurden locker gemacht, um das Exil der prominenten Nazis und die Kontinuität ihrer Arbeit sicherzustellen.

Die Berliner Autoren des deutsch-argentinischen Atomgeschäftes weisen nun mit Akribie nach, wer, wann, wo wieder aufgetaucht ist: eine lange Liste von heute einflußreichen Leuten mit dunkler Vergangenheit.
Als Franz Joseph Strauss, erster Atomminister der BRD 1955 Kader für die ersten Entwicklungen deutscher Kernenergie zusammenstellte, konnte er auf Nazi-Wissenschaftler und Betriebsführer zurückgreifen; der Grundstein für die heutige Atomlobby in der BRD war gelegt.
Von denen, die mit der 500-Millionen-Dollar-Unterstützung in die Dritte Welt geflohen waren, tauchten einige in führenden Positionen wieder auf: in Südafrika, Brasilien oder Argentinien. Der Gründer des argentinischen Atomforschungszentrums Bariloche ist ebenso ein alter Nazi, wie der spätere Atomberater des Schah von Persien. Der Schluß, den die Berliner daraus ziehen: Nach dem Prinzip „getrennt maschieren – vereint schlagen" arbeiten alte Nazis weiter an der deutschen Bombe; in Südafrika, Brasilien, Argentinien und der BRD.
So interessant und wichtig dieser weitere Nachweis deutscher Nachkriegskontinuität auch ist: ich meine, wir sollten uns hier nicht auf eine falsche Fährte locken lassen. In den Konzernen (und das sind nicht nur deutsche), die heute die Dritte Welt atomar ausstatten und aufrüsten, mag eine jung-dynamische Managergeneration sitzen, der eine braune Vergangenheit schwerlich nachzuweisen sein dürfte.
Alle bedeutenden Elektromulties der Welt haben sich zu einem internationalen Elektrokartell zusammengeschlossen, der International Electrical Association in Lousanne.

Mitglieder der IEA 1936/38 und 1977

Name	I.E.A. Code	1936/38	1977
Bundesrepublik Deutschland			
AEG	1		X
Siemens	8		X
J.M. Voith-Heidenheim & St.Poelten	41	X	
J.M. Voith - Heidenheim	41		X
Machinenfabrik Augsburg-Nürnburg (MAN)	18	X	
Kraftwerk Union	9		X
Transformatoren Union	7		X
Schweiz			
Brown Boveri & Co.	3	X	X

In diesem Kartell haben die Multies die Atomgeschäfte mit der Dritten Welt von vornherein (im Jahre 1974) unter sich aufgeteilt. „Während den Mitgliedern Nr. 8 und 9 (Siemens und KWU), selbstverständlich ohne Wissen des potentiellen Auftraggebers, der mögliche Brasilienauftrag zugesprochen wurde, durften sich die Franzosen an Pakistan gütlich halten. Die Aufträge des vom Größenwahn besessenen Schah sollten dagegen brüderlich geteilt werden."
Der Mann, der diese Zusammenhänge aufgespürt und veröffentlicht hat, muß es wissen: Kurt Rudolf Mirow ist ein brasilianischer Elektrounternehmer und selbst Opfer internationaler Konzernstrategien.[2]
Und das internationale Elektrokartell ist der eigentliche Veranstalter der NUCLEX in Basel.

chk

---

1) Zu Atomenergie und Dritte Welt siehe auch „blätter des iz3w" Nr. 81, Nov. 1979: „Die Atomtechnologie in Brasilien" und „blätter des iz3w", Nr. 95: Atomkraftwerke her, um für die Dritte Welt Öl zu sparen?"

2) Kurt Rudolf Mirwo, Das Atomgeschäft mit Brasilien. Ein Milliardenfiasko
Campus Verlag Frankfurt, 1980/DM 28,–
(auch als Raubdruck in linken Buchläden erhältlich für DM 6,–)
demnächst erscheint bei Rowohlt: K.R. Mirow, Deutsche Kernkraft für die Dritte Welt?, rororo-aktuell, 6,80 DM

Zeitschriftenübersicht

Entwicklungspolitische Korrespondenz 3/81
ENTWICKLUNGSPOLITIK IN EUROPA – Die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft nach Süden.
Es geht also um den EG-Beitritt von Griechenland, Spanien und Portugal, die Gründe für den Beitritt aus der Sicht der Beitrittsländer und der EG und die voraussichtlichen Folgen. Bewußt einseitige und unausgewogene Kommentare aus der Sicht der Bevölkerungssschichten, die die Verlierer des EG-Beitritts sein werden.
Dieses Heft erscheint Mitte September. Preis 3,– DM
Bestellen bei: EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 19

Lateinamerika Nachrichten 96/September 1981
I. Berichte
– CHILE – ARGENTINIEN – GUATEMALA PERU – HAITI – BRASILIEN – URUGUAY
II. Hintergrund
– DOMINICA: Ein zweites Grenada der Karibik?
– EL SALVADOR: Zur Situation der Häftlinge FLMN durch Mexiko und Frankreich anerkannt – HONDURAS: Wahlen und Repression = „Stabilität"
III. Solidarität
– Stoppt den Atomexport – ZEITSCHRIFTENSCHAU
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN, c/o FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12, erscheint monatlich. Einzelpreis DM 3,–. Abopreis DM 35,–/Übersee DM 60,–

Nicaragua aktuell 13 (August 1981)
Nicaragua, Eindrücke von E. Galeano – Guatemala, Repression und Widerstand, Wirtschaft – El Salvador: Jüngste Entwicklung – Märtyrerdorf – Imperialismus: Reagans Politik in Zentralamerika – Solidaritätsarbeit
Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1, Heft 2,– DM, Förderabo 20,– DM/ 6 Hefte, Abo 12,– DM /6 Hefte

ENCUENTRO LATINOAMERICANO No. 23 Octubre/Noviembre/Diciembre 1981, Brunnenstraße 24/25, 2800 Bremen 1
CHILE a ocho anos del golpe militar: La oposicion politica en Chile y las transformaciones realizadas por la Junta Militar /Carta del pintor Hugo Riveros / Chile canta por Chile, balance de un ecuentro / Novisima poesia chilena: Moro, F. Banderas e I. Cartens / Laura Allende murio pensando en Chile y en su pueblo, por Anibal Palma F.

Zeitschrift SOLIDARITÄT, Nr. 59, 7. Jhrg., September 1981
Sfr. 2,50, Hrsg. SKAAL, Postfach 2009, 4001 Basel/ CH
Inhalt: Agrobusiness – Zuem Beispiel Nestle in Brasilien, Peru und Kolumbien (Kurt Madörin); Nachlese zum entwicklungspolitischen Symposium (Daniel Glass, Richard Helbling); Der Entwicklungskuchen – Mit frischem Mut in die 80er Jahre? (Ueli Mäder); Dossier Schweiz – Trikont; Chile: Gewerkschaften einigen sich; El Salvador: Dokument; Palästina: Solidaritäts-Aktion; Rezensionen.

Aib-Antiimperialistisches Informationsbulletin Nr. 9/ September 1981
AIB-Aktuell: Pulverfaß Naher Osten – Bolivien: Keine Ruhe unter der Junta – Chile: Soziale Polarisierung unter der Junta – Offener Brief der Unidad Popular an Genscher – Nikaragua: Erklärung revolutionärer Christen – Guatemala: Gespräche mit Widerstandskämpfern – Südafrika: Interview mit Joe Jele: Die Reagan-Botha-Allianz – Malawi: Die „Schweiz" Afrikas – Türkei: Rückkehr zur Demokratie unter der Junta? – „Graue Wölfe" in der Bundesrepublik – Kampuchea-Lösungsvorschlag der indochinesischen Außenminister – Afghanische Rebellen und die Aussicht auf Frieden – Die Entwicklungspolitik der Schweiz: Berner Symposium der Solidarität – Rückblick: Gründung der PAIGC vor 25 Jahren – Rezension: Palästina im Widerstand – Infodienst – Kurzinformationen – Kommentar: Vorschau auf den Nord-Süd-Gipfel in Cancun
Einzelpreis: 2,50 DM, ab 10 Ex. 33 % Rabatt; Jahresabo: 25,– DM; Bezug: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1, Telefon: 06421/24672

Tagungshinweise

„Alphabetisierung in Nicaragua" – zu Fragen des politischen und pädagogischen Konzepts, 23.–25. 10. 81, Niedernhausen/Taunus
„Metallarbeiterstreik in Brasilien" – zu Fragen sozialer Bewegung und Funktion der Gewerkschaften in Ländern der Dritten Welt, 30. 10. – 1. 11. 1981, Göttingen
Information und Anmeldung zu beiden Tagungen: AGG, Heinweg 34, 5300 Bonn

---

5. Bundeskongreß der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen, 18.–22. 11. 1981, West-Berlin
Vorbereitungstagung dafür: 16.–18. 10. 1981, Schloß Oberwerries, Hamm/Westfalen
Information und Anmeldung jeweils bei: BUKO, Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50

Second ICSA-Workshop on Material Aid (II. internationaler Workshop zur materiellen Hilfe für SWAPO und ANC) 6.–8. 11. 1981, Frankfurt
Information und Anmeldung: Medico International, Hamburger Landstr. 455, 6000 Frankfurt/M.

„Zur Situation der Frauen in Lateinamerika", 18.–22. 11. 1981, Frankfurt, Information bei AK Freire der AG SPAK, Reifenstuelstr. 8, 8000 München 5

„Ausweg für Namibia gesucht" (mit einem Vertreter der SWAPO), 30. 10.–1. 11. 1981, ESG Aachen, Information und Anmeldung: ESG-Geschäftsstelle, Kniebisstr. 29, 7000 Stuttgart

---

„Ökonomische Grundlagen der Entwicklungspolitik", 23.–25. 11. 1981, Evang. Akademie Hofgeismar, Schlösschen Schönburg, Postfach 1205, 3520 Hofgeismar 1

Gabi Meier

Eschhotzstr. 41

78 Freiburg

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg



